

**Obmännerkonferenz.** Unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain fand gestern die 65. Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte in derselben mit, daß die Direktion der Stellwagenunternehmung genötigt war, infolge von Verkehrsschwierigkeiten den Stellwagenbetrieb Stefansplatz - Alleegasse - Süd- Ostbahn, Stefansplatz - Mariahilferstraße - Westbahn sowie den gesamten Nachtverkehr mit 30. Jänner d.J. einzustellen. Weiters gibt der Bürgermeister die bereits bekannten Einschränkungen im Betriebe der städtischen Straßenbahnen bekannt. Eine Anregung des Gemeinderates Dr. v. Dorn, die bereits auch gelegentlich der Debatte im Stadtrate über diesen Gegenstand vorgebracht wurde, nämlich den Radialverkehr vom Ringverkehr abzutrennen, überwies der Bürgermeister dem Magistrat zum Studium.

Magistratsrat Dr. Ehrenberg erstattete hierauf über die Kartoffelversorgung der Stadt Wien einen Bericht, nach welchem die Gemeinde mit Rücksicht auf den steten Rückgang des Kartoffeleinlaufes, schon Ende Dezember v.J. gezwungen war, die in den Mieten lagernden Kartoffelvorräte der Gemeinde auf den Markt zu bringen. Das infolge des Frostwetters fast vollständige Aufhören der Kartoffelzufuhren habe die Gemeinde veranlaßt, zuerst zwei dann drei Wrucentage wöchentlich einzuführen.

Die herrschende Brot- und Kochmehlknappheit im Zusammenhalte mit den ungenügenden Kartoffelzufuhren haben die Regierung veranlaßt, der Gemeinde neuerlich ein Programm in Vorschlag zu bringen, welches über die schwierigen Wochen des Februar und März hinweghelfen soll.

Für das in kurzer Zeit zu gewärtigende Ausbleiben aller Grüngemüsezufuhren, habe die Gemeinde dadurch Ersatz geschaffen, daß sie größere Mengen von Sauerkraut und Rüben rechtzeitig angekauft und eingelagert habe.

Nach einer eingehenden Debatte, an der sich die Gemeinderäte Skaret, Leitner, Dr. v. Dorn, von Steiner und Dr. Hein beteiligten, gelangte die Obmännerkonferenz zu folgenden Beschlüssen:

1. Die Regierung ist neuerlich aufzufordern, die Kartoffelzufuhren für die Gemeinde Wien aus Polen und Galizien zu forcieren,
2. die Regierung wird ersucht, zu gestatten, daß direkte Käufer der Gemeinde Wien in die Kartoffelproduktionsgebiete entsendet werden dürfen,
3. die Regierung wird neuerlich aufgefordert, die Ausstellung von Transportbescheinigungen für Kartoffelstückgüter ehestens aufzuheben und
4. die Obmännerkonferenz spricht sich mit aller Entschiedenheit gegen die Nichtonorierung der Mehlkarte in irgendeinem Zeitraum ihrer Gültigkeit aus.

Magistratssekretär Dr. Roskopf berichtete über die Schwierigkeiten in der Mehlversorgung, über die von der K.G.V. durchgeführte Reduktion der Brotmehlzuweisung und über die Versorgungsmöglichkeiten für die nächsten Wochen.

Magistratssekretär Dr. Fastenbauer berichtete über die Kohlenversorgung der Stadt Wien und teilte mit, daß sich die Zufuhren nach Behebung von Verkehrsstörungen in der letzten Zeit etwas gebessert hätten. Auf den Kohlenlagerplätzen der Gemeinde Wien würden täglich 30 bis 35 Waggon Kohle an zirka 10.000 bis 12.000 Parteien abgegeben. Um dem großen Andrang der Bevölkerung leichter gerecht zu werden, sei ab gestern auf sämtlichen städtischen Kohlenlagerplätzen ein 4. Verkaufsstand errichtet worden.

In der an diesen Bericht sich anschließenden Debatte regte Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller abermals die Einführung einer Familien-Haushaltungskarte an, durch die verhindert werden soll, daß für einen Haushalt mehrere Personen einkaufen. Auch solle die Obmännerkonferenz vom Arbeits-Ministerium eine strenge Ueberwachung der Kohlenpreisbildung verlangen.

Die im Laufe der Debatte, an welcher sich die Gemeinderäte Skaret, Leitner, v. Steiner und Dr. Hein beteiligten, vorgebrachten Anregungen wurden vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner zu folgenden Anträgen zusammengefaßt, die von der Obmännerkonferenz einmütig gebilligt wurden:

1. Der Magistrat wird beauftragt, der Obmännerkonferenz einen Bericht über die eventuelle Einführung einer Kohlenkarte vorzulegen,
2. die Obmännerkonferenz fordert vom Arbeitsministerium eine strenge Ueberwachung der Kohlenpreisbildung.
3. die Obmännerkonferenz wird unter Führung des Herrn Bürgermeisters in den nächsten Tagen bei Sr. Exzellenz dem Herrn Arbeits-Minister in der Kohlenfrage vorstellig werden.

Magistratssekretär Dr. v. Dierkes berichtete über die Eierversorgung der Stadt Wien und führte aus, daß sich im allgemeinen die Zufuhren aus Galizien und Polen dank des direkten Einkaufes der Gemeinde in den Produktionsgebieten Polens wesentlich gebessert haben. Die Gemeinde beabsichtige auch ab März ein größeres Quantum Eier der Konservierung zuzuführen. Auch für die Einfuhr von ungarischen Eiern müsse sich die Gemeinde mit allem Nachdrucke einsetzen, da bei der herrschenden Milchknappheit zur Ernährung der Kinder Eier als Milchersatz herangezogen werden müssen.

Nach der Mitteilung, daß in der nächsten Gemeinderatssitzung ein Referat über die Erhöhung der staatlichen Unterhaltsbeiträge zur Verhandlung gelangen werde, schloß der Bürgermeister die Sitzung.

**Erste österreichische Sparkasse.** Im Jänner d.J. wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse von 42.696 Parteien K 22,744.418 eingelegt und von 28.567 Parteien K 20,695.355 gekündigt. Ende des Monats belief sich der Einlagenstand auf K 618,519.772. Hypothekar-Darlehen wurden und zwar ausschließlich zur Zeichnung 5. Kriegsanleihe K 2,264.875 zugezählt, dagegen K 692.372 zurückgezahlt. Der Stand des Hypothekar-Darlehens betrug am 31. Jänner K 324,869.125. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 31. Jänner auf K 18,622.969, an 60 jährigen Pfandbriefen waren K 18,871.200 im Umlaufe. Wechsel wurden K 13,693.486 eskomptiert und K 15,762.225 einkassiert; der Stand des Wechsel- und Salinenportefeuilles betrug Ende des Monats K 59,908.652.

## WIENER STADTRAT.

Sitzung vom 1. Februar.

Vorsitzende: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain.

Zu Beginn der heutigen Stadtratssitzung sprach Vorsitzender Vizebürgermeister Hierhammer dem Vizebürgermeister Rain aus Anlaß des Ablebens seines Vaters das herzlichste Beileid des Stadtrates aus.

StR. Baron beantragt die Anlage von 42 eigenen Grabstellen auf dem Döblinger Friedhofe im 19. Bezirk. (Ang.)

Zur Unterbringung der fachlichen Fortbildungsschule der Schlosser werden zwei Lehrzimmer und 2 Zeichensäle im Schulgebäude 19. Bez. Fyrkerger 16 überlassen.

StR. Zatzka beantragt die Abteilung der Liegenschaft E.Z. 515 in Ober St. Veit an der Winzergasse auf 5 Baustellen. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Wippel wird der Kanalneubau in der unbenannten Parallelgasse zur Reichenbachgasse im 10. Bezirk mit den Kosten von 5000 K genehmigt.

Der Ankauf der K.P. 679/1 und 680/1 des Grundbuches Ottakring, an der Roterdstraße im Ausmaße von 2653 m<sup>2</sup> um K 4.5 per m<sup>2</sup>, somit um den Gesamtbetrag von 12.504 K wird nach einem Antrage des StR. Zatzka genehmigt.

Der von StR. Braun vorgelegte Entwurf für die Anschüttung der Haidestraße von der 1. Haidequerstraße bis zum Ende der neuen Baulichkeiten für die k.u.k. Auto-Mörser-Batterien auf der Simmeringer Haide im 11. Bezirk wird mit den Kosten von 35.000 K genehmigt.

StR. Fraß beantragt die Abteilung der an der Kaiserstraße im 7. Bezirk gelegenen Liegenschaft E.Z. 384 des Grundbuches Neubau auf zwei Baustellen. (Ang.)

Nach einem Antrage des StR. Schneider wird die Anschaffung von 20 Stück Anhängelastwagen für die Straßenbahnen mit dem Kostenbetrage von 142.000 K genehmigt.

Für die Herstellung einer Verladerrampe für den neuen Naschmarkt sowie die Verlängerung des Rettungsplatzes bei der Zufahrt zur Brückenwaage werden nach einem Antrage des StR. Schmid 31.514 K bewilligt.

Nach einem Antrage des VB. Hoß wird die Herstellung von zwei Sackelevatoren in den Magazinen 8 und 9 des städtischen Lagerhauses mit einem Kostenerfordernisse von 14.390 K und die Herstellung eines Elevators im Magazin 3 mit den Kosten von 3930 K genehmigt.

**Einschränkung des Straßenbahnverkehrs.** Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schneider nebst der Auflassung von einzelnen Haltestellen, welche bereits durchgeführt wurde, nachstehende Beschlüsse gefaßt:

1. Die Direktion der Straßenbahnen wird auf die Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen schwierigen Betriebsverhältnisse ermächtigt, die notwendigen Intervallverlängerungen während der ganzen Betriebszeit auf einzelnen dazu geeigneten Linien, nach 8 Uhr abends aber auf allen Linien durchzuführen und den Betriebsschluß gegen jetzt um eine halbe Stunde früher anzusetzen. Vor Durchführung der letzteren Maßregel ist aber versuchsweise für einen gegen jetzt etwas verlängerten eingeschränkten Verkehr mit Einschluß der Vollbahnhöfe Vorsorge zu treffen.

2. Es werden nachfolgende Linienänderungen genehmigt: Die Linie K wird aufgelassen, dafür wird die Linie H über die Marxergasse statt durch die Löwengasse zur Sophienbrücke geführt. Der Verkehr in der Felberstraße - Mariahilfer Straße bis Babenbergerstraße wird durch eine Pendellinie durchgeführt. Die Linien E und Ek von Gersthof über Währinger Straße - Ring - und Kai Hund werden aufgelassen. Der Pendelverkehr in der Währinger Straße wird dafür verstärkt. Die Linie H2 wird von Dornbach zur Sophienbrücke anstatt von Neuwaldegg zur Hauptallee geführt. Die Linie L wird zur Hälfte wie bisher zum Dreherpark, zur anderen Hälfte aber bis zum Mariahilfer Gürtel geführt. Die Linie 13 wird anstatt bei der Ankunftsstelle der Südbahn auf dem Ghegaplatz umgekehrt. Die Linie 16 wird in den Früh- und Abendstunden statt wie bisher zum Praterstern nur bis zur Vorgartenstraße geführt. Die Verstärkungszüge der Linie 31 in den Früh- und Abendstunden werden statt bis zur Augartenbrücke nur bis Wallensteinstraße geführt. Jene Züge der Linie 49, die bisher nach Hütteldorf geführt worden sind, werden nunmehr am Baumgartner Spitz umgekehrt. Die Linie 57 wird zur Hälfte wie bisher nach Hietzing, zur anderen Hälfte zum Sechshauser Gürtel geführt. Die Linie 70 wird aufgelassen, Linie O entsprechend verstärkt. Die Züge der Linie 71 werden zum Teil wie bisher bis zum Zentralfriedhof, zum Teil bis zum Bahnhof Simmering geführt.

WIENER HAUSKORRESPONDENZ.  
Wien, Donnerstag, 1. Februar 1917. Abends. Nr. 39.

Einstellung des Stellwagenverkehrs. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Rein beschlossen, den gesamten Betrieb der städtischen Stellwagen einzustellen. Der Stadtrat sah sich zu diesem Beschlusse dadurch veranlaßt, daß die Pferde infolge der mangelhaften Fütterung nicht imstande sind, den durch die gegenwärtigen Witterungsverhältnisse noch bedeutend erschwerten Personentransport zu bewältigen. Die Direktion der städtischen Stellwagenunternehmung wurde beauftragt, über die weitere Verwendung des Personales und der Pferde ehebaldigst Bericht zu erstatten. Der mit elektrischer Kraft betriebene Verkehr auf der Linie Praterstraße - Stefansplatz bleibt aufrecht.

zu der Verordnung über den Mieterschutz.

Vom Wohnungsamte der Stadt Wien geht uns folgende Mitteilung zu. Die Verordnung des Gesamtministeriums über den Schutz der Mieter ist vielfach mißverstanden worden. Sie ist eine sogenannte Ermächtigungsverordnung und bedarf zu ihrer Anwendung einer weiteren Verordnung, in welcher das Anwendungsgebiet bezeichnet ist. Diese zweite Verordnung ist heute (1. Februar) kundgemacht worden und es finden die Bestimmungen der Verordnung vom 1. Februar 1917 angefangen auch auf Wien Anwendung. Erhöhungen des Mietzinses, die seit 1. Jänner 1917 wirksam oder vereinbart worden sind, fallen ebenfalls unter die Verordnung.

Die Verordnung findet nur auf solche Wohnungen in Wien Anwendung, für welche der Mietzins am 1. Jänner 1917 samt Nebengebühren nicht mehr als 3000 K jährlich betrug. Für Geschäfts- und Gewerbelokale beträgt dieser Höchstzins 2000 K. Für Wohnungen und Lokalitäten, welche unter diese Verordnung fallen, darf eine Erhöhung des Mietzinses nur im bereits mitgetheilten Umfange vereinbart werden. Die Kündigung durch den Vermieter ist nur aus wichtigen Gründen zulässig, wobei bemerkt wird, daß die Aufzählung in der Verordnung nur eine beispieleweise ist und daher auch aus anderen wichtigen Gründen eine Kündigung erfolgen kann.

Über die Zulässigkeit der Kündigung entscheidet die Wiener das Bezirksgericht. Über die Zulässigkeit einer Mieterhöhung werden die in der Verordnung vorgesehenen Mieterhöher zu entscheiden haben. Sie können sowohl vom Hauseigentümer als auch von den Parteien angerufen werden. Das Verfahren ist öffentlich und unentgeltlich, so daß jedermann auf dem kürzesten Wege und endgiltig (denn gegen die Entscheidung des Mietersamtes gibt es keine Rekurse, Berufungen usw.) zu seinem Rechte kommen kann. Die Vorbereitungen für die Errichtung der Mieterhöher sind sogleich in Angriff genommen worden und werden derart beschleunigt, daß dieselben in kürzester Zeit ihre Tätig-

keit werden *mitunterman können* *ab* *MM* beabsichtigt, in Wien in jedem Gemeindebezirk mindestens ein Mietsamt mit der erforderlichen Zahl von Senaten zu errichten. Jeder Senat eines Mietsamtes umfaßt außer dem Vorsitzenden noch je einen Vertreter der Hausbesitzer- und Mieterschaft.

In Anbetracht der schon besprochenen Rückwirkung können die Parteien das Inkrafttreten der Mieterhöher abwarten, abgesehen von den natürlich rechtzeitig beim Bezirksgericht einzubringenden Einwendungen gegen eine Kündigung. Wer aber Wert darauf legt, schon jetzt seinen Antrag an das Mietsamt zu stellen, kann dies bei seinem zuständigen magistratischen Bezirksamt innerhalb der gewöhnlichen Amtsstunden tun. Die magistratischen Bezirksämter werden diese Anträge seinerzeit den zuständigen Mietsämtern vorlegen; das gleiche wird mit den dem Wohnungsamte der Stadt Wien bereits vorliegenden Eingaben geschehen.

Im Interesse der Hausbesitzerschaft trifft die Verordnung die Bestimmung, daß unter gewissen Voraussetzungen die Erhaltung des Zinsfußes von Hypotheken auf vermieteten Liegenschaften oder deren Kündigung unzulässig ist.

Der bodenständige Hausbesitzer wird durch die Verordnung in keiner Weise beeinträchtigt, sie sichert ihm vielmehr den größtmöglichen Fortbezug jener Rente, welche ihrerseits wieder die feste Grundlage für die vielen Millionen der Hypothekargelder bildet. Die eigentlichen Mieter betroffen durch die Verordnung werden nur jene Elemente, welche die Erscheinungen der Kriegskonjunktur auf den Wohnungsmarkt zu übertragen suchen. Ihnen wird vom Wohnungsamte und den ihm anzugliedernden Mietsämtern mit größtem Nachdruck begegnet werden.

aus dem Stadtrate. Der Wiener Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung einstimmig die bereits in der Obmännerkonferenz behandelten Anträge hinsichtlich Verbesserung der Kartoffelversorgung beschlossen und den weiteren Antrag einstimmig genehmigt, an die Regierung mit dem Verlangen heranzutreten, daß die Wehlkarte auch nicht in einer Woche der Einlösung entbehrt und daß wenn Kürzungen vorkommen müssen, für den entfallenden Wehlanteil der Bevölkerung wenigstens andere Nahrungsmittel wie Roggengröße oder Hülsenfrüchte geboten werden. - Außerdem hat heute im Stadtrate Gemeinderat Spalowsky über eine ausreichende Erhöhung der Unterhaltsbeiträge für die Familien der Fingerdicker berichtet und es wurde einstimmig beschlossen, eine diesbezügliche Petition an die k. k. Regierung zu unterbreiten. Der Bericht wird der nächsten Gemeinderatssitzung vorgelegt werden.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 3. Februar 1917. Nr. 40.

Peter Rain + Unter ungemein zahlreicher Beteiligung aller Kreise fand gestern das Leichenbegängnis des Vaters des Vizebürgermeisters Josef Rain, des Privatiers Peter Rain, statt. Vor dem Trauerhause in der Maria Treu-Gasse im 8. Bezirk hatten sich eingefunden: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, mit den Vizebürgermeistern Hierhammer und Landesauschuß Regierungsrat Sturm, Hoß, die Stadt- und Gemeinderäte Aichhorn, Brauneiß, Effenberger, Fraß, Goldeband, Huber, Laubek, Panosch, Kommerzialrat Partik, Paulitschke, Penz, Ploner, Rummelhardt, Schelz, Heinrich Schmid, Schwer, Stangelberger, kaiserlicher Rat Wimberger, Bezirksvorsteher Bergsuer mit fast sämtlichen Mitgliedern der Bezirksvertretung, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Buchhaltungsdirektor Hillinger, die Obermagistratsräte Dr. Dr. Mayr und Pawelka, die Magistratsräte Formanek, Dr. Held u. Wimmerer, Magistratssekretär Dr. Roßkopf, Kanzleidirektor kaiserlicher Rat Mayer, Redakteur Schönsteiner, Magistratsrat i. P. Dr. v. Radler, Direktor Dr. Meller von der Zentralsparkassa, Direktor kais. Rat Liffka von der Stellwagenunternehmung, Direktor Dr. Rauscher von der Leichenbestattung, Direktor-Stellvertreter Dr. Fanta von der städt. Lebens- und Rentenversicherungs-Anstalt, der Leiter des magistratischen Bezirksamtes Magistrats-Sekretär Heller mit den Herren des Bezirksamtes Josefstadt, zahlreiche Ortsschul- und Armenräte, Abordnungen christlicher Vereine, etc.

Nach feierlicher Einsegnung in der Piaristenkirche, welche Pfarrer Plhon unter großer geistlicher Assistenz vornahm, wurde die Leiche auf den Zentralfriedhof zur Beisetzung in der Familiengruft überführt.

Eine Ehrengabe für Alfons Petzold. Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung, dem Gemeinderate zu empfehlen, dem österreichischen Schriftsteller Alfons Petzold eine Ehrengabe von 1500 K jährlich zu bewilligen. Petzold wurde in Wien im Jahre 1882 geboren und wuchs, da Vater und Mutter zuletzt arbeitsunfähig waren, in Elend auf. Mit 15 Jahren war er Tagelöhner, später Laufbursche, Fabrikarbeiter, dann Geschäftsdienner und schließlich in einer Schokoladefabrik Packer. 1908 befiel ihn ein Blutsturz und ersuchte Heilung in Alland und in Gries. Am 2. Dezember v. J. wurde er in der Kärntnerstraße neuerlich von einem schweren Blutsturz befallen, an dessen Folgen er noch jetzt daniederliegt. Schon als 17 jähriger Jüngling las er öffentlich seine ersten Gedichte vor. Seine erste Gedichtsammlung erschien 1910, er schrieb dann weitere Gedichte und einen Roman, im Jahre 1914 wurde ihm für sein lyrisches Hauptwerk der Bauernfeldpreis verliehen. An der Kriegsliteratur Oesterreichs kommt Petzold ein bedeutender Anteil zu.

Magistratssekretär Böttger. Der dem Präsidialbüro des Wiener Gemeinderates zugeteilte Magistratssekretär Hans Böttger hat wie bereits kurz gemeldet, seinem Leben durch Einatmen von Leuchtgas ein Ende gemacht. Böttger ist am 16. August 1865 geboren und trat nach Absolvierung der Rechtsstudien beim Wiener Magistrat ein. Er wurde zuerst der Buchhaltung zugewiesen, dann in den Konzeptsstatus übersetzt und wurde im Jahre 1898 dem Präsidialbüro zugewiesen. Neben seinen sonstigen Aufgaben, war er durch viele Jahre hindurch Ballberichterstatte, seit Ausbruch des Krieges Schriftführer bei den Sitzungen der Obmännerkon-

ferenzen. Ferner waren ihm die Agenden für die militärische Jugendvorbereitung und bezüglich der städtischen Knabenhorte zugeteilt. Im persönlichen Verkehr war er von außerordentlicher Liebenswürdigkeit. Donnerstag nachmittags versah er noch seinen Dienst im Präsidialbüro mit gewohntem Pflichteifer. Die Nachricht über den Selbstmord, dessen Gründe nicht ganz klar sind, erweckte in Gemeinderatskreisen und in der Beamtenschaft allgemeine Teilnahme.

3 Uhr nachmittags  
Das Leichenbegängnis findet Montag/vom Trauerhause 19. Bezirk Furfangasse 8 aus statt; die kirchliche Einsegnung erfolgt in der Grinzinger Pfarrkirche, die Beisetzung auf dem Zentralfriedhofe.

Städtische Bäder. Um trotz der Knappheit an Brennstoffen den im öffentlichen Interesse gelegenen Betrieb der städtischen Bäder vor einer längeren Unterbrechung zu bewahren, wurde mit Rücksicht auf den schwachen Besuch dieser Anstalten vom Stadtrat in der letzten Sitzung eine bis auf weiteres gültige Abänderung der Besuchszeiten genehmigt. Der zufolge stehen die städtischen Bäder von jetzt an an folgenden Tagen für den allgemeinen Besuch offen:

Volks-(Brause-) Bäder: Donnerstag und Freitag von 2 bis 8 Uhr abends, Samstag ununterbrochen von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends; Sonn- und Feiertag: von 8 Uhr früh bis 1 Uhr mittags.

Dampf- und Wannenbäder: Das Theresienbad im 12. Bezirk, das Kaiser Franz Josef-Bad im 17. Bezirk und das Bad im 21. Bezirk Kretzgasse sind Donnerstag und Freitag von 10 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends, Samstag von 8 Uhr früh bis 8 Uhr abends, Sonn- und Feiertag von 8 Uhr früh bis 1 Uhr mittags geöffnet. Die Schwimmhalle des Kaiser Franz Josef-Bades bleibt bis auf weiteres gänzlich gesperrt.

Aus dem Rathause. Der Gemeinderat hält in der kommenden Woche am Dienstag 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab. Auf der Tagesordnung stehen bis jetzt 24 Gegenstände, darunter die Einschränkungen im Straßenbahnverkehr, Vornahme einer Wohnungszählung, Errichtung eines allgemeinen öffentlichen Nachweises für Wohnungen, ein Bericht über die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages, Subventionen, Bauangelegenheiten, etc. Der Stadtrat tritt Donnerstag und Freitag vormittag zu Sitzungen zusammen.

41

L.W. 3. Februar.

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ

Wien, Samstag 3. Februar abends Nr 41.

-----  
Die Kohlenversorgung Wiens. Heute vormittags erschien Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien Dr. Hein, Reumann und v. Steiner beim Arbeitsminister Freiherr v. Trnka in Audienz, um die für Wien so wichtige Kohlenfrage und die Maßnahmen zur Behebung ~~zur~~ der Kohlenknappheit einer Erörterung zu unterziehen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner wies auf die von der Gemeinde bereits getroffenen Maßnahmen zur Einschränkung der öffentlichen und privaten Beleuchtung sowie des Straßenbahnverkehrs hin und bat den Minister, seinen ganzen Einfluß geltend zu machen, damit eine genügende Menge Kohle nach Wien zugeführt, daß aber auch die Möglichkeit geschaffen werde, die Kohle von den Bahnhöfen in allen Bezirken zur Verteilung zu bringen. Der Minister dankte der Gemeindeverwaltung für ihr Vorgehen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bevölkerung in bewährter Opferwilligkeit die unvermeidlichen Maßnahmen zur Kohlenersparung tragen werde. Es werde zu Beginn der nächsten Woche in seinem Ministerium eine Besprechung mit allen interessierten Behörden stattfinden, bei welcher die bestehenden Vorschriften revidiert und weitere Maßnahmen beraten werden. Wegen besserer Verteilung der Kohle in Wien werden Militärautos zur Verfügung gestellt werden und er hoffe, daß dadurch sowohl den Anstalten als auch von den Großkohlenhändlern den Kleinkohlenhändlern Kohle wenn auch in bescheidenen Quantitäten zugestellt werden könne. Was die von der Obmänner-Konferenz vorgebrachten Beschwerden wegen der Erhöhung der Kohlenpreise anbelangt, so könne der Minister versichern, daß er in dieser Frage stets das Interesse der Verbraucher im Auge gehabt habe und daß er nur seine Zustimmung zu solchen Preiserhöhungen gegeben habe, die durch die Höhe der Gesteuungskosten der Kohlenförderung begründet waren. Allerdings müsse er zugeben, daß durch die Erhöhung der Bahntarife tatsächlich eine weitere Preiserhöhung der Kohle sich ergeben habe, er werde aber streng darauf sehen, daß die Tarif-Erhöhung nicht zu einer Preissteigerung verwendet werde, welche über das Maß der Tarif-Erhöhung hinausgehe.

-----  
NB. In der Notiz „Magistrats-Sekretär Böttcher“ in der heutigen Mittagsausgabe ist das Wort „Ballberichterstatte“ so zu verstehen, daß er Ballreferent des Ballkomitees war.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mücke,  
Wien, I., Neues Rathaus.

42

27. Jahrg. Wien, Montag, 5. Februar 1917. Nr. 42.

Ueberreichung von Auszeichnungen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner wird nächsten Donnerstag eine Reihe von Auszeichnungen überreichen und zwar dem städt. Kanzleiakzessisten Richard Buchegger, welcher durch die Verleihung der großen silbernen und der bronzenen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet wurde. Buchegger hat sich als Bürgerschullehrer beim Kriegsausbruche zum Frontdienst freiwillig gemeldet, hat die Kämpfe bei Samocz, Grasnik, Komarow, Rawaruska sowie den Vormarsch gegen Warschau mitgemacht und bei Czenstochau im Dezember 1914 beide Füße durch Frost verloren. Sie wurden ihm amputiert und er trägt jetzt Prothesen. Er wurde von der Gemeinde Wien als Akzessist aufgenommen und erfüllte in musterhafter Weise seine Pflichten. Ferner wird das Diplom nachstehenden Armenräten überreicht werden: Josef Pirgle (3. Bezirk), Karl Leimer, Moriz Barth v. Sabarth, Peter Dal-Bianco, Georg Wilhelm Dörsam, Ernst Foest und Karl Meisl (5. Bezirk), Wilhelm Schreyer und Ludwig Schwarz (12. Bezirk), Dr. Gustav Gabriel, Benno Gleich, Franz Horak, Alois Kastenhofer, Anton Lohse, Hans Püchl, Franz Radek, Josef Redl und Hermann Sturm (17. Bezirk).

Die Bezirksvertretung Neubau hält am Donnerstag, den 15. Februar um 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Gemeindevermittlungsämtler. Bei den Gemeindevermittlungsämtlern Mariahilf und Neubau finden in diesem Monate an jedem Mittwoch, d. i. am 7., 14., 21. und 28. Februar um 10 Uhr vormittags Verhandlungen statt.

Uebersiedlung von Aemtern. Die Fachabteilungen 1a und 1b des Stadtbauamtes (Studienbüro und Abteilung für Statik) amtierern vonmorgen angefangen im neuen Amtshause 1. Bezirk Felderstraße, Eingang Rathausstraße 14, 4. Stock.

Kommunalsparkassa Döbling. Im Jänner d. J. wurden bei der Kommunalsparkasse Döbling von 1809 Parteien 764.374 K eingelegt und von 1115 Parteien 622.291 K behoben. Der Einlagenstand betrug Ende des Monates K 12,420.887.

Subvention. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola an den Verein „Kinderschutz-Stationen“ eine Subvention von 110.000 K bewilligt.

43

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mischeu.  
27. Jahrg. Wien, Montag, 5. Februar 1917. Nr. 43.

Ehrengrab. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des StR. Schmid beschlossen, dem volkwirtschaftlichen Schriftsteller Dr. Ludwig Psenner ein Ehrengrab an der linksseitigen Friedhofsmauer des Zentralfriedhofes zu widmen. Psenner ist im Jahre 1834 in Bozen geboren, wurde im Jahre 1861 sub auspiciis zum Doktor der Rechte. Er war zuerst Konzeptspraktikant bei der Statthaltereidirektion, widmete sich aber bald der publizistischen Tätigkeit und wurde volkwirtschaftlicher und sozialpolitischer Schriftsteller. Er war zuerst Herausgeber und Redakteur des Wochenblattes „Oesterreichischer Volksfreund“ und schrieb eine Reihe von Werken, darunter „Staat der Zukunft“, „Christlichsoziales Programm“, „Rettung aus dem sozialen Fluid“, „Kernpunkt der sozialen Frage“, „Sittlichkeit und soziale Frage“, „Christliche Volkswirtschaftslehre“ etc. Er entwickelte auch eine rege Tätigkeit in verschiedenen politischen Vereinen und nahm durch viele Jahre eine hervorragende Stellung im politischen Leben Wiens ein. Im Jahre 1904 wurde ihm das Bürgerrecht der Stadt Wien mit Nachsicht der Taxen verliehen und mit Gemeinderatsbeschluss vom 1. September 1911 wurde ihm eine lebenslängliche Ehrenpension in Würdigung seiner publizistischen und gemeinnützigen Dienste zuerkannt.

Bürgerklub. Der gemeinderätliche Bürgerklub hielt heute nachmittags eine mehrestündige Sitzung ab, zu deren Beginn der Vorsitzende Oberkurator von Stöcker dem verstorbenen volkwirtschaftlichen Schriftsteller Dr. Psenner einen warmempfindenden Nachruf hielt. Es gelangten sodann die auf der Tagesordnung der morgigen Gemeinderatssitzung stehenden Gegenstände zur Besprechung. An der Debatte beteiligten sich die Gemeinderäte Eigner, Angermayer, Kunschak, Ulreich, Dr. Klotzberg, Breuer, Reisinger, Hetszel, Partik, Jos. Müller, Spalowsky, Wettengel, Roth und Josef Grünbeck. Schließlich erstattete Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen eingehenden Bericht über die laufenden kommunalen Angelegenheiten.

Leichenbegängnis. Heute nachmittags wurde der auf so tragische Weise aus dem Leben geschiedene Magistratssekretär Hans Böttger zur ewigen Ruhe bestattet. In der Grinzinger Pfarrkirche, in der die Einsegnung durch den Pfarrer Stoppel vorgenommen wurde, hatten sich eingefunden: Vizebürgermeister Hierhammer, Polizeipräsident Stellvertreter Hofrat Gayer, ~~Zam~~ Gesandter Freiherr v. Riedl in Vertretung des Kriegsführungsamtes, Zentraldirektor Kestranek, Reichsratsabgeordneter Bezirksvorsteher Kuhn, die Gemeinderäte Dr. Klotzberg, Dr. Stich, Hof- und Gerichtsadvokat Dr. v. ~~Kazak~~ Wackernell, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Arzt, die Magistratsräte Formanek, Dr. Winkler, Dr. Müller, Gmeiner und Dr. Kubitschek, Lagerhausdirektor Dr. Nübel, Direktor Dr. Bauscher, Oberbaurat Voit, Rechnungsrat Oheral, die Kanzleidirektoren kais. Rat Mayer und kais. Rat Hünisch, der Vizedirektor der städtischen Sammlungen Dr. Englmann, die Magistratssekretäre Dr. Roßkopf und Hofer, Direktionssekretär Dr. Hasmann, die Oberkommissäre Jiresch und <sup>Dr.</sup> Liebl, Bauinspektor Schneider, <sup>Scheiblauber</sup> Direktionsadjunkt Rinklak, die Oberoffiziale ~~Starkl~~ und Hirsch vom Präsidialbüro, Chefredakteur Figl, Hof- und Gerichtsadvokat ~~Starkl~~ Dr. Starkl, Hofkapellmeister Drescher, Rathauskellerwirt Dombacher u. a.

Nach der Einsegnung in der Kirche wurde die Leiche am Zentralfriedhof beigesetzt.

44

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantm. Redakteur Franz Michew.  
Wien. 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 6. Februar 1917. Nr. 44.

-----

Höchstpreise für ausländische Butter. Die mit der Verteilung und Preisfestsetzung der aus dem Auslande eingeführten Butter seitens der k.k. Regierung betraute Oesterreichische ZentralEinkaufsgesellschaft A.G. hat bis auf weiteres folgende Detailpreise für ausländische Butter festgesetzt: ausgeschnittene Ware K 11,80, paketierte K 12 per Kilogramm. Es dürfen demnach von heute an für 12 dkg ausgeschnittene ausländische Butter nicht mehr als K 1,42, für 12 dkg paketierte ausländische Butter nicht mehr als K 1,44 berechnet werden. Die Einhaltung dieser Preise seitens der Detailverschleißer wird von den Organen des Marktes der Stadt Wien strengstens überwacht werden. Ueberschreitungen dieser Höchstpreise werden im Sinne der kaiserlichen Verordnung vom 21. August 1916 zur Anzeige gebracht und geahndet werden.

-----

Die Bezirksvertretung Fünfhaus hält Dienstag, den 13. d.M. 6 Uhr abends eine Sitzung ab.

-----

Der Magistrat ersucht um die Aufnahme folgender Verlautbarung:  
Brotbezugsregelung für Hotels, Gasthöfe und Pensionen. Hoteliers, Gasthofbesitzer und Pensionsinhaber, welche bisher den hiezu berechtigten Gästen Tagesbrotkarten verabreicht haben, haben sich ungesäumt mit einer polizeilichen Bestätigung über die dermalige Anzahl der beherbergten Gäste an die Konskriptionsamts-Abteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes behufs Erlangung einer Brotbezugsanweisung zu wenden, auf Grund welcher sie bei einem befugten Brotverkäufer sich in die Kundenliste aufnehmen lassen können. Die auf diese Art erhaltene Brotmenge ist innerhalb der zulässigen Tageshöchstmenge von 3 Stück Brot zu je 70 g pro Person zur Abgabe an die brotbezugsberechtigten beherbergten Gäste zu verwenden.

-----

Hebammenkurs. Am 1. März beginnt an der k.k. Hebammenlehranstalt in Wien ein fünfmonatlicher Kurs zur Ausbildung von Hebammen. In denselben können Frauen aufgenommen werden, welche das 40. Lebensjahr noch nicht überschritten und, wenn sie ledig sind, das 24. Lebensjahr vollendet haben. Aufnahmsbewerberinnen haben ihre Dokumente und ein behördlich bestätigtes Sittenzeugnis, edn vom Amtsarzte der zuständigen politischen Behörde ausgefertigtes Zeugnis der Gesundheit und der körperlichen Befähigung sowie ein Impfzeugnis beizubringen. Die Schülerinnen haben in einer Aufnahmsprüfung nachzuweisen, daß sie der deutschen Sprache in Wort und Schrift vollkommen mächtig und mit den Elementen des Rechnens vertraut sind. Die näheren Bedingungen für die Aufnahme in den Kurs sind bei der Direktion der k.k. Hebammenlehranstalt in Wien 1. Bezirk Herrengasse 11 (Sanitätsdepartement der n.-ö. Statthalterei) einzusehen. Der n.-ö. Landesauschuß verleiht vier Stipendien im Betrage von je 100 K an jene würdigen Hebamenschülerinnen, welche nach Niederösterreich zuständig sind und ihre Praxis in einer n.-ö. Landesgemeinde auszuüben sich verpflichten.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew.  
Wien. 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 6. Februar 1917. Nr. 45.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 6. Februar.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

eröffnet die Sitzung und macht folgende Mitteilung:

Der unter dem Decknamen „Wilhelm“ bereits seit Jahren genannte Wohltäter hat auch heuer wieder an nachstehende Schulen Geldbeträge im angeführten Ausmaße zur Anschaffung von Schuhen und Kleidern für Schulkinder gewidmet: Der Knaben-Bürgerschule 10. Bezirk Quellenstraße 31 K 1500, den Knaben-Volksschulen 10. Bezirk Quellenstraße 54 K 2500, 10. Bezirk Puchsbaumgasse 55 K 2000, 10. Bez. Thavonatgasse 20 K 2000, 10. Bezirk Laimäckergasse 17 K 3600, Mädchen-Volksschule 20. Bezirk Allerheiligenplatz K 2000, Knaben-Volksschule 20. Bez. Vorgartenstraße 50 K 2500, Mädchen-Volksschule 20. Bez. Pöchlarnstraße K 600, Knaben-Volksschule 20. Bezirk Vorgartenstraße 42 K 2000.

Der Bürgermeister bemerkt hierzu: Das sind Spenden von 18.500 Kronen und ich erlaube mir im Namen des Gemeinderates dem unbekanntem Spender unseren herzlichsten und verbindlichsten Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall und Rufe: Bravo Wilhelm!)

Gespendet haben:

Das Stift der Schotten wie alljährlich den Pflöglingen der städt. Versorgungshäuser 849 Liter Wein und 120 K für Anschaffung von Brot; die Kongregation der Dienerinnen des hl. Herzens Jesu zur Verteilung an die Feuerwehrmannschaft 100 K für Hilfeleistung bei einem Brande; Dr. Josef Speneder für die Weihnachtsfeier im Kaiser Franz Josef-Kinderhospiz in Sulzbach-Ischl 40 K; Ein Ungenanntseinwollender anlässlich seiner Ziviltrauung 10 K für die Armen Wiens; Hausbesitzer Johann Ornstein zu Handen des Bezirksvorstehers Spitaler 100 K für Brennmaterialien für die Armen des 3. Bezirkes; Viktor Zaoral 50 K, Alois Schöpf 10 K und Vinzenz Polaschek 100 K zur Handbeteiligung von Armen des 18. Bezirkes; Hans Presl 500 K und Felix Löffelmann 100 K für die Armen des 6. Bezirkes; Oberleutnant Martin Ballek 100 K für arme Kinder der Stadt Wien.

Ernst Krinwald aus Cincinnati hat einen Betrag von 3000 K für Wohltätigkeitszwecke für Musiker und Kriegerwitwen überweisen lassen. - Die Firma Hugo Scholz hat wie alljährlich den Betrag von 250 K zur Beschaffung von Weihrauch und Kerzen für die Kirche des Wiener Versorgungshomes gespendet.

Hoflieferant Karl Ahorner hat dem Bezirksvorsteher des 7. Bezirkes den Betrag von 10.200 K Kriegsanleihe mit der Bestimmung übergeben, daß mit demselben zum Andenken an seinen Vater, den verstorbenen Gemeinderat kaiserlichen Rat Karl Ahorner eine Stiftung errichtet werde, deren Zinsen nach freiem Ermessen des jeweiligen Bezirksvorstehers an verarmte Gewerbetreibende des 7. Bezirkes und in deren Ermanglung an Hilfsarbeiter verteilt werden sollen, wobei solche Personen zu bevorzugen sind, die durch den Krieg in Not geraten sind.

Der im April v. J. verstorbene Bezirksvorsteher kais. Rat Weidinger hat in seinem letzten Willen nachstehende Beträge zur Errichtung von Stiftungen hinterlassen und zwar: 40.000 K für wahrhaft bedürftige Arme des 7. Bezirkes, 5.000 K zu einer Stiftung für das Kaiser Jubiläumsspital der Gemeinde Wien und 10.000 K zu einer Waisenstiftung für das städtische Waisenhaus auf der Hohen Warte.

Für die städtischen Sammlungen haben gespendet:

Stiftsdame Aglae von Szemö (Budapest) ein farbiges Wachsrelief, darstellend die ehemalige Besitzerin des Kahlenberges Antonie Finsterle.

Ulanenoberleutnant Julius Walbeg in Papa (Veszprimer Komitat)

Muster von ihm erfundener Holzsohlen für Schuhersatz; ~~Stadtschulrat~~ ~~Ing. Spängler mehrere ihm von Oberleutnant Hübl überreichte 170~~ ~~Beurteilung.~~ Die Firma Arnold Bachwitz hat zwei Oelgemälde „Die große Zeit“ von Ludwig Koch an das städt. Museum übersandt und eine Oelkopie des Gemäldes für den Sitzungssaal der Bezirksvertretung Landstraße gespendet.

In Beantwortung einer in der letzten Gemeinderatssitzung von Gemeinderat von Steiner gestellten Anfrage erstattet Bürgermeister Weiskirchner einen eingehenden Bericht, dem wir Nachstehendes entnehmen: Die Beschwerden der Schuhmacher und Lederhändler darüber, daß für den Zivilbedarf Leder in unzulänglicher Menge und meist nur in minderwertiger Beschaffenheit abgegeben wird, sowie die Klagen der Bevölkerung über die Schwierigkeiten in der Beschaffung von Schuhwerk und das unheimliche Ansteigen der Schuhpreise sind vollauf berechtigt. Bereits vor mehr als Jahresfrist, als die ersten Klagen über die mangelhafte Versorgung des Zivilbedarfes insbesondere mit Schlenleder zu meiner Kenntnis gelangt waren, habe ich den Handelsminister in einer Denkschrift auf diese Zustände eindringlichst aufmerksam gemacht, weil durch diese Schwierigkeiten nicht nur die Bevölkerung überhaupt, sondern insbesondere Gewerbe und Handel hart betroffen und namentlich kleine und mittlere Betriebe bereits in arge wirtschaftliche Bedrängnis geraten waren. Ich brachte hierbei eine Neuregelung der damals geltigen Verkehrs- und Verbrauchsvorschriften in Anregung und stellte für den Fall, als diese untunlich sein sollte, unter gleichzeitiger Unterbreitung konkreter Vorschläge die Bitte um Abhilfe im Rahmen der damals bestehenden Einrichtungen.

~~Neben meinen Gedanken über die Art und Weise der Verwertung und Verwertung der im Etappenraume gewonnenen Häute konnte ich insbesondere nicht umhin, meinem Zweifel Ausdruck zu geben, daß die Geschäftsführung der Häute- und Lederzentrale genügende Bürgschaft dafür bietet, daß alle für den Militärbedarf nicht unbedingt notwendigen Vorräte auch tatsächlich der Versorgung der Zivilbevölkerung zugänglich werden.~~

Die Not im Schuhmachergewerbe, die zahlreiche Existenzen zu vernichten drohte, hat mich bewogen, auch den Minister für öffentliche Arbeiten zu bitten, daß den Angehörigen des Schuhmachergewerbes in Wien, insbesondere den Kleinmeistern das zur Aufrechterhaltung ihres Gewerbebetriebes und zur Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwerk unbedingt notwendigen Schlenleder zugewiesen werde.

Die beiden Minister haben in entgegenkommender Weise Abhilfe versprochen, soweit dies die Befriedigung des Heeresbedarfes zuläßt. Der Handelsminister hat insbesondere zugesagt, kein Mittel unversucht zu lassen, um die Probleme, die sich im Zusammenhange mit dem großen Lederbedarf der Kriegsverwaltung hinsichtlich der Versorgung der Zivilbevölkerung, der lederverarbeitenden Gewerbe und des Handels aufwerfen, nach Möglichkeit einer baldigen befriedigenden Lösung zuzuführen.

Da die Verhältnisse nicht nur keine Besserung erfahren, sondern sich noch verschlechtert hatten, habe ich beim Arbeitsminister meine Bitten wiederholt und auch namens des Bundes der deutschen Städte vorgesprochen, wobei ich die Freigabe von mindestens 25 % des für den Militärbedarf beschlagnahmten Leders erbat und die Durchführung einer zweckmäßigen Organisation zur Verteilung des freigegebenen Leders vorschlug. Ich ersuchte ferner, daß ein entsprechender Teil der in Serbien beschlagnahmten Vorräte von Häute und Leder für den Wiener Zivilbedarf freigegeben werden. Wie uns zurichend sich in der letzten Zeit die Versorgung des Schuhmachergewerbes gestaltet hat, erhellt aus folgendem: Von einer Person werden im Jahre durchschnittlich  $1\frac{1}{2}$  Paar Schuhe verbraucht und zur Herstellung eines

Schuhpaares ist ein Kilo Leder notwendig. In der Zeit vom 15. Juli bis 31. Dezember 1916 wurden nur 41.000 Kilogramm Leder den Wiener Schuhmachern zugewiesen, wovon der größte Teil minderen Gebrauchswert hatte und als Oberleder nur 471 Kilo verwendbar waren. Infolge dieser unzureichenden Versorgung der Bevölkerung mit Schuhwerk und der Preissteigerung der Schuhwaren in den Niederlagen der Schuhfabriken ergab sich die Notwendigkeit, teils im Rahmen der Gemeindeverwaltung, teils im Wege der Zentralstelle für Heeresvorsorge zu treffen, um Mittellose mit Schuhen betheiligen zu können, und den städtischen Angestellten und dem Mittelstande sowie den verschiedenen Beteiligungsvereinen den Bezug von Schuhwerk wenigstens einigermaßen zu erleichtern. Zu diesem Zweck wurden mit Zustimmung der Obmannerkonferenz bis Ende Dezember des vergangenen Jahres insgesamt rund 227.800 Paar Schuhe zum Preise von 3.640.000 Kronen angekauft. Mit dieser Aktion der Gemeinde und der Zentralstelle kann allerdings kaum der dringendste Bedarf befriedigt werden.

Eine wirkliche Besserung in dieser Richtung läßt sich nur erwarten, wenn Erleichterungen in der Freigabe von Leder für den Zivilbedarf eintreten. Ich verkenne durchaus nicht, daß es unbedingt notwendig war, den Bedarf der Armee in erster Linie zu sichern; bei der nahezu ausschließlichen Inanspruchnahme aller nur halbwegs geeigneten Ledersorten für den Heeresbedarf glaube ich aber annehmen zu können, daß die Heeresverwaltung ihren eigenen Bedarf nunmehr soweit gesichert hat, daß ohne Gefährdung eine Freigabe wenigstens in einem solchen Umfange möglich ist, daß dem dringendsten Bedürfnisse der Bevölkerung abgeholfen werden könnte. Ich werde daher unter Hinweis auf die seither eingetretene Verschärfung der Lage meine Schritte um Erwirkung der Freigabe größerer Mengen von Leder bei der Regierung erneuern und insbesondere um die endliche Erlassung der in Aussicht gestellten Verordnung über die Regelung der Schuhpreise sowie um Verfügungen bittlich werden, durch welche der Bezug von Schuhwerk zu den festgesetzten Preisen auch tatsächlich gesichert wird, zu welchem Zweck mir besondere Ueberwachungsmaßnahmen notwendig erscheinen.

Was den Wunsch des Interpellanten über die Gebarung und Verwendung der verschiedenen Zentralstellen betrifft, so erscheint diesem mittlerweile durch die vom Handelsminister erlassene Verfügung entsprochen, in welcher er in dankenswerter Weise die öffentliche Rechnungslegung der verschiedenen Kriegszentralen nach fachgemäßer Prüfung ihrer Bilanzen angeordnet hat. Nach dem tatkräftigen Eingreifen des Handelsministers, für welches ich ihm hiebei Dank sage und welches auch das tunlichste Entgegenkommen in der anderen Richtung erwarten läßt, glaube ich auch hoffen zu können, daß er meine weitere und gewiß berechtigte Bitte erfüllen wird, welche dahin geht, daß die erzielten Ueberschüsse der Häute- und Lederzentrale den Schuhmachern zugewendet werden, die zu jenen Gewerbetreibenden gehören, die besonders schwer unter den Verhältnissen gelitten haben und unter welcher zahlreiche Existenzen nach dem Kriege wieder aufzurichten sein werden.

Die österreichische Gesellschaft zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage hat in einer längeren an den Bürgermeister gerichteten Zuschrift zu der Kritik, welche ihre bisherigen Leistungen in der Gemeinderatssitzung vom 19. Februar v. J. anlässlich der Beratung über ihr Subventionsgesuch unterzogen worden sind, Stellung genommen. In der Zuschrift ist insbesondere ausgeführt, daß es Zweck der Gesellschaft ist, nur die Mitwirkung bei der Bekämpfung der Rauch- und Staubplage nicht die Abstellung dieser Uebelstände sein könne. In der Zuschrift werden sodann die Bestrebungen und Leistungen der Gesellschaft aufgezählt und es wird zum Schlusse erwähnt, daß der Rücktritt die in der Gemeinderatssitzung vorgebrachte Kritik/des Präsidenten zur unmittelbaren Folge hatte, wodurch ein erfolgreiches

Wirken der Gesellschaft in der Zukunft in Frage gestellt ist. Bürgermeister Dr. Weiskirchner setzt hinzu, dass er den Rücktritt das in allen Kreisen hochgeschätzten Präsidenten, dessen Wirken und dessen Erfahrungen für die Ziele der Gesellschaft von außerordentlichem Werte sein müssen aufs Tiefste bedauern

2

In Erwidrerung einer vom Gemeinderat Reumann in der letzten Gemeinderatssitzung gestellten Anfrage bringt der Bürgermeister nachstehenden Bericht zur Kenntnis. Was die Art der den Pflöglingen in den Versorgungsanstalten der Stadt Wien zur Verfügung gestellten Nahrungsmittel anbelangt, so ist es wohl selbstverständlich, dass die allgemeine Marktplage nicht ohne Rückwirkung auf die Versorgungsanstalten bleiben konnte. Die zunehmende Knappheit einzelner Lebensmittel ergab die Notwendigkeit an diesem den Verbrauch stark einzuschränken und dafür durch andere in grösserer Menge auf den Markt gebrachte Nahrungsmittel Ersatz zu schaffen. Im Dezember vorigen Jahres stand allerdings eine Anzahl von Nahrungsmitteln nur in stark verminderten Ausmassen zur Verfügung und einzelne blieben ganz aus, es wurde jedoch für den Ausfall durch erhöhten Verbrauch anderer Nahrungsmittel ein ausreichender und hinsichtlich des Nährwertes zweckmässiger Ersatz geschaffen. Was die Menge der verabreichten Nahrung anbelangt, so ergaben die Erhebungen, dass von den Anstalten auf den Ernährungsbedarf der Pflöglinge dadurch Bedacht genommen wurde, dass Nahrungsmittel von geringerem Nährwert nunmehr in grösseren Portionen als sonst (statt des üblichen 3/10 Liters  $\frac{1}{2}$  Liter) abgegeben werden. Dass die Anstalten bemüht sind, diese Nahrungsmittel ihren Pflöglingen auch in einer möglichst schmackhaften Zubereitung zu verabreichen, davon konnte ich mich durch vorgenommene Kostproben auch an fleischlosen Tagen überzeugen. Die ausreichende Vorsorge für den Nahrungsbedarf der Pflöglinge macht sich in dem Ernährungszustand derselben kenntlich. Schon die blosser Besichtigung einer grossen Zahl von Pflöglingen in Frauen- und Männerabteilungen ergab, dass dieselben ihrem Alter entsprechend rüstig und frisch aussehen und Abmagerungen in irgendwie auffälliger Form nicht stattgefunden haben. Einzelne Pflöglinge geben über Befragungen wohl eine geringe Abnahme ihres Körpergewichtes an. Von dieser in der gegenwärtigen Zeit allgemeinen Regel können eben auch die Versorgungsanstalten keine Ausnahme machen. Aber nicht allein durch die Besichtigung, sondern auch in wissenschaftlich möglichst zweifelsfreier Weise konnte festgestellt werden, dass die Pflöglinge der Versorgungsanstalten sich in einem guten Ernährungszustand befinden. Bei 134 Pflöglingen (74 Männer und 60 Frauen) des Versorgungsheimes in Lainz wurde nach dem Pirquetschen System das Verhältnis zwischen Körpergewicht und Sitzhöhe berechnet. Dabei ergab sich, dass die Durchschnittsziffer die für muskelkräftige Erwachsene festgestellte Normalzahl voll erreichte, in keinem Falle eine stärkere Abmagerung konstatiert werden konnte. dagegen bei einer grösseren Zahl von Pflöglingen, namentlich bei Frauen sogar Verhältnisziffern resultierten, welche auf eine gewisse Fettleibigkeit schliessen lassen. Auch die Erkrankungshäufigkeit sowie die Sterbeziffern der letzten Monate des abgelaufenen Jahres wurden mit den diesbezüglichen Zahlen der gleichen Monate des Jahres 1914 in Vergleich gezogen und ergaben sich hierbei keinerlei Umstände, welche auf eine Verschlechterung des Zustandes der Pflöglinge schliessen lassen. Diesen objektiven Befunden entsprachen die Angaben der Pflöglinge selbst. Dieselben bewerteten wohl vielfach die durch die derzeitige Marktlage hervorgerufenen Koständerungen, sahen jedoch deren Notwendigkeit ein und beklagten sich weder über die Menge noch über die Zubereitung der Nahrung. Am unangenehmsten scheint die Knappheit der Kartoffel, sowie die karge Brotration empfunden zu werden. Wenn es möglich wäre, jenen Pflöglingen, welche wegen des Mangels an Hilfskräften derzeit zu Arbeiten in der Anstalt (Schneeschaufeln u.dgl.) herangezogen werden

müssen, die für Schwerarbeiter vorgesehene Brotration zu verschaffen, so würde damit einem besonderen Wunsche derselben Rechnung getragen werden.

G.R. Stanglberger verliest hierauf den Einlauf.

Der Bürgermeister bemerkt schliesslich: „Ich glaube im Rahmen aller sprechen zu dürfen, wenn ich sage, dass uns das leibliche Wohlbefinden und die Fürsorge für die armen alten Leute allen am Herzen liegt und dass wir trachten, dass soweit es die Verhältnisse erlauben, sie in bestmöglicher Weise zu verpflegen.“

Gemeinderat Dr. Wein stellt folgende Anfrage: Bei den in den letzten Tagen stattgefundenen Ernennungen von Schuldirektoren wurden wieder in mehreren Bezirken gut qualifizierte ältere Lehrkräfte zu Gunsten jüngerer Lehrer, welche sich der besonderen Gunst der kommunalen Parteigrössen erfreuen, präferiert. Ein besonders crasser Fall ist der des christlichsozialen Bezirksrates Semrad, welcher als jüngster Bewerber mit 24 Dienstjahren nicht weniger als 26 anderen Älteren, gut qualifizierten Bewerbern vorgezogen wurde. Unter den übergangenen Lehrern befindet sich unser Kollege Hohensinner mit 34 Dienstjahren, dessen Leistung in der Qualifikation als vollkommen zufriedenstellend und zur Leitung bestens geeignet bezeichnet wird. Diese offenkundige Protektionswirtschaft, durch welche verdiente Schulmänner, weil sie durch ihre freiheitliche Gesinnung das Mißfallen der herrschenden Partei hervorgerufen haben, von der Schulleitung ausgeschlossen werden, erregt in weiten Bevölkerungskreisen große Entrüstung. Während unsere Partei im Hinblick auf die Kriegereignisse den Burgfrieden wahrt und auf die sich aus der gegenwärtigen Lage der Bevölkerung ergebenden agitatorischen Parteivorteile verzichtet, während in den verschiedensten Hilfsaktionen Männer und Frauen aller Parteirichtungen in patriotischer Weise zusammenwirken, um die schwere Kriegsnot der Bevölkerung wenigstens einigermaßen zu lindern, hält es das geheime Parteicomité, welches Stadtrat genannt wird, für angemessen, ohne Rücksicht auf die Lehren und die Erfordernisse des Krieges und mit schänderlicher Außerachtlassung des Burgfriedens immer wieder die Gemeindeautonomie zu egoistischen Parteizwecken und zur Versorgung der Parteigünstlinge zu mißbrauchen. Indem ich namens des Verbandes der bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderäte gegen dieses den Grundsätzen der Gerechtigkeit zuwiderlaufende und die Schulzwecke schwer schädigende Vorgehen den schärfsten Protest erhebe, stelle ich die Anfrage: Wie rechtfertigt der Bürgermeister den Vorgang des Stadtrates bei Verleihung von Direktorstellen, insbesondere die Ernennung des Bezirksrates Semrad zum Direktor in der Bürgerschule 10. Bezirk Hebbelplatz? Ist der Bürgermeister geneigt, in Zukunft in Erfüllung seiner Pflicht dem parteimässigen Vorgehen und der Protektionswirtschaft des Stadtrates bei Verleihung von Direktorstellen mit der gebotenen Entschiedenheit entgegenzutreten?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Vor allem muß ich die in der Interpellation gegen den Stadtrat erhobenen Vorwürfe entschieden zurückweisen. Nach meiner Überzeugung hat der Stadtrat nach bestem Wissen und Gewissen die Ernennungen vorgenommen. Ich werde diesen Protest dem Stadtrat zur Geschäftsbehandlung zuweisen. Im Übrigen muß ich, weil in der Interpellation vom Burgfrieden die Rede ist, die Art und Form, die nichts weniger geeignet ist als den Burgfrieden zu fördern, hervorheben.

G.R. Hohensinner: Ich fordere Recht und Gerechtigkeit!

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Herr Gemeinderat Hohensinner, ich rufe Sie zur Ordnung, Sie sprechen in eigener Sache!

G.R. Dr. v. Dorn stellt folgenden Antrag: Der strenge Frost in Verbindung mit den hohen Kohlenpreisen und der Schwierigkeit der Kohlenbeschaffung zeitigt für die ärmere Bevölkerung die schwersten Leiden. Infolgedessen steigert sich auch die Inanspruchnahme der Wärmestuben in riesigem Maße. In einer ähnlichen Situation, welche vor ungefähr 10 Jahren eingetreten war, hat sich über meinen damaligen Antrag der Gemeinderat entschlossen, dem Wärmestubenverein eine außerordentliche Spende zuzuwenden. In Anbetracht dieses Umstandes und der herrschenden großen Not, durch welche die Mittel des Wärmestubenvereines in überragendem Maße in Anspruch genommen werden, stelle ich den Antrag: Der Gemeinderat wolle beschließen, dem Wiener Wärmestubenverein eine außerordentliche Spende im Betrage von K 10.000 zu widmen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Nach einem Antrage des VB. Hoß wird ein Zuschusskredit von K 31.807 für die Beförderung der Löschgeräte durch Pferdebetrieb bewilligt.

Nach einem Antrage des VB. Hoß wird für Zehrgelder, Kostgelder und dergl. für das Verwaltungsjahr 1916/17 ein erster Zuschusskredit von K 170.000 K bewilligt.

VB. Hoß berichtet über die Aenderung der Bestimmungen über die Anspruchsberechtigung zur Erlangung von Schüler-Stipendien an dem k.k. Staats-Realgymnasium im 21. Bezirk. Darnach sind zur Bewerbung dünftige und würdige Schüler des Staats-Realgymnasiums im 21. Bezirk berufen, wobei solche, die in einer der jetzt zum 21. Bezirk vereinigten bestandenen Gemeinden das Heimatsrecht besaßen, dormalen daher nach Wien zuständig sind und solche Schüler, die in Niederösterreich heimatsberechtig, jedoch bereits seit 5 Jahren im 21. Wiener Gemeindebezirk wohnhaft sind, den Vorzug genießen. - Der Referentenantrag wird genehmigt.

VB. Rain legt einen eingehenden Bericht über die Vornahme einer Wohnungszählung vor und beantragt die mit 8000 K veranschlagten Kosten zu bewilligen und auf die Auslagen aus Anlaß der Kriegereignisse zu verrechnen. Es sollen nicht bloß die Mietwohnungen, sondern auch die Geschäftslokaltäten und Werkstätten in Wien gezählt werden.

In Verbindung damit erstattet VB. Rain ein ausführliches Referat über die Errichtung eines allgemeinen öffentlichen Nachweises für Wohnungen, Geschäftslokaltäten und Werkstätten als Unterabteilung des städtischen Wohnungsamtes. Zur Deckung dieser Kosten wird ein Kredit von 10.000 K beantragt.

G.R. Dr. v. Dorn gibt seiner Befriedigung über die vorgelegten Anträge Ausdruck und erklärt, dieselben seien nur einer kleinen Ergänzung bedürftig. Was die Wohnungszählung betrifft, solle man sich nicht damit begnügen, bloß die leerstehenden Wohnungen aufzuzählen, sondern man solle auch gleichzeitig die Anzahl der Bewohner und namentlich die Zahl der Kinder feststellen. Es ist ein großer Bedarf an Wohnungen für kinderreiche Familien und deshalb wäre es gut, von vorneherein festzustellen, in welchen Häusern der Aufnahme von Familien mit Kindern kein Hindernis entgegensteht. Bezüglich des Wohnungsnachweises könne man nur dann einen wirklichen Erfolg erzielen, wenn die Listen auch in irgend einer Art und Weise veröffentlicht werden. Es wäre zu empfehlen, das Verzeichnis der leerstehenden Wohnungen sowohl in das Amtsblatt aufzunehmen und davon Sonderabdrucke zu verbreiten, wie auch die Nachweise der Tagespresse zur Veröffentlichung zu übergeben. Der Redner stellt diesbezügliche Zusatzanträge.

G.R. Emmerling: Auch wir begrüßen die Vorlage und erlauben uns darauf zu verweisen, daß wir schon im Jahre 1914, als die Beratung des allgemeinen Wohnungsnachweises zur Debatte stand, erklärt haben, daß man

3

nicht darauf warten dürfe, bis sich ein tatsächliches Bedürfnis herausstelle, und das das Gemeindestatut schon damals die Möglichkeit gegeben hätte, diesen Wohnungsnachweis in Kraft treten zu lassen. Ich glaube, das vor allem zu den Voraussetzungen einer erfolgreichen Wohnungspolitik notwendig ist, das sich der Gemeinderat nicht nur um den Nachweis der leerstehenden Wohnungen kümmert, sondern auch darauf bedacht ist, das Wohnungen überhaupt geschaffen werden. Ich benütze die Gelegenheit, um darauf zu verweisen, das dem Gemeinderate endlich die Bauordnung vorgelegt werden muß. Die Möglichkeit, neue Wohnungen zu schaffen ist noch wichtiger, es muß aber eine neue Bauordnung vorgehen, damit wir nicht nach dem alten Schimmel in Wien wieder eine Aera der Zinskasernen bekommen. Ich möchte meine Behauptungen durch einige Zahlen bekräftigen, die aus dem Jahrbuche der Stadt Wien stammen: Sie reichen allerdings nur bis zum Jahre 1913, sprechen aber eine aufreizende Sprache in Betreff der Notwendigkeit von Kleinwohnungen. Im Jahre 1913 waren 124.000 Kündigungen zu verzeichnen, nahezu 123.000 allein entfallen auf 14 tägige und vierteljährliche Kündigung.

GR. Emmerling: Im Jahre 1913 gab es im 10. Bezirke 10.800 14 tägige Kündigungen in Ottakring 11.400. Demgegenüber stehen vierteljährliche Kündigungen 560 im 10. Bezirk und 520 im 16. Bezirke. Wenn man die Leerstellungen ansieht ist das Bild umgekehrt. Die Zahl derselben ist bedeutend zurückgegangen mit Ausnahme des 10. Bezirkes wo im Jahre 1909, 168 gegenüber 279 im Jahre 1913 waren. Im 16. Bezirke hat es im Jahre 1909 267 Wohnungen gegeben, im Jahre 1913 bloss 98. das ist ein betrübliches Verhältniss. Noch schlechter wird das Bild wenn man die Wohnungsgrösse als Grundlage oder Urteilung annimmt. Es muss die Suche nach Wohnungen angesichts der Verhältnisse eine sehr grosse gewesen sein, sonst ist es nicht zu erklären, warum man hier von 2500 auf 1200 herunterfällt - Der Referent hat in seinen Ziffern die Gesamtanzahl zusammengefasst und auch erklärt, dass er sich mit den Geschäftslokalitäten befassen werde. Ich habe diese ausgelassen. Wir sehen dass die Vermehrung der Zimmer und Kabinette im Jahre 1909 bloss um 78.000 Lokalitäten eingetreten ist. Dagegen hat die Bevölkerung eine Vermehrung von 135.900 erfahren. Eine solche Vermehrung muss dazu führen, dass die Bevölkerung in den Wohnungen immer mehr platzgreift. Man muss daher daran denken, kleine Wohnungen zu schaffen. Nun hat der Referent erklärt, dass das Wohnungsamt sich ausschliesslich mit den Leerstellungen befassen wird. Es wird schwer sein und eine ungeheure Arbeit kosten, alle Wohnungskündigungen zu erfassen, ich kann mir aber vorstellen, dass man den Betreffenden, der eine Wohnung sucht auch verpflichtet, anzuzeigen, dass er sie aufgenommen habe. Wenn man sich aber nur darauf beschränken werde, nur die Zahl der Leerstellungen anzugeben, so wird eintreten, dass der Mangel an kleinen Wohnungen überhaupt nicht als solcher erscheinen wird. Ich bin dafür, dass man auch an die Frage der zwangweisen Mitteilung bei Kündigungen herantrete, wie man sie in Städten in Deutschland durchgeführt habe. Allerdings ist dies eine schwere Aufgabe, aber ich sage auch nicht, dass man sofort daran gehen solle. Man wird aber dazu kommen, weil man einsehen wird, dass man mit der geringen Anzahl von Leerstellungen nichts erzielen wird. Dazu kommt noch, dass in dem Referate eine Teilung vorgesehen ist, in die Wohnungen der inneren Stadt und in die der Bezirke 11 bis 21. Wie das gemacht werden soll, kommt im dem Referat nicht klar zum Ausdruck. Ich bin dafür, dass man dem Problem der Festhaltung der Kündigungen nahetritt.

Der Gemeinderat wird sich auch mit der Wohnungsinspektion befassen müssen, die als Folge der Wohnungspolitik zu betrachten ist. Der Redner stelle deshalb den Antrag: „Der Magistrat wird beauftragt, eine Vorlage auszuarbeiten, und dem Gemeinderate zur Beschlussfassung zu unterbreiten. Das Gemeindestatut gebe die Möglichkeit eine Wohnungsinspektion einzuführen, ohne dass ein Reichsgesetz erforderlich wäre-

GR. Melcher anerkannte ebenfalls die Notwendigkeit einer Wohnungszählung, schon um zu wissen, wo man Kleinwohnungen werden bauen müssen. Das Wohnungsamt wird diesbezüglich für die Bauherren eine willkommene Einrichtung sein. Der öffentliche Wohnungsnachweis wird berufen sein, dem sogenannten wilden Bauen ein Ende zu machen. Redner bespricht sodann das Sinken des Leerstellungskoeffizienten, welcher unter 4% nicht herabsinken dürfe, damit durch ein entsprechendes Verhältnis von Angebot und Nachfrage die Mietzinsen nicht gesteigert werden. Der Leerstellungskoeffizient dürfte in den Jahren 1915/16 auf ungefähr 0,7 bis 0,8 herabgesunken sein, insgedessen müsse heute bereits von einer Wohnungsnot gesprochen werden, und zwar nicht nur von kleinen Wohnungen, sondern auch von grösseren Wohnungen. Der Mangel an letzteren sei insbesondere in der Inneren Stadt entstanden, wo selbst viele Wohnungen durch die Errichtung der Zentralstellen und anderer neuer Aemter in Büros umgewandelt wurden. Nach dem Kriege wird nicht nur die Anzahl der Haushaltungen, sondern auch jener von neuen Zuwanderern sich stark steigern, da viele Eingerückte, welche auf dem Lande lebten und infolge des Krieges ein grosses Stück der Welt und darunter viele grosse Städte gesehen haben, es vorziehen werden, auch weiterhin in der Grosstadt sich ihren Erwerb zu suchen.

Der Redner betont die Notwendigkeit einer Fortsetzung der infolge des Krieges eingestellten Bauten, wobei man keineswegs die sogenannten Schwindelbauten unterstützen brauche. Man beschäftige sich immer im Gemeinderate mit der Hilfe für die kleinen Gewerbetreibenden, der Baumeister gehöre doch auch zu den kleinen Gewerbetreibenden. Ausserdem kommen hier noch die gesamten Baugewerbetreibenden in Betracht, die ja auch ihr Geld verlieren würden. Die Fortsetzung solcher Bauten sei aber auch aus dem Grunde notwendig, weil bei den heutigen Preisen auf lange Zeit hinaus das private Bauen unmöglich geworden ist. Wie sehr sich das Bauen verteuert habe, gehe daraus hervor, dass infolge der hohen Kosten des Materials ein m<sup>3</sup> Mauerwerk, der vor dem Kriege 28 Kronen kostete, heute auf 72 Kronen zu stehen kommt. Redner stellt schliesslich den Antrag, dass zur Behandlung der Frage wegen Fortführung der infolge des Krieges stehen gebliebenen Bauten, sowie zur Besprechung von Schutzmassnahmen für die bei diesen Bauten beteiligten Gewerbetreibenden ein Komitee von Gemeinderäten aus dem Gewerbestande gebildet, und dem Wohnungsamt zur Beratung beigegeben werde. Er habe auch nichts dagegen, wenn diesem Komitee Hausbesitzer aus dem Gemeinderate zugezogen werden.

Vize-Bürgermeister Rain erklärt, in seinem Schlussworte, dass die Ausgestaltung des Wohnungsmates in absehbarer Zeit zu erwarten sei und dankt dem Bürgermeister, dass er in dieser bedeutsamen Frage die Initiative ergriffen habe. Das Amt sei bei Dr. Sagemister in dem berufenen Händen und werde gewiss seine Aufgaben erfüllen. Auch dort Einzelwünschen werde entsprochen werden können, wenn einmal die Frage des Personenmangels beseitigt sei und so werden auch nach Ablauf des Krieges in allen Bezirken Filialen des Wohnungsamtes geschaffen werden. Gewiss sei es, wie G.R. Emmerling betont habe, Aufgabe der Gemeindeverwaltung, alles zu tun, um die Bautätigkeit zu fördern, und es sei Aufgabe der Regierung baldigst ein Wohnungsgesetz zu schaffen, das auch die Wohnungsinspektion obligatorisch einführt. In Erwiderung auf den Antrag des Gemeinderates Melcher erklärt der Redner, dass Bürgermeister Dr. Weiskirchner beim Finanzminister bereits Schritte unternommen habe, welche die Fortführung eingestellter Bauten und den Schutz der dabei beteiligten Gewerbetreibenden bezweckte. Es wäre Aufgabe der Finanzinstitute diesbezüglich den Gewerbetreibenden beizustehen, diese haben sich aber lieber auf das Lebensmittelgeschäft geworfen und dort ihr wucherisches Treiben entfaltet, als im Sinne der Allgemeinheit zu wirken.

Hierauf werden die Anträge des Referenten einstimmig und auch die Zusatzanträge Dorn, Emmerling und Melcher mit grosser Mehrheit angenommen.

StR. Knoll legt ein Uebereinkommen bezüglich der Abänderung der Baulinien westlich der Brünner Strasse im 21. Bezirke vor. Die Anträge des Berichterstatters werden angenommen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

StR. Dr. Mataja berichtet über die Rückwirkung der III. Teilnovelle zum allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch auf die Dienstverträge der Gemeinde Wien und stellt folgenden Antrag: Die städtischen Aemter, Anstalten und Unternehmungen werden beauftragt, die Dienstverträge der Gemeinde Wien mit ihren Bediensteten, soferne für diese Verträge nicht die bestehenden Sondergesetze in Betracht kommen, mit den zwingenden Vorschriften der 3. Teilnovelle zum allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch in Einklang zu bringen. Hierbei haben jene Bestimmungen in den Dienstverträgen, die für die Dienstnehmer günstiger sind, als die betreffenden Vorschriften der Novelle unberührt zu bleiben.

Gr. Skaret meint, dass in dem Referentenantrag ein Schönheitsfehler enthalten sei. Er weist darauf hin, dass die Unternehmer erbände mit den Arbeiterorganisationen Verhandlungen geführt haben, darüber, wie sie die Bestimmungen der dritten Teilnovelle in entsprechender Form regeln könnten. Sie sind übereingekommen, dass die Anwendung des § 14 54b rlg.B.G.B. für weitere 6 Monate nach Friedensschluss wirksam sein sollen. Die Unternehmer haben sich in diesem § eine zeitliche Beschränkung auferlegt. Am Schlusse seiner Ausführungen beantragt der Redner eine, in dem Antrag enthaltene zeitliche Einschränkung ( „ bis auf weiteres “ ) aus dem Antrag auszumerzen sei.

GR. Schlechter: betont in seinen Ausführungen, dass leider alle Verordnungen und Gesetze, wie das Krankenversicherungsgesetz, die dritte Teilnovelle des bürgerlichen Gesetzbuches vom grünen Tische aus gemacht werden, ohne dass die in den einzelnen Fällen zu Rate zu ziehenden Körperschaften zur Mitarbeit herangezogen werden. Redner führt des weiteren die Reform des Krankenversicherungsgesetzes aus mit der Betonung, dass leider jetzt der Gemeinderat das einzige Forum sei, von dem aus über diese Dinge gesprochen werden könne. Redner dankt dem Vorsitzenden, dass es ihm, als Gewerbetreibenden gestattet war, seine diesbezüglichen Ausführungen zu geben und tritt am Schlusse seiner Ausführungen um die Annahme des Referentenantrages.

G.R. Breuer nimmt ebenfalls dagegen Stellung, dass man die Gewerbetreibenden übergangen habe. Er habe die Ehre Mitglied des Gewerberates zu sein, einmal sei dieser zwar beisammen gewesen, dann aber nie wieder und Angelegenheiten, die so sehr in das Wesen des Gewerberates grüften, würden doch vor den Gewerberat gehören. Wenn man diesen übergehe, so bedeutet das geradezu eine Bagatellisierung und in diesem Falle müsste man auf die Ehre Mitglied einer solchen Körperschaft zu sein, verzichten ( Lebhafter Beifall ).

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters werden die Referentenanträge genehmigt.

Gr.R. Spalowsky berichtet über die Erhöhung des staatlichen Unterhaltsbeitrages und beantragt die Genehmigung einer an die Regierung zu richtenden Petition. In der Begründung weist der Referent darauf hin, dass das Gesetz im Jahre 1914 als eine Wohltat empfunden wurde, weil durch dasselbe die Existenz der Angehörigen der Eingerückten gesichert erschien. Mit der zunehmenden Teuerung stellte sich jedoch die Unzulänglichkeit bei bewilligten Beiträgen heraus. In dem Gesetze wurde mit Absicht kein fester Betrag festgelegt, der Unterhaltsbeitrag sollte sich vielmehr der jeweils festzusetzenden Gebühr für die Militärdurchzugsverpflegung anpassen. Dieses Durchzugsgebühr blieb jedoch seit 1914 unverändert. Eine natürliche Folge dieses Zustandes

4  
ist die zunehmende Verelendung der Familien der Eingerückten. Der Unterhaltsbeitrag der im Jahre 1914 noch zur Deckung bescheidener Lebensansprüche zur Not genügen konnte, ist heute zur Bestreitung des Lebensunterhaltes durchaus ungenügend, wenn man beachtet, dass fast alle Lebensmittel um 300 und noch mehr Prozent teurer geworden sind. Eine Beschaffung des notwendigen Ersatzes von Kleidern, Wäsche, Schuhen, etc. ist schon deswegen in diesen Familien nicht möglich, weil der Unterhaltsbeitrag nicht einmal zur Beschaffung von Lebensmitteln ausreicht. Für die Bestreitung sonstiger Bedürfnisse kommt der Unterhaltsbeitrag längst nicht mehr in Betracht. Wie sehr dies richtig ist, möge die Tatsache beweisen, dass das Wirtschaftliche Hilfsbüro der Gemeinde Wien zur Behebung von Mietzins-Schwierigkeiten der Familien Eingerückter im Jahre 1915 106.564 Kronen, im Jahre 1916 jedoch einen solchen von 372.541 Kronen beansprucht, also mehr als das dreifache für Mietzinsaushilfen. Es ist also eine Abhilfe dringend notwendig, ist aber auch möglich. Für die Kriegsdienstleister wurde im Jahre 1914 bloss für die Verköstigung ein Betrag von K 1.79 per Tag festgesetzt. Im Jahre 1916 wurde dieser Betrag auf K 3.41 erhöht. Auch die Gebühren für die Militärdurchzugskosten wurden von der Militärverwaltung von 88 Heller im Jahre 1914 auf K 1.92 Ende 1916 erhöht. Auch ein Vergleich mit Deutschland zeigt, dass dort die Unterhaltsbeiträge, die anfänglich bei uns viel niedriger waren, als bei uns, bedeutend erhöht wurden, von 6 Mark in den Sommermonaten und von 9 Mark in den Wintermonaten für die Frau auf 20 Mark und von 4 M für jedes Kind auf 10 Mark. Ausserdem zahlen dort die Städte und die Zweckverbände einen ausgiebigen Zuschuss. Der Einwand, dass die Kosten ganz gewaltige seien, darf die Regierung nicht hindern, die Erhöhung durchzuführen, insbesondere werden Frauen mit einem oder 2 Kindern dieser Erhöhung am meisten bedürfen. Die Erhöhung ist übrigens begrenzt durch die Bestimmung, dass die Gesamthöhe der Unterhaltsbeiträge nicht grösser sein dürfe, als das Einkommen des Mannes.

Die Erhöhung ist also nach diesen meinen Ausführungen durchaus selbstverständlich. Der Notwendigkeit ist längst Gemeingut der ganzen Bevölkerung geworden und die Regierung kann sich dieser ihrer Verpflichtung nicht mehr entziehen. Wenn die Gemeindevertretung, wie ich hoffe, heute ebenfalls einhellig ihre Ansicht zum Ausdruck bringt, und die Erhöhung durchgeführt wird, dann wird nicht nur unseren Soldaten im Felde die Beruhigung gewährt werden, dass ihre Angehörigen versorgt sind, es wird auch den Frauen die Möglichkeit geboten werden, ihr Leben leichter zu ertragen, es wird auch für die Zukunft der Kinder von grossem Nutzen sein. (Lebhafter Beifall).

Gr. Ullreich weist darauf hin, dass wir 30 Monate Krieg, das sind 30 Monate fortschreitender Verteuerung aller zum Lebensunterhalte notwendiger Dinge hinter uns haben. Daran ist die Regierung nicht ganz unschuldig, ~~teils hat sie Unterlassungssünden begangen, teils aktiven Anteil an der Verteuerung genommen.~~ Man hat daher auch das Recht das sie denjenigen, die vom Unterhaltungsbeitrag leben müssen, das Leben möglich macht. Alles ist im Preise gestiegen. ~~Die Bevölkerung geht einer totalen Verarmung entgegen, diese Verarmung betrifft nicht nur die Angehörigen des Arbeiterstandes sondern auch den Mittelstand, die Gewerbetreibenden und den kleinen Beamten. Die Suche der von dem Unterhaltsbeitrag lebenden Frauen der Eingerückten nach Arbeit, ist vergebens, weil die Privatindustrie keine Rohmaterialien für dieselbe mehr hat.~~ Redner gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die Regierung, die sich bisher fast allen Petitionen ziemlich ablehnend verhalten hat, nun nachgeben müssen und eine ausgiebige Erhöhung des Unterhaltsbeitrages werde stattfinden müssen. Das Gesetz, womit

die Unterhaltsbeiträge eingeführt wurden, mag gut gemeint gewesen sein, was ist aber aus ihm geworden? Die Unterkommisionen haben nach Gutdünken gehandelt.

Zahlreiche Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes haben ein mangelhaftes Verfahren der Unterkommisionen festgestellt und auch sonst ist durch die Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes die Geltung des Gesetzes wesentlich verschoben worden. Die Forderung ist wohl berechtigt, dass die Regierung jetzt daran geht, die Entscheidungen des Verwaltungsgerichtshofes als Vorschriften geordnet an die Unterbehörden hinauszugeben, damit den Parteien der langwierige Weg zum Verwaltungsgerichtshof erspart wird. Auch sollten Berufungskommisionen eingeführt werden, damit nicht die ~~xx~~ Unterkommisionen selbst über sich entscheiden. Die Gleichstellung des Nebenverdienstes mit dem Unterhaltsbeitrage bietet eine ganz ungerechtfertigte Grundlage, bei der Neufestsetzung des staatlichen Unterhaltsbeitrages muß ein gewisses Existenzminimum festgelegt werden. Diese Forderung ist schon mit Rücksicht auf die horrenden Preise der Bedarfsartikel für den Lebensunterhalt gerechtfertigt. Auch die Frage des Mietzinsbeitrages ist zu erheben. Im Unterhaltsbeitrage ist ein Mietzinsbeitrag von 44 Heller enthalten und dieser wird jenen Personen abgezogen, die freie Wohnung haben, wie dies insbesondere bei den Hausbesorgerinnen der Fall ist. Das bedeutet für Frauen, die zwei oder mehr Kinder haben eine schwere wirtschaftliche Schädigung, denn oft würden sie weniger für die Wohnung brauchen, wenn sie diese bezahlen müssten. Die Abzüge an Mietzinsbeitrag dürften also in Hinkunft nicht über den tatsächlichen Wert der Wohnung hinausgehen. Wenn es zur Erhöhung des Beitrages kommt dann müsste auch die Beschränkung wegfallen, dass der Unterhaltsbeitrag nicht höher sein darf, als der frühere Verdienst des Mannes, denn dieser lässt sich schwerlich feststellen. Gewiss wird die Erhöhung beträchtliche Mehrauslagen erfordern, aber da der Krieg schon so viele Milliarden verschlungen hat, so dürfen auch einige Millionen Kronen keine Rolle mehr spielen und es wäre höchste Zeit, dass die Regierung endlich von ihrer ablehnenden Haltung ablässt und die tatsächlichen Bedürfnisse einer Erhöhung des Unterhaltsbeitrages entspreche.

Gr. Dr. Hein erklärt, dass seine Partei für die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages stimmen werde. Alle Parteien haben sich in dieser Frage bemüht und es herrsche in der Wiener Bevölkerung diesbezüglich keine Meinungsverschiedenheit. Der Verwaltungsgerichtshof sei in dieser Angelegenheit als mustergültig anzusehen und er habe sich als ein Hort in rechtlicher Beziehung erwiesen, der eine humane Gesetzgebung vertritt und sich nicht auf den Standpunkt des Fiskalismus gestellt. Er habe in seinen Entscheidungen unter anderem den Standpunkt angenommen, dass der Unterhaltsbeitrag kein Almosen, sondern eine öffentliche rechtliche Entschädigung ist, das nicht das Existenzminimum sondern ein den sozialen Verhältnissen entsprechender Unterhaltsbeitrag zu bewilligen und dass nicht der notwendigste, sondern der Unterhaltsbeitrag überhaupt notwendig ist. Es wäre wünschenswert die Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes der Bemessung des Unterhaltsbeitrages zu Grunde zu legen. Der Unterhaltsbeitrag gehöre zu den Kosten des wirtschaftlichen Verteidigungskrieges - Die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages wird sich auch zum Teil wieder für den Staat als nutzbar erweisen. Von jedem Gesichtspunkte aus empfiehlt sich daher die Erhöhung des Unterhaltsbeitrages. Redner erklärt, dass er sich voll und ganz den Anträgen anschliesse und dass er wünsche, dass dieses Einmütige Verlangen des Wiener Gemeinderates mehr Rücksicht findet bei der Regierung, wie die Vorstellungen anderer Faktoren.

Dr. Skaraj erklärt, dass seine Parteigenossen für die vorliegende Petition stimmen werden. Allerdings vermisst er in der Petition, dass von den Frauen, die in gemeinsamen Haushalten leben nichts gesagt wird. Der Redner bespricht sodann die Handhabung des Gesetzes insofern, als es von den verschiedenen Unterhaltungskommissionen in einer Weise interpretiert wird, die sicherlich nicht in der Absicht der Gesetzgeber gelegen war. Als einen von den tausenden von kranken Fällen könne er anführen, dass die Frau eines Tischlermeisters welcher in Friedenszeiten einen Verdienst von mindestens 6 bis 7 Kronen pro Tag hatte, nur einen Unterhaltsbeitrag von K 3.20 genehmigt wurde, obwohl sie mit 6 Kindern hier zurückblieb. Die Notlage bestand schon im Jahre 1914 bei Frauen, die ein oder zwei kleine Kinder hatten. Wenn eine solche Frau, da sie mit dem Unterhaltsbeitrag nicht auskommen konnte, sich um einen Nebenverdienst bemühte und mit Handarbeiten einige Kronen in der Woche verdiente, so wurde ihr der Unterhaltsbeitrag, sobald dieser Umstand durch Denunziationen der Kommission bekannt wurde, entweder verkürzt, oder ganz genommen. Diese Frauen mussten durch die zunehmende Teuerung in den folgenden Jahren mit samt ihren Kindern hungern. In Berlin, wo der Unterhaltsbeitrag im letzten Jahre auf 30 Mark hinaufgesetzt wurde, bekommen die Angehörigen den gleichen Betrag durch die Gemeindefürsorge und das 40% Mark bei der Kaufkraft des deutschen Geldes ungleich mehr wert sind als 30.00 K. in Oesterreich, braucht sich nicht weiter ergehen zu werden. Dazu kommt noch die Reichswochenhilfe in Oesterreich, die in der Höhe von 110 -- Mark bei jedem Kind, welches geboren wird.

Die sozialdemokratische Partei hat schon wiederholt bei der Regierung interveniert, dass die Durchzugsgebühren jedes Jahre neu festgesetzt und damit die Unterhaltsbeiträge erhöht werden. Ein Erfolg ist nicht möglich, weil die parlamentarische Arbeit bei uns ausgeschaltet ist.

Der Redner erwidert nun die wiederholten, aber immer vergeblichen Schritte bei der Sozialdemokraten bei der Regierung und erklärt, der Verzicht des Gesetzes sei vollständig klar, er werde aber nicht eingehalten.

Wir Sozialdemokraten werden auch diesen unerlösten Versuch eine Lösung durchzusetzen voll unterstützen, wogegen wir auch mit Rücksicht nicht auf die nicht angeordneten Frauen bei Eingriffen der Verleger nicht voll befriedigt sein können.

Bürgermeister W. Kirchner übernimmt den Vorsitz. In seinem Schlussworte betont der Referent, dass von allen Rednern die zwingende Notwendigkeit der Erhöhung des Unterhaltsbeitrages betont worden sei. Bei der Abfassung der Petition sei es hauptsächlich darum zu tun gewesen, darauf hinzuweisen, was die Regierung bis jetzt versäumt hat und sie zu veranlassen, dass sie dieses Versäumte nachhole, und die Forderung zu erheben, dass die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge den heutigen Verhältnissen entsprechend angepasst sei. Redner richtet an die Regierung den Appell, der nicht nur die Zustimmung der ganzen Öffentlichkeit finden werde, sondern dem sich auch die Regierung werde nicht verschließen können, eine Erhöhung der Unterhaltsbeiträge in entsprechendem Masse durchzuführen und so denen, die daheim geblieben und ihr Liebste in den Dienst des Vaterlandes stellten, das Durchhalten zu erleichtern und ihre Pflicht ihnen gegenüber zu erfüllen. Der Antrag des Referenten wird hierauf einstimmig angenommen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner betont, dass er sich dem Appell des Referenten an die Regierung vollinhaltlich anschliesse. Grund St. R. Wippl beantragt den Ankauf von Wäxstücken im I. Bezirke am südöstlichen Abhänge des Laserberges im Ausmasse von 13.239 m<sup>2</sup> um K 2.50 per m<sup>2</sup>.

Vize-Bürgermeister H. A. A. berichtet über eine Änderung der Statuten des Kreditvereines der Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien. Die Anträge wurden genehmigt.

Vize-Bürgermeister H. A. A. referiert über die Errichtung von Mietkämern in den Wiener Gemeindebezirken und stellt folgenden Antrag: Im Sinne der Verordnung des Gesamtministeriums vom 26. Jänner 1917, betreffend den Schutz der Mieter wird je ein Mietsamt in jedem Wiener Gemeindebezirke errichtet und bei jedem Mietsamt die Bildung der erforderlichen Zahl von Senaten ermöglicht. Für die Kosten der Errichtung und Verwaltung der Mietsämter in räumlichen Teile der Voranschlagsfrist 1916/1917 wird ein bei den Kriegsausgaben zu veranschlagter Betrag von 22.500 Kronen bewilligt; im Voranschlage 1917/1918 ist das Jahreserfordernis von 60.000 Kronen vorzusehen.

Die Referentenanträge werden genehmigt, ebenso nachstehender Zusatzantrag des Gemeinderates Dr. von Dorn. Die Entscheidungen der Mietsämter sind in Wohnungsamte oder einer mit diesem in Verbindung stehenden, speziell für diesen Zweck zu schaffenden Zentralstelle zu sammeln und eventuell statistisch zu verarbeiten. Es sind nun entsprechende Vorkehrungen zu treffen, um die möglichste Gleichmässigkeit in der Rechtsfindung und Rechtsprechung der Mietsämter zu sichern. Dem

Wohnungsamte wird empfohlen, bei der Durchführung vorstehender Beschlüsse des Rates des städtischen Wohnungsamtes der Zentralstelle für Wohnungsreform und des städtischen wirtschaftlichen Hilfsbüros zu bedienen.

Nach einem Antrage des St. R. Schmid wird die Baubewilligung für die Neuaufstellung einer Verkaufshütte und eines Geräteraumes am neuen Naschmarkt erteilt.

Nach einem Antrage des St. R. Schmid wird die Herstellung einer Verleiderampe und Durchführung verschiedener sonstiger Arbeiten für den neuen Naschmarkt genehmigt.

Nach einem Antrage des St. R. Braun wird die Anschüttung der Haidestrasse von der ersten Haidequerstrasse bis zum Ende der neuen Baulichkeiten für die Automörserbatterien auf der Gimmering Haide im XI. Bezirke genehmigt.

Nach einem Antrage des St. R. Grünbeck werden 1000 Kronen für die Weihnachtsfeier im Schmidt-Elterlein'schen Kinderheim im XVII. Bezirk bewilligt.

Nach einem Antrage des St. R. Dr. Haas wird eine Anänderung des Beschlusses, betreffend die Errichtung von Wagenschuppen in der Weissenbergergasse im 3. Bezirke genehmigt.

St. R. Dr. Haas legt den Vorschlag pro 1917 der städtischen Patronats-Pfarrkirche Maria Geburt am Rennweg im 3. Bezirk vor. Die Deckung des Abganges von K 3808 -- aus Gemeindegeldern wird genehmigt.

Nach einem Antrage des St. R. Dr. Haas wird die Erhöhung der Verpflegungsgebühren in den städt. Versorgungsanstalten genehmigt. Es werden bestimmt für das Bürgerversorgungshaus K 4.50 für die Wiener Versorgungsheime K 3.50 und für die Versorgungshäuser in St. Andrä, Liesing, Mauerbach und Többs K 2.50 täglich.

St. R. Dr. Haas legt die Schlussrechnung über den Schulbau III., Mariahilfergasse 20 vor. Gegenüber den genehmigten Kosten von K 727.754 -- Kronen wurde ein Betrag von 92.439 -- K erspart.

St. R. Dr. Haas legt den Vorschlag pro 1917 der städtischen Patronatspfarrkirche St. Othmar unter den Pöschgraben im 3. Bezirke vor. Die Deckung des Abganges per K 6779 -- aus Gemeindegeldern wird genehmigt.

Nach einem Antrage des St. R. Knoll wird dem Rudolf Peithner von Liechtenfels für den Betrieb der Propeller-Überfahrt Tausendfüßler eine Subvention von 700 Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des St. R. Savitsky wird der Mehrerfordernis von 1110 -- Kronen zur Ausführung einer Gartenanlage auf dem Johann Jaffeplatz im 18. Bezirk genehmigt.

Nach einem Antrage des St. R. Savitsky wird dem Vorkomitee der Erfindung „Kromareograph“ eine Subvention von 300 -- Kronen gewährt.

Nach einem Antrage des St. R. Savitsky wird dem Verein zur Pflege des Jugendspielles, Ortsgruppe Mitzling als Beitrag zu dem ihm aus Anlass der Herstellung der Bewässerungsanlage seiner Kriessgegenwartenerwachsenen Anbohrungskosten eine Subvention in der Höhe der aufgelaufenen Kosten per 204 K bewilligt.

Nach einem Antrage des St. R. Tomala wird dem Zentralverein zur Erziehung und Erhaltung von Knabenkorten in Wien für 1917 eine Subvention von 1100 -- Kronen bewilligt. Der Wehrlingerfürsorgekommission des Fortbildungsrates in Wien, wie im Vorjahre und zwar noch für das Jahr 1918 eine Subvention von 20.000 Kronen bewilligt, für die in den städtischen Koch- und Haushaltungsschulen III., Deckergasse I und XI., Jägerstr. 94 zu Unterrichtswecken zubereiteten Mahlzeiten wird der für eine Schülerin bisher mit 40 Heller festgesetzte Betrag für die Dauer des XXXI. Schuljahres 1916/17 auf 60 Heller erhöht. Die Erhöhung der Kasse der Schulkosten für die Schulen wird genehmigt und hierfür ein Zuschusskredit von 104.000 -- Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des St. R. Tomala wird dem Vorkomitee für Materialprüfungen der Technik eine Subvention von 100 -- Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Tomala wird dem Ansuchen der Frau Floquet Privatprachenschulstichterin um Subvention mit Rücksicht auf den Charakter der Schule als ein „gewinnbringendes Unternehmen“ abgelehnt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Tomala wird dem Verein „Kindersportstationen“ eine Subvention von 110.000 -- Kronen bewilligt.

Nach einem Antrage des St. R. Tomala werden der Knabenbeschäftigungsanstalt der St. Vincenz-Konferenz zum hl. Leopold in Wien-Gersthof Beleuchtungs- und Heizungskosten für überlassene Schullokalitäten in der Höhe von 438 Kronen nachgesehen.

Nach einem Antrage des St. R. Hessely wird dem Landstrasser Jünglings-Verein „St. Stanislaus“ eine Koksspende von 30 q bewilligt.

Vize-Bürgermeister Hoß übernimmt den Vorsitz. Gleichstellung St. R. Schneider berichtet über die der übernommenen prov. Hilfsbeamten mit den übrigen Beamten der Gemeinde Wien, -- städtische Gaswerke. Die Referentenanträge

wurden genehmigt.

6

St. M. Schneider berichtet über Verkehrseinschränkungen auf den Linien der städtischen Strassenbahnen und stellt die bereits bekannten Anträge.

GR. Ferdinand Fischer schlägt vor, bei den Straßenbahnwagen in den verkehrsstarken Stunden zwei Schaffnerinnen anzustellen und das Ein- und Aussteigen so zu regeln, daß man im hinteren Abteil des Wagens ein- und vorne aussteigen müsse. Weiters bemerkt Redner, daß es Zeit wäre, bei der Regierung bezüglich Abschaffung der Kontrolluhren vorstellig zu werden. Des weiteren bemängelt der Redner das Fehlen elektrischer Signale in den Straßenbahnwagen. <sup>Ferner</sup> ~~Weiter~~ tritt er für die Schließung des Verkehrs abends um eine Stunde früher ein.

GR. Melcher ist der Ansicht, dass der Strassenbahnbetrieb in Wien nicht bloss im Interesse der Gemeinde und der Wiener Bevölkerung, sondern auch im Interesse des Staates sei, da ja sehr viele Militärpersonen gesunde und verwundete, die Strassenbahn benützen, sie ausserdem einen wichtigen Frachtransport und auch den Postverkehr teilweise zu bewältigen habe. Sie wäre also wie die anderen Unternehmungen zu behandeln, ihre Tätigkeit wäre eine Kriegsdienstleistung und es müßten daher geeignete Landsturmpflichtige zur Reparatur der Wagen zugewiesen werden. Er stellt dann die Frage, warum es nicht ermöglicht werde, die vordere Plattform zu benützen und ob es wahr sei, dass durch eine Verfügung der Direktion verboten ist, das Gitter der vorderen Plattform zu öffnen. Er wünscht schliesslich, dass der Bahnhofverkehr möglichst wenig eingeschränkt werde und ersucht die aufgelassene Haltestelle Ecke Liechtensteinstrasse und Berggasse wieder zu aktivieren.

GR. Emmerling: Diese Gemeinde Wien würde sicherlich ganz andere Massnahmen ergreifen, wenn die Strassenbahnen, nicht ihr Eigentum wären. Bei der Betriebsführung sollten nicht sowohl fiskalische als vielmehr öffentliche Interessen massgebend sein.

Redner weist des weiteren auf die schlechten Zustände der Strassen hin, die vielfach auch Schwierigkeiten für den Verkehr der Strassenbahnen bilden. Des Weiteren bemängelt Redner die Verwendung der alten Typen der Reiwagen. Er tritt für die Einführung von Vorverkaufskarten ein, für die Aufhebung des Verbotes der Schaffnerinnen ausser Dienst sich nicht im Innern des Wagen aufhalten dürfen. Redner betont, man müsse, den Behörden und den in Frage kommenden Stellen klarmachen, dass die Strassenbahn eine Institution im öffentlichen Interesse sei und daher auch die nötige Berücksichtigung finden müsse.

GR. Kunschak findet, dass die Straßenbahn unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch eine sehr respektable Leistung vollführe. Man müsse sich gegebenenfalls zufrieden geben wenn die Straßenbahnen in der Früh, Mittags und Abends die Arbeiter und die Beamten befördere; das Publikum, welches in der Zwischenzeit die Straßenbahn benütze, könne ganz gut auch zu Fuß gehen. Es gebe noch höhere Interessen, als einen klotzigen Straßenbahnverkehr, damit meine er z. B. das Schulwesen, welches infolge der Einberufung der vielen Lehrkräfte stark leide. Bezüglich der Säuberung der Straßen vom Schnee gehe seine Ansicht dahin, daß kein Unterschied gemacht werde, daß vielmehr die verkehrsreichen Straßen behufs Schonung des Pferdemaaterials eher gesäubert werden, als die Paradestraßen. Gegen das viele Blindfahren gebe es nach seiner Meinung nur ein Mittel: Die Einführung des Einheitstarifes. Der Redner bespricht sodann die starke Überlastung der städt. Elektrizitätswerke und gibt zum Schlusse seinen Bedauern darüber Ausdruck, daß es bei uns an Einsicht und Erkenntnis an den maßgebenden Stellen fehlt, was die Bedürfnisse einer Grossstadt sind. Nach dem Schlußwort des Berichterstatters wird zur Abstimmung geschritten, die Referentenanträge werden genehmigt, der Antrag Fischer wird abgelehnt.

Schluß der Sitzung.

46

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michau.  
Wien. 1. Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 7. Februar 1917. Nr. 46.

Aus der vertraulichen Sitzung. Der Gemeinderat beschloß in seiner gestrigen vertraulichen Sitzung nach einem Antrage des VB. Hierhammer dem Schriftsteller Alfons Petzold in Anerkennung seiner literarischen Tätigkeit eine Ehrengabe im jährlichen Betrage von 1500 K auf Lebensdauer zu verleihen. - Nach einem Antrage des StR. Dr. Haas wurde der mit der provisorischen Leitung des Kaiser Jubiläumsspitals betraute städtische Oberbezirksarzt Dr. Julius Schaffran zum Direktor des Spitals ernannt. Der Primararzt Dr. Viktor Kienast wurde provisorisch zum Facharzt für Krüppelfürsorge bestellt und dem Stadtphysikate als Experte beigegeben.

Kuratorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes Wiens. Mittwoch, den 31. Jänner fand im Rauchsalon des Bürgermeisters eine Plenarsitzung der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes Wiens unter dem Vorsitze des 1. Vizepräsidenten Paul Ritter von Schoeller statt. Dieser Sitzung wurde vom Sekretariat und dem leitenden Ausschusse der Rechnungsabschluß pro 1916 vorgelegt. Kurator kaiserlicher Rat Beschorner erstattete den Bericht namens des Revisionsausschusses über die durchgeführte Ueberprüfung der Geschäfte- und Kassagebarung der Stiftung. Derselbe bemerkte, daß die Ueberprüfung in jeder Beziehung, sowohl hinsichtlich der Kassa- als auch der Büchergebarung ein tadelloses Resultat ergeben hat und empfahl daher dem Kuratorium, dem leitenden Ausschusse das Absolutorium zu erteilen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die Bilanzgebarung der Stiftung pro 1916 stellt sich wie folgt: Einlagen bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien k 125.866, Barvorräte in der Kanzleikasse K 3.155, außerdem ein Depot von K 4000 Silberrente. Die Darlehen an 41 gewerbliche Vorschauvereine und sonstige Genossenschaften betragen gegen Hinterlegung von 77 Akzepten K 1,218.528 K. Der Stiftungsfond am Schlusse des vorjährigen Rechnungsausweises betrug K 187.025, hiezu Zuschreibung aus dem halben Jahresertragnisse pro 1916 von K 9000, zusammen K 196.025. Die zweite Hälfte des Ertragnisses per K 9000 wurde zur Unterstützung dergewerblichen Fachschulen bestimmt; die Verteilung dieses Betrages übernimmt wie üblich die n.-ö. Handels- und Gewerbekammer. Der Reservefond beträgt nach Zuschreibung von 10.000 K nunmehr 130.000 Kronen. Das Gewinn- und Verlustkonto stellt sich wie folgt: Zinsenertragnis der Sparkasse und der 4000 K-Silberrente K 4562, Darlehenszinsen K 32.953, Gehalte, Expensen, Porti, Drucksorten und Sonstige K 6.222, Steuern und Gebührenäquivalent für das Jahr 1916 K 4060, so daß sich ein Reinertragnis nach Abrechnung von 10.000 K, welche dem Reservefond zugewiesen worden sind, von K 18.018 ergibt. An Rückzahlungen wurden im Jahre 1916 K 29.986 geleistet, an neuen Krediten wurden 50.000 K bewilligt.

Es wurden hierauf in den leitenden Ausschuß die Herren Gemeinderat Leitner, kais. Rat Julius Weissenberger, Kurator Adolf Fritz, Vorsteher Konrad Anderl, Gemeinderat Leopold Schmidt und Kammerrat kais. Rat Wegel-

Leckel wieder gewählt. Als Obmann des leitenden Ausschusses fungiert Gemeinderat Josef Leitner, als dessen Stellvertreter kais. Rat Weissenberger als Kassier Kurator Adolf Fritz. Zu Rechnungsrevisoren pro 1917 wurden gewählt: die Herren Kuratoren kais. Rat A.M. Beschorner, kais. Rat Luber und Gemeinderat Panosch.

Das Präsidium der Stiftung besteht gegenwärtig aus dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner als Präsidenten und Paul Ritter von Schoeller als ersten und Kommerzialrat Rudolf Maaß als zweiten Vizepräsidenten.

Nach Worten des Dankes durch den Vorsitzenden an die Kuratoren für die Mühewaltung, welche diese als Ehrenamt ausüben, schloß derselbe die Sitzung.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hierhammer Dr. Renatus Delannoy zum Magistrats-Oberkommissär und Dr. Adolf Merkl zum Magistrats-Konzipisten, nach einem Antrage des VB. Hoß Karl Brosch zum Kanzlei-Akzessisten, Fritz Breyer zum Geometer-Assistenten, Anton Kovarovic zum Vermittlungsbeamten 1. Klasse des städtischen Arbeits- und Dienstvermittlungsamtes und Dominik Nikoladoni zum Amtsdienner 2. Klasse ernannt.

Vorrückung von Lehrpersonen. Vom Stadtrate wurde nach einem Antrage des StR. Tomola die Volksschullehrerin 2. Klasse Marie Mayr zur Volksschullehrerin 1. Klasse und der prov. Lehrer 2. Klasse Karl Hein zum Volksschullehrer 2. Klasse ernannt.

Pensionierung. Der Stadtrat hat dem Ansuchen des Hauptkassa-Kontrollors Alois Uhlich um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge gegeben.

Waisenstiftung. Im Gräfin Andrassy'schen christlichen Mädchen- und Knabenwaisenhaus 19. Bezirk Hohe Warte gelangen zwei Karl und Maria Holl'sche Mädchen- und ein Knaben-Stiftungsplatz zur Besetzung. Anspruch auf diesen Stiftungsplatz haben arme von beiden Eltern oder doch vom Vater verwaiste Kinder, deren Eltern in Wien gewohnt haben, ohne Unterschied, ob letztere hier zuständige waren oder nicht; dieselben müssen außerdem die übrige Eignung für die Aufnahme in ein städt. Waisenhaus nachden hiefür geltenden Vorschriften besitzen, d.h. sie müssen in dem Alter zwischen dem 6. und 10. Lebensjahre stehen, lernfähig, geimpft und körperlich gesund sein. Gesuche sind mit einem Armutzeugnis, dem Taufschein, dem Impfzeugnis und dem Heimatsnachweise des Kindes sowie mit dem Totenschein der Eltern oder des verstorbenen Elternteiles und dem letzten Schulzeugnisse des Kindes zu versehen und längstens bis 28.d.M. im Einreichungsprotokoll der Magistratsabteilung 12 (1. Bezirk Neues Pathaus) zu überreichen.

47

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 8. Februar 1917. Nr. 47.

Ueberreichung von Auszeichnungen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner überreichte heute in seinem Empfangssalon einige Auszeichnungen an verdiente Gemeindefunktionäre. Nach der Beerdigung neuernannter Armenräte überreichte er das Diplom für eine mehr als 10 jährige Tätigkeit dem Armenrate des 3. Bezirkes Josef Pirgle, den Armenräten des 5. Bezirkes Moritz Barth von Sabarth, Peter Dal-Bianco, Georg Wilhelm Dörsam, und Karl Meisl und den Armenräten des 17. Bezirkes Benno Gleich, Franz Horak, Anton Lohse, Hans Püchl, Franz Radek, Josef Redl und Hermann Sturm. Hiezu hatten sich eingefunden: die Gemeinderäte Goldeband und Roth, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, die Obmänner der Armeninstitute Haimeth und Twaroch, die Magistratsräte Formanek, Dr. Korschann und Dr. Winkler, etc. - Schließlich überreichte der Bürgermeister dem dem Bezirksamt 15 zugeteilten Kanzlei-Akzessisten Richard Buchegger, dem bekanntlich für seine Betätigung auf dem Schlachtfelde die große silberne und die bronzene Tapferkeitsmedaille verliehen wurde, diese kaiserlichen Auszeichnungen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtete an den Ausgezeichneten eine Ansprache, in welcher er sagte: Mögen die beiden Tapferkeitsmedaillen Sie stets an die schwerste Zeit Ihres Lebens erinnern und Ihnen ein Andenken daran sein, daß auch Sie in dem Kampfe, den Oesterreich-Ungarn um die Ehre und die Existenz der Monarchie führt, zu jenen gehören, welche dem Vaterlande die größten Opfer gebracht haben. Magistratsrat Dr. Korschann dankte dem Bürgermeister namens der Beamtenschaft für die persönliche Ueberreichung der Auszeichnungen und betonte, daß die Auszeichnungen für Buchegger ein umso selteneres Andenken seien, als er sie unter dem alten Kaiser erstritten, vom neuen Kaiser verliehen und vom Kriegsbürgermeister seiner Vaterstadt überreicht bekommen habe. Auch Herr Buchegger dankte für die Ueberreichung der ihm verliehenen Auszeichnungen und sagte, daß er wie er für den Kaiser ein treuer Soldat gewesen, für die Gemeinde ein pflichtgetreuer Beamter sein wolle.

Nachmusterungen. Laut Einberufungskundmachung P haben die 1898 bis 1892 geborenen Landsturmpflichtigen, welche am Erscheinen an den für sie bestimmten Musterungstagen durch unüberwindliche Hindernisse abgehalten waren, sich einer Nachmusterungskommission vorzustellen. Im Sinne der vorstehenden Bestimmung wird verlautbart, daß in der Zeit vom 8. bis 22. Februar im 3. Bezirk Landstraßer Hauptstraße 97 (Dreher's Bierhalle) Nachmusterungen vorgenommen werden. Es werden daher alle jene Musterungspflichtigen der Geburtsjahrgänge 1898 bis 1892, welche aus irgend einer Ursache vor der Musterungskommission nicht erschienen sind, aufgefordert, bei Vermeidung strenger Bestrafung ihrer Musterungspflicht zu entsprechen. Zu diesem Behufe haben sie sich umgehend in der Kanzlei am Musterungsplatze anzumelden.

Abgabe von Eiern. Von morgen (Freitag) angefangen, werden in den Bezirken Leopoldstadt und Währing bulgarische Eier abgegeben werden und zwar im 2. Bezirk 125 Kisten frische Eier zum Preise von 30 Heller per Stück und im 18. Bezirk 75 Kisten Kalkeler zum Preise von 20 Heller per Stück. Der Verkauf findet in den Filialen der 6 großen Molkereien gegen Vorweisung der gelben oder blauen Mehlbezugsscheine und mit der Beschränkung statt, daß auf jede im Haushalte verköstigte Person ein Ei entfällt.

Verkehr mit Peluschkern und Lupinen. Mit Verordnung vom 24. Jänner d.J. betreffend den Verkehr mit Peluschkern und Lupinen, hat das k.k. Amt für Volksernährung die Sperrung für die genannten Waren mit den im § 1 der Verordnung festgesetzten Wirkungen verfügt. Die im § 2 der Verordnung festgesetzte Anzeige der am 24. Jänner 1917 vorrätigen Mengen haben die Besitzer in Wien bis 10. Februar d.J. bei dem zuständigen magistratischen Bezirksamte zu erstatten, welche letztere die nach der Verordnung zu treffenden weiteren Verfügungen (Bestimmung der Mengen, welche zurückbehalten werden können, Verständigung der Kriegs-Getreide-Verkehrsanstalt etc.) veranlassen werden.

Die Ernennung des Bürgerschuldirektors im 10. Bezirk. In der letzten Gemeinderatssitzung stellte Gemeinderat Dr. Hein eine Anfrage, wie der Bürgermeister den Vorgang des Stadtrates bei Verleihung von Direktorstellen insbesondere die Ernennung des Bezirksrates Semrad zum Direktor der Hebbelschule im 10. Bezirk rechtfertigen könne. In Ergänzung der Beantwortung der Anfrage durch den Bürgermeister wurde in der heutigen Stadtratssitzung vom Stadtrate Tomola nachstehender Bericht erstattet:

Im Schulbezirke Wien sind bei einem Gesamtstande von 6420 Lehrpersonen 428, d. i. 6.6 Prozent als Direktoren und Oberlehrer angestellt. Bei ausschließlicher Rücksichtnahme auf die Dienstzeit hätte jede Lehrkraft 6.6 % von den 35 Jahren ihrer Dienstzeit, d. i. etwas über 2 Jahre in leitender Stellung zu wirken. Es ist einleuchtend, daß durch einen solchen Zustand ein beständiger Wechsel in der Leitung der Schulen einträte, welcher das verantwortungsvolle Amt eines Schulleiters zu einem wertvollen Aufputz in der Schulhierarchie herabzudrücken geeignet wäre, der insbesondere höchst nachteilig auf die von Jahr zu Jahr wachsenden Aufgaben sozialer Fürsorge durch die Schule einwirken müßte. Gewiß ist es keine leichte Aufgabe, aus der großen Anzahl der Bewerber um leitende Stellen jene auszuwählen, welche die meiste Gewähr dafür bieten, den wachsenden Aufgaben der modernen Schule gewachsen zu sein. Ebenso sicher ist es auch, daß viele zweifellos tüchtige Lehrer gar nie auf leitende Posten vorrücken können. Diesen wurde durch das Gesetz vom 29. März 1912 nach 30jähriger Dienstzeit die Personalzulage jährlicher 400 K gewährt. Daß bei Besetzung der Direktorstelle im 10. Bezirk Hebbelplatz 12 der Stadtrat den seit der Errichtung dieser Schule bestellten provisorischen Leiter Stefan Semrad im Hinblick auf dessen in dieser Eigenschaft bewiesene Tätigkeit dem Bürgerschullehrer Oswald Hohensinner vorzog, wird jeder vollkommen begreifen, der nicht parteipolitisch befangen ist. Der blühende Zustand des Wiener Schulwesens, insbesondere die zahlreichen Anerkennungen, die sich die Wiener Schulleiter bei den Schulbehörden sowohl wie durch Auszeichnungen erwerben, liefern den besten Beweis dafür, daß der Stadtrat es verstanden hat, aus den Tüchtigen die Tüchtigsten auszuwählen.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen.

48

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, Donnerstag, 8. Februar 1917. Nr. 48.

---

Eine Verfügung des Kaisers für die bessere Kohlenversorgung  
Wiens. Bürgermeister Dr. Weiskirchner machte in der heutigen  
Sitzung des Stadtrates folgende Mitteilung:

Se. Majestät der Kaiser hat, um dem in Wien herrschenden  
Kohlenmangel ein Ende zu bereiten, die Militärbehörde beauf-  
tragt, die entsprechenden Verfügungen wegen Beistellung von  
Fuhrwerk und Arbeitskräften zu treffen, damit die Kohlen vom  
Nordbahnhof zu den Kleinhändlern abgeführt werden können.  
Das Kriegeministerium habe bereits die erforderlichen Anord-  
nungen getroffen.

Diese Mitteilung wurde vom Stadtrate mit tiefstergebenem  
Danke zur Kenntnis genommen und der Bürgermeister ersucht,  
Sr. Majestät den ehrfurchtvollsten Dank des Stadtrates für  
dieses huldvolle Zeichen kaiserlicher Fürsorge für die Bevöl-  
kerung Wiens zu unterbreiten.

---

27. Jahrg. Wien, Freitag, 9. Februar 1917. Nr. 49.

## Ein Andenken an den verstorbenen Kaiser in den städtischen Sammlungen.

Nach einer dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner zugekommenen Zuschrift des Obersthofmeisteramtes hat Kaiser Karl angeordnet, daß der von dem verstorbenen Kaiser Franz Josef I. in der Wiener Hofburg benützte Schreibtisch dem Museum der Stadt Wien gewidmet werde. Bürgermeister Dr. Weiskirchner machte hievon in der letzten Sitzung des Stadtrates Mitteilung, welcher seinen ehrerbietigsten Dank hiefür zum Ausdruck brachte.

Der Dank des deutschen Kaisers. Der kaiserlich deutsche Botschafter Graf Wedel teilte in einem Schreiben dem Bürgermeister mit, daß er die am 26. v.M. von der Stadt Wien übermittelten Wünsche anlässlich des Geburtstages des Deutschen Kaisers diesem unterbreitet habe. Der Kaiser habe dieselben mit aufrichtiger Genugtuung zur Kenntnis genommen und ihn beauftragt, dem Bürgermeister für diese freundliche Aufmerksamkeit und den darin enthaltenen erneuten Beweis bundesfreundlicher Gesinnung seinen besten Dank zu übermitteln.

Aus dem Stadtrate. (Sitzung vom 8. Februar unter dem Vorsitze des Bgm. Dr. Weiskirchner und der VB. Hierhammer, Hoß und Rain.)

Nach einem Antrage des VB. Rain wird die Verlegung des Stadtbüros des Brauhauses der Stadt Wien vom Hause 8. Bezirk Schmidgasse 18 ins Amtshaus 1. Bezirk Felderstraße genehmigt. - Die Erweiterung der Leichtölanlage im Gaswerke Leopoldau wird mit den Kosten von 25.915 K genehmigt. - StR. Schmid beantragt die Anschaffung von 2 Stück Garbekesseln für die Ueberlandzentralen Ebenfurth im Kostenbetrage von 150.400 K pro Kessel und 20.000 K für die Montage eines Kessels. (Ang.) - Nach einem Antrage des StR. Schwer wird die Anschaffung einer Säulenbohrmaschine und Werkzeugschleifmaschine für die Werkstätte der städtischen Feuerwehr mit den Kosten von 7075 K genehmigt. - StR. Schneider beantragt die Legung eines 300 millimetrischen Rohrstranges auf dem Handelskai im 20. Bezirk mit den Kosten von 90.654 K. (Ang.) - Nach einem Antrage des StR. Tomola wurde der 6. Band „Naturgemäßer Zeichen- und Kunstunterricht“ von A. Kunzfeld für die Lehrerbibliotheken angeschafft. - Nach einem Antrage des StR. Wippel wurden Gründe in Oberlaa im 10. Bezirk an der Grenze des Gemeindegebietes im Ausmaße von 50.800 m<sup>2</sup> um K 2,78 per m<sup>2</sup> angekauft.

Die Schulen und die 5. Krieganleihe. Nach einer vom Bezirksschulrate vorgenommenen Zählung haben sich bei der Zeichnung auf die fünfte Oesterreiche Krieganleihe 5277 Kinder der öffentlichen allgemeinen Volksschulen und Bürgerschulen des Wiener Schulbezirkes mit einem Betrage von K 1.030.500 und 877 Lehrpersonen dieser Schulen mit einem Betrage von K 430.800 im Wege der Schule beteiligt. Somit betragen die gesamten Schulzeichnungen für die 5. Krieganleihe K 1.461.300.

Ernennung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Tomola ernannt:

Zu Bürgerschullehrern: Julius Meister, Otto Stark, Wilhelm Sagaster, Heinrich Vokolek, Erwin Pührer, Josef Eitel, Ferdinand Baumgartner, Karl Steiner, Karl Mansky, August Pawlata, Alois Franzel.

Zu Bürgerschullehrerinnen: Emilie Klant, Sophie Scheiringer, Elisabeth Kaiserlehner, Leopoldine Lieger, Theodolinde Stadlmayr, Marie Schiwald, Edith Kubik, Helene Straßberger, Laura Hala, Stephanie Tegel, Marie Navarra, Friederike Fezzi, Marie Beier, Stephanie Paulus, Amalie Frank.

Zu Volksschullehrern 1. Klasse: Oskar Prinhoda, Emil Nekovar, Josef Söllner, Josef Prinegg, Friedrich Bajez, Friedrich Hon, Bruno Gruber, Johann Prager, Josef Ertelthaler, Hermann Buchfelder, Hermann Reiß, Alfred Engerth, Josef Dworsky, Alfred Göschl, Viktor Engstler, Rudolf Wiesner, Alois Egger, Franz Dworzak, Otto Ziegler, Josef Berger, Johann Knoll, Ferdinand Illichmann, Christoph Ohmeyer, Anton Machacek, Josef Rupprecht, Rudolf Hermann, Leopold Löffler, Josef Seltenreich, Johann Huber, Georg Michl, Adolf Hrubos, Viktor Fellner, Josef Jacob.

Zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse: Auguste Peter, Helene Weber, Marie Kobinger, Mathilde Rösel, Eugenie Bauer, Eugenie Czermak, Anna Jaczak.

Zu Volksschullehrern 2. Klasse: Josef Altrichter, Karl Nechwatal, Wilhelm Krbetz, Karl Schuller, Hans Bruckner, Rudolf Amon, Leopold Kudielka, Franz Legerer, Ferdinand Hoch, Alfred Pfohl, Heinrich Bartl, Johann Böhm, Johann Stadler, Julius Bruna, Leo Artelt, Rudolf Bauer, Richard Allex, Ludwig Senger, Rudolf Schmidt, Gustav Tham, Karl Pollak, Karl Tietz, Wilhelm Gmeiner, Alfred Posselt, Ferdinand Raffelsberger, Walter Dürrmayer, Johann Brauner, Michael Kräftner, Leopold Deimel, Julius Rieder, Richard Gerlich, Josef Teuber, Willibald Patzak, Johann Schweda.

Zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse: Marie Hruza, Valerie Margasinska, Leopoldine Wild, Margarete Böhm, Gertrude Baumgartner, Anna Fabrici, Emma Petzold, Emma Kotsch, Johanna Kienzl, Marie Zyka, Luise Schachinger, Ernestine Deschmann.

Zu Bezirksaushilfslehrern mit dem Standorte an Bürgerschulen: Ludwig Bartl, Leopold Rada, Franz Ettl, Friedrich Bertschinger, Leopold Scherrer, Bruno Wittmann, Leopold Prey, Josef Mayer, Eduard Brutmann, Alois Moran.

Zu Bezirksaushilfslehrern mit dem Standorte an Knaben-Volksschulen: Johann Zemann, Edmund Müller, Albert Hympan, Ferdinand Stadler, August Scheiringer, Heinrich Kellner, Norbert Neubauer, Arthur Kijanka, Johann Reisenberger.

Zu Bezirksaushilfslehrerinnen mit dem Standorte an Mädchen-Volksschulen: Elisabeth Smoljk, Josefina Vyslouzil.

Im Wege der Vorrückung wurden ernannt: Franz Podwresky zum Volksschullehrer 1. Klasse, Isabella Mahl zur Volksschullehrerin 1. Klasse, Marie Mohr zur Volksschullehrerin 2. Klasse, Emil Buda, Karl Netouschek und Franz Zwanziger zu Volksschullehrern 2. Klasse, Edith Niché, Margarethe Schiffer, Friederike Schalanda, Adele Brosch, Anna Horacek, Berta Fschorn, Hermine Lechner, Berta Mayer und Elsa Pruschak zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse.

Der Stadtrat faßte ferner folgende Beschlüsse:

1.) Im Interesse der Lehrerschaft müssen bei deren Vorrückung die durch das Gesetz bezeichneten Wege 1.) der Konkurrenz und 2.) der Zeitbeförderung voll ausgenützt werden. Da dieses nur dann uneinge-

schränkt geschieht, wenn die zur Zeitbeförderung gemäß § 40 des Landesgesetzes vom 29. März 1912 geeigneten Lehrer ausschließlich auf diesem Wege in die nächst höhere Kategorie eingereiht werden, wird der k.k. Bezirksschulrat ersucht, sobald die Bedingungen der Zeitbeförderung gegeben sind, dieselbe von amtswegen in die Wege zu leiten.

2. Durch Umstände, die weder von den Bewerbern, noch von den bei dem Besetzungsverfahren mitwirkenden Behörden verschuldet sind, kommen die Lehrer-Ernennungen wider Erwarten und Gepflogenheit diesmal erst im Monate Februar zur Erledigung. In der Absicht, die Ernennungen der materiellen Vorteile gleichwie in den Friedensjahren teilhaft werden zu lassen, beschließt der Stadtrat, die Rechtswirksamkeit der vollzogenen Ernennungen mit dem 1. Februar 1917 eintreten zu lassen und ersucht den k.k. Landesschulrat, die Ernennungsdekrete in diesem Sinne zu erlassen.

3. Der Stadtrat spricht den Beamten des k.k. Bezirksschulrates, welche die überaus umfangreichen, mühevollen Vorarbeiten bis zur Erledigung der Lehrstellenbesetzung durchführten, für diese mit vollem Verständnis, Eifer und Hingebung getane Arbeit die vollste Anerkennung und dem Kanzlei-Direktions-Adjunkten Adolf Lachmayer sowie dem Kanzlei-Oberoffizial Franz Eckstein überdies seinen Dank aus.

Schneebeseitigung durch die Schuljugend. Bekanntlich hat der Landesschulrat an die Bürger- und Mittelschulen den Appell gerichtet, an der Beseitigung der Schneemassen freiwillig mitzuhelfen. Die Schulbehörden und die Schuljugend haben sich mit dankenswerter Bereitwilligkeit dazu verstanden, durch freiwillige Mitarbeit das Ihrige dazu beizutragen, damit die durch die starken Schneefälle der letzten Zeit verursachten Verkehrsschwierigkeiten beseitigt werden und den gefürchteten Folgen eines plötzlichen Tauwetters rechtzeitig begegnet werden könne. Um das tunlichste Gelingen dieser Aktion zu fördern, hat der Magistrat die Bezirksvorsteher ersucht, den Schulleitungen durch Beistellung von Werkzeugen und durch fachmännischen Rat bei der Durchführung der Arbeit entgegenzukommen. Nach den im Rathause eingelangten Mitteilungen sind die Schüler außerordentlich eifrig am Werke und der Arbeitseffekt ist im großen und ganzen als zufriedenstellend zu bezeichnen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner traf heute im Standorte des Hauptquartiers zu längeren Konferenzen mit dem ~~Generalkommandanten~~ Freiherrn von Hötendorf ein. Nachmittags kehrte der Bürgermeister wieder nach Wien zurück.

Die Kohlenversorgung Wiens,

Unter dem Vorsitz des Bürgermeister Dr. Weiskirchner fand heute im Sinne der vormittags im Ministerratspräsidium abgehaltenen Konferenz die konstituierende Sitzung der Kohlenversorgungskommission für die Stadt Wien statt, an welcher Vertreter des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, der Zentral-Transportleitung, des Kriegsministeriums, der k.k. n.-ö. Statthalterei, des Polizeipräsidiums und des Wiener Magistrates, sowie Vertreter der Groß- und Klein-Kohlenhändler teilnahmen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner kennzeichnete einleitend die dieser Kommission überwiesenen Aufgaben, welche sich auf die zweckmäßige Verteilung der in Wien anrollenden Kohle und auf die rascheste Befriedigung der Kohlenverbraucher beziehen. Allerdings werde die Wirksamkeit der Kommission nur dann einen Erfolg zeitigen, wenn genügende Ware zum Anrollen gebracht wird und er appelliere an die maßgebenden Faktoren dafür in entsprechender Weise zu sorgen.

Vizebürgermeister Rain und Magistratssekretär Dr. Fastenbauer berichteten sodann über die von der Regierung und der Militärverwaltung getroffene Verfügung, die sich ~~in erster Linie~~ <sup>in erster Linie</sup> darauf beziehe, daß nachdem der Nordbahnhof mit Kohle überfüllt ist, die noch im Anrollen befindlichen Waggons von der Gemeinde angefordert, beschlagnahmt und durch die Gemeinde teils auf ihren ~~Kohlenlagerplätzen~~ Kohlenlagerplätzen, teils bei Großkohlenhändlern der Vorortlinie und auf anderen Bahnhöfen zum Verschleiß gelangen sollen. Ferner habe die Militärverwaltung angeordnet, daß am Nordbahnhof die Kohlenausladung und die Kohlenverföhrung bei Tag und Nacht vor sich gehe. Zu diesem Zweck wurden 120 pferdebespannte Wagen und 80 dreitonrige Lastautos zur Verfügung gestellt, ebenso die nötige Mannschaft. Die Abfuhr der den Großkohlenhändlern gehörigen, in den Rutschen des Nordbahnhofes lagernden Kohle bleiben diesen unter Benützung des Militärfuhrwerkes überlassen. Von Seite des Magistrates werden die entsprechenden Beziehungen zwischen Groß- und Kleinhändlern hergestellt werden und es werde prinzipiell verfügt, daß nur jenen Kleinkohlenhändlern, bei denen sich Geschäft und Wohnung im selben Hause befinden, zur Nachtzeit, jenen Kleinhändlern aber, bei denen Wohnung und Geschäft örtlich getrennt sind,

nur bei Tag Kohle ~~zugänglich~~ <sup>zugänglich</sup> ~~wird~~ <sup>wird</sup> da die Zentraltransportleitung wurde das Ersuchen gerichtet, die Zahl der jeweils anrollenden Kohlenwaggons rechtzeitig bekanntzugeben, damit die ~~Dispositionen~~ Dispositionen über die Verteilung im Großen und im Kleinen alsobald getroffen werden können.

Kaiserlicher Rat Berl ersuchte insbesondere den Bürgermeister dahin zu wirken, daß die Zufuhren von oberschlesischer Kohle in genügendem Maße gesichert werden und gibt zu erwägen, ob es zweckmäßig sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen Braunkohle nach Wien zu führen oder lieber ~~faxx~~ <sup>faxx</sup> ~~die~~ <sup>die</sup> für den Transport dieser Kohle bisher verwendeten Waggons zum Transport der hochwertigen oberschlesischen Kohle zu verwenden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt schließlich bekannt, daß die Gemeinde zu den von ihr während des Krieges bereits eingerichteten Kohlenverkaufsplätzen am Matzleinsdorfer-, West- und Nordwestbahnhöfe, Vorgarten- und Engerthstraße sowie Ottakring, im Laufe der nächsten Tage noch folgende Kohlenplätze errichten werde:

- Im 19. Bezirk auf dem bisher von der Länderbank benützten Kokelagerplatz;
- im 12. Bezirk im Materialhof der Straßenbahn in der Abmayergasse;
- am Bahnhof Michelbeuern der Gürtellinie;
- am Aspangbahnhof;
- auf den Bahnhöfen Heiligenstadt und Penzing der Vorortlinie;
- und schließlich am Ostbahnhof.

Der Bürgermeister gibt der Erwartung Ausdruck, daß durch diese Bemühungen der Gemeinde eine zweckmäßige Verteilung der Kohle behufs Abgabe an die Konsumenten ermöglicht werde. Allerdings verkenne er nicht den Ernst der Situation und sei sich bewußt, daß unter Umständen noch weitere auf Kohlenreparatur abzielende Maßnahmen werden getroffen werden müssen.

Jedenfalls wende er sich an den Gemeinsinn aller Beteiligten, in dieser schweren Zeit mitzuarbeiten, die Bevölkerung entsprechend aufzuklären und diese gemeinsame Tätigkeit werde der beste Danken Seine Majestät den Kaiser sein, dessen nimmermüde fürsorgliche Tätigkeit für die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien den ehrfurchtsvollsten Dank auslöst und dessen erhabenem Beispiel alle treuen Staatsbürger mit Freuden zu folgen bereit sind.

+ + +

Für morgen (Samstag) 4 Uhr nachmittags wurde der Stadtrat zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um zu dieser außerordentlich wichtigen Angelegenheit Stellung zu nehmen.

51

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, Samstag, 10. Februar 1917. Nr. 51. Vormittags

---

Einchränkungen im Straßenbahnverkehr. Der außerordentliche Kohlenmangel im Elektrizitätswerke macht es notwendig, den Straßenbahnverkehr wesentlich herabzusetzen. Morgen (Sonntag) wird der Straßenbahnverkehr auf etwa die Hälfte herabgesetzt und die besonderen Sonntags-Zusatzlinien werden eingestellt. Die Beförderung von Wintersportgeräten aller Art gleichwie ob sie unter den Sitzen oder sonst im Wagen leicht unterzubringen sind oder nicht, ist bis auf weiteres verboten. Es wird empfohlen die Straßenbahn nur in dringenden Fällen zu benutzen.

---

52

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler  
Wien, 1., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 10. Februar 1917. Nr. 52.

Einschränkung im Straßenbahnverkehr. Der außerordentliche Kohlenmangel im Elektrizitätswerke macht es notwendig, den Straßenbahnverkehr wesentlich herabzusetzen. Morgen (Sonntag) wird der Straßenbahnverkehr etwa auf die Hälfte herabgesetzt und die besonderen Sonntags-Zusatzlinien werden eingestellt. Die Beförderung von Wintersportgeräten aller Art gleichviel ob sie unter den Sitzen oder sonst im Wagen leicht unterzubringen sind oder nicht, ist bis auf weiteres verboten. Es wird empfohlen die Straßenbahn nur in dringenden Fällen zu benutzen.

Vom Konskriptionsamt. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des VB. Hoß dem Ansuchen des Vizedirektors des Konskriptionsamtes Julius Berger um Versetzung in den bleibenden Ruhestand Folge zu geben und dem Gemeinderate zu empfehlen, ihm mit Rücksicht auf die langjährige zufriedenstellende Dienstleistung den Titel „Konskriptionsamts-Direktor“ zu verleihen. Direktor Berger hat bereits die ganze für die volle Pension anrechenbare Dienstzeit vollstreckt und hat sein Ansuchen aus Gesundheitsrücksichten - er leidet an Ischias - gestellt. - Zum Vizedirektor des Konskriptionsamtes wurde der Oberkontrollor Franz Mayer ernannt. Dieser hat sich bei der Einführung des neuen Wehrgesetzes im Jahre 1912 verdienstvoll betätigt. Während der Kriegszeit oblag ihm die Durchführung aller organisatorischen Arbeiten hinsichtlich sämtlicher Musterungen der Landsturmpflichtigen. Er hat auch eine Evidenzführung der außerordentlich großen Zahl der fremdständigen Landsturmpflichtigen eingeführt, die sich derart praktisch erwiesen hat, daß das Ministerium für Landesverteidigung deren allgemeine Einführung angeordnet hat. Er gehört zu den begabtesten, tüchtigsten und fleißigsten Beamten und wurde vom Kaiser durch die Verleihung des goldenen Verdienstkreuzes mit der Krone und des Kriegskreuzes 2. Klasse für Zivilverdienste ausgezeichnet. Im persönlichen Verkehr ist Vizedirektor Mayer von außerordentlichem Entgegenkommen und in militärischen wie in zivilen Kreisen sehr beliebt. - Der Kontrollor Anton Alexitsch, Leiter des Totenbeschreibamtes, wurde zum Oberkontrollor befördert. Der Stadtrat beschloß ferner dem Gemeinderate zu empfehlen, dem Leiter der Abteilung zur Führung der Gemeindematrik Oberkontrollor Johann Gradwohl den Titel „Vizedirektor“ zu verleihen.

Kartoffelstückgüter. Zur teilweisen Linderung der herrschenden Kartoffelknappheit hat das k.k. Amt für Volksernährung die Bezirkshauptmannschaften Niederösterreichs angewiesen, für Kartoffelstückgutsendungen bis 100 kg Transportbescheinigungen in allen Fällen auszustellen, wenn sie unmittelbar an den Konsumenten adressiert sind und solche Kartoffelmengen betreffen, welche der Beschlagnahme nicht unterzogen wurden.

Großadmiral Haus + Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an das Kommando der Kriegsmarine nachstehendes Beileidschreiben gerichtet: Mit dem Vaterlande trauert die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien um unseren genialen Marine-Kommandanten Großadmiral Anton Haus, der in schwerer Kriegszeit sich um unsere Flotte und den Schutz der heimlichen Küste die größten Verdienste erworben hat. Admiral Haus, der den Sieg unserer gerechten Sache nicht mehr erleben sollte, wird im Herzen der Oesterreicher und Wiener fortleben als einer der Führer im Weltkrieg; sein Heldengist aber wird in unserer tapferen und wagemutigen Marine sich ver-

erben von Geschlecht zu Geschlecht. Ich bitte im Namen der Stadt Wien den Ausdruck der tiefsten Teilnahme empfangen zu wollen.

Eine Ehrung des Dichters Franz Eichert. Morgen (Sonntag) feiert der Dichter Franz Eichert seinen 60. Geburtstag. Am 11. Februar 1857 zu Schneeberg bei Tetschen in Böhmen geboren, absolvierte er die Oberrealschule in Leitmeritz, studierte ein Jahr an der Wiener technischen Hochschule, hörte hierauf philosophische Vorträge an der Wiener Universität und wendete sich sodann dem Eisenbahndienst zu. Seit 1893 lebt er in Wien als Schriftsteller und Redakteur. In die literarische Welt führte er sich durch Kampfgedichte ein, die im Jahre 1893 unter dem Titel „Wetterleuchten“ erschienen. Diese Gedichte sowie seine anderen größeren Werke „Höhenfeuer“, „Kreuzlieder“, „Kreuzesminne“ machten ihn in weiteren Kreisen bekannt. Anlässlich der Feier seiner silbernen Hochzeit im Jahre 1906 verlieh ihm der Gemeinderat die große goldene Salvator-Medaille und im Jahre 1909 eine jährliche Ehrengabe von 1200 K auf Lebensdauer. Die Ereignisse des Weltkrieges beeinflussten natürlicherweise auch Eicherts Schaffen. Er schrieb eine Reihe von Gedichten, die in flammenden Worten tiefen Gottesglauben, vollste Hingabe für das Vaterland und unversiegbare Zuversicht auf den Erfolg unserer Waffen in künstlerisch vollendeter Weise predigten.

Der Stadtrat beschloß in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer, dem Gemeinderate zu empfehlen, die jährliche Ehrengabe Eicherts auf 1800 K zu erhöhen und ihm das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen zu verleihen.

Eine Stiftung der Zentralsparkasse. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß genehmigt, daß anlässlich des 10jährigen Bestandes der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien die Anstalt einen Betrag von 100.000 K zur Errichtung einer Stiftung unter dem Namen „Jubiläums-Stiftung der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien“ widmet, aus deren Erträgnis Waisenkinder, Tuberkulose, oder Kriegsinvalide alljährlich zu betheiligen sind.

Zur Brotbezugsregelung. Sonntag, den 16. d.M. tritt die Brotbezugsregelung in Kraft. Die Verlautbarung steht unmittelbar bevor. Von diesem Tage angefangen wird jeder Haushalt und jede nicht im Haushalte verköstigte Person bei dem freigewählten oder zugewiesenen Brotverkäufer auf Grund der Brotzugskarte mit der gebührenden Brotmenge versorgt. Aus diesem Grunde treten daher mit diesem Tage die für verschiedene Gast- und Schankgewerbe erteilten Bewilligungen zur Abgabe von Brot an Gäste außer Kraft, desgleichen muß die endgeltliche oder unentgeltliche Abgabe von Brot in Vereinen, Klubs, Menagen, öffentlichen Ausspeisungen, Volksküchen, Suppen- und Teeanstalten, Kinderheimen u.dgl. entfallen und erlischt die Möglichkeit der Brotabgabe seitens der Würstelverkäufer, Brothausierer, Buffets etc. Es hat daher jedermann, der nicht ausschließlich in seinem Heim Mahlzeiten zu sichnimmt, eine entsprechende Menge Brot mit sich zu tragen, und wird sich empfehlen, daß alle in Betracht kommenden Geschäfte und Anstalten diese Anordnung vor dem Inslebentreten der Bezugsregelung besonders verlautbaren. Nachdem nunmehr jedem seine Brotmenge sichergestellt ist, so erscheint ein Anstellen unnötig und ist zu trachten, die Einkaufszeit nach Möglichkeit zu verteilen. Obwohl der erste Tag des Beginnes der Regelung ein Sonntag ist, werden doch die Brotverkäufer dem Bedarfe entsprechend ihre Kaufläden offen halten und es kann schon früher wegen der Abgabe mit den in der Kundenliste eingetragenen Haushalten und Personen eine Bezugsvereinbarung abgeschlossen werden.

Es ist wohl nicht zu vermeiden, daß wie bei jeder großen Sache sich auch hier anfänglich Unebenheiten zeigen werden, doch wird die Behörde trachten, dieselben nach Möglichkeit raschestens zu beheben.

Abgabe von städtischem Sauerkraut. Mit Rücksicht auf die gesteigerte Nachfrage nach Sauerkraut wird die Gemeinde nunmehr mit der Abgabe aus ihren Vorräten beginnen. Das städtische Sauerkraut wird zu dem jeweils vom Marktamte festgesetzten Preis, d.i. gegenwärtig 64 Heller für 1 Kilogramm bei verschiedenen Viktualien- und Gemischtwarenverschleißern in den einzelnen Bezirken und auf den Märkten erhältlich sein. Jede Abgabestelle muß die Bezeichnung „Verkauf von städtischem Sauerkraut“ führen und darf ausländisches Sauerkraut, dessen Kleinhandelspreise derzeit 1 K, bezw 1 K 10 h beträgt, nicht zum Verkaufe bringen. Die von der Abgabestelle verwendeten Geschirre werden die Bezeichnung „G.W.“ tragen.

Abgabe von städtischer Marmelade. Die Gemeinde Wien läßt in einer in der Nähe Wiens gelegenen Fabrik größere Mengen von gemischter Marmelade herstellen, die nunmehr im Wege des Handels in den Verkehr gebracht wird. Die Marmelade ist in Fässern und Kisten verpackt und trägt die Bezeichnung „G.W.-Marmelade“. Der Preis ist im Kleinhandel mit 2 K 80 h für 1 kg festgesetzt. Die Händler, die städtische Marmelade abgeben, müssen sie ausdrücklich als solche bezeichnen und dürfen gleichzeitig Marmelade der gleichen Art, jedoch anderer Herkunft nicht führen.

Armenlotterie. Die Ziehung der von der Gemeinde Wien veranstalteten 102. Lotterie zu Gunsten der Armen Wiens findet am Faschingdienstag den 20. d.M. statt. Diese Lotterie ist mit 5950 Treffern im Gesamtwerte von 200.000 K ausgestattet. Der erste Haupttreffer beträgt 20.000 K, ferner gelangen zur Verlosung das vom Kaiser gespendete silberne Tafelservice sowie Geldtreffer zu 2000 K, 1000 K, 200 K und 100 K. Sämtliche Geldtreffer werden in barem ohne jeden Abzug ausbezahlt. Die von der Gemeinde Wien angekauften Effekttreffer sind durchwegs Gegenstände des heimischen Kunstgewerbes, die zum Teile in den Schaufenstern des Bankhauses Schelhammer & Schattera und des Wiener Kunstgewerbe-Vereines 1. Bezirk Bräunerstraße ausgestellt sind. Lose sind außer den genannten Stellen auch noch in Tabaktrafiken, Lottokollektoren und Wechselstuben zu haben.

Aus dem Rathause. Der Stadtrat hält in der nächsten Woche Donnerstag und Freitag 10 Uhr vormittags Sitzungen ab. - Dienstag tritt der gemeinderätliche Ausschuss für die Verleihung des Heimats- und Bürgerrechtes zu einer Sitzung zusammen. Mittwoch 10 Uhr vormittags findet die feierliche Eröffnung der Tuberkulosen-Fürsorgestelle der städtischen Straßenbahnen im 10. Bezirk Erlachgasse Ecke Lebgasse statt.

Einschränkungsmaßnahmen infolge der Kohlennot.

Heute nachmittags 4 Uhr fand unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner eine außerordentliche Sitzung des Stadtrates statt, in welcher zunächst Vizebürgermeister Rain einen Bericht über die vom Ministerpräsidenten erfolgte Einsetzung einer <sup>versorgungs</sup> Kohlenkommission erstattete,

deren Vorsitz der Bürgermeister übernommen hat.

Dieser Bericht wurde vom Stadtrate zur Kenntnis genommen und die vom Bürgermeister verfügte Errichtung von sechs neuen Kohlenlagerplätzen (worüber wir gestern berichtet haben) genehmigt.

Hierauf berichtete der Direktor der Elektrizitätswerke Karel über die bei den städtischen Elektrizitätswerken bestehende Kohlennot. Die Vorräte der Werke sind von 70.000 auf 5000 Tonnen brauchbarer Stein- und Braunkohle gesunken. Die Zufuhr <sup>aller Monate langen</sup> bleibt trotz <sup>bis 800</sup> Bemühungen der Gemeindeverwaltung bei den zuständigen Behörden täglich um 500/Tonnen hinter dem etwa 1200 Tonnen betragenden Tagesbedarf zurück. Da das Frostwetter, welches gegenwärtig eine größere Zufuhr von Kohle verhindert, noch immer anhält, und bei den Bahnen ein großer Mangel an Fahrbetriebsmitteln besteht, ist leidernicht zu erwarten, daß eine schnelle Besserung der mißlichen Verhältnisse eintritt. Da auch das Ueberlandkraftwerk Ebenfurth infolge des außerordentlichen Frostwetters von Braunkohlenabbau Zillingsdorf-Neufeld nur mangelhaft beliefert wird, können von dort nur geringe Strommengen nach Wien gebracht werden. Daher haben die städtischen Gaswerke, <sup>ihren</sup> aus/ Vorräten so weit als <sup>möglich</sup> die Elektrizitätswerke durch Ueberlassung von Kohle unterstützt. Diese Aushilfe kann <sup>nach den Ausführungen</sup> des Direktors Menzel mit Rücksicht auf den außerordentlich großen Bedarf der Gaswerke höchstens noch einige Tage geleistet werden. Bei dieser Sachlage sind daher die Elektrizitätswerke gezwungen, die Stromlieferungen bedeutend einzuschränken, um <sup>einer sonst</sup> in kürzester Zeit drohenden vollständigen Betriebs Einstellung vorzubeugen. Es wurden daher seitens der Elektrizitätswerke und der Straßenbahnen folgende Anträge gestellt:

1. Der Betrieb der städtischen Straßenbahnen ist in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags sowie nach halb 9 Uhr abends <sup>gänzlich</sup> einzustellen. Nach dieser Zeit ist bei Bedarf ein Rundverkehr zur Verbindung der Vollbahnhöfe bis spätestens halb 1 Uhr nachts vorzusehen.
2. Der Bezug von elektrischer Energie für motorische Zwecke wird in der Zeit von 6 Uhr abends bis 7 Uhr früh untersagt. Ausgenommen von diesem letzteren Verbot sind jene elektrischen Anlagen, welche zum Betrieb des Telegraphen- und Telephondienstes, der Wasserleitungen, der Gaswerke <sup>und der Heil- und Pflege-</sup>

anstalten und Zeitungsdruckereien unbedingt notwendig sind, sowie die elektrischen Anlagen der Schlachthäuser und Markthallen, der Kühlanlagen, Bäckereien und Molkereien und jene Betriebe, welche ihrer Natur nach nicht unterbrochen werden dürfen, weil sonst ein Verderben des Rohstoffes oder des Produktes erfolgen würde.

Sollten auch diese Maßnahmen noch nicht genügen, so würde eine weitere Einschränkung des Straßenbahnverkehrs durch Verkürzung einiger Linien in Aussicht genommen. Man darf wohl erwarten, daß beim Ernst der Lage durch ~~verschiedene~~ entsprechende Anlieferung von Kohle weitere Maßnahmen nicht ergriffen werden müssen. Nach einer eingehenden Aussprache, an der sich nebst dem Bürgermeister und den Vizebürgermeistern die Stadträte Schmid, Wippel, Schwer, Schneider, Knoll, Baron, Dr. Haas, Grünbeck beteiligten, wurde der Antrag 1. einstimmig angenommen.

Der Gemeinderat wurde für Montag, den 12. d. M. 5 Uhr nachmittags zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, um über diesen Gegenstand Beschluß zu fassen.

Bezüglich des Antrages 2. wurde der Magistrat beauftragt, von der Regierung eine Verordnung zu erwirken, welche diese einschränkende Maßnahme beinhaltet.

Der Bürgermeister wurde neuerlich ersucht, mit größtem Nachdrucke bei der Regierung und den Militärbehörden vorstellig zu werden, damit zum mindesten eine solche Zufuhr gewährleistet werde, welche die städtischen Unternehmungen in die Lage versetzt, diese einschränkende Maßnahmen in absehbarer Zeit wieder außer Wirksamkeit zu setzen.

+ + +

In der Voraussetzung der Genehmigung des Antrages 1 über die Einschränkung des Straßenbahnverkehrs werden die oben erwähnten Maßnahmen über die ~~Reduzierung~~ Reduzierung des Straßenbahnbetriebes bereits am Dienstag, den 13. d. M. eintreten.

Richtigstellung. In der Notiz „Zur Brotbezugsregelung“ (enthalten in der heutigen Mittagsausgabe der Korrespondenz) soll es anstatt Kinderheime heißen

Kindertagesheimen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 12. Februar 1917. Nr. 54.

Ankauf des Werkes „Prinzessin Zita“ Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Tomola das im Verlage der Firma Gerlach & Wiedling erschienene von dem verstorbenen Schriftsteller Eugen Baron d'Albon verfaßte Werk „Prinzessin Zita“ für sämtliche Wiener Volks- und Bürgerschulen anzukaufen.

Grabdenkmal für Ritter von Zumbusch. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schwer den Entwurf eines über dem Ehrengrabe des Professors Kaspar Ritter von Zumbusch aufzustellenden Grabdenkmales genehmigt. Der Entwurf stammt von dem Münchner Bildhauer F. Hauser und ist in einfachsten Formen gehalten. Auf einem Sokel befindet sich ein Schaft aus Laaser Marmor, der das wohlgetroffene Portrait des berühmten Bildhauers und die Inschrift „Kaspar Ritter von Zumbusch. 23 November 1830 bis 26. September 1915“ trägt.

Städtische Auskunft für Sommerwohnungen. In der städtischen Auskunft für die Vermietung von Sommerwohnungen in Niederösterreich wurden im Monate Jänner 1917 insgesamt 232 Wohnungen angemeldet und 12 Wohnungen vermietet. Die Auskünfte an Wohnungsuchende werden unentgeltlich erteilt, ebenso werden die Wohnungsanmeldungen unentgeltlich entgegengenommen.

Ehrenpreis. Nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hierhammer hat der Stadtrat an den Albrecht Dürerbund für die 16. Jahresausstellung einen Ehrenpreis von 200 K bewilligt.

Straßenbenennung. Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung nach einem Antrage des Stadtrates Dr. Haas die Benennung der zwischen Nr. 3 und 5 Dietrichgasse zur Erdberger Lände führenden und dortselbst zwischen den Nr. 22 und 24 einmündenden Gasse nach dem berühmten österreichischen Geologen Franz von Hauer mit „Franz Hauergasse“ beschlossen.

Wiederbelegung heimgefallener Gräber im Ober-St. Veiter Friedhof.

Vom 1. März d.J. an werden heimgefallene eigene Gräber der Gruppen A, B, C, D, E und F des Ober-St. Veiter Friedhofes wiederbelegt. Das Verzeichnis dieser Gräber kann in der Konskriptionsamts-Abteilung des magistratischen Bezirksamtes für den 13. Bezirk und beim Totengräber eingesehen werden: - Parteien, denen das Benützungsrecht an den Grabstellen zustand, können vor dem 1. März 1917 um die abermalige Ueberlassung der Grabstelle bei dem Wiener Magistrate Abt. 10 (1. Bezirk Neues Rathaus) oder bei dem magistratischen Bezirksamte für den 13. Bezirk schriftlich einschreiten. Verspätet überreichte Gesuche werden nicht berücksichtigt. Leichenaushebungen aus diesen Grabstellen sind nur vor deren Wiederbelegung zulässig. Die bezüglichen Gesuche sind vor dem 1. März bei der Magistrats-Abteilung 10 einzubringen. Vom 1. März angefangen werden die Grabsteine und Kreuze nach Erfordernis von den Grabstellen auf Kosten und Gefahr der Eigentümer entfernt und an geeigneter Stelle im Friedhofe hinterlegt. Sie werden denjenigen Parteien, die binnen Jahresfrist ihr Eigentum entsprechend dartun, ausgefolgt. Ueber den verbleibenden Rest verfügt die Gemeinde.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michien  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 12. Februar 1917. Nr. 55.

**Bürgerklub.** Unter dem Vorsitz des Oberkurators von Steiner fand heute eine Sitzung des gemeinderätlichen Bürgerklubs statt, welche sich eingehend mit den durch die Kohlenknappheit erzwungenen Maßnahmen der Einstellung des städtischen Straßenbahnverkehrs befaßte. An der Debatte beteiligten sich die Herren Gemeinderäte Spalowsky, Dr. Klotzberg, Kunschak, Dr. Stich, Goldeband, Hützel, Josef Müller, Ullreich, Gussenbauer, Philp, Schimek, Breuer und Angermayer. Nach eingehender Begründung der gestellten Anträge durch den Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Karel und des Direktors Spängler der Wiener städtischen Straßenbahnen wurden die im Gegenstande gestellten Stadtratsanträge angenommen.

W I E N E R G E M E I N D E R A T.

Sitzung vom 12. Februar.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

eröffnet die Sitzung nach halb 6 Uhr und begründet den verspäteten Beginn damit, daß bis jetzt der Bürgerklub beraten habe.

Der Bürgermeister hält dem heute verstorbenen Gemeinderate Karl Moritz Mayer folgenden Nachruf, der von der Versammlung stehend angehört wird:

Heute nachmittags ist mir die traurige Kunde zugekommen, daß unser sehr verehrter Kollege Karl Moritz Mayer im 73. Lebensjahre verschieden ist. Gemeinderat Karl Moritz Mayer wurde im Jahre 1887 vom zweiten Wahlkörper des 2. Bezirkes in unsere Körperschaft entsendet, gehörte ihr zunächst bis zum Jahre 1906 an und wurde sodann im Jahre 1910 vom 1. Wahlkörper des zweiten Bezirkes wiedergewählt, so daß er mit einer kurzen Unterbrechung fast 30 Jahre Mitglied des Wiener Gemeinderates war. Im Gemeinderate hat er sich in hervorragender Weise betätigt. Ich erinnere mich seiner vielfachen Reden als Debatter in allen Budgetverhandlungen dieser Körperschaft und jener Zeit, als er Referent für das Budget war. Durch sein konzilianthes Wesen hat er sich die Sympathien aller seiner Kollegen ohne Unterschied der Partei zu erringen gewußt und wenn er als Redner hervortrat, so waren seine Ausführungen stets von sachlichen Motiven geleitet. Dazu half ihm insbesondere sein profundes Wissen auf dem Gebiete der städtischen Finanzverwaltung und wir anerkennen dankbar seine Tätigkeit im Wiener Gemeinderate. Auch dem Stadtrate gehörte er vom Jahre 1891 bis 1895 an und der Gemeinderat hat sein Wirken im Jahre 1914 durch die Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes geehrt. Mit aufrichtiger Teilnahme sehen wir einen der Ältesten aus unserer Mitte scheiden. Wir werden dem Verewigten stets ein ehrendes Andenken bewahren! Möge er nach redlich erfüllter Lebensarbeit in Gottes Frieden ruhen!

GR-Schneider führt in seinem Referate aus: Schon in der letzten Sitzung hat sich der Gemeinderat mit einerparziellen / im Verkehre der städt. Straßenbahnen beschäftigt. Abermals tritt an den Gemeinderat die Notwendigkeit heran, weitere Einschränkungen vorzunehmen. Dieselben sind hervorgerufen durch die bis jetzt unabgewendete Kohlennot. Die Kohle kann in Wien nicht angeführt werden, Deutschland kann auch keine Kohle mehr liefern, weil es Verpflichtungen den Neutralen gegenüber übernommen hat, durch die Zerstörungen der Werke in Siebenbürgen bean-

spruchen auch die Staatsbahnen Österreichische Kohle, durch das Erstehen vieler Munitionsfabriken und Industriearbeitsstätten ist der Kohlenmangel bedingt. Auch das rollende Wagenmaterial der Eisenbahnen, welches fast gänzlich fehlt, fällt hier ins Gewicht. Festgefroren in den Achsen und im Schmiermaterial stehen die Eisenbahnzüge auf den Strecken. Die städt. Elektrizitätswerke haben ihren Kohlenbedarf aus verschiedenen Schächten bezogen; im Frieden haben sie einen Vorrat von 80.000 Tonnen gehabt, der bis zu 75.000 Tonnen erhöht wurde, das ist ein 3 monatlicher Bedarf. Damals schon wurden Vorstellungen seitens der Elektrizitätswerke gemacht, dass der Vorrat nicht aufgebraucht werden solle. Alle Vorstellungen, die gemacht worden sind, blieben papierne Erledigungen, die Versprechen wurden nicht eingelöst. Die zugesagt wurden. Die Elektrizitätswerke fingen an mit der Kohlenkalamität zu kämpfen. Die städt. Gaswerke begangen den Elektrizitätswerken auszuweichen, die Vorräte bei den Gaswerken gehen aber, wenn sie fortwährend die Elektrizitätswerke in Anspruch genommen werden, zu Ende. Gegenwärtig ist es bei den Gaswerken noch so, das die Vorräte noch 4 Wochen reichen. Wenn aber die städt. Elektrizitätswerke Zuschüsse bekommen, so laufen auch da Gefahr, dass die städt. Gaswerke zu einer Reduktion oder gar zum Stillstande kommen.

Die Leistungen des Elektrizitätswerkes verteilen sich folgend ermessen. Für die Beleuchtung entfällt ein Teil, für die Strassenbahnen drei Teile und für die Insutrien vier Teile, Sie sehen dass die Elektrizitätswerke für die Industrien und namentlich für die vielen neu hinzugekommenen Industriene, die sich mit der Munitionserzeugung beschäftigen, das Meiste zu leisten haben. Die Werke mussten täglich schon an Ersparungen denken und wenn eine weitere Einschränkung der Stromerzeugung eintreten müßte, würde sie auch die Industrie treffen, was wir derzeit kaum tun können. Deshalb müssen wir daran denken, andere Einschränkungen vorzunehmen. Das Werk Ebendorfer-Zillingdorf sollte im Jahre 1915 vollendet sein, wir kamen in die Kriegszeit hinein und unsere Anforderungen an Maschinen und Materialien blieben unerfüllt. So fehlen uns heute noch Dampfturbinen, die einfach nicht zu erhalten sind. Ueberdies aber sind uns auch vom Aerar die wichtigsten Bestandteile aus Kupfer und Blei beschlagnahmt. Die Hochspannleitung von Ebendorf nach Wien konnte aus denselben Gründen nicht gebaut werden und nur nach langen Verhandlungen konnte man als junktim für Stromlieferungen an das Arsenal die eine Hälfte begonnen. Die Kohlegewinnung im Zillingdorfer Werk erfolgt im Tag Tagbau und Tiefbau. Gegenwärtig kann nur ersterer betrieben werden, weil der letztere noch nicht ausgestaltet ist und wir die nötigen Arbeitskräfte nicht haben. Auch die Beschaffung von rollendem Material ist äusserst schwierig. Nun hat das Elektrizitätswerk nurmehr einen Vorrat von Kohlen, der auf 4 Tage reicht, und nachdem das Gaswerk den Elektrizitätswerkene seine Unterstützung nicht gewähren kann, muss die Abgabe von Strom an die Strassenbahnen eingeschränkt werden. Die erste Einschränkung, die wir vor wenigen Tagen hier beschlossen haben, erzielte nur ein Ersparnis von 15 % im Stromverbrauch, das ist für den Kohlenmangel viel zu wenig. Wenn die städt. Strassenbahn andere Einschränkungen vornehmen würde, als jene, über welche wir zu beschliesse haben, so würde damit nicht viel erreicht. Durch die Auseinanderrückung der Haltestellen, verkehren heute 850 Züge im Tag, die noch immer 150.000 Kilowattstunden Strom verbrauchen. Das Herrschende Frostwetter ermöglicht überhaupt nahezu keine Stromersparnis, da die Schienen vereist sind und ein viel grösserer Kraftaufwand notwendig ist, zumal ja auch die Wagen überaus stark besetzt sind. Es gibt daher nur 2 Möglichkeiten einer weiteren Einschränkung. Die eine besteht in der Verkürzung der Linien an den Endstationen und Auflassung von Parallellaufenden Linien,

die 2. in einer zeitlichen Einschränkung des gesamten Verkehrs. Was die erste Möglichkeit betrifft, so wollten wir davon absehen, weil sie eine viel ungleichere Belastung der Bevölkerung darstellen würde, indem nur diejenigen getroffen würden, die in den äusseren Bezirken wohnen, würden Parallellinien eingestellt, z. B. jene in der Gumpendorferstrasse, so würde das wieder den Verkehr in der Mariahilferstrasse allzusehr überlasten. Eine partielle Einschränkung würde überhaupt eine geringe Ersparnis bedeuten. So bleibt uns nur die einzige Möglichkeit, den Verkehr zeitlich einzustellen. Es ist gedacht, dass der Frühverkehr so wie er jetzt ist, uneingeschränkt bleibt bis 9 Uhr vormittags aufrechterhalten bleibt und um 5 Uhr nachmittags wieder aufgenommen wird, damit die arbeitende Bevölkerung zu und von den Arbeitstätten kommen kann. Der Verkehr soll um 19 Uhr abends geschlossen werden und zwar so, dass um diese Stunde die Wagen den Ring verlassen und um 8 Uhr von den Endhaltestellen von der Peripherie wegfahren. Nurdiese Massregel würde eine Ersparung von 40 % an Kohle ermöglichen. Jede andere Einschaltung würde

wieder eine ganz bedeutende Verringerung dieser Ersparnis bedeuten. Wir können unmöglich etwas anderes empfehlen, weil wir sonst Gefahr laufen, dass wir in absehbarer Zeit den Verkehr in noch einschneidender Weise einschränken müssen und die Bevölkerung noch härter treffen würde. Ich kann deshalb nur empfehlen, den Antrag, den ich im Namen des Stadtrates vorzulegen die Ehre habe, anzunehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Der Gemeinderat hat die Beratung über die Strassenbahnfrage zu führen, aber eigentlich ist es eine Frage des städtischen Elektrizitätswerkes und ich lege Wert darauf, dass den Herren von der beruflichen Seite Herr Direktor Karel in voller und uneingeschränkter Weise Aufschluss gegeben wird. Herr Direktor, ich bitte Sie noch einmal uneingeschränkt und rückhaltslos die Wahrheit zu sagen.

Der Direktor der städt. Elektrizitätswerke, Ing. Karel führt aus: Unsere Kohlenvorräte sind zu Ende. Wir haben stets mit Aufgebot grosser finanzieller Mittel und bedeutender Interkalarzine darnach getrachtet grössere Vorräte zu haben, wir hatten sie auch für 2 manchmal sogar für 3 Monate. Im Frieden, vor Ausbruch des Krieges, betrug unsere Vorräte 60.000 Tonnen. Als der Krieg ausbrach war es die unausgesetzte Sorge der Direktion das rechtzeitig möglichst viel Kohle hereinkommt und es ist uns auch gelungen, diese Vorräte im Jahre 1915 durch unausgesetzte Fürsorge auf 75.000 Tonnen zu steigern. Auch im Jahre 1916, trotzdem infolge der Kriegsindustrie auch der Verbrauch der Elektrizitätswerke riesig steigerte, waren die Vorräte noch ganz zufriedenstellend und betrug anfangs September 70.000 Tonnen, d. e. Vorräte für nahezu 3 Monate. Von da ab nahm der Kohlenvorrat in dem Elektrizitätswerk stetig ab und zwar in einem so beschleunigten Tempo, weil durch den Einbruch der Rumänen in Siebenbürgen die Bergwerke in Petrosenyi, welche die ungarischen Staatsbahnen mit Kohlen versorgten ausser Betrieb gesetzt und später von den Rumänen zerstört wurden. Infolgedessen mussten zuerst die österreichischen und dann auch die deutschen Gruben den Ungarn beispringen und dies geschah auf Kosten der österreichischen Konsumenten. Die Oberschlesischen Gruben reduzierten die Kohlenlieferung nach Oesterreich und da die österreichischen Gruben für Ungarn und seine Industrie stark in Anspruch genommen waren, fielen unsere Vorräte sehr rasch. Die städt. Elektrizitätswerke beziehen ihre Kohle aus einer ganzen Menge von Revieren, aus dem preuss. schlesischen fast die Hälfte ihres Bedarfes. Als nun unsere Vorräte zu sinken begangen, wurde nichts verabsäumt um bei den zuständigen Behörden eine bessere Lieferung zu erlangen. Schon früher wurde Kohle auf Grund der bekannten Ministerialverwaltung angesprochen, es wurde uns auch einezeitlang zugeteilt und als dann die Reduktion Lieferung eintrat haben wir urgiert. Wir haben uns an das Ministerium für öffentliche Arbeiten

2  
gewendet und haben ersucht, dass uns Extrazüge aus preuss. Schlesien zur Verfügung gestellt werden. Es geschah dies, wir haben eine zeitlang wieder Kohlen bekommen, dann wurde die Lieferung neuerlich eingestellt. Wir haben abermals urgiert, wir richteten eine Eingabe an das Arbeitsministerium. Der Bürgermeister war beim deutschen Botschafter, es wurde bei der Zentraltransportleitung interveniert und in verschiedenen Abteilungen des Reichs- Kriegs- Ministeriums vorgesprochen. Der Bürgermeister hat eine Zuschrift an den Reichs-Kriegsminister gerichtet, in welcher mitgeteilt wurde von welcher katastrophalen Folgen die Nichtanlieferung von Kohle begleitet ist und schliesslich ist man an die oberste Heeresleitung herangetreten. Es wurde auseinandergesetzt, dass die Strassenbahnen ihren Betrieb ihren Strom-Betrieb werden einstellen müssen, dass die Lieferungen für die Kriegsindustrie werden aufhören müssen, dass verhängnisvolle Folgen für die ganze Kriegsführung eintreten werden. Alle diese Bemühungen hatten den Erfolg, dass in der letzten Sitzung der Kohlenkommission die Elektrizitätswerke aus der Belieferungsklasse II in die Klasse I versetzt wurden. Die Vertreter der österreichischen Gruben haben loyal erklärt, die Elektrizitätswerke brauchen dringend die Kohle und haben selbst den Antrag gestellt, dass mit Rücksicht darauf, dass die Klasse I auch nichts erhält die E. W. in die Klasse Ia kommen. Sektionschef Hohmann hat sich dafür ausgesprochen, der Vertreter des Kriegsministeriums hat sich jedoch gegen den An-

Das Reichskriegsministerium hat beim Kriegsamt in Berlin interveniert, daß die Elektrizitätswerke in der größten Not sind und daß das Amt Rücksicht auf die Folgen nehmen und daß sie Kohle aus Preussisch Schlesien bekommen mögen. Die Oberste Heeresleitung hat mitgeteilt, daß die Zentraltransportleitung auf die tunlichste Waggonbestellung zu sehen habe. Das alles hat nichts genützt. Bis jetzt sind nicht mehr Kohlen eingelangt, alles blieb auf dem Papier. Bevor ich den entscheidenden Antrag gestellt habe, habe ich mich nach Ostrau gewendet, um zu erfahren, wie es mit der Waggonbestellung stehe. Da wurde mir mitgeteilt, daß der betreffende Schacht 150 Kohlenwaggons täglich bekommen sollte, daß aber bis 11 Uhr vormittag nur 6 Waggon eingestellt wurden. Der Kohlenbedarf der Elektrizitätswerke betrug 120 Waggon täglich, in der stärksten Zeit 140 Waggons. Die Herabminderung ist eine Folge der langen Tage und der erfolgten Ersparungsmaßnahmen. Die deutschen Gruben lieferten nicht mehr und wir sind gesunken auf einen Stand von 300 Waggon Schwarzkohle und 400 Waggon Braunkohle. Daher mußten radikale Ersparungsmaßnahmen erfolgen. Die Sparmaßnahmen in der Beleuchtung haben einen moralischen Zweck. Sie sollen zeigen, daß Jeder daran teilnehmen will. Für die Elektrizitätswerke aber haben sie keinen Effekt, denn sie machen täglich nur 3 Waggon aus. Uebrigens muß ich der Bevölkerung das Zeugnis ausstellen, daß alle aus einem natürlichen Grunde schon gespart haben. Die Beleuchtung ist auf die Hälfte der Friedenszeit herabgesunken. Die Einstellung der Theater und Vergnügungs-Etablissements hat auf die Kohlenersparnis der Elektrizitätswerke keinen Effekt. Wenn in Wien sämtliche Theater und Vergnügungsorte eingestellt werden und sämtliche Gast- und Kaffeehäuser um 10 Uhr geschlossen werden, so macht das nicht einmal einen Waggon täglich aus. An und für sich stellt sich das Verhältnis der Stromabgabe für die verschiedenen Zwecke in folgender Weise dar: 1. Theater, Vergnügungsorte u.s.w., 2. Strassenbahn, 3. motorische Zwecke. Wenn wir sparen wollen, so läßt sich bei Punkt 1 nichts ersparen; man kann nicht sagen: Schränken Sie die Beleuchtung ein. Nur bei der Strassenbahn und bei der Abgabe für motorische Zwecke kann gespart werden. Bei letzterem verhindert es die Erzeugung von Kriegsmaterial, schafft Arbeitslosigkeit, etwas furchtbares bei den jetzigen Zeiten. Was die Strassenbahn anbetrifft, so sollen die Einschränkungen in der Mittagszeit alle treffen. Durch die Einschränkungen werden 40 % des Stromkonsums erspart. Wir haben vorgeschlagen, die

Einstellung des Strassenbahnverkehrs von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends und nach halb 9 Uhr abends, die Einstellung des Strombezuges für motorische Zwecke von 6 Uhr abends bis 7 Uhr früh. Das sind Maßnahmen von großer Konsequenz. Ich weiß, daß dies sehr schwer ist, es bleibt mir aber nichts anderes übrig, als das zu beantragen. Ihr heutiger Beschluß soll ein Notschrei sein, er soll zeigen, daß der Wiener Gemeinderat namens der Wiener Bevölkerung in der Opferwilligkeit bis zur äußersten Grenze geht. Indem er dies zeigt, erwirbt er sich ein Recht darauf, daß die maßgebenden Kreise wirklich darauf sehen (lebhafteste Zustimmung), daß wir soviel Kohle bekommen, daß nicht auch noch neben der Schädigung der Bevölkerung die schwersten Folgen für die Kriegsindustrie entstehen und die bösesten Konsequenzen eintreten. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen und ich hoffe, daß die Elage, die über die Bevölkerung hereinbricht, bald wieder behoben werden wird.

GR. Dr. Loewenstein: Der Herr Direktor Karel hat darauf hingewiesen, dass die heutige Massnahme nichts anderes als ein Notschrei sei, und diesbezüglich an die Bevölkerung appelliere. Ich glaube, dass es keinen einzigen Wiener geben wird, der nicht bereitwilligst auch dieses Opfer brächte, wenn es heisst, dem Lande das zu geben, was es jetzt braucht und es ist kein Einziger im Hinterlande, der nicht von derselben Begeisterung erfüllt wäre, wie die draussen im Felde kämpfenden Krieger. Wenn wir aber heute einen diesbezüglichen Beschluss fassen sollen, so muss es vor allem Wunder nehmen, dass eine derartige Massnahme in einem Momente erfolgt, wo der Wiener Gemeinderat vor kaum 6 Tagen zu einer Beschlussfassung versammelt war, ohne dass uns schon damals diese Situation bekannt gegeben worden wäre.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Darf ich unterbrechen. Am 3. Februar war ich mit den Obmännern des Gemeinderates Dr. Hein, Reumann und Steiner beim Arbeitsminister, welcher mit voller Offenheit den drei Obmännern Aufschluss gegeben hat ( lebhafteste Zustimmung bei der Majorität ).

GR. Dr. Loewenstein: Ich nehme diese Mitteilung zur Kenntnis. Ich muss aber darauf hinweisen, dass uns Direktor Karel soeben gesagt hat, dass bereits im September sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen hat, dass die vorhandenen Kohlenmengen keine ausreichenden mehr sind. Wenn daher diese Massnahme vorauszusehen war, wäre es wohl am Platze gewesen, nicht auf einmal derart einschneidende Verfügungen zu treffen, sondern durch allmähliche Drosselung des Stromverbrauches ein längeres Aushalten zu ermöglichen. Es wäre aber auch notwendig gewesen, die Bevölkerung schon viel früher darüber aufzuklären, was ihr bevorsteht. Wir sind selbstverständlich gerne bereit, anzuerkennen, dass Kriegsnotwendigkeiten eine Angelegenheit sind, der sich niemand entziehen kann, aber bei einem so weittragenden Beschlusse muss man doch fragen, ob es nicht möglich gewesen wäre, die Beschränkungen in einer Art durchzuführen, dass nicht so grosse Bevölkerungsschichten so schwer betroffen werden. Gegen eine Einschränkung ist nichts zu sagen, aber gegenüber dem Verlangen, den Betrieb durch eine so grosse Zeitperiode überhaupt einzustellen, wäre es doch notwendig gewesen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Betriebszeit in den Vormittags- und Abendstunden so weit zu kürzen, dass in der Mittagszeit überhaupt ein Verkehr hoch möglich ist. Man sollte doch bedenken, welche grosse Menge von Leuten durch diese Massnahme in die Unmöglichkeit versetzt werden, ihr Mittagessen einzunehmen. Ich weise da vor allem auf den Aerztestand hin. Die Aerzte sind heute zum grössten Teil im Kriegs- und anderen Spitalern beschäftigt, die oft weitab von ihrem Wohnorte liegen. Ich kenne Kollegen, die im Simmeringer Kriegsspital tätig sind und in Ottakring wohnen. Die können doch unmöglich über Mittag zu Fuss nach Hause gehen. Nicht anders geht es den Advokaten die im Laufe eines Vormittags bei verschiedenen Gerichten Tagsatzungen

zu verrichten haben. Von der ungeheuren Zahl der Angestellten in den Banken und anderen Büros will ich erst lieber gar nicht sprechen.

nicht Solange/die obligatorische Kriegs Küche in unmittelbarer Nähe des Geschäftes eingeführt ist, so lange kann nicht daran gedacht werden eine diesbezügliche, so schwere Aenderung durchzuführen. Mein Wunsch geht dahin, dass der Gemeinderat die Frage in Erwägung ziehen möge, ob es nicht doch möglich wäre in der Zeit von 1 bis 2 Uhr mittags den Strassenbahnverkehr aufrecht zu erhalten. Es ist eine selbstverständliche, patriotische Pflicht, der wir uns alle unterziehen, dass wir die Einschränkung des Strassenbahnverkehrs opfermutig entgegennehmen, ich möchte aber bitten, dass doch jene günstigen Bedingungen erfüllt werden, die zweifellos bei einem guten Willen möglich sind.

GR. Dr. Klotzberg: Ich war im Anfange gegen den Vorschlag einer so bedeutenden Einschränkung, ich habe mich aber belehren lassen und werde für den Antrag stimmen. Ich bin der Meinung, dass wir, wenn wir heute den Verkehr nur reduzieren wollten, doch in einigen Tagen vollkommen damit aufhören müssten. Es ist deshalb besser, wenn wir die Sache gleich im erforderlichen Masse durchführen. Es ist das Eine sicher, dass die Sache nicht von langer Dauer sein kann und wenn uns der liebe Herrgott wieder wärmeres Wetter gibt, wird es ja auch bald wieder besser werden. Bezüglich der Kohlennot haben wir schon Ende 1915 eine grosse Misere gehabt. Was damals Sr. Exzellenz der Herr Bürgermeister zu erleiden hatte, ist ja bekannt, aber die Bevölkerung soll es immer wieder erfahren, dass uns damals nur der verwiegte deutsche Botschafter von Tschirschy geholfen hat. ( Zustimmung ) Wenn heute nicht mehr Gas erzeugt werden könnte, dann gibt es keine Kapseln, keine Patronen, keine Teerpappe und die Kontrahenten müssten ihre Arbeiten für das Heer einstellen. Wie oft musste damals im Jahre 1915 unser Herr Bürgermeister herumbetteln und die Bevölkerung und gewisse Journale rempeln lediglich immer den Bürgermeister und den Gemeinderat an. Sie sollte eigentlich hören, von den vielen Verhandlungen, welche Sr. Exzellenz der Herr Bürgermeister seit langen mit den Ministerien hatte, wegen Beistellung von Waggons zur Beschaffung von Kohle und deshalb stelle ich den Antrag eine solche Mitteilung mit der wahrheitsgemässen Darstellung der eingeleiteten Schritte in 100000 Exemplaren an die Bevölkerung verteilen zu lassen, damit diese erfährt, dass von Seite des Bürgermeisters, Gemeinderates, Magistrats, alle Vorsorgen getroffen wurde und dass auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht wurde, wenn nicht rechtzeitig Kohle herbeigeschafft würde. Die Bemühungen der Gemeinde waren leider ergebnislos, die Gemeinde hat aber ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Die Bevölkerung, die bisher schon so viel gelitten hat, die sich am Morgen anstellen muss um die wenigen gefrorenen Kartoffel zuzubekommen die ja auch nur durch Vermittlung Sr. Exzellenz des Herrn Bürgermeisters geschafft werden konnte, sonst hätten wir schon längst gar keine Erdäpfel mehr - wird auch diese Einschränkung hinnehmen. Die Gemeinde hat auf allen Gebieten vorgesorgt, aber die Regierung hat uns im Stiche gelassen. Ich richte an die Bevölkerung den Appell, nachdem sie schon so viel geduldet hat, möge sie auch diese Einschränkung auf sich nehmen und wenn wir wie der besseres Wetter bekommen, dann wird ja auch dieser Uebelstand bald behoben werden können.

GR. Schlechter: Wenn ich mich als contra Redner zum Worte gemeldet habe, so geschieht es nicht deshalb, weil ich dem Schreff gegenübersetze, was unter der Macht der Tatsache geschehen muss. Bis zu einem gewissen Grade müssen wir ja von vorneherein den Antrag annehmen, es lassen sich aber doch vielleicht einige Verbesserungen durchführen. Ich muß da wiederholen, dass noch vor ein paar Tagen am Dienstag der vergangenen Woche, die Lage in einer Weise geschildert wurde, welche ganz entgegengesetzt ist dem, was sich jetzt gezeigt hat. Die Bemerkungen, die damals gemacht worden sind, liessen nicht erwarten, dass die nächste Woche darauf schon solche Einschränkungen bringen würde,

3

BGM. Dr. Weiskirchner. Der Referent hat es doch gesagt. In der letzten Gemeinderatssitzung hat ja Gemeinderat Kunschak bereits den Umstand gestreift, dass der derzeitige Straßenbahnbetrieb in diesem Umfang nicht aufrecht erhalten werden könne und als er sagte, dass die Straßenbahn werde vielleicht in den nächsten Tagen nur morgens, mittags und abends fahren, da wurde das allgemein auch in den Zeitungen als eine sehr sonderbare Auffassung angesehen. Heute sind wir noch in einer viel schlechteren Situation, dass wir uns nämlich nur mit dem Früh- und Abendverkehr begnügen sollen. Von einem Mittagsverkehr ist überhaupt keine Rede mehr. Im Interesse der Bevölkerung muß aber gewünscht werden, daß der Mittagsverkehr aufrecht bleibt und nachdem ich Laie bin möchte ich an die Fachleute die Anfrage stellen, ob es nicht möglich wäre, für diese Mittagszeit verfügbaren Strom zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde Wien hat doch sicherlich durch rechtzeitig Schlüsse ihren Kohlenbedarf gedeckt und ich möchte nun fragen, ob diese Verträge nicht eingehalten wurden. Jedenfalls müssen wir mit Anerkennung betonen, daß unsere Verwaltung alles Mögliche vorgesorgt hat. Ich begreife die Transportschwierigkeiten umso weniger, als ja gar nicht bekannt ist, daß irgendwo größere Truppenverschiebungen stattfinden, durch welche die Bahnen ihren Aufgaben nicht nachkommen können. Wenn es an dem guten Willen nicht fehlen wird (lebhaft Zustimmung) können die Interessen der Stadt Wien vollständig gewahrt werden. Hinweisen muss ich auch auf die Schwierigkeiten, unter denen das Gewerbe und die Industrie zu leiden haben. Alle die Einrichtungen, die man getroffen hat, durch Errichtung der Zentralstellen, die haben zu keinem Resultat geführt, als dass alles 10 mal teurer geworden ist. (Lebhafter Beifall). Ich fürchte, dass man auch nach dem Kriege den Versuch machen wird, diese Einrichtungen zu erhalten, und dadurch die Existenz des kleinen und mittleren Gewerbes zu Grunde zu richten. (Lebhafter Beifall). Ich werde mir daher erlauben, in einer der nächsten Sitzungen einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Sie werden es verstehen, warum ich mich contra zum Worte gemeldet habe. Ich habe meine Meinung gesagt. Ich sehe ein, dass von Seite der Verwaltung kein anderer Antrag gestellt werden konnte, und hoffe, dass dieser Zustand nur ein kurzes Interregnum ist und dass bei der Regierung die Einsicht in den Vordergrund tritt, die es möglich macht, diesem Interregnum wieder ein Ende zu bereiten.

GR. Angermayer: Die Gründe, welche uns zu diesen ausserordentlich traurigen Massnahmen führen, sind heute schon Fachmännern klar vor Augen geführt worden. Wir müssen durch eine radikal Aenderung und Ersparnis von 40 % des Kohlenbedarfes zu erreichen versuchen, um über die Zeit der allergrössten Not hinwegzukommen. Allerdings geschieht dies nur in der Hoffnung, dass die Regierung es uns möglich machen wird, durch eine wirklich einsetzende Tätigkeit in eine bessere Lage zu kommen. So wie die Verhältnisse heute liegen, könne nicht anders, als den Betrieb zum Teil einschränken, zum Teil verkürzen. Es ist nun die Frage, wie diese einschneidenden Veränderungen für die Bevölkerung am wenigsten drückend sind. Da sind nun die Ansichten verschieden. Man hat sich insbesondere gegenseitig ausgesprochen, dass eine so grosse Pause im Betriebe eintreten soll und zwar deshalb, weil eine grosse Anzahl von Arbeitern und Beamten, die weit von ihrem Arbeitsorte wohnen, dadurch in die gefährliche Lage versetzt werden, sich die nötige Nahrung zu verschaffen. Die Frage ist der vollen Aufmerksamkeit wert, die ja auch im Stadtrate zugewendet wurde. Da wurden nun 2 Eventualitäten erwogen, wie man diese Pause verkürzen könnte. Nach Ausspruch der Fachmänner würde durch die Einschlebung des Verkehrs in der Mittagszeit der Zweck der Vorstellungen erhoben werden, dass die jetzige Arbeitsordnung insofern abgeändert wird, dass die Arbeitspause von 2 Stunden aufgehoben

Ersparnis verloren gehen. Es blieb daher nicht anderes übrig, als eine weitere Aenderung ins Auge zu fassen, indem man den Abendverkehr ganz ausschaltet. Es handelt sich nun darum, von diesen 2 Uebeln das kleinere zu wählen und da glaube ich, dass die Auflassung des Mittagverkehrs noch das kleinere wäre. Denn wenn Sie bedenken, dass der Arbeiter bei höchst-unsicherem Verkehr der Strassenbahn, dass er auch die Zeit richtig bewältigen kann, so wäre das eine derartige Hetze, dass die Einnahme des Mittagmahles keine Erholung mehr wäre. Es wäre aber eine ungeheure Schwierigkeit für den Arbeiter, der seit 5 Uhr früh von zu Hause weg ist und ~~nicht~~ die Hetzerei mitzumachen habe, wenn er um 7 Uhr abends den Weg nach Hause zu Fuss zurücklegen sollte. Wir haben uns dafür entschlossen, dass der Mittagverkehr aufgelassen werden sollte und dass die Leute am Abend mit der Strassenbahn befördert werden können. Deshalb glaube ich, dass irgend etwas geschehen soll, dass dieses harte Los ~~nicht~~ in einer Weise geändert werden soll. Ich glaube nun vor allem, dass wir uns an den Herrn Bürgermeister wenden sollen, dass er bei seiner nächsten Vorsprache bei den massgebenden Faktoren dies zum Ausdruck bringe, damit wieder der Mittagverkehr aufgenommen werden könne. Dann müßte auch eine Aenderung in der Arbeitszeit selbst eintreten, denn mit den 2 Stunden Mittagspause sei für den Arbeiter nicht viel anzufangen. Ich möchte daher einen Antrag stellen und bitte zu beschliessen, dass auch und nur eine kleine Erholungspause eingeschaltet werde, und dass dann der Arbeiter umsofrüher seine Arbeit verlassen könne.

Wir haben eine Reihe von Bittgängen zu den massgebenden Faktoren angetreten und haben auf die Folgen hingewiesen, welche eintreten müssen, wenn die Ursachen nicht beseitigt werden. Bis heute ist nichts geschehen, es erfolgt immer nur Verprechungen. Die Regierung soll sehen, dass jetzt noch der letzte Augenblick ist, in dem noch geholfen werden kann. Diesem spezifisch österr. System des Fortwurtachtelns muss ein Ende haben. Redner stellt schliesslich folgende Anträge:

1. In der Arbeitszeit hat in den Betrieben und Geschäften eine Abänderung insofern einzutreten, dass die Mittagszeit von 1 oder zwei Stunden entfällt und nur eine Erholungspause von kurzer Zeit eingeführt werden soll. Um diese während der Mittagspause durchgeführte Arbeitszeit muss die Arbeit am Abend früher geschlossen werden.
2. Der Gemeinderat ersucht den Bürgermeister bei der morgigen Vorsprache bei den Ministerien auf die unbedingte Notwendigkeit hinzuweisen, dass ein Mittagverkehr eingeführt wird und dass jenes Quantum von Kohle sofort zur Verfügung gestellt wird, damit dieser Verkehr ehe baldigst aufgenommen werden kann. (Lebhafter Beifall)

GR. Hohensinner: Wir Grosstädter leiden viel mehr unter dem Krieg als die übrige Bevölkerung. Eine Grosstadt ohne Verkehrsmittel ist kein Organismus mehr, er ist bloe eine Aneinanderreihung von Häusern. Ich möchte nicht bloe gegen den Bürgermeister den Vorwurf erheben, sondern gegen alle in Betracht kommende Faktoren, dass wir von allen diesen Dingen immer zuspät benachrichtigt werden. Wir hören immer, Paris friert, Petersburg hungert, wir Wiener aber werden wie Kinder behandelt, obwohl wir während des Krieges gelernt haben den grössten Leiden kühn und trotzig ins Auge zu schauen. Insbesondere trifft die Zensur der Vorwurf, dass sie die ganze Bevölkerung wie unreife Kinder behandelt.

Wir werden wieder vor eine vollzogene Tatsache gestellt. Wenn wir schon vor 8 Tagen von der Verkehrseinschränkung gewusst hätten, dann hätten die Unternehmungen und Fabriken Gemeinschaftsküchen einführen und jeder einzelne ein Arrangement treffen können. Die Betriebseinstellung hat eine gewaltige Wirkung auf das öffentliche und Wirtschaftsleben es werden nicht nur die Arbeiter betroffen, sondern auch Advokaten, Ärzte alle Angestellten und viele sonstige Personen.

Ich meine, wenn nur ein Hauch der Möglichkeit vorhanden ist, sollte man den Betrieb zur Mittagszeit aufrecht erhalten. Ich möchte deshalb einen Antrag stellen, der wie ich glaube, im allgemeinen Interesse liegt, wenn auch deshalb die Beamten über mich herfallen werden. Dieser Antrag geht dahin, den Betrieb in den Morgenstunden statt bis 9 Uhr nur bis halb 9 Uhr zu führen und erst um 6 Uhr zu beginnen. So würden eineinhalb Stunden gewonnen, und die Einschränkung bedeutete nicht eine so katastrophale Umwälzung unseres ganzen Lebens. Weiters möchte ich mir den Antrag erlauben, den Tag des Beginnes der Einschränkung auf den 20. zu verschieben. (Zwischenrufe: Der Kohlenvorrat reicht doch nur auf 4 Tage). Der Redner richtet an den Referenten die Anfrage, ob die Rundfahrten zu den Vollbahnhöfen auch den Anschluss an die Stammersdorfer Bahn vermitteln werden, weil dort sehr dichtgefüllte Züge noch in den späten Abendstunden ankommen. Es ist wiederholt gesagt worden, schließt Redner, daß man alle Mittel versucht habe, um bei den massgebenden Faktoren Gehör zu bekommen, daß man aber immer wieder taube Ohren gefunden habe. Dr. Klotzberg hat deshalb auch einen Antrag gestellt, den ich gewiß unterstützen werde. Aber einmal sollte doch der Bürgermeister sagen, er übernehme keine Verantwortung mehr und solle androhen, daß er und sämtliche Gemeinderäte ihre Mandate zurücklegen. Die Regierung soll selbst sehen, wie sie der Schwierigkeiten Herr werden wird. Es ist schon sehr schwer, die Verantwortung vor der Bevölkerung zu tragen, für alle die Unterlassungssünden, die von anderen begangen werden. Ich glaube ein solches Wort würde man schon hören und ich bitte den Herrn Bürgermeister, dies zu erwägen. Wir stehen in diesem Falle hinter ihm. Legt er sein Mandat zurück, so würde es im selben Augenblicke auch keinen Gemeinderat mehr geben. (Beifall bei den Parteigenossen.)

VBGM. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Zu den grossen Schwierigkeiten mit der Approvisionierung kommt jetzt auch noch diese entsetzliche Kohlennot, welche die Bevölkerung in die Möglichkeit versetzt nicht nur ihre Wohnungen nicht mehr erwärmen sondern auch ihre Kochherde nicht mehr heizen kann. Darunter leidet die ganze Bevölkerung schwer, mit Ausnahme jener, die überhaupt noch nichts im Kriege gelitten haben, nämlich die schwer-verdienenen Kriegslieferanten. Wenn in den nächsten Tagen keine grossere Kohlenzufuhren einlangen, dann stehen wir tatsächlich vor einer Katastrophe, vor einer vollständigen Erschöpfung des Elektrizitätswerkes. Ich gebe zu dass die Massnahmen, welche heute beschlossen werden sollen, harte sollen-, es wäre aber unrecht, wenn man dem Bürgermeister oder die Gemeindeverwaltung hierfür irgendwie verantwortlich machen wollte-. Wenn GR. Hohensinner vorschlägt, der Bürgermeister solle zum Minister gehen und jede Verantwortung ablehnen, so ist darauf zu erwidern, dass dies nicht einmal, sondern schon etliche 20mal geschehen ist. Die Gemeinde tut alles, was sie glaubt, dass zu einer Abhilfe führt und es wäre ein schweres Unrecht irgendwelche Vorwürfe gegen sie zu erheben-. Es wäre auch nicht am Platze, wenn wir der Regierung jetzt mit der Niederlegung der Mandate drohen würden, denn ich weiss nicht, ob die Regierung darüber sehr erschrecken möchte- (Lebhafte Zustimmung); besonders in einem Momente, wo man immer von der Einschränkung der Autonomie hört und liest. Was würde in diesem Falle übrigens geschehen? An die Stelle der autonomen Verwaltung käme ein Regierungskommissär (Zwischenrufe Ein General) und ob es dann besser würde, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ebenso ungerecht wäre es, der Direktion der städt. Elektrizitätswerke einen Vorwurf zu machen. Es waren ständig grosse Vorräte vorhanden.

vorhanden, aber nachdem die Zufuhren immer mehr ausblieben, mussten auch die Vorräte angegriffen werden und schliesslich sind eben auch sie beinahe zu Ende gegangen. Wenn die Kohlenlieferungen wenigstens halbwegs aufrecht geblieben wären, hätten wir unter Zuhilfenahme des Zillingdorfer Werkes, das heute bereits 130.000 Kilowattstunden liefern kann halbwegs ins Auslangen gefunden. So kamen aber die bekannten Verhältnisse, die alle mitzusammenwirkten, um eine derartige Situation zu schaffen - wir müssen daher in erster Linie von der Regierung mit aller Energie fordern, dass sie in der Anlieferung der Kohle alles tut, was nun irgend menschenmöglich ist.

Wo sollen wir sparen? Bei der Beleuchtung schaut nicht viel heraus. Eine weitere Einschränkung derselben wird uns keine wesentlichen materiellen Folgen bringen, wohl aber moralische, welche die sein werden, dass die Bevölkerung sieht, dass die Kohlennot nicht nur die armen Leute trifft, sondern dass auch die Reichen davon getroffen werden. Wir müssen darauf dringen, dass die Theater und Varietes geschlossen werden. Sicher ist, dass bei aller Ersparnis der Beleuchtung nicht mehr als 3 Waggons Kohlen erzielt werden; aber auch das muss bewirkt werden.

Wir könnten auch bei der Kraftstromlieferung eine Ersparnis erzielen, das wäre aber sehr gefährlich, denn daran hängt eine Unzahl von Gewerben und Industrien, welche Kriegslieferungen haben, daran hängen aber auch viele Gewerbe, deren Inhaber um ihren bescheidenen Verdienst kommen und die ihre Arbeiter entlassen müssen.

Durch den vorliegenden Antrag können zweisiebentel des Gesamtconsums der Elektrizitätswerke erspart werden. Der Erfolg ist also ziemlich wesentlich. Ich gebe gerne zu, dass durch diese Massnahme die Bevölkerung uasserordentlich schwer betroffen wird, nicht bloss die Arbeiter, sondern auch das Heer von Angestellten, die in der privaten Industrie und in Aemtern und Unternehmungen tätig sind. Die Einschränkung kann aber gemildert werden, durch die vom Stadtrat Angermayer beantragten Massnahmen, die Mittagszeit zu kürzen und die Arbeitszeit zusammenhängend von früh bis nachmittags zu leisten. Wenn ich die Wahl haben zwischen Aufrechterhaltung des Abendverkehrs oder des Mittagverkehrs so muss ich mich für den ersteren aussprechen, da durch die Auflassung des Abendverkehrs die Bevölkerung nur noch schwerer betroffen werden würde.

Durch dieses Opfer, dass der Bevölkerung auferlegt wird, möge die Regierung zur Einsicht kommen, dass sie alles vorsorge, um den Elektrizitätswerken Kohle zu verschaffen, damit die Strassenbahnbeschränkung in kürzester Zeit wieder aufgehoben werde und wieder erträgliche Verhältnisse auf den Strassenbahnen eintreten. (Lebhafter Beifall).

GR. Reumann: Der heutige Antrag gibt uns Gelegenheit zu prüfen, ob die massgebenden Faktoren ihrer Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung nachgekommen sind. Bei der Nahrungsmittelversorgung haben wir die traurigsten Erfahrungen gemacht. Unsere Regierung wurde von der Militärverwaltung vollständig deponiert und wenn einer der Vorredner sagte, der Bürgermeister soll, wenn seine Wünsche nicht Gehör finden, seine Stelle niederlegen und von diesem Schritt eine Besserung erwartet, so meine ich, dass zu einer solchen Ansicht eine grosse Naivität gehört. (Lebhafte Zustimmung). Unser Arbeitsminister ist ein Mann ohne Energie, ist er abhängig von dem Willen der Militärverwaltung. Das ganze Elend, dass dieser unselige Krieg auf die Bevölkerung wälzt, müssen wir ertragen, wir müssen aber den kompetenten Persönlichkeiten sagen, dass wir schliesslich an der Grenze angelegt sind, wo die Tragfähigkeit ein Ende hat und dass eine Katastrophe eintreten kann, die heute nicht vorausgegangen werden kann.

Die gegenwärtigen Verhältnisse führen dazu, dass die Bevölkerung noch mehr physisch herabkommt, als dies bisher der Fall war. Denn nicht nur an der Front gibt es Verletzungen und Verwundungen, sondern auch im Hinterlande hat die Bevölkerung sehr schwer zu leiden infolge jener gänzlich unzureichenden Massnahmen, die bei der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsartikeln getroffen wurden. Die Kohlenmisere hat eine ganz eigenartige Vorgeschichte. Wir haben schon lange eine Kohlenmisere gehabt zu einer Zeit, wo wir noch im tiefsten Frieden lebten, jene kolosalen Steigerungen der Kohlenpreise, die schon vor dem Kriege stattgefunden haben, sind zum grossen Teile auf die Tatenlosigkeit der Regierung zurückzuführen. Man hat sie aufmerksam gemacht, in welchem Zustande sich unsere Bahnkörper befinden, man hat ihr gezeigt, welche grosse Not an Verkehrsmitteln herrscht und man hat ihr auch gesagt, dass Investitionen in dieser Richtung eine dringende Notwendigkeit sind. Das alles wurde nicht beachtet und so haben wir heute schwer an diesen furchtbaren Versäumnissen zu leiden. GR. Dr. Klotzberg hat gemeint, man solle der Bevölkerung Flugblätter geben, die alle die Versäumnisse zeigen, ich glaube so umfangreich können sie gar nicht sein, um all dieses festzustellen. Jetzt in der höchsten Not der Kohlenknappheit sind wir in einer Lage, in der die Ohnmacht derjenigen welche eingreifen sollen, bereits einen derartigen Grad erreicht hat, dass sie hilflos wie Kinder sind. Aber nicht nur wie Kinder stehen diesen Erscheinungen hilflos gegenüber sondern unwissend wie Kinder will man auch die Bevölkerung lassen. Mitten in dieser Not, die durch den Mangel an Hausbrandkohle verursacht wird, kommt nun auch die Nachricht, dass der Strassenbahnverkehr zum Teile eingestellt werden muss, weil nicht genügend Kohle vorhanden ist. Eine Massnahme, die die Bevölkerung furchtbar trifft umso mehr, als ein grosser Teil der Bevölkerung mangelhaft bekleidet ist und Mangel an entsprechendem Schuhwerk herrscht. Wir haben dem Arbeitsminister die Sache klargelegt. Ich habe von jener Aussprache den Eindruck, dass man sich in den Regierungskreisen wirklich nicht zu helfen weiss und dass man sich darauf verlässt, dass ein unvorhergesehener Zufall über die Sache hinweghelfe. Die grossen Kohlenhändler haben schon vor langer Zeit Eingaben an die Regierung gemacht und darauf hingewiesen, dass das anrollende Wagenmaterial den Bedarf Wiens auch nicht annähernd zu decken vermag. Die Regierung hat das gehört, sie konnte aber keine Verfügungen treffen, um den Transportschwierigkeiten abzuhelfen. Was geschehen ist, war, dass man sich sagte, wenn auch der Verkehr etwas geringer ist, wenn auch der Güterverkehr eine gewisse Einschränkung erfahren hat, zu fiskalischen Zwecken kann er noch immer ausgenützt werden. Es ist eine Erhöhung der Gütertarife eingetreten, welche auf die Kohle verteuern wirkt, zu einer Zeit der furchtbarsten Not. Kann man sich etwas verbrecherisches, eine ärgere Privolität denken, als gerade dass, anstatt die Notlage der Bevölkerung zum Durchhalten zu mindern, man noch daran denkt, wo noch etwas zum Herauspressen sei. Das an und für sich zeigt uns, dass wir uns eigentlich sagen müssen, eine Hilfe von der Regierung zu erwarten, ist ausgeschlossen. Wir sind leider dazugekommen, dass uns von dieser Seite keine Hilfe geboten wird und das ist ja jene furchtbare Situation, dass wir selbst nicht wissen, was eigentlich zu tun ist, weil dort, wo noch etwas geschehen könnte, nichts geschieht. Wenn es heute gelingt, dass wir dazu gezwungen werden, Frieden zu machen, dann war es nicht jenes Volk, welches in den Waffen steht und kämpft, dann waren es diejenigen, welche die vitalsten Interessen des Staates niemals beachtet haben, weil es Ihnen an der notwendigen Voraussicht gefehlt hat. Es ist natürlich, dass unter diesen Umständen solche Verhältnisse zu Tage treten, wie sie sich herausgebildet haben. Niemand hat gedacht, dass diese Verhältnisse in einem so kurzen Zeitraume eintreten werden und es hat auch niemand eine

Ahnung gehabt, dass unsere Elektrizitätswerke Anlehen bei den Gaswerken machen müssen und dass die Versorgung mit Gas leiden könnte. Ich mache das dem Herrn Bürgermeister nicht zum Vorwurfe. Die Lage ist nun da und es fragt sich, was ist zu tun. Ich habe bereits in der Obmänner-Konferenz darauf verwiesen, dass das eine Frage ist, welche die gesamte Bevölkerung betrifft und dass es mir sehr peinlich gewesen ist, aus den Zeitungen zu erfahren, dass der Stadtrat bereits seinen Beschluss gefasst hat ohne das alle Parteien des Gemeinderates dazu ihre Meinung abgegeben haben. Ich habe den Herrn Bürgermeister gebeten, dass, wenn wieder einschneidenden Massnahmen, bezüglich des Betriebes der Strassenbahnen getroffen werden, vorher die Obmänner-Konferenz einberufen werde. Die Obmänner-Konferenz ist erst nach dem Stadtrat einberufen worden. Wenn die Obmänner-Konferenz vor vollendete Tatsachen gestellt wird, dann hat es keinen Sinn und Zweck, Es bleibt unter solchen Umständen nichts übrig als das zwecklose Mandat in der Obmänner-Konferenz niederzulegen, denn den Stadtrat durch einen anderen Antrag zu präjudizieren, das geht nicht.

Ich habe auch gefordert, dass unter allen Umständen mittags wenigstens durch 2 Stunden der Verkehr aufrechterhalten werde. Ich halte den vom Stadtrat Angermayer eingebrachten Antrag für unannehmbar und er würde böses Blut unter der arbeitenden Bevölkerung erzeugen. Ich bitte dem Antrage nicht die Zustimmung zu geben.

Der Antrag Klotzberg hätte die Konsequenz, dass von Seiten des Bürgermeisters erklärt, werde, ich kann die Verantwortung nicht tragen, ich werde den Betrieb gehen lassen, so lange ich Kohle habe, wenn ich keine mehr habe, so lasse ich den Betrieb auf.

Weiters glaube ich, dass es zu dem Antrage des Stadtrates doch ein Mittelding gibt und das ist dies, dass in der Mittagszeit der Verkehr durch 2 Stunden aufrecht erhalten bleibe.

Wir sollten wiederum dem Kriegeminister die ganze Situation vor Augen halten, da es sich bei der Einstellung der Verkehrsmittel auch darum handelt, dass eine grosse Anzahl von Arbeitern, die für den Kriegsbedarf arbeiten betroffen wird. So viel ich weiss, haben sich die Kohlenvorräte derart angehäuft, dass die Kohlenförderung eingeschränkt und Feierschichten eingelegt wurden. Es dürfte sich also nur um die Transport-Schwierigkeiten handeln und bei Ergreifung entsprechender Massnahmen muss eine entsprechende Wagensicherung erreicht werden. Der entsprechende Bedarf von Kohle muss den städt. Elektrizitätswerke zur Verfügung gestellt werden, wenn wir sagen, dass die Einstellung des Mittagverkehrs eines blanke Möglichkeit ist. Ich bin mit dem Stadtratsbeschluss nicht einverstanden. Wir haben gesehen, dass der Arbeitsminister dem Kaiser mitteilte, dass die Bevölkerung sehr schwere Opfer auf sich genommen hat. Vielleicht sagt er jetzt dem Kaiser, dass von der Bevölkerung ein Opfer gefordert wird, dass sie nicht ertragen kann. Nach meinem Antrag sollen wir also einen Beschluss fassen, nach welchem ein zweistündiger Mittagverkehr aufrecht erhalten werden soll. Sollte dieser Antrag von der Majorität nicht gutgeheissen werden, dann wünsche ich, dass wenigstens einige Tage der arbeitenden Bevölkerung Zeit gelassen werde, um sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Offen und frei soll aber auch der Gemeinderat aussprechen über das Elend, welches mit elementarer Gewalt uns trifft nicht bloss durch den Krieg verschuldet ist, sondern dass die Wurzeln dieses Übels schon früher vorhanden waren. Die volle Verantwortung hat demnach einzig und allein die Regierung zu tragen. (Lebhafter Zustimmung.)

GR. Hützel: Aus den Ausführungen des Herrn Dir. Karel, die darin gipfeln, dass wir gegenwärtig so wenig Kohle haben, dass der Betrieb wenn er so aufrecht erhalten würde, wie es verlangt wird, in höchstens 8 Tagen eingestellt werden müsste, geht hervor, dass wir uns mit dieser Massregel abfinden müssen, oder aber Gefahr laufen, dass auch die Industrie aus der Stromlieferung ausgeschaltet werden muss. Die Bevölkerung in Wien hat sich während der Kriegszeit an alles gewöhnt, was man von ihr verlangt hat, nun wird ihr ein weiteres grosses Opfer auferlegt. Es ist aber schwer

durchzuführen, jene Leute ganz ohne Verkehr zu lassen, die heute auf das Mittagessen angewiesen sind, das ihnen zu Hause zubereitet wird. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn wenigstens bis Donnerstag die Möglichkeit gegeben würde, dass diese Arbeiter und sonstigen Angestellten die Mittagessen erhalten würden, um sich mit derweile einen Ort zu suchen, wo sie ihr Mittagessen einnehmen können. Es ist auch notwendig, dass die Elektrizität für die kleinen Werkstätten mit Motorbetrieb bleibt, weil sonst

5

viele Arbeiter brotlos würden. Um Kohlen nach Wien zu schaffen, könnte leicht auf der Linie Mähr.-Osterr. - Wien so eingeschränkt werden, dass an Stelle von Personenzügen einfach Kohlenzüge eingeschaltet werden. Es wird dies Sr. Excellenz nicht schwer fallen, die betreffenden Stellen darauf aufmerksam zu machen und es wäre dieser Ausweg gewiss sehr wünschenswert, dass bald wieder bessere Verhältnisse auf dem Gebiete der Kohlenversorgung eintreten.

GR. Eiserer beantragt Schluss der Debatte. (angenommen)

GR. Emerling: Es ist auch notwendig, die Ausführungen des Direktors der städt. Elektrizitätswerke wenigstens einigermaßen einer Kritik zu unterziehen. Herr Dir. Karel hat erklärt, dass die städt. Elektrizitätswerke nur mehr für 4 Tage mit Kohle versorgt sind. Als wir hier den Antrag auf Einschränkung vorgelegt erhielten, waren noch Lagerbestände von 14.000 Tonnen vorhanden und er ergibt sich daraus, die Frage, ob nicht damals schon grössere Einschränkungen notwendig gewesen wären und es fragt sich weiters, was haben die Werke, was hat überhaupt die Gemeinde Wien und ihre Verwaltung in der Sache getan. Dir. Karel hat als wesentlichen Grund die Mischung von Petroseny und den Ausfall der ungarischen Kohlen angegeben. Ich habe sehr verlockend hier über das Verhältnis mit Ungarn gesprochen, das Österreich in dem Momente, wo die ungarischen Kohlen verloren gegangen sind, sofort erhalten musste, während wir von Ungarn auch dann nichts bekommen, wenn wir dem Verhungern nahe sind. Wenn alle Bemühungen der Verwaltung ergebnislos geblieben sind, so lässt das den Schluss ziehen, dass die Gemeinde Wien bei allen massgebenden Gelegenheiten missachtet wird, und es wäre wohl am Platze zu untersuchen, warum eine so grosse Missachtung erfolgt. Vielleicht mangelt es an Energie, an der nötigen Kraft oder an dem Tat. Dir. Karel hat auch erklärt, dass es keine Ersparnisse sei, wenn man das Licht drosselt, nach dem, was das uns hier erklärt hat, ist es ja gut, wenn wir nur 1 Tonne täglich ersparen. Was den Kohlenmangel betrifft, so hat übrigens die Statthalterei an die Bevölkerung im Sommer die Aufforderung gerichtet, sich mit Kohle zu versorgen. Das scheinen die wichtigsten getan zu haben, am allerwenigsten aber hat es die Statthalterei selbst getan, denn sie hat für ihre Bezirksgerichte und solche Amtsstellen keine Kohlen.

Es wäre auch wichtig, zu sagen, um wieviel Menschen es sich bei der Auflassung des Verkehrs in der Mittagszeit handelt. Sie können ruhig rechnen, dass wir zu Mittag eine wahre Völkerwanderung haben. Weiters müssen Sie die Lage des Arbeitsortes und des Wohnortes des Arbeiters in Betracht ziehen, welche letzteren er sich nicht immer günstig gelegen wählen kann. Dazu kommt noch, dass plötzliche der Massregel, wodurch sie bewirken, dass von morgen ab 10.000 von Menschen kein Mittagbrot haben werden.

Nun wurde auch von Ersparnissen in dem Zusammenhange gesprochen, dass Strom für technische Betriebe in den Abendstunden gedrosselt werden soll. Wir geben auch Strom ab an Provinzstädte, an die Pressburger- und Badenerbahn. Was ist da geschehen? Es wurde auch von der Ueberlandzentrale gesprochen. Da scheint ein Schmerzkind zu sein. Seit Jahren wird an sie Geld gegeben in die Millionen, was das Werk geschaffen hat, wissen wir nicht. Es wurde auch davon gesprochen, dass, wenn nicht eine gewaltige Verminderung des Stromverbrauches eintritt, die Ersparnisse nicht besonders gross sind. Ich sage auch, dass die Strassenbahnbediensteten durch diese Massregel unter gar keinen Umständen geschädigt werden dürfen.

Die Ersparnis bei Licht halte ich für notwendig. Weiters schliesse ich dem Antrage des Kollegen Reumann an, den Verkehr in der Mittagstunde aufrecht zu erhalten, und ich erachte den Schritt zum Kriegsminister, um ihm die Sache darzulegen, als den wichtigsten.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich glaube, es wird den Herren angenehm sein, wenn Herr Direktor Karel bezüglich des Zillingdorfer Werkes Aufklärung gibt.

Direktor Karel teilt mit, dass das Zillingdorferwerk in einem Tag und einem Tiefbau arbeitet und dass es zu Beginn des Krieges von der Behörde den Auftrag bekommen habe, den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Die Ueberlandzentrale ist die Arbeit bei Kriegsbeginn eingestellt worden, da alle Arbeitskräfte einrücken mussten. Die Ueberlandzentrale ~~hat~~ arbeitete für die Munitionsfabrik Enzesfeld.

Redner weist des Weiteren noch auf die verschiedenen Schwierigkeiten hin, die in der Lieferung des Stromes für die Stadt Wien zutage traten, und betont, dass Strom nach Baden und anderen Städten in ganz unbeträchtlicher Masse geliefert werde. Die Pressburger- und Badenerbahn müsse sich auch Beschränkungen gefallen lassen wie die Strassenbahn, was aber nicht in eigener Kompetenz liege.

GR. Wippel: Die Kontraredner haben sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, dass wir den Betrieb während der Mittagszeit aufrechterhalten sollen. Das ist ausserordentlich sympathisch und wird in der Bevölkerung sehr wirken, aber wir in Stadtrate haben den vorliegenden Antrag nach allen Richtungen genau erwogen und nach den Berechnungen des Herrn Direktors Karel und des Herrn Direktors Spängler bleibt uns nichts anderes übrig, als den Betrieb von 9 bis 5 Uhr vollständig einzustellen. Diese Massnahme soll, wie betont wurde, ein Not-

schritt sein, und wenn wir sie nicht durchführen, sagen sich die Behörden wieder, die fretten sich schon durch und versorgen uns wieder nicht mit Kohle. Der Redner betont, dass es sich notwendig erweise, für die Beförderung von Leidtragenden zu Leichenbegängnissen auf den Zentralfriedhof Sonderwagen bereit zu stellen, weil ein allgemeiner Betrieb auf der Linie infolge des grossen Andranges unmöglich wäre.

Ueber Antrag des GR. Dr. Klotzberg wird die Wahl von Generalrednern genehmigt und werden zu Generalrednern gewählt: GR. Eismax Lohner (kontra) und Bürgermeister Dr. Weiskirchner (pro).

GR. Lohner erklärt, er sei vollkommen der Ansicht, dass die Kohlennot eine Verkehrsnot sei, die sich in einer Waggon- und Lokomotivennot konzentriert. Nach seinen Informationen habe eine Anordnung der gesamten Waggonindustriellen beim Finanzminister bei Beginn des Krieges vorgesprochen und ihm vorgehalten, dass er jetzt am Platze wäre, Investitionen zu machen. Es sei erwidert worden, der Verkehr werde im Kriege ohnehin sehr abnehmen und es seien ohnehin keine Waggonen notwendig. Dasselbe habe sich bei den Lokomotiven abgespielt und heute hätten wir die Folgen davon zu tragen. Bei der Einführung eines Mittagverkehrs handle es sich nur um eine Aufwendung von 3% des ganzen Tageskonsums und der Gemeinderat kann nicht die Stirne haben, die gesamte Bevölkerung wegen dieser 3% Ersparnis zu Fuss laufen zu lassen. Er hoffe, dass die Mehrheit nicht dazu den Mut haben werde. Bei der Frage des Mittagverkehrs müsse man nicht nur auf den Arbeiter Rücksicht nehmen, der heute ohnehin viel verdiene, sondern vor allem auf den kleinen Beamten, der sich in der gegenwärtigen Zeit oft zu Mittag nur eine warme Erbsensuppe leisten kann und die kann er nun zu Hause haben. Der Redner spricht sein Bedauern darüber aus, dass die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke nichts etwas früher auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht habe, und dass der städt. Elektrizitätsausschuss der Gemeinde Wien nicht zu einer Beratung einberufen worden sei. Er richtet an die Direktion der städt. Strassenbahnen die Bitte, die in der Öffentlichkeit aufgetretenen Vorschläge, seien sie gut oder schlecht, zu erwägen und für die Zeit zum Uebergang in den normalen Verkehr vorzubereiten. Zum Schlusse weist der Redner darauf, dass es sehr bedauerlich sei, dass unsere Strassenbahnen noch immer nicht über ein eigenes Elektrizitätswerk verfügen, Direktor Spängler werde als der grösste Stromkonsument gezwungen, den Strom bei Jemandem zu beziehen, der ihn monopolistisch aussaugt. Wenn Direktor Spängler in der Lage gewesen wäre, ein eigenes Elektrizitätswerk zu haben, dann hätte er sich

vielleicht eine gewisse Reserve schaffen können und es wäre nicht zu der gegenwärtigen Folgeschweren Massnahme gekommen. (Beifall bei den Parteigenossen).

vielleicht eine gewisse Reserve schaffen können und es wäre nicht zu der gegenwärtigen Folgeschweren Massnahme gekommen. (Beifall bei den Parteigenossen).

GR. Dr. Weiskirchner als Generalredner pro: Wenn ich ausnahmsweise von diesem Platze aus das Wort ergreife, so fühle ich mich in loyaler Weise verpflichtet alle jenen Herrn Kontra-Rednern zu danken, welche in sachlicher Weise die weit in die Vergangenheit zurückreichenden Ursachen unseres Notstandes darlegte und die Schwierigkeiten würdigte, in welcher sich die ganze Kriegszeit hindurch die Gemeindeverwaltung befand. Nicht von mir, sondern von berufener Seite wurde erklärt, dass die Selbstverwaltung der Gemeinden sich in diesem Kriege bewährt hat. Allerdings wurde uns diese Anerkennung nicht in Österreich, sondern in Deutschland zu teil, und das in einer Zeit, wo ein gewisser Zug durch unsere Regierung geht, angeblich unter dem Titel der Stärkung der staatlichen Autorität die Gemeindeautonomie beschränken zu wollen. In diesem Kriege haben die Gemeinden den Zusammenbruch der Staatsverwaltung aufgehalten. (Lebhafter Beifall) In der opferwilligsten Weise haben alle freigewählten Vertreter der Gemeinden ihr Bestes geleistet um die Leiden des Volkes zu lindern und dem Prinzipie des Durchhaltens gerecht zu werden. Aber aus allen Mägen ist die Ueberzeugung durchgedrungen, dass die Sache bis zum Ausserretten gediehen ist und dass auch die anderen Faktoren ebenso opferwillig mitwirken müssen, um zu jenem Ziele zu gelangen, das wir alle erreichen wollen: dem Endeieg. Dieser unseelige Weltkrieg der Europa in ein Meer von Blut versenkt, ist zur Transportfrage geworden.

Sie haben Dir. Karel den Vorwurf gemacht, er hätte voraussagen sollen; es ist aktensässig erwiesen, dass wir durch Monate hindurch alles getan haben, was in unserer Macht liegt, um Wien mit Kohlen zu versorgen. Hat vielleicht Dir. Karel den verschärften U-Boot-Krieg im November voraussehen können? Was ist seine Folge? Dass Deutschland gezwungen ist, die neutralen Staaten mit Kohle zu versorgen, ich habe keine offiziellen Daten, aber in der neuen freien Presse ist gestanden, dass Deutschland monatlich 32.000 Tonnen Kohle nach Holland liefern muss. Ein solcher Export beeinträchtigt natürlich die einzelnen Vorräte. Dir. Karel hat auf die Zerstörung der Steinkohlenlager in Petroseny hingewiesen. Die Munitionindustrie hat Kohle über Kohle, hat jemand den Frost voraussehen können der so früh eingetreten ist und schon über 3 Wochen andauert? In Vorjahre haben wir um diese Zeit die Importe aus Rumänien bezogen. Die Regierung ist von der Gemeindeverwaltung nicht nur in Eingaben, sondern auch durch persönliche Vorstellungen mit allen Nachdruck auf die drohende Katastrophe aufmerksam



27. Jahrg. Wien, Dienstag, 13. Februar 1917. Nr. 56.

Zur Einführung von Dienstbotenbüchern mit Photographien. In der letzten Sitzung der Bezirks-Vertretung Mariahilf brachte Bezirksrat Späthe die Sprache auf die bedrohliche Häufung von Verbrechen, welche von angeblich dienstsuchenden Personen unter Zuhilfenahme erschwindelter oder gestohlener Dienst- und Arbeitsbücher oder falscher Zeugnisse begangen werden. Er wies darauf hin, daß von der Bezirksvertretung Mariahilf schon vor einem Zeitraume von 2 bis 3 Jahren, also vor Kriegsbeginn, der Antrag eingebracht wurde, bei der zuständigen Behörde in Form einer Eingabe darauf hinzuwirken, daß den Legitimationen der Dienst- und Arbeitssuchenden - worunter nicht nur die ständigen Dienstboten, sondern auch die nur vorübergehend in Haushalten beschäftigten Personen, wie Bedienerinnen, Aushilfspersonen etc. verstanden sind - eine Verbesserung widerfähre bzw. ein schärferes Augenmerk zugewendet werde. Dieser Antrag blieb jedoch seitens der Behörde offenbar unbeachtet. Nun zeige es sich aber, daß es denn doch notwendig erscheint, daß die Behörde eine mehr Gewähr verbürgende Ausweisleistung der Dienstnehmer - etwa durch Beibringung einer amtlich beglaubigten Photographie - ins Auge fasse und sich selbst dann nicht davon abhalten läßt, eine Verbesserung der jetzigen Verhältnisse herbeizuführen, wenn dies durch eine einfache behördliche Verfügung nicht zu erzielen ist, sondern gegebenenfalls neu zu schaffender gesetzlicher Vorschriften oder Verordnungen bedarf, denn die Behörde schuldet der Bevölkerung die weitestgehende Inschutznahme ihrer persönlichen Sicherheit und ihrer materiellen Interessen. Der Redner stellte den Antrag, über diesen Gegenstand in sinnemäßiger Weise bei der maßgebenden Behörde abermals vorstellig zu werden. Der Antrag wurde einstimmig zum Beschlusse erhoben.

Neubauer Männergesangsverein. Im großen Konzerthausaale gab dieser Verein am 2. d.M. ein Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten des Witwen- und Waisenfonds des heimischen Landwehr-Infanterie-Regimentes Nr. 1. Ein von einem eleganten Publikum gefüllter Saal bildete den Rahmen zu dieser patriotischen Veranstaltung, die sich einer Mitwirkung hervorragender Kunstkräfte ersten Ranges erfreute. Die Hofopernsängerin Hermine Kittel, musterhaft von dem Kapellmeister in Bayreuth Karl Kittel begleitet, begann die Solo-einlagen mit ihrem wirkungsvollen Gesange. Hofopernsänger Hans Duhan erfreute mit seinem stimmungsvollen, schönen, abgerundeten Bariton alle Zuhörer und brillierte besonders mit dem Vortrage des „Prinz Eugenius“ von Löwe. Die Mitglieder des Vereines Hofburgschauspieler Franz Höbling und Hofmusiker Professor Eduard Madenski bereicherten das auserlesene Programm mit ihren Darbietungen, ersterer durch meisterhafte Technik des gesprochenen Wortes voll jugendlichen Feuers, letzterer durch seine virtuose Behandlung des ungefügen Kontrabasses. Die hohe Kunst des Kammervirtuosen Professor Alfred Grünfeld erregte reichen Beifall und zwang Meister Grünfeld in seiner bekannt liebenswürdigen Weise zu Zugaben. Die Sängerschaft unter Chormeister Professor Reim's bekannt tüchtiger Leitung gab ihr Bestes und forderte nach dem Vortrage des nordischen Barden Grieg's „Landerkennung“, welcher Chor begleitet von der Musik des Landwehr-Infanterie-Regimentes Nr. 1 prachtvoll gesungen wurde, die Zuhörerschaft zu stürmischem Applaus heraus. Professor Reim wie der Solist Vereinsmitglied R. Wagner konnten speziellen Beifall ernten und dieser Choral wurde auch teilweise wiederholt. Ferner fanden die weiteren Gesänge, darunter eine Widmung „Die Einser Landwehr“, Hymne für Chor mit Harmoniebegleitung von V. Boschetti und die „Weinlein, die da

fließen“ von Kücken mit Tenorsolo gesungen vom Vereinmitgliede Brunner ein dankbares Publikum. - Der Neubauer Männergesangsverein kann gewiß diese Veranstaltung, in der hohe Kunstpflege und edle Mildtätigkeit sich vereinten, zu seinen besten Leistungen zählen.

Straßenbahnunfall. Heute um 8 Uhr früh stieß auf der Kreuzung bei St. Marx ein Dreiwagenzug der Linie 118, vom Arsenal kommend, ohne die Haltestelle St. Marx einzuhalten, an einen von Simmering zur Landstraße fahrenden Zweiwagenzug der Linie 74, welcher eben in dasselbe Gleis eingebogen ist. Der Triebwagen faßte den noch im Bogen befindlichen Beiwagen von der Seite, wurde dabei selbst aus dem Gleis gedrängt und fuhr im entgleisten Zustand an einen Bogenlampenmast an, der auch gleichzeitig die Straßenbahn-Fahrdrähte trägt, stieß diesen um, ohne daß hiedurch jemand beschädigt wurde und kam dann außerhalb des Gleises zum Stillstand. Von den Fahrgästen der wenig besetzten Wagen erlitten 2 Personen - darunter der Fahrer - schwerere, 4 andere leichte Verletzungen. Die vordere Plattform des Triebwagens und der Beiwagen wurden mäßig beschädigt. Die Ursache, warum der seit 5/4 Jahren Fahrdienst leistende Fahrer die Haltestelle durchfahren hat, ist noch nicht erhoben, weil der Fahrer nicht einvernommen werden konnte; dagegen steht fest, daß der Fahrer das Viadukt unter der Aspangbahn mit großer Geschwindigkeit durchfahren hat. Die Erprobung der Bremse hat keinen Anstand ergeben. Die Behebung der Störung dauerte bis etwa halb 10 Uhr vormittags.

Abgesagter Vortrag. Der für Donnerstag, den 15. d.M. im Wiener Altertumsverein angekündigte Vortrag des Herrn Dr. Hans Tietze muß wegen Sperrung des Vortragssaales entfallen.

Soldatenheim „Kaiserstadt Wien“. Der Kommandant des Infanterie-Regimentes Nr. 84 Oberst Dr. v. Eoher richtete an den Bürgermeister nachstehendes Telegramm: „Wir eröffnen heute das Soldatenheim und geben ihm im Gedanken an die Heimat den Namen „Kaiserstadt Wien“. Wollen Eure Exzellenz als der fürsorgliche Vatersdieser Stadt die Grüße des Regimentes, im besonderen der treuen Wiener Kinder draußen im Felde, gütigst entgegennehmen.“

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: „Meine herzlichsten Grüße zur Eröffnung des Soldatenheims und vielen Dank für dessen Bezeichnung mit dem Namen unserer alten Kaiserstadt. Mögen unsere heldenmütigen Kämpfer im Soldatenheime Erholung finden von ihren Strapazen und seien Sie versichert, daß mein werktätiges Gedenken auch dieser ausgezeichneten Institution gewidmet sein wird.“

Auszeichnung. Der dem Präsidialbüro des Wiener Gemeinderates zugewiesene Magistrats-Oberkommissär Robert Jiresch wurde durch die Verleihung des Ehrenzeichens 2. Klasse vom Roten Kreuz mit der Kriegsdekoration ausgezeichnet.

57

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, Dienstag, 13. Februar 1917. Abends. Nr. 57.

Zur gestrigen Gemeinderatssitzung. Wie uns Gemeinderat Dr. Hein mitteilt, wurde in der gestrigen Gemeinderatssitzung der Referentenantrag auf Einstellung des Straßenbahnverkehrs von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags nicht einstimmig beschlossen, sondern bloß mit großer Mehrheit. Die Mitglieder der freiheitlichen und sozialdemokratischen Minderheit stimmten gemäß ihren Ausführungen auf Beibehaltung eines zweistündigen Mittagsverkehrs gegen den Stadtratsantrag. Die Anträge der Minderheit kamen jedoch nicht zur Abstimmung, weil der Vorsitzende Vizebürgermeister Hierhammer von der Ansicht ausging, daß der Referentenantrag der weitestgehende sei und durch dessen Annahme eine Abstimmung über die Anträge der Opposition entfalle. Der Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner, den Stadratsbeschuß erst Donnerstag früh in Wirksamkeit zu setzen, um in der Zwischenzeit noch mit der Regierung verhandeln zu können, wurde nahezu einstimmig zum Beschlusse erhoben.

-----  
Die Frage der Kohlenversorgung.  
-----

In Ausführung des gestrigen Gemeinderatsbeschlusses begab sich heute vormittags Bürgermeister Dr. Weiskirchner mit den Obmännern der Gemeinderatsparteien Dr. Hein, Reumann und von Steiner zum Minister für öffentliche Arbeiten Freiherrn von Trnka, bei welchem eine einstündige Konferenz stattfand, worauf sich die Mitglieder der Abordnung mit dem Arbeitsminister zum Kriegsminister Freiherr von Krobotin begaben. Dieser empfing in Anwesenheit des Obersten Kreuels von der Zentraltransportleitung die Herren und wurde in der Besprechung der ganze Komplex der Kohlenversorgung für Wien eingehend erörtert. Um halb 1 Uhr nachmittags wurde Bürgermeister Dr. Weiskirchner zum Minister des Innern Freiherrn von Handel berufen, welcher im Beisein des Ministers Dr. Baernreither sowohl Bürgermeister Dr. Weiskirchner als auch Direktor Karel der städt. Elektrizitätswerke empfing. Aus dieser Besprechung ergab sich die Notwendigkeit weiterer Verhandlungen, die bis zum späten Abend noch andauern.

Für morgen vormittags 11 Uhr ist die Obmännerkonferenz des Gemeinderates, für 5 Uhr nachmittags der Wiener Stadtrat zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen.

Die Entscheidung über die ganze Krugax Angelegenheit fällt daher morgen.

Wie in später Abendstunde aus dem Rathause verlautet, haben die Verhandlungen des Bürgermeisters mit der Regierung und mit dem Kriegsministerium zu einem solchen Abschlusse geführt, daß die Einstellung des Straßenbahnbetriebes während gewisser Tagesstunden vermieden werden dürfte und es sich nur mehr um Einschränkungen handeln wird, welche von der Bevölkerung leichter ertragen werden können.

+ + +

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 14. Februar 1917. Nr. 58.

## Die Betriebseinschränkungen auf der Straßenbahn.

Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer und Hoß fand heute die 67. Obmänner-Konferenz der Gemeinderatsparteien statt. Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtete über die gestrigen Verhandlungen mit der österreichischen Regierung und dem Reichskriegsminister und brachte zum Schlusse seiner Ausführungen einen Erlaß des Arbeitsministers vom heutigen Tage zur Kenntnis, demzufolge eine Reihe von Kohlenwerksunternehmungen zur Lieferung entsprechender Kohlenmengen an die städtischen Elektrizitätswerke verpflichtet werden. Der Arbeitsminister erklärte aber in dem Erlasse, auf die infolge des anhaltenden Frostes und der damit im Zusammenhang stehenden erhöhten Hemmungen in der Abwicklung des Eisenbahnverkehrs sich ergebenden Schwierigkeiten hinweisen zu müssen, welche gebieterisch äußerste Sparsamkeit soweit es nur irgendwie angängig in allen Zweigen des Wirtschaftslebens fordert. Die Versammlung nahm mit dem Ausdrucke des Dankes diesen Erlaß zur Kenntnis und einigte sich über Vorschlag des Bürgermeisters dahin, dem Gemeinderate folgenden Antrag zur Annahme zu empfehlen:

Der Vollzug des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 12. d.M. betreffend die Betriebseinstellung auf den städtischen Straßenbahnen in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags wird bis auf weiteres aufgeschoben und dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung ein diesbezüglicher Bericht zur genehmigenden Kenntnisnahme vorgelegt. Der frühere Betriebsschluß um halb 9 Uhr abends bleibt aufrecht, ebenso wird die Direktion der städtischen Straßenbahnen ermächtigt, in der verkehrsschwachen Tageszeit größere Intervalle einzuführen.

Inanspruchnahme von Schaf-, Lamm- und Ziegenfellen. Alle interessierten Kreise werden auf die veröffentlichte Ministerial-Verordnung vom 26. Jänner d.J. aufmerksam gemacht, laut welcher alle Schaf-, Lamm- und Ziegenfelle sowie Konfektionsabfälle für Kriegszwecke in Anspruch genommen und nach den Bestimmungen der zitierten Verordnung abzuliefern sind. Gleichzeitig wurde in dieser Verordnung das Verbot der Totschur ausgesprochen und wurden Höchstpreise für die abgelieferten Schaf-, Lamm- und Ziegenfelle festgesetzt.

Höchstpreise für Käse. Das städt. Marktamt hat für Emmentaler Käse folgende Höchstpreise festgesetzt: Für den Verkauf von Originalware zum Originalgewichte von 1 kg K 7,55, für den Verkauf bei laibweiser Abgabe (mindestens 1/4 Laib) K 7,90, für den Verkauf im Anschnitt an Wiederverkäufer 1 kg K 8,05 und für den Detailverkauf dekawise 1 kg K 9.

Die Erhöhung des Zuckerpreises. Nach Ministerialverordnung vom 29. September 1916 erhöhten sich die Großhandelspreise für Zucker ab 1. Februar 1917 um 1 K für 1 Meterzentner. Außerdem sind mit 1. Februar die erhöhten Eisenbahnfrachtsätze in Kraft getreten, durch die sich der Zucker um weitere 90 Heller für 1 Meterzentner in Wien verteuert. Der Magistrat hat daher die Höchstpreise für Verbrauchszucker im Kleinhandelsverkehr in Wien neu berechnet und kundgemacht. Für die einzelnen Zuckersorten erhöhte sich sonach der Kleinhandelspreis zumeist um 2 Heller per kg, in einzelnen Fällen nur um 1 Heller. Aus dem Verkaufstarif entnehmen wir, daß von den wichtigsten Zuckersorten: Brodzucker auf 116 Heller für 1 kg, Prima-Würfelzucker in Kisten auf 121 h für 1 kg und in 5 Kilo-Kartons auf 122 Heller für ein Kilo sich stellen. Die neuen Kleinhandelspreise treten mit 15. Februar in Kraft. Der neue Verkaufstarif ist in allen Detailgeschäften anzuschlagen.

Die Suppen- und Tee-Anstalten im Jahre 1916. Nach einer soeben sowohl dem Volksernährungsamt als dem Bürgermeister der Stadt Wien überreichten statistischen Tabelle haben die Suppen- und Tee-Anstalten im Jahre 1916 24 Millionen Portionen an Speisen aller Art verabreicht und zwar: in runden Zahlen 17 1/2 Millionen an die täglich früh, mittags und abends erscheinenden Gäste, 6 Millionen im Auftrage der Fürsorge-Zentrale, 50.000 durch das Armenamt der Stadt Wien, 100.000 Portionen als Spende des Vereines an die Gemeinde und 800.000 Portionen Verbrauch für das eigene aus 200 Personen bestehende Personal, sowie für die von dem Vereine unentgeltlich an Arme verabreichten Portionen; im Ganzen also rund 24 Millionen. Die Zahl der im Jahre 1916 verabreichten Portionen hat im Vergleiche zum Jahre 1915 eine Steigerung um nahezu 9 Millionen Portionen erfahren.

+ + +

Der Vorstand des Vereines stellt an die geehrten Redaktionen die ergebene Bitte, obige Notiz freundlichst aufzunehmen.

Zur Beschränkung des Straßenbahnverkehrs.

In der heute nachmittags unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Sitzung des Stadtrates berichtete derselbe über die Verhandlungen mit der Regierung und dem Kriegsministerium wegen der Kohlenversorgung der städtischen Elektrizitätswerke, worauf StR. Schneider folgende Anträge stellte:

Der Vollzug des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 12. d. M. betreffend die Betriebseinstellung auf den städtischen Straßenbahnen in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags wird bis auf weiteres aufgehoben und dem Gemeinderate in der nächsten Sitzung ein diesbezüglicher Bericht zur genehmigenden Kenntnisnahme vorgelegt.

Der frühere Betriebsschluß um halb 9 Uhr abends bleibt aufrecht, ebenso wird die Direktion der städtischen Straßenbahnen ermächtigt, in der verkehrsschwachen Tageszeit größere Intervalle einzuführen.

Hieran schloß sich eine längere Debatte, an welcher sich die StRe. Knoll, Wippel, Angermayer, Grünbeck, Schwer und Heindl beteiligten. Die Anträge wurden sodann einstimmig genehmigt.

Ueber Antrag des Bürgermeisters wurde dem Minister für öffentliche Arbeiten Freiherrn v. Trnka, dem Sektionschef Ritter v. Homann der beste Dank der Gemeinde für ihre hervorragende Fürsorgetätigkeit in dieser Frage einstimmig ausgesprochen.

StR. Tomola stellte den Antrag, dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner für seine in dieser Angelegenheit bewiesene energische Vertretung der Interessen der Bevölkerung der Stadt Wien den verbindlichsten Dank des Stadtrates zum Ausdruck zu bringen, was gleichfalls einstimmig angenommen wird. Ebenso wird beschlossen, den Direktoren Karel und Spängler den Dank des Stadtrates auszusprechen.

Im Verlaufe der Sitzung brachte der Bürgermeister nachstehenden Erlaß des Arbeitsministers von heutigen Tage zur Kenntnis:

Ich beehre mich, Euer Exzellenz mitzutheilen, daß ich unter einem auf Grund des § 2 der Ministerial-Verordnung vom 11. November 1914 die Kohlenwerks-Unternehmungen zur Lieferung von Kohle an die städt. Elektrizitätswerke verpflichtete. Ich lade Euer Exzellenz ein, die Direktion der städt. Elektri-

zitätswerke anzuweisen, sich mit den Direktionen der zur Kohlenlieferung verpflichteten Bergbau-Unternehmungen wegen der angemessenen Schadloshaltung für die angeforderte Kohle ins Einvernehmen zu setzen und in dieser Beziehung ein gütliches Uebereinkommen anzustreben, widrigenfalls diese Schadloshaltung gemäß § 3 der Eingangs zitierten Verordnung vom Gerichte im außerstreitlichen Verfahren festzusetzen sein wird. Gleichzeitig ordne ich an, daß mit der Lieferung der angeforderten Kohlenmengen unverzüglich daher auch vor Vereinbarung des hierfür zu zahlenden Preises zu beginnen ist. Schließlich beehre ich mich Euer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen, daß die mit meinen Erlässen vom 28. Jänner, 1916 und 1. Februar 1917 getroffenen Verfügungen zur Lieferung von Kohlen an die städt. Elektrizitätswerke in Wien unter einem außer Kraft gesetzt werden. Zwecks Sicherstellung des Zuschubes der mit diesem Erlasse angeforderten Kohlenmengen habe ich die Einreihung der städtischen Elektrizitätswerke in die erste Gruppe der bei der Zuweisung von bevorzugten Eisenbahnwagen zu berücksichtigenden Industrieunternehmungen und die unbedingte Beistellung dieser Wagen veranlaßt. Wenn ich auch im Hinblick auf die kritische Situation, in welche die städt. Elektrizitätswerke geraten sind, und die hieraus zu besorgenden schwerwiegenden und insbesondere die Bevölkerung hart treffenden Folgen alles daran gesetzt habe, um selbst unter Hintanhaltung anderer gleichwertiger Interessen die für diese Werke notwendige Kohle im Anforderungswege sicherzustellen, und die unter den obwaltenden außerordentlichen Verhältnissen noch schwierigere Beistellung der notwendigen Eisenbahntransportmittel durch das Kriegsministerium (Zentraltransportleitung) zu erwirken, so möchte ich doch nicht unterlassen, auch bei diesem Anlasse auf die sich infolge des anhaltenden Frostes und der damit im Zusammenhange stehenden erhöhten Hemmungen in der Abwicklung des Eisenbahnverkehrs sich ergebenden Schwierigkeiten hinzuweisen, die gebieterisch äußerste Sparsamkeit, soweit es nur irgendwie angängig ist, in allen Zweigen des Wirtschaftslebens fordern.

Ich beehre mich daher, an Euer Exzellenz die dringende Bitte zu richten, gütigst verfügen zu wollen, daß der Verbrauch der Kohle auch in den städtischen Elektrizitätswerken dementsprechend geregelt werde. Auch würde ich großen Wert darauf legen, von dem jeweiligen Stande der Vorräte der städt. Gas- und Elektrizitätswerke sowie von dem Einlaufen der Kohle für die Anstalten wenigstens während der schwierigsten Zeit täglich Kenntnis zu erhalten. Die gleichen Daten erbitte ich

mir rücksichtlich der zur Versorgung der Bevölkerung Wiens angeforderten Kohle.

+ + +

Im Hinblick auf die von der Regierung in Aussicht gestellte Verbesserung der Kohlenversorgung der städtischen Elektrizitätswerke hat der Magistrat an die Regierung berichtet, daß es vorläufig von dem geplanten Verbote der Benützung elektrischen Kraftstromes zur Nachtzeit, d. i. von 6 Uhr abends bis 7 Uhr früh sein Abkommen finden könne.

Ferien in den Fortbildungsschulen. Der Unterricht an den gewerblichen Fortbildungsschulen Wiens wird bis Mittwoch, den 21. d. M. eingestellt. Der Fortbildungsschulrat sah sich zu dieser Maßregel aus Gründen der Ersparung an Heizmaterialien veranlaßt. Der größte Teil seiner Schulen ist nämlich in staatlichen und kommunalen Schulgebäuden untergebracht, welche speziell für Zwecke des Fortbildungsschulunterrichtes bis spät in den Abend hinein geheizt und beleuchtet werden müssen.

# 60 Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen,  
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 15. Februar 1917. Nr. 60.

Diplome. Der Stadtrat hat das Diplom für mehr als 10 jährige verdienstvolle Tätigkeit nachbenannten Armenräten verliehen: nach einem Antrage des StR. Schwer: Alfons von Kosciielecky, Wilhelm Lange, Karl Lubenow, Dr. Karl Titze ( 8. Bezirk), nach einem Antrage des StR. Zatzka: Gottlieb Gödel, Heinrich Hartmann, Josef Knap, Franz Lukschal, Adolf Schinke, Franz Tichy, Leopold Großmann, Georg Hofer, Hans Litschauer, Leopold Seif und Johann Schippany (16. Bezirk), nach einem Antrage des StR. Schneider: Franz Poppel (20. Bezirk).

Die Huldigungs-Deputation der Stadt Wien vor dem Kaiser. In der Sitzung vom 28. November v.J. beschloß der Stadtrat, „das Erscheinen der Huldigungsdeputation der Stadt Wien vor Sr. Majestät Kaiser Karl I.“ in einem Kunstwerke festzuhalten. Der Stadtrat beschloß in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hierhammer ein monumentales Gemälde in einer Breite von 3  $\frac{1}{2}$  bis 4 Meter herstellen zu lassen und hat mit der Ausführung den Professor Josef Jungwirth betraut. Das Bild wird die reiche prachtvolle Ausstattung des Audienzsaales zeigen mit den Persönlichkeiten, welche zu jener geschichtlich denkwürdigen Zeit dort versammelt waren. Die Fertigstellung des Bildes dürfte ungefähr 2 Jahre in Anspruch nehmen.

Errichtung von Soldatenheimen. Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hierhammer zur Gründung von Soldatenheimen für Wiener Regimenter einen Betrag von 20.000 K zu widmen. Zwei solche Heime das „Kaiserin Zita-Heim“ für unsere Deutschmeister und das Heim „Kaiserstadt Wien“ des Infanterie-Regimentes Nr. 84 bestehen bereits. Insgesamt kommen 10 Regimenter in Betracht, es müssen jedoch mit Rücksicht auf deren Stärke und Verteilung oft auf weite Strecken für ein Regiment 2 bis 3 Heime in Aussicht genommen werden.

Stadtrat Brauneiß ersucht um Aufnahme nachstehender Zeilen:  
Requiem. Freitag, den 16. d.M. bringt der Kirchenmusikverein in der Gumpendorfer Pfarrkirche um 9 Uhr für den verstorbenen kais. Rat Wilhelm Neubau das Requiem von Mozart unter der Leitung seines Chordirektors Josef Brauneiß zur Aufführung.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des Vizebürgermeisters Hierhammer Magistratskommisär Dr. Rudolf Scherz zum Magistratsoberkommisär und nach einem Berichte des Stadtrates Dr. Haas den städt. Arzt 1. Klasse Dr. Franz Hofmann zum städtischen Oberarzt ernannt.

Armenratswahlen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Zatzka die Wahl des Johann Hanusek zum Obmann, des Julius Weixner zum Obmann-Stellvertreter, des Franz Budin zum Schriftführer und des Anton Stanzel zum Schriftführer-Stellvertreter der Bürger-Sektion Ottakring und nach einem Antrage des StR. Knoll die Wahl des Heinrich Zyka zum Obmann der 2. Sektion und des Rudolf Jetzinger zum Schriftführer-Stellvertreter der 1. Sektion des Armeninstitutes Floridsdorf bestätigt.

61

WIENER RATHHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, Donnerstag, 15. Februar 1917. Abends. Nr. 61.

Strassenbahnzusammenstoß. Von der Strassenbahndirektion wird uns mitgeteilt:

Heute um  $\frac{1}{2}$  2 Uhr durchfuhr ein zur Stadt fahrender Zweiwagenzug der Linie G in der Gablenzgasse die Haltestelle Neubaugürtel ohne anzuhalten und fuhr in den Dreiwagenzug der Linie 118, welcher in der Richtung zur Thaliastraße die Haltestelle eben verlassen hat. Die Züge entgleisten; einige Wagen stellten sich quer über das Gleis und fuhren in zusammengeschobenem Zustande noch ein Stück über den Gürtel. Verletzt wurden 8 Personen, darunter ein Korporal schwer, der vom Zuge 118 absprang und unter den Triebwagen des G-Zuges zu liegen kam. Er erlitt Quetschungen am Fuße und einen Nervenschock. Die anderen Verletzungen sind leicht. Die Wagen wurden nicht erheblich beschädigt. Die vorgenommene Bremsprobe und die Wagenuntersuchung ergab ein einwandfreies Ergebnis des guten Zustandes der Bremsrichtungen. Der Fahrer dient seit 13 Jahren, ist seit fast einem Jahre Fahrer und gibt an, daß ihm der Zug bei der Haltestelle, bei guter Bremsrichtung infolge des schlechten Schienenzustandes ins Gleiten gekommen ist. Die Bahn hat vor der Unfallsstelle ein leichtes Gefälle in der Richtung zum Neubaugürtel und ist infolge des ungewöhnlichen Straßenschutzes mit Vorsicht zu bewahren. Die Sandstrewvorrichtung ist in Ordnung. Aufsehen und Störung war sehr bedeutend infolge der schweren Entgleisung der beiden Triebwagen und zweier Beiwagen. Die Störung währte  $\frac{3}{4}$  5 Stunden.

Das Leichenbegängnis des Gemeinderates C.M. Mayer. Heute nachmittags wurde Gemeinderat Karl Moritz Mayer zu Grabe getragen. An dem Leichenbegängnis nahmen teil: Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Vizebürgermeister Hierhammer und Hoß, Abgeordneter Friedmann, der Präsident der Wiener Bürgervereinigung Stadtrat Brauneis, die Gemeinderäte Daberkow, Dr. v. Dorn, Emmerling, Goldsband, Goltz, Baurat Grünbeck, Dr. Grahitsch, Dr. Hein, Heindl, Hermann, Herold, Hilscher, Jung, Dr. Klotzberg, Kroneck, Laubek, Dr. Loewenstein, Lohner, Andreas Mayer, Melcher, Dr. Mittler, Neustadtl, Partik, Payer, Hofrat Schleg, Oberkurator von Steiner, Monsignore Wolny, ferner Dr. Vogler, der Präsident der israelitischen Kultusgemeinde Dr. Stern, der ehemalige Gemeinderat Bürgerschuldirektor Bichler, der ehemalige Bezirksvorsteher Jagersberger, Mitglieder der Bezirksvertretung Leopoldstadt, eine Offiziersdeputation des Kraftfahrer-Truppenkommandos, Schriftsteller kaiserlicher Rat Liechtenstadt, Buchhal-

tungsdirektor Hillinger, Obermagistratsrat Dr. Mayr, Präsidialvorstand Kramrak, Formanek, Direktor Dr. Rauscher, der Leiter des städtischen Fuhrwerksbetriebes Niedermayer, der Obmannstellvertreter des Hausbesitzer-Vereines Leopoldstadt Faltis, Mitglieder der Bürgervereinigung, die Schulkinder der Knabenbürgerschule Weintraubengasse 13, woselbst Gemeinderat Mayer Ortsschulratsaufseher war mit dem Direktor Holubowsky, etc.

Die Einsegnung nahm Pfarrer Schramm in der Pfarre zum hl. Josef in der Karmelitergasse unter großer Assistenz vor. Beim Kirchentor hielt Bürgermeister Dr. Weiskirchner dem Verstorbenen einen warm empfundenen Nachruf, wobei er sagte: Fast dreissig Jahre gehörte Gemeinderat Mayer dem Gemeinderate unserer teuren Vaterstadt an und während dieser Zeit stellte er seine großen Fähigkeiten und seine rastlose, nimmermüde Arbeitskraft in den Dienst der Allgemeinheit. Diese 30 Jahre bedeuten eine der fruchtbarsten und arbeitsreichen Perioden in der Geschichte der Stadt Wien, denn in dieser Zeit vollzog sich die Entwicklung Wiens zur großen Weltstadt. Als der erste Stadtrat nach der Einverleibung gewählt wurde, zog auch Gemeinderat Mayer in den Stadtratssitzungssaal ein und arbeitete mit an der Lösung aller großen Aufgaben, welche dem Stadt- und Gemeinderat infolge der Einverleibung erwuchsen. Ein echter Patrizier im großen Kreis der Wiener Bürger hat er uneigennützig und selbstlos stets gewirkt. Ein ehrendes Andenken bleibt ihm stets gesichert.

Namens des freiheitlichen Verbandes der Wiener Gemeinderäte widmete ihm dann Gemeinderat Dr. v. Dorn ehrende Worte des Gedenkens. In Gemeinderat Mayer, sagte er, verkörperte sich die beste Tradition der früheren Zeit, die Tradition der alten liberalen Partei. Wir haben ihn stets hochgeschätzt, sein Rat und seine Erfahrungen haben uns bei unseren Bemühungen stets auf das beste unterstützt. Er war ein unbedingt verlässlicher Parteimann, im politischen und privaten Leben stets ehrlich, das Charakterbild eines ehrenwerten Bürgers und treuen Patrioten.

Die Beerdigung erfolgte in der Familiengruft am Dornbacher Friedhofe.

Die Leitung der Wiener Frauen Hilfsaktion bei Kaiserin Zita.

Unter Führung der Vorsitzenden der Frauen Hilfsaktion im Kriege Frau Berta Weiskirchner erschien heute um 3 Uhr nachmittags in den Gisela-Appartements der Hofburg eine Abordnung des Zentral-Damen-Beirates in Audienz bei der Kaiserin.

Die Vorsitzende legte in warmen Worten die Bestrebungen der Frauen-Hilfsaktion dar: „ In schwerer Kriegsnot haben wir Frauen uns zusammen gefunden um Not und Elend zu lindern. Mit großer Freude haben wir durch den Mund Sr. Majestät vernommen, daß Euer Majestät sich besonders auf dem Gebiete der Nächstenliebe betätigen wollen und so bitten wir, uns auf diesem schweren aber segensreichen Wege voranzuschreiten. Viel Trauriges hat dieser Krieg gezeitigt und schwer lastet derselbe auf allen Schichten der Bevölkerung, am schwersten aber haben die Aermsten darunter zu leiden, diejenigen, die durch den Krieg in Not geraten sind und die Kinder jener, welche oft nicht mehr das tägliche Brot haben, um ihren Hunger zu stillen. Wir bemühen uns nach besten Kräften zu helfen. Euer Majestät ist ja die Tätigkeit der Frauen-Hilfsaktion aus meinem Berichte bereits bekannt. Wir kommen mit übervollem Herzen wir bringen Euer Majestät die Liebe der Wiener Frauen und bitten dieselbe entgegennehmen zu wollen “.

Die Kaiserin erwiderte, daß sie sich herzlich freue die einzelnen Damen kennen zu lernen, worauf die Vorsitzende Frau Berta Weiskirchner dieselben vorstellte:

Für den Bund österreichischer Frauen Vereine: Frau Marianne Hainisch und Frau Hertha von Sprung, bei denen sich die Kaiserin über die Tätigkeit der Tagesheimstätten und über die weibliche Gewerbeinspektion informierte.

Für den christlichen Wiener Frauenbund: Frau Sofie Guttmann, welche über die charitativen Leistungen ihres Bundes berichtete.

./.

Für die Katholische Frauen-Organisation: Frau Gräfin Gerda Walterskirchen, Frau Josefine Kurzbauer und Frau Dr. Alma Seitz, bei welchen sich Ihre Majestät eingehend über das Wirken der katholischen Frauen-Organisation und deren Sekretariat, sowie über die Näh- und Strickstuben der Frauen-Hilfsaktion und über die Lage der Heimarbeiterinnen erkundigte.

Für die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs ( Rohö ): Frau Fanny Freund-Marcus und Frau Helene Granitsch, ~~bei~~ von denen die Kaiserin sich mit lebhaftem Interesse über die Beschaffung der Lebensmittel und des Brennmaterials, sowie über die Heimkrippen und Kinderjause berichten ließ.

Die Kaiserin brachte der Lösung der Kohlenfrage ihre besondere Anteilnahme entgegen.

Frau Toni Colbert berichtete über die Kinderfürsorge und Schuhbeteiligung der dem Säuglingsalter entwachsenen Kinder.

Nachdem noch die Vorsitzende Frau Berta ~~Weiskirchner~~ Weiskirchner genauen Aufschluß gegeben hatte über die von allen Frauen-Organisationen geleisteten Tätigkeit in den 23 Frauen Arbeits-Komitees, Nähstuben, Auspeisungen, Kriegsküchen und im ~~Erhebungs-~~ Erhebungs- und Pflugschaftsdienst, verabschiedete die Kaiserin mit herzlichen Worten des Dankes für die hingebungsvolle Tätigkeit der Wiener Frauen in huldvollster Weise die Abordnung.

62

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 16. Februar 1917. Nr. 62.

Geschäftsführung der Mietämter. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat nachstehenden Erlaß hinausgegeben: In Durchführung des Gemeinderatsbeschlusses vom 6. Februar 1917 betreffend die Errichtung von Mietämtern in den Wiener Gemeindebezirken und der Verordnung des Justizministers vom 9. Februar 1917 über die Geschäftsführung der Mietämter ordne ich an:

Die Einrichtung und Verwaltung der Mietämter einschließlich der Behandlung der Personalangelegenheiten obliegt dem Wohnungsamt der Stadt Wien. Dasselbe hat die Geschäftsführung der Mietämter zu regeln und ständig zu beobachten, auf die Beseitigung wahrgenommener Uebelstände zu dringen und für die Gleichförmigkeit der Rechtsanwendung in den verschiedenen Bezirken zu sorgen. Die Entscheidungen der Mietämter sind zu sammeln und wissenschaftlich zu bearbeiten. Das Wohnungsamt hat dem Justizministerium auf Verlangen über die Tätigkeit der Mietämter zu berichten und Ausweise vorzulegen. Der Vorsitzende des ersten Senates in jedem Bezirke wird mit der Leitung des betreffenden Mietamtes und der Ueberwachung der Kanzleigeschäfte betraut, welche von der Kanzlei des magistratischen Bezirksamtes zu versehen sind. Die Mietämter haben ihre Tätigkeit mit dem 27. Februar 1917 aufzunehmen.

Zur Brotbezugsregelung. Sonntag, den 18. d.M. setzt in Wien die Brotbezugsregelung ein. Um der Bevölkerung die Zeit des Abholens des Brotes entsprechend zu verlängern und dadurch ein Anstellen überflüssig zu machen, wurde den Brotverkäufern gestattet, an diesem und dem nächstfolgenden Sonntag länger, auch über die zweite Nachmittagsstunde im Bedarfsfalle offen zu halten. Die einzelnen Kunden haben bei dem Brotverkäufer, in dessen Kundenliste sie stehen, mit der Brotbezugskarte und den Brotkarten, welche vom gleichen Tage an neu zu laufen beginnen, zu erscheinen und erhalten gegen die vom Brotverkäufer abzutrennenden entsprechenden Abschnitte derselben das erforderliche Tagesquantum Brot ausgefolgt. Der Brotverkäufer nimmt die Brotkartenabschnitte in Verwahrung und trägt auf die Bezugskarte bei dem entsprechenden Tage die abgegebene Brotmenge ein, so daß er täglich weiß, wie viel er bereits Brot abgegeben hat. Für jedes Brotquantum muß er stets die entsprechenden Brotkarten-Abschnitte abtrennen. Die Brotbezugskarte lautet auf die Höchstmenge. Wird diese Menge nicht durch Brotkartenabschnitte gedeckt, so darf der Brotverkäufer nicht mehr Brot abgeben, als die Parteien durch Brotkarten-Abschnitte decken können. Die abgegebenen und von der Behörde streng kontrollierten Brotkarten-Abschnitte bilden dann die Grundlage für die weitere Mehlzuweisung an die Broterzeuger. Durch die Bezugsregelung ist es nötig geworden, wie dies in den meisten Fällen bisher schon geschehen ist, im Falle eine Mahlzeit außerhalb der Wohnstätte genommen wird, Brot mit sich zu tragen. Für Hotels, Gasthöfe und Pensionen wird den brotbezugsberechtigten Gästen ihr tägliches Quantum vom Herbergegeber übergeben werden. Für das Asyl- und Werkhaus, die polizeilichen Unterstände, Massenquartiere u. dgl. sind besondere Anordnung getroffen. Für durchreisende Soldaten geben in Wien die Bahnhofkommanden besondere Brotkarten aus, welche bisher von allen Brotverkäufern angenommen werden konnten. Behufs Regelung dieser Verhältnisse wurde die Vereinbarung getroffen, daß die Bahnhofkommanden eine bestimmte Anzahl solcher Karten weiters zur Ausgabe bringen können, welche nur von hierzu besonders bestimmten Brotverkäufern angenommen werden dürfen. Alle übrigen Brotverkäufer dürfen nur auf Grund der Brotbezugskarten bzw. der von den Konseptionsamts-Abteilungen der magistratischen Bezirksämter

ausgestellten Brotbezugsanweisungen Brot abgeben.

## Zur Milchrayonierung.

Nach der morgen erscheinenden Kundmachung des Magistrates treten die im Jänner d.J. getroffenen Bestimmungen über die Abgabe von Milch an Verbraucher am Sonntag, den 18. d.M. in Kraft.

Von diesem Tage angefangen darf daher Milch an Verbraucher nur von jener Milchverkaufsstelle, in deren Kundenliste der Käufer eingetragen ist und nur gegen Vorweisung einer amtlichen Ausweiskarte abgegeben werden; jeder Besitzer einer Ausweiskarte wird also nur bei der freigewählten oder zugewiesenen Milchverkaufsstelle gegen Vorweisung der Karte mit der gebührenden Tagesmenge versorgt. Die Milchkarten für Kinder und Schwerkranke geben Anspruch auf die darin angeführte Tagesmenge; die seinerzeit offen gelassene Milchmenge, zu deren Einkauf die Milcheinkaufskarte berechtigt, wird bis auf weiteres mit einem Achtel Liter täglich für jede derin der Einkaufskarte angeführten Person festgestellt. Bei den Schwankungen der Milchanlieferung gibt jedoch die Milcheinkaufskarte keinen unbedingten Anspruch auf die sohin auf die einzelne Haushaltung entfallende Milchmenge, sondern ist lediglich als Legitimation zum Einkaufe von Milch anzusehen. Die Milchverkaufsstellen sind vom Sonntag an verpflichtet, in erster Linie die Besitzer von Milchkarten für Kinder und Kranke mit der diesen zukommenden Tagesmenge voll zu befriedigen und für sie die notwendige Milch bis 9 Uhr vormittags bereit zu halten. Von der restlichen Milch sind die Besitzer von Milcheinkaufskarten und zwar bis auf weiteres mit einem Achtel Liter täglich für jede eingetragene Person zu betheiligen. Der sohin allenfalls noch verbleibende Ueberschuß ist auf die Besitzer von Milchkarten für Kinder vom 2. bis zum vollendeten 6. Lebensjahre aufzuteilen und in der Zeit von 9 bis 10 Uhr vormittags an dieselben abzugeben.

Zur Orientierung des Publikums haben die Milchverschleißstellen täglich im Verkaufslokal an leichtsichtbarer Stelle einen Anschlag anzubringen, aus dem hervorgeht, welche Milchmenge ihnen nach Abschlag der den Milchkartenbesitzern gesicherten Milch verbleibt, wie viel Personen mit diesem Reste zu betheiligen sind und welche Menge als Ueberschuß zur weiteren Abgabe an Kinder von 2 bis zu 6 Jahren allenfalls noch erübrigt.

Bei den jeder Berechnung sich entziehenden Verhältnissen in der künftigen Beschickung des Wiener Milchmarktes kann zwar kaum erwartet werden, daß durch die nunmehr in Kraft tretende Regelung die Milchversorgung sich völlig klaglos vollziehen wird; immerhin wird aber nunmehr die bestehende Ungleichheit in der Milchverteilung beseitigt und in Hinkunft eine gerechtere Verteilung der dem Verbraucher zur Verfügung stehenden allerdings sehr verringerten Milchmenge erreicht werden.

Die wie bei jeder Neueinführung so auch hier kaum zu vermeidenden anfänglichen Schwierigkeiten wird die Behörde, sobald sie zu deren Kenntnis gelangt, nach Tunlichkeit und mit größter Raschheit beheben.

Hausdiener werden von der Rathaus-Verwaltung des Neuen Rathauses aufgenommen. Diese müssen nach Wien zuständig sein und in einem Alter von 17 bis 55 Jahren sich befinden.

26. 9. 17 2

Eintritt des Oberingenieurs Musil in den städtischen Dienst. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoß den Oberingenieur im Eisenbahnministerium Franz Musil zum städtischen Bauinspektor ernannt. Musil ist am 28. März 1884 in Wien geboren und hat die Staatsprüfungen an der technischen Hochschule in Wien mit Auszeichnung abgelegt. Er war hierauf durch mehrere Jahre bei größeren Bauunternehmungen in Berlin, Kassel und Düsseldorf in Stellung und erwarb sich durch seine Tätigkeit bei dem Bau der Berliner Untergrundbahn und dem Besuche einschlägiger Vorlesungen an der Berliner technischen Hochschule ausgebreitete Kenntnisse auf dem Gebiete der Projektierung und des Baues elektrischer Schnellbahnen. Am 15. Juni 1910 wurde er in den Dienst der österreichischen Staatsbahnen aufgenommen und der Kommission für Verkehrsanlagen zur Dienstleistung zugewiesen. Im Auftrage dieser Kommission hat er auf wiederholten Studienreisen die elektrischen Stadt- und Untergrundbahnen des Auslandes, insbesondere Englands und Nordamerikas eingehend studiert und hierüber sehr beachtenswerte Berichte veröffentlicht. Die Anstellung Musils weist darauf hin, daß möglicher Weise nach Kriegsende der Bau der Untergrundbahn oder wenigstens ein Teil derselben als Notstandsbau in Angriff genommen werden wird und hiezu die nötigen Vorarbeiten fertiggestellt sein müssen.

Ehrengrab. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schwer der Verfügung des Vizebürgermeisters Hierhammer auf Widmung eines Ehrengrabes für den verstorbenen Hofballmusikdirektor Eduard Strauß zugestimmt. Bemerkenswert ist, daß sämtliche Mitglieder der Walzer-Familie Strauß, Johann Strauß Vater, Johann Strauß Sohn, Josef Strauß und Eduard Strauß in Ehrengräbern bestattet sind.

Landesausschuß von Görz und Gradiska. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Schwer dem Landesausschusse der gefürsteten Grafschaft Görz-Gradiska mehrere Räume im Gewerbegerichtsgebäude 8. Bezirk Schlesingerplatz 2 samt den Einrichtungsstücken zur Benützung für Amtszwecke unentgeltlich unter gewissen Bedingungen (vierwöchentliche Kündigung, Leistung eines Pauschales für Beleuchtung und Beheizung, Rückersatz einer etwa vorgeschriebenen Gebäudesteuer) überlassen.

Abgabe von Kondensmilch in Originaldosen aus den Vorräten der Gemeinde Wien. In der Zeit vom Montag, den 8. bis einschließlich Samstag, den 13. Jänner 1917 wird der Verkauf von gezuckerter Kondensmilch in Originaldosen aus den Vorräten der Gemeinde durch die Filialen der Molkereien und Milchgroßhändler sowie jene Milchverschleißstellen, welche durch den Anschlag „Verkaufsstelle für gezuckerte Kondensmilch der Gemeinde“ als solche kenntlich gemacht sind, fortgesetzt werden. Diese Kondensmilch wird am 8., 9. und 10. Jänner d. J. nur gegen Vorweisung der gelben oder blauen Mehlbezugskarte des Bezirkes, in dem sich die Verkaufsstelle befindet und zwar nur an jene Besitzer von Mehlbezugskarten abgegeben werden, welche laut Karte mindestens zwei Personen verköstigen und bei der früheren, in der Zeit vom 21. bis 24. Dezember 1916 durchgeführten Abgabe städtischer Kondensmilch keine Kondensmilch bezogen haben. Die Bestimmungen der Kundmachung vom 18. Dezember 1916 über die Zahl der an jeden Bezugsberechtigten abzugebenden Dosen und über die Ersichtlichmachung des Verkaufes auf der Mehlbezugskarte werden auch für den Verkauf an diesen Tagen Anwendung finden. Am 11., 12. und 13. Jänner 1917 gelangt der noch vorhandene Rest von Kondensmilch in den obgenannten Verkaufsstellen gegen Vorweisung der für den Bezirk ausgestellten, gelben oder blauen Mehlbezugskarte mit der Beschränkung zur Ausgabe, daß an jede Kunde nur eine

Dose abgegeben werden darf. Der Verkaufspreis einer Dose beträgt 2 K 30 h und darf nicht überschritten werden.

Obmännerkonferenz. In der gestern unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hoß und Rain stattgefundenen Obmännerkonferenz wurde auf Grund eines vom Magistrats-Sekretär Dr. Fastenbauer erstatteten Referates die gegenwärtig herrschende Petroleumknappheit erörtert und bei diesem Anlasse neuerdings die endliche Erledigung der Frage der Rayonierung seitens der Staatsverwaltung, für deren Durchführung der Magistrat alle Vorarbeiten bereits längst beendet hat, urgiert. Von der Entscheidung dieser Frage werden die hinsichtlich der Petroleumversorgung seitens der Gemeindeverwaltung weiterhin zu treffenden Maßnahmen abhängen.

Warmes Frühstück für Schulkinder. Die Anregung des „Neuen Wiener Tagblattes“, jenen Schulkindern ein warmes Frühstück zu verschaffen, die ohne Frühstück zur Schule müssen, hat schon vor mehreren Wochen zur probeweisen Einführung eines warmen Frühstückes in einzelnen Schulen der Bezirke 1, 2, 4, 7, 9, 12 und 13 geführt und ist nunmehr in allen 21 Wiener Gemeindebezirken verwirklicht worden. Der Zentralstelle der Fürsorge, die seit 2 ½ Jahren eine umfassende Tätigkeit auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege entfaltet, erwachsen bei der Durchführung dieses Kinderfrühstückes große Schwierigkeiten, die in der Besonderheit dieser Ausspeisungsform und in den gegenwärtigen Zeitverhältnissen begründet sind. Jedes Kind erhält 1/4 Liter Malzkaffee (Dombachers Wiener Nährkaffee) und ein Stück Brot. Die Kaffee-Mischung wird aus den von der Zentralstelle beigegebenen Rohmaterialien von Kathrein's Malzkaffee-Fabriken A.G. in Stadlau hergestellt, die Milch von der Guntramsdorfer-, Wiener-, Vereinsmolkerei, der Milchindustrie A.G., der Erzherzog Friedrich'schen Zentralmolkerei und der n.-ö. Molkerei geliefert. Die Verrechnung des Brotverbrauches besorgt die Brotkarten-Zentrale unmittelbar, so daß für die Schulleitungen keine Verrechnung mehr notwendig ist. Die Zentralstelle stellt jedem Kind eine blau-emailierte Kaffeeschale unentgeltlich bei, die jeden Morgen gereinigt mitzubringen ist. Das Frühstück wird, von wenigen Ausnahmen abgesehen, im Schulgebäude selbst und zwar in den Turn- und Zeichensälen oder sonst geeigneten und verfügbaren Räumen in der Zeit zwischen halb 8 und 8 Uhr morgens von Knaben und Mädchen gleichzeitig eingenommen. Die Aufsicht dabei führen Lehrpersonen, die sich freiwillig und im Interesse der guten Sache für diesen Zweck zur Verfügung gestellt haben.

Zubereitet wird das Frühstück vorwiegend in den bereits bestehenden Ausspeisestellen, Kriegsküchen, Anstalten u.s.w., denen je nach den örtlichen Verhältnissen ein oder mehrere Schulgebäude mit allen derzeit darin untergebrachten Schulen jeweils zugewiesen werden. Die Auswahl der Kinder blieb ausschließlich den Schulleitungen überlassen; gefordert wurde jedoch, daß die Gewährung des Frühstückes nicht eine Belohnung für fleißige und wohlgesittete Kinder sein dürfe und solle, sondern hiefür die Förderung des leiblichen Wohles allein den Ausschlag geben müsse. Durch die Sammlung des „Neuen Wiener Tagblattes“ und Spenden privater Wohltäter stehen der Zentralstelle für diese Aktion rund 400.000 Kronen zur Verfügung. Allen Wohltätern und Förderern, die durch Spenden die Verwirklichung der angeregten Idee erst ermöglicht haben, geziemt es daher an erster Stelle öffentlich zu danken.

Diese Einrichtung weiter auszugestalten, um ein warmes Frühstück auch jenen Schulkindern zukommen lassen zu können, welche daheim kein warmes Frühstück erhalten können, wird sicher möglich sein, wenn die Opferwilligkeit und der Gemeinsinn der Wiener Bevölkerung, die sich noch für jede gute Sache warmherzig eingesetzt hat, auch fernerhin dieser Aktion keine werktätige Sympathie zuwendet und erhält.

Vermächtnis einer Wohltäterin. Heute nachts starb in ihrer Wohnung 15. Bezirk Pelzgasse 5 Ffau Anna Bischof, geborene Markhart, Private und Hausbesitzerin, Witwe nach dem im Jahre 1897 verstorbenen Tischlermeister Josef Bischof im 84. Lebensjahr. Sie hat nahezu ihr gesamtes Vermögen im Betrage von mehr/500.000 K wohltätigen Zwecken gewidmet. Zur Universalerbin wurde eine von der Gemeinde Wien zu verwaltende Stiftung für die Armen des 15. Bezirkes eingesetzt. Für eine zweite Stiftung zu Gunsten von Kriegsinvaliden widmete sie ein Kapital von 100.000 Kronen. An Legaten wurden ausgesetzt: Für das Haus der Barmherzigkeit 20.000 K, für die freiwillige Rettungsgesellschaft und für den Konvent der Barmherzigen Brüder je 10.000 K, für das Asyl für Obdachlose, das k.k. Blindenerziehungsinstitut und den Verein zur Fürsorge für Blinde im 13. Bezirk je 5000 K.

Lebensmittelkarten-Ausgabe. Morgen(Samstag) gelangen die Brot- und Mehlkarten für die 98. bis 105. Woche ( 18. Februar bis 14. April), Fettkarten bzw. Butterkarten für die 23. bis 30. Woche ( 18. Februar bis 14. April) und Zuckerkarten der 49. bis 52. Woche (18. Februar bis 17. März) zur Ausgabe. Die Ausgabe der vom 18. März an gültigen Zuckerkarten sowie der vom selben Tage an gültigen nächsten Kaffeekarten wird später erfolgen. Gleichzeitig werden morgen die Mehlbezugskarten für die 98. bis 113. Woche ( 18. Februar bis 9. Juni) u.zw. gelbe für die städtischen Mehlabgabestellen und blaue für die Konsumentenorganisationen ausgegeben werden. Diese weisen gegenüber den bisherigen Mehlbezugskarten insoferne eine Neuerung auf, als am linken Rande ein Abschnitt angebracht ist, in welchem von der ausgebenden Brot- und Mehl- Kommission der Vor- und Zuname und die Adresse des Inhabers der Mehlbezugskarte und die Zahl der verköstigten Personen eingetragen ist. Der Inhaber der zuständigen städtischen Mehlabgabestelle bzw. die Leitung der Konsumentenorganisation hat auf dem leeren Raume des gelben bzw. blauen Abschnittes den Geschäftsstempel aufzudrücken, den Abschnitt abzutrennen und behufs behördlicher Kontrolle aufzubewahren. Bei den blauen Mehlbezugskarten der Konsumentenorganisationen muß außerdem in dem leeren Raume auf der Vorderseite der Karte der Geschäftsstempel der Konsumenten - Organisation aufgedrückt werden.

64

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien,  
Wien. I., Neuz-Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Samstag, 17. Februar 1917. Nr. 64.

Erhöhung der Kokspreise. Durch die am 1. Februar eingetretene Verteuerung der Frachtsätze und durch den schon im Vorjahre erhöhten Frachtbriefstempel erhöhen sich die Kohlenkosten für die städtischen Gaswerke um 2,200.000 K. Der Kriegssteuerzuschlag und die erhöhten Rechnungstempel verursachen weitere Mehrausgaben von jährlich 380.000 K. Dazu kommen noch die bedeutenden Erhöhungen für Personalausgaben und für die Kosten aller Betriebsstoffe. Wenn das Ertragnis der städtischen Gaswerke nicht sehr stark vermindert werden soll, muß zumindestens die Verteuerung der Kohle durch eine entsprechende Erhöhung der Kokspreise soweit als möglich ausgeglichen werden. Der Stadtrat beschloß daher nach einem Antrage des VB. Hierhammer die Preise für Koks, welche die Oesterreichische Länderbank an die Gemeinde Wien - Städtische Gaswerke zu zahlen hat, und die Verkaufspreise für Koks auf den Kleinverkaufsplätzen um 64 Heller per Meterzentner zu erhöhen. Die bisher verschiedenen Preisbegünstigungen für den Koksbezug der Mitglieder der Werke- und Rohstoffgenossenschaft der Wäscher und Wäscheputzer, der Wirtschaftsgenossenschaft der Händler mit Brennmaterialien, der Metall- und Zinngießer, der Hutmacher und der Provisionierungsgenossenschaft für Brennmaterial der vereinigten österreichischen Gewerbetreibenden werden aufgehoben und durch einen einheitlichen Nachlaß von 10 % von den Preisen der Länderbank ersetzt. Alle diese Erhöhungen werden beim Koksverkauf eine Mehreinnahme von ungefähr 1,700.000 K bringen, die gegenüber den Mehrkosten der Kohle allein noch um rund 500.000 K zurückbleibt. Die neuen Preise treten am 15. Februar in Kraft.

Die städtische Wildübernahmestelle hat mit dem heutigen Tage ihre Tätigkeit eingestellt, da mit der Beendigung der Schußzeit auch die Wildanlieferung eingestellt ist. Die restlichen Wildmengen sind bereits verteilt und können daher telephonische oder briefliche Ansuchen um Wildzuweisung keine Berücksichtigung mehr finden.

Organisation der Geflügelausfuhr aus Serbien. Das Armee-Oberkommando hat wie uns aus Belgrad berichtet wird, die Ausfuhr von Geflügel und Eiern aus Serbien neu organisiert und zwar so, daß als Abnehmer je eine auf gemeinsamer Grundlage tätige Zentralstelle Oesterreichs und Ungarns figurieren. Zu diesem Zwecke hat das Armee-Oberkommando die beiden schon vorhandenen Organisationen und zwar die „Oesterreichische Zentraleinkaufsgesellschaft“ und die „Einkaufsstelle der Haupt- und Residenzstadt Budapest“ für den Geflügel- und Eierbetrieb zu einer einheitlichen Organisation verschmolzen. Im weiteren Verlauf führte diese Vereinheitlichung zur Errichtung einer Sammelstelle und Mastanstalt für Geflügel. Die neue Anstalt dient in erster Linie zur Aufbesserung und Klassifizierung des von den einzelnen Stationen Serbiens aufgegebenen Geflügels. Da aber das so gesammelte Geflügel infolge von Transportschwierigkeiten zumeist wieder in deklassiertem Zustand an Ort und Stelle anzulangen pflegte, wurde die Weitermästung in Serbien selbst angeordnet. Die Manipulation geht unter strenger militärischer Kontrolle vor sich und aus dem ganzen Vertrieb erwächst der Anstalt keinerlei Gewinn, d.h. das ganze Geflügel wird zum Selbstkostenpreis den beiden Hauptstädten abgegeben. Die Sammelstelle und Mastanstalt befindet sich in Topcider bei Belgrad. Sie hat eine Aufnahmefähigkeit von circa 5 Waggons Geflügel aller Art. Die ersten Geflügelsendungen trafen in Topcider am 30. September 1916 ein, während mit dem ersten Abtransport nach Wien bzw. Budapest am 4. Jänner 1917 begonnen wurde.

Zur Wiedereinführung der Sommerzeit im Jahre 1917.

Die Statthalterei hat an den Bürgermeister die Einladung gerichtet, sich über die mit der Sommerzeit im Jahre 1916 gemachten Erfahrungen sowie darüber zu äußern, ob eine solche Einrichtung dauernd geschaffen oder wenigstens noch vorläufig für den Sommer 1917 in Aussicht genommen werden sollte. Im letzteren Falle wird auch die Abgabe einer Aeußerung bezüglich der Zeit, während welcher die Stunden vorverlegt werden sollen, verlangt. Der Magistrat, welchem der Erlaß der Statthalterei zur Berichterstattung zugewiesen wurde, hat die Aeußerungen jener Stellen und Körperschaften eingeholt, die in erster Linie in der Lage waren, den Einfluß der Sommerzeit auf Handel und Wandel und auf das öffentliche Leben zu beobachten, und hat demgemäß die großen städtischen Unternehmungen (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen), ferner die Handels- und Gewerbekammer, den k.k. Bezirksschulrat Wien und das Stadtbauamt (letzteres hinsichtlich der Frage der öffentlichen Beleuchtung) um ihre Erfahrungen in dieser Sache befragt. Gleichzeitig wurde ein Gutachten darüber erbeten, welche Stellungnahme sich vom Standpunkte des betreffenden Verwaltungszweiges empfehle.

Die Erfahrungen, welche die Gemeinde Wien aus Anlaß der Einführung der Sommerzeit in ihrer Privatwirtschaft bezüglich des Ertragnisses ihrer Betriebe gemacht hat, waren keine günstigen. Die städtischen Gaswerke weisen gegenüber einer Ersparnis von 25.000 K an öffentlicher Beleuchtung einen Minderertrag von 400.000 K infolge verringerten Gasverbrauches auf, die städtischen Elektrizitätswerke erleiden einen Ausfall am Reingewinn aus der Abgabe von elektrischer Energie zu Beleuchtungszwecken von 1,300.000 K und erwarten infolge der Beibehaltung der Sommerzeit unter normalen Zeitverhältnissen eine Steigerung dieses Entganges bis zu 2 Millionen Kronen.

Hinsichtlich der im Verkehrs- und sonstigen öffentlichen Leben gemachten Erfahrungen wurde festgestellt, daß durch die Sommerzeit der Ausflugsverkehr auf den städtischen Straßenbahnen günstig beeinflusst wurde. Sowohl an Wochen- wie an Sonn- und Feiertagen trat eine bessere Verteilung der Fahrgäste ein und besonders die sonst üblichen Ueberfüllungen an Sonn- und Feiertagen waren weniger oft zu beobachten. Trotzdem kamen in den Nachmittagsstunden viele Ausflügler hinzu, die sonst die Natur bei Tageslicht nicht mehr hätten genießen können. Die Erholungsstätten wurden von der Bevölkerung reichlicher aufgesucht und bequemer erreicht als in früheren Jahren. Dem Erholungsbedürfnis wurde also ausgiebiger Rechnung getragen als sonst. Der Bezirksschulrat teilt mit, daß sich im allgemeinen besondere Wirkungen der Sommerzeit nach irgend einer Richtung hin im Schulbetriebe nicht fühlbar gemacht haben. Auch nach Anschauung der Handels- und Gewerbekammer hat sich die Einführung der Sommerzeit im allgemeinen durchaus bewährt.

Der Magistratsbericht erwähnt noch, daß es bei der Wiedereinführung der Sommerzeit angezeigt und sachlich begründet wäre, die Wirksamkeit dieser Zeiteinteilung sowohl am Anfang als am Ende durch wenigstens annähernd gleiche Tageslängen zu begrenzen. Nach der im Jahre 1916 getroffenen Anordnung entspricht dem 1. Mai nicht der 30., sondern etwa der 15. September, während am 30. September die Sonne viel früher untergeht, als sogar am 1. April. Mit Rücksicht auf die Geltungsdauer der Sommerfahrpläne sowie auf die Verkehrsunternehmungen überhaupt wäre jedoch vorläufig wieder die Zeit vom 1. Mai bis 30. September beizubehalten. Der Magistrat erklärt schließlich, daß gegen die Wiedereinführung der

Sommerzeit im Jahre 1917 unter denselben Bedingungen, wie sie für das laufende Jahr gegolten haben, eine Einwendung nicht zu erheben wäre, bemerkt jedoch, daß vor einer bleibenden Einführung dieser Zeiteinteilung jedenfalls ihre Rückwirkungen unter normalen Verhältnissen erprobt werden müßten.

Der Stadtrat schloß sich dieser Anschauung an und genehmigte die Erstattung eines in diesem Sinne gehaltenen Gutachtens.

Die Bezirksvertretung Wieden hält am 20. d.M. halb 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Zur Zuckerversorgung Wiens. Sonntag, den 18. d.M. beginnt der neue 6 wöchige Zuckerkarten-Zeitraum; die Zuckervorräte für diese Zeit sind gesichert. Um einerseits eine gerechte und gleichmäßige Verteilung des Zuckers zu ermöglichen, und andererseits dem „Anstellen“ um Zucker vorzubeugen, hat der Magistrat eine Kundmachung erlassen, der zufolge in den ersten 3 Wochen dieses Zeitraumes nur 6 Abschnitte jeder Zuckerkarte eingelöst werden dürfen. Der Rest jeder Karte wird in den folgenden 3 Wochen voll zur Einlösung gelangen.

Straßenreinigung. Zur Verhinderung übermäßiger Kotbildung in den Straßen ist es notwendig, daß bei eintretendem Tauwetter das Schmelzwasser ungehindert abfließen kann; es wird daher an der Freilegung der Rinnsale und Wassereinflüsse seitens des Straßenräuberpersonales nach Kräften gearbeitet. Diese Bemühung ist aber erfolglos, wenn wie jetzt vielfach wahrgenommen werden kann, die freigelegten Rinnsale durch den Abraum der Gehsteige wieder verlegt werden. Es ergeht daher an die mit der Säuberung der Gehsteige betrauten Hausbesorger das dringende Ersuchen, auch ihrerseits auf die Freilegung der Rinnsale und Wassereinflüsse Bedacht zu nehmen und den Abraum der Gehsteige derart (z.B. auf den Schneehaufen) abzulagern, daß die Verlegung des Wasserabflusses vermieden wird.

65

ZUR KOHLENVERSORGUNG

Die Öffentlichkeit beschäftigt sich in letzter Zeit sehr eingehend mit den von der Gemeinde Wien errichteten Kohlenlagerplätzen. Diese sind eine Kriegschöpfung und wurden bereits im November 1914 ins Leben gerufen. Ende Dezember 1914 wurde der erste Kohlenlagerplatz eröffnet, dem rasch zwei weitere und später noch zwei Kohlenlagerplätze folgten. Sie haben sich von Anfang an segensreich erwiesen, wenn sie auch in der großen Öffentlichkeit wenig von sich reden machten. Die Ursache mag darin zu suchen sein, daß sie - im Stadtgebiete gleichmäßig verteilt, auf Grund der gemachten Erfahrungen in ihren Einrichtungen verbessert- den Bedürfnissen der Bevölkerung nach Kohle stets nachkommen konnten, so lange sie über Kohle verfügten. Da über sie nicht zu klagen war, war auch über sie nicht zu reden.

Seitdem jedoch der Kohlenmangel große und erhöhte Dimensionen angenommen hat und in Ermangelung anderer Bezugsstellen ein großer Teil der Bevölkerung einen Hun auf die Kohlenlagerplätze unternimmt, um bei diesen wenigen Stellen die Bedürfnisse zu befriedigen, die sie sonst aus 1000 Quellen befriedigt hatte, werden die von der Gemeinde geschaffenen Kohlenlagerplätze als ungenügend ersichtet. Das Publikum übersieht dabei, daß auch die großartigsten Einrichtungen nicht hinreichen, das Bedürfnis nach Ware zu befriedigen, wenn die Ware selbst fehlt.

Der städtische Kohlenlagerplatz im 15. Bezirk z.B. hat was Zufuhr und Abfuhr betrifft, eine Leistungsfähigkeit von 40 Wagen, d.h. es können täglich 400.000 kg zugeschoben und 400.000 kg und darüber verkauft werden.

Zur Kohlenausgabe stehen 3 mechanische Ausgabestellen für 12, 25 und 50 kg zur Verfügung, mit denen je eine Partei in 10 bis 12 Sekunden abgefertigt werden kann.

Es ist Raum vorhanden zur Abfuhr der Kohlen in Handwagen und mit Gespannen. 2 Brückenwagen für Handwagen und eine Brückenwaage für Lastwagen (Automobile) stehen zur Verfügung. In letzterer Zeit wurden noch 2 Ausgabestände für die Abgabe im Kleinen für Handbetrieb errichtet. Erst mit dem Einsetzen des Kohlenmangels begannen diese Anlagen nicht mehr auszureichen.

Es ist klar, daß die Gemeinde bei einem täglichen Einlauf von durchschnittlich 15 Waggon Kohle den fuhrenweisen Absatz und den Verkauf mit Handwagen, der Ende Jänner einen täglichen Umsatz von 20 bis 27 Waggon aufwies, sofort einzustellen und sich auf die Ausgabe von Kohle im Kleinen beschränken mußte, der normal 8 bis 10 Waggon betrug. Jene Parteien, die nicht mehr ihren Wochenbedarf durch Ein-

kauf mit Handwagen decken konnten, würden nunmehr genötigt, sich ihren Bedarf täglich zu beschaffen, wodurch sie die Zahl der Abnehmer im Kleinen wesentlich vermehrten. Tatsächlich betrug der Verkauf im Kleinen z.B. in der Zeit von Mitte Jänner bis Ende Jänner nur 9 bis 10 Waggon, während gleichzeitig 20 bis 30 Waggon im Großen verkauft wurden. Vom Februar angefangen sageten, zu welcher Zeit der Verkauf im Großen wegen mangelnder Zufuhr eingestellt wurde, hob sich der Kleinverkauf bis auf 25 Waggon täglich, wobei die Zahl der Parteien, die in der 2. Hälfte Jänner nur 4 bis 5000 betragen hatte, auf 10 bis 12.000 im Tage stieg.

Damit wuchs die Zahl der Personen, die sich anstellten. Trotzdem bei der mechanischen Ausgabestelle eine Partei in etwa 15 Sekunden und bei den später errichteten Ausgabestellen mit Handbetrieels eine Partei in etwa 30 Sekunden abgefertigt werden konnte, war es doch kaum möglich, in einer Stunde mehr als rund 1000 Parteien zu erledigen.

Eine weitere Vermehrung der Ausgabestellen kann aber das Uebel nicht an der Wurzel fassen; denn schließlich stellen sich die Parteien nur deshalb an, weil sie befürchten, keine Kohle mehr erhalten zu können. Die genügende Deckung mit Kohle und nicht nur eine Vermehrung der Ausgabestellen muß eintreten.

Die Gemeinde Wien hat daher ihr Augenmerk in erster Linie auf die Beschaffung der Kohle gerichtet. Wenn diese in genügender Menge zur Verfügung steht, so werden auch die Lagerplätze den Bedarf des Publikums wieder befriedigen können.

Die Gemeinde hat es sich allerdings auch angelegen sein lassen, durch Vermehrung der Lagerplätze einem größeren Teile der Bevölkerung die Versorgung mit städtischer Kohle zugänglich zu machen. In der Aasmayergasse (12. Bez.) und in der Krim (19. Bez.) wurden 2 neue Verkaufsplätze eröffnet. Die Eröffnung weiterer Plätze u.zw. in Floridsdorf Filzgasse, an der Aspangbahn und in Michelbeuern steht bevor. Sie ist davon abhängig, daß der Gemeinde Kohle zur Verfügung steht, deren Beschaffung aber außerhalb der Gemeinde liegt.

Bisher wurde die erforderliche Kohle im Anforderungswege angesprochen, leider aber und namentlich seit Ende Jänner nur in vollkommen unzureichender Menge geliefert. Die Beschleppnahme rollender Kohle, die in jüngster Zeit erfolgte, geschah nicht, wie vielfach irrthümlich verbreitet wurde, über Verlangen der Gemeinde, sondern im Interesse des Eisenbahnverkehrs, da die für den Nordbahnhof bestimmten Sendungen auf diesem Bahnhofe nicht entladen werden konnten. Um ein Stillliegen des rollenden Materiales zu vermeiden und um die Nordbahnstrecke frei zu halten, mußten die Kohlensendungen auf anderen Bahnhöfen entladen werden.

Es handelt sich hierbei soweit die Gemeinde Wien in Betracht kommt nur um die geringe Menge von 233 Waggon, also um eine Menge, die auf den städtischen Lagerplätzen an 2 Tagen verkauft werden könnte.

die aber im Interesse weitgehender Dezentralisierung des Kohlenverkaufs auf verschiedenen Bahnstationen an der Peripherie Wiens an Kohlenhändler abgegeben wurde. Die nächste Zeit dürfte übrigens eine Besserung in der Dotierung der städtischen Lagerplätze bringen. Es wurden weitgehend seitens der Centralstellen, die den Kohlenverkauf der Gemeinde ihr besonderes Interesse zuwenden, diesbezügliche Zusicherungen gemacht.

Die Vorsteherung der Wiener Fleischhauer Genossenschaft ersucht höflichst um Aufnahme nachstehender Notiz:

Abgabe von Rindfleisch an Fleischhauer.

Dienstag den 20. d. von 12 Uhr mittags angefangen ... findet die Verteilung des vom k.k. Volksernährungsamt an die Fleischhauer Genossenschaft zugewiesenen Fleisches statt. Die Mitglieder der Genossenschaft mit den Nummern von Nr. 1 bis 100 haben sich zu obiger Zeit in der Wrosmarkthalle (galizische Abteilung) zur Uebernahme des Fleisches einzufinden.

66

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 19. Februar 1917. Nr. 66.

Die Bezirksvertretung Mariahilf hält Donnerstag, den 22. d.M. 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

Aus dem Stadtrate. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Zatzka die Rohrlegung der Hochquellenleitung und die Hydranten-Aufstellungen auf dem neuen Kontumazmarkt und Seuchenhof im 11. Bezirk mit den Kosten von 122.288 K genehmigt. - Für die Errichtung eines Benzinlagers auf der Liegenschaft 13. Bezirk Linzer Straße 145 wurde die Baubewilligung erteilt. - Nach einem Antrage des StR. Heindl wurde für die Liegenschaft E.Z. 1752 in der Herrengasse im 1. Bezirk über Ansuchen der österreichischen Waffenfabriks-Aktiengesellschaft die Baulinie bestimmt. Nach einem Antrage des StR. Schneider wurde die Straßenbahndirektion ermächtigt, einzelnen Schulleitungen bei nachgewiesenem Bedürfnis insbesondere während des Winters und der schlechten Jahreszeit Einzelfahrtscheine zur Beförderung der mit dem Abholen des Frühstücks betrauten Schulkinder zur Verfügung zu stellen. - Nach einem Antrage des StR. Angermayer wurde der Voranschlag der städtischen Patronatskirche St. Josef im 5. Bezirk genehmigt und die Deckung des veranschlagten Abganges von 4467 Kronen bewilligt. Desgleichen wurde der Voranschlag der städt. Patronatskirche St. Florian in Matzleinsdorf im 15. Bezirk genehmigt. Der veranschlagte Abgang beträgt 667 Kronen. - Nach einem Antrage des StR. Tomola wird die Anschaffung des Werkes „Unsere Dichter für das schwarz-gelbe Kreuz“ für die Bezirkslehrerbibliotheken genehmigt.

Widerruf der Mitbenützung von Schulräumen. Im Hinblick auf die gegenwärtig gebotene Sparsamkeit mit der Beleuchtung und mit dem Beheizungsmaterial beschloß der Stadtrat nach einem Antrage des StR. Tomola den verschiedenen Turn-, Gesangs-, Fecht-, Stenographie-, Kirchenmusik- und Chorvereinen sowie allen Vereinen mit gleichem oder ähnlichem Zweck die erteilte Bewilligung der Mitbenützung von Schulräumlichkeiten bis auf weiteres zu widerrufen. Ausgenommen sind Vereine, die sich mit der Fürsorgetätigkeit befassen.

Feldpostkarten von Kriegsgefangenen. Dem Bürgermeister ist eine Karte aus Kaschin in Rußland zugekommen, in welcher sich die daselbst gefangenen gehaltenen Wiener für das durch Komtesse Stubenberg-Palfy überreichte Geldgeschenk der Stadt Wien bedanken. - Der Tanzmeister und Armenrat im 16. Bezirk Riccius sendete aus Petropavlovsk am 25. November v.J. einen Neujahrswunsch. Die Karte ist erst in den letzten Tagen in Wien angekommen. Ferner sendete der Kriegsgefangene Johann Brandner aus Rußland einen gereimten Weihnachtsgruß an den Bürgermeister.

Kurs für Tuberkulosefürsorgerinnen. Die städtische Zentrale für Tuberkulosefürsorge in Wien teilt mit: Am 1. März d.J. beginnt ein zwei-monatiger, unentgeltlicher Kurs zur Heranbildung von Tuberkulosefürsorgerinnen. Teilnehmerinnen haben sich in den letzten Tagen des Februar zwischen 11 und 12 Uhr vormittags im Stadtphysikate anzumelden. Vorausgesetzt wird: das überschrittene 24. Lebensjahr, körperliche Eignung, mindestens Volks- und Bürgerschule oder eine gleichartige Anstalt sowie mindestens  $\frac{1}{2}$  Jahr Dienst als Krankenpflegerin. Im Falle der Anstellung erhalten die Fürsorgerinnen im ersten Jahre 200 K monatlich, vom zweiten Jahre an 250 Kronen. Auch für Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung wird Sorge getragen.

Armenlotterie. Die Ziehung der Armenlotterie der Stadt Wien findet erst am Aschermittwoch, den 21. d.M. um 10 Uhr vormittags (statt Faschingdienstag um 10 Uhr abends) im Volkskeller des Neuen Rathauses statt. Der Grund der Verlegung der Ziehung liegt in der letzthin erlassenen Statthaltereiverordnung über die Einschränkung im Gasthausbetriebe, nach der auch der Volkskeller bis auf weiteres nicht über 10 Uhr abends offen gehalten werden darf. Auf jeden der gezogenen 350 Haupttreffer entfallen acht Vor- und acht Nachtreffer. Der Gesamtwert der 5950 Gewinne beträgt 200.000 K. Der erste Haupttreffer beträgt 20.000 K, ferner gelangen zur Verlosung: das vom Kaiser gespendete silberne Tafelservice, Geldtreffer zu 2000, 1000, 200 und 100 K. Die Geldtreffer werden bar ohne jeden Abzug ausbezahlt. Bezüglich des Termines zur Rückstellung der Lose tritt keine Aenderung ein. Die Ausgabe der Ziehunglisten erfolgt dagegen erst Donnerstag, den 22. d.M. von 10 Uhr vormittags an im Neuen Rathause durch die Armenlotteriekanzlei, weiters in den magistratischen Bezirksämtern durch die städt. Hauptkassenabteilungen.

Kohlenabsatz im Jänner. Nach einem dem Bürgermeister vorgelegten Bericht betrug im Jänner der Gesamtverkauf von Braunkohle auf den 5 städtischen Kohlenlagerplätzen Westbahnhof, Matzleinsdorf, Engerthstraße, Nordwestbahnhof und Ottakring 194.069 q gegenüber 72.145 q im Jänner 1916. Die Anzahl der Parteien betrug auf allen 5 Plätzen 394.747 gegen 155.234 im Jänner 1916 und durchschnittlich an einem Tag 16.057 gegen 6468 im Jänner des Vorjahres. Diese Gesamtleistung der Lagerplätze wäre noch überboten worden, wenn der Einlauf von Kohle günstiger gewesen wäre. Mit Rücksicht auf die mangelnde Zufuhr mußten aber gegen Ende des Monats Beschränkungen im Absatze eingeführt werden. Der Absatz an Steinkohle auf den Nordbahntrutschen betrug 52.247 q u. zw. an böhmischer Steinkohle 45.257 q, an Ostrauer Kohle 3689 q, an Dombrowaer Kohle 3300 q. Auf dem Kohlenlagerplatze Vorgartenstraße wurden an böhmischer Steinkohle 14.487 q ( in Mengen bis rund 500 kg ) abgegeben.

Albrecht Dürer-Bund. Anlässlich der 16. Jahresausstellung des Albrecht Dürer-Bundes wurden von der Kommission, bestehend aus Stadtrat Schwer, Direktor Probst der städt. Sammlungen und den Malern Karl Probst, Fritz Lach und Gustav Feith die verfügbaren Preise folgenden Bundesmitgliedern zuerkannt: Preis der Stadt Wien dem Maler Anton Filkuka, Förderpreis dem Stadtrates A. Schwer dem Maler Leopold Widlizka, das Ehrendiplom dem Maler Georg Drah, die goldene Albrecht Dürer-Bund-Medaille dem Maler Hans Göttinger, die drei silbernen Albrecht-Dürer-Bund-Medaillen den Malern Theodor v. Lindenau und Alexander Scherban und dem Bildhauer Franz Sautner.

Am Eröffnungstage der diesjährigen Jahresausstellung im Salon Wawra hat die Stadt Wien für das historische Museum folgende Bilder angekauft: „Johannesstatue“ von Gustav Feith, „Johannesfeier“ von Hans Göttinger, „Ferdinand Sauter, ein vergessener Wiener Dichter“ von Josef Hermann, „Perchtoldsdorf“ von Karl Lorenz, „Vorfrühling“ von Anton Filkuka.

60. Geburtstag des heimischen Tondichters Josef Piber. Morgen (Mittwoch) begeht Piber, bekannt als Schöpfer vieler Klangsöhner, gemüts- tiefer Männerchöre („Deutscher Festgesang“, „Du schaust träumend vom Altan“, „Das Lied“, „Bin ein fahrender Gesell“, „Deutsches Liebeslied“, „Die Brunnlein, die da fließen“, „Lockung“, „Nelken“, das prächtige Walzerlied „Unser Wien“ usw.) und reizender, von Witz und Humor sprühender Quartette, Chöre und Singspiele („Der Taucher“, „Die Brautschau“, „Die Nibelungen“, „Eduard und Kunigunde“, „Junge Liebe“, „Eine mißliche Geschichte“, „Die Bürgerschaft“ u.a.m.) seinen 60. Geburtstag. Piber ist 1857 in Gaming geboren, wirkte in Wien lange Jahre als städtischer Lehrer und betätigte sich nebstbei in verdienstvollster Weise als Chor- meister des „Arminius“ und des „Wiener Sängerbundes“, welcher letzterer Verein ihn für seine ausgezeichnete 15 jährige Wirksamkeit (1884 - 1898) zum Ehren-Chormeister ernannte. Piber war der „Lieblings“Komponist des berühmten Udel-Quartetts und die Soloquartette der Männer-Gesangsver- eine bringen mit Vorliebe seine Werke zur Aufführung, die sich ebenso sehr durch Schönheit der Melodienfindung und sorgfältige Kontrapunkt- Arbeit wie köstlichen Humor und feinste Lyrik in Dichtung und Komposi- tion - er ist bei vielen seiner Werke auch zugleich der Verfasser des Textes - auszeichnen. Piber hat sein Heim im 21. Bezirk (Floridsdorf) aufgeschlagen, woselbst er - trotz langen Leidens unermüdlich schöpfe- risch tätig - in vollster Zurückgezogenheit lebt. Die deutsche Sänger- welt darf von diesem hervorragenden und dabei unendlich bescheidenen Tondichter noch manche wertvolle Gabe erhoffen.

-----

Als Laufburschen werden bei der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ge- sunde, unbescholtene Jungen von 14 bis 16 Jahren aushilfsweise aufgenom- men. In Wien heimatberechtigte Bewerber genießen den Vorzug. Offerte, denen der Nachweis über die Absolvierung der Bürgerschule beige- schlossen ist, sind an die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien 1. Bezirk Wipplinger Straße 8 zu richten.

-----

67

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, Montag, 19. Februar 1917. Abends. Nr. 67.

---

Der Kohlenmangel und die öffentliche Beleuchtung. Der Stadtrat trat heute nachmittags unter dem Vorsitze des Vizebürgermeisters Hierhammer zu einer Beratung zusammen, in welcher zunächst Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen eingehenden Bericht über die sowohl für die städt. Elektrizitätswerke als auch für die von der Gemeinde Wien errichteten Kohlenlagerplätze noch immer ganz unbefriedigende Kohlenzufuhr erstattete. Der Bürgermeister teilte mit, daß er sich neuerdings an den Ministerpräsidenten um dringende Abhilfe gewendet habe.

Stadtrat Baurat Schneider und Magistratsreferent Magistratarat Dr. Madjera berichteten sodann über eine infolge des Kohlenmangels notwendige neuerlich vorzunehmende Einschränkung der öffentlichen Beleuchtung. Nach den diesbezüglich gefaßten Beschlüssen werden nun in nahezu 1400 Straßen nur mehr die ganznächtigen Gasflammen gezündet während die bisher halbnächtigen Lampen überhaupt nicht mehr angezündet werden. Dagegen werden aus Verkehrs- und Sicherheits-Rücksichten stark frequentierte Straßenübergänge in Zukunft eine Verbesserung der Beleuchtung erfahren.

---

68

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 20. Februar 1917. Nr. 88.

## Die erste Tuberkulosen-Fürsorgestelle der Gemeinde Wien.

Am 13. September v.J. hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner die städtische Zentrale für Tuberkulosenfürsorge in Wien mit der Aufgabe errichtet, alle in Wien der Bekämpfung der Tuberkulose dienenden Einrichtungen zu gemeinsamer nach einheitlichen Grundsätzen geordneter Arbeit zu vereinigen und insbesondere die Fürsorge in den Familien der Tuberkulosen planmäßig auszugestalten. Die Mitglieder der Zentrale haben sich mit Eifer der ihnen gestellten Aufgabe gewidmet, Grundsätze für die Bekämpfung der Tuberkulose in Wien ausgearbeitet und im Rahmen dieser Organisation die Errichtung von Fürsorgestellen in die Wege geleitet. Vor einigen Tagen wurde die erste dieser Fürsorgestellen im neubauten Bahnhofs im 10. Bezirk eröffnet. Die Direktion der städtischen Straßenbahnen hat daselbst Räume zur Verfügung gestellt und adaptiert, die Gemeinde Wien hat für die innere Einrichtung 25.000 K bewilligt. Die Herstellungsarbeiten wurden vom Bauinspektor Rakuschan im Einvernehmen mit dem Chefarzt der Krankenkasse der Straßenbahnen kais. Rat Dr. Tennenbaum geleitet. Die Fürsorgestelle dient zunächst der Untersuchung und fachärztlichen Behandlung der Kranken.

Sie ist zu diesem Zwecke mit allen modernen Behelfen für Diagnose und Therapie der Tuberkulose eingerichtet und besteht aus einem Wartezimmer für die Patienten, einem Zimmer für die Fürsorgeschwestern, dem ärztlichen Ordinationszimmer und Räumen für Röntgenuntersuchung und Behandlung mit künstlicher Höhensonne, um den Kranken auch in der Großstadt einen Ersatz für die heilkräftige Einwirkung des Sonnenlichtes zu bieten. Es ist selbstverständlich, daß auch alle anderen Behandlungsmethoden der Tuberkulose, welche durch Forschung und Erfahrung erprobt sind, in der Fürsorgestelle durchgeführt werden. Mit der Untersuchung und Behandlung der Kranken ist jedoch die Tätigkeit der Fürsorgestelle weitaus nicht erschöpft. Ihre Hauptaufgabe hat sie dort zu erfüllen, wo die Verbreitung der Krankheit stattfindet, wo die Wurzeln des Übels zu suchen sind, in den Wohnungen der Kranken selbst. An zwei Tagen der Woche soll die Fürsorgestelle den Bediensteten der Straßenbahnen vorbehalten bleiben, die übrige Zeit ist sie für die gesamte Bevölkerung geöffnet. Den Betrieb hat für die Straßenbahnbediensteten deren Krankenkasse, für die übrige Bevölkerung der Hilfsverein für Lungenkranke Viribus unitis übernommen.

In Anwesenheit des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand die feierliche Einweihung der Fürsorgestelle durch den Pfarrer Watzger statt. Es hatten sich eingefunden: Obersanitätsrat Dr. Fried von der Zentralinspektion der österreichischen Staatsbahnen, Obersanitätsrat Dr. Bogdan vom Sanitätsdepartement des Eisenbahnministeriums, Graf Wurmbrand vom patriotischen Hilfsverein vom Roten Kreuz, Baron Pidoll vom Verein „Waldschule“, Medizinalrat Dr. Ast vom Verein „Heilanstalt Alland“, die Gemeinderäte Dr. Loewenstein und Wippel, Magistratsdirektor Dr. Mächtern, Oberstadtphysikus Obersanitätsrat Dr. Böhm, die Stadtphysici Dr. Jahn und kais. Rat Dr. Pichler, die Magistratsräte Formanek und Dr. Ebermann, Zentralinspektor der städt. Straßenbahnen Dr. Reuß, Bezirksvorsteher Hruza und Vorsteher-Stellvertreter Krist, Professor Dr. Maximilian Sternberg, Prof. Dr. Hermann Schlesinger, kais. Rat Dr. Diem, der Chefarzt der Straßenbahnen

Dr. Tennenbaum, der Chefarzt der Bezirkskrankenkasse Dr. Enders, Frau Barolin, die Magistrate-Oberkommissäre Jiresch und Dr. Reinecke, Oberbezirksarzt Dr. Freund, Bauinspektor Rakuschan, Inspektor Bauer und Vizeinspektor Rauscher von den städt. Straßenbahnen, Ing. Ernest u.a.

Oberstadtphysikus Dr. Böhm hielt an den Bürgermeister nachfolgende Ansprache: Wenn draußen auf den Schlachtfeldern der Donner der Kanonen verrollt sein wird und die Friedensglocken eine neue Zeit verkünden, dann gilt es, die Wunden, aus welchen unser Volk blutet, rasch zu heilen und die Schäden, welche der lange Krieg der Volkskraft zugefügt hat, wieder gut zu machen, damit der neuen Zeit ein starkes, ein kräftiges Geschlecht erwachse. Denn nur ein solches wird in dem Wettbewerbe der Völker im kommenden Frieden seinen Platz behaupten können. Es wird daher notwendig sein, schon jetzt, noch während des Krieges, Einrichtungen zu schaffen, welche die natürliche Entwicklung der Volkskraft fördern und Hemmnisse, welche sich dieser Entwicklung hindernd entgegenstellen, beseitigen. Es ist wohl klar, daß in diesem Bestreben die körperliche Ertüchtigung unseres Volkes einen hervorragenden Anteil beansprucht und die Bekämpfung jener Volkskrankheiten, welche durch Siechtum, Entartung und vorzeitiges Absterben die Volkskraft schwächen, eine wichtige Aufgabe bildet. Als verheerendste der Volkseuchen kommt hierbei vor allem die Tuberkulose in Betracht. Fallen doch in Wien allein jährlich 7000 Personen, meist nach jahrelangem Siechtum und im Alter der Erwerbsfähigkeit, dieser Krankheit zum Opfer, beträgt doch die Schädigung des Volkswohlstandes durch diese Seuche für Wien allein jährlich mehr als 20 Millionen Kronen. Die Tuberkulose bildet ein wesentliches Hindernis für die gedeihliche Entwicklung eines gesunden Volkes, die Maßnahmen zur Tilgung dieser Seuche sind daher für die Bestrebungen der Wiederaufrichtung der Volkskraft von größter Bedeutung. Der Kampf gegen die Tuberkulose kann, wenn er Erfolge bringen soll, nur großzügig geführt werden. Es bedarf hiezu einer zielbewußten Organisation auf breiter Grundlage und einer unermüdlchen, jahrelangen Kleinarbeit. Die Fürsorgestellen bilden die Zentren im Kampfe gegen die Tuberkulose, der Kampf selbst aber muß in den Wohnungen der Kranken ausgefochten werden. Dort müssen nach Anordnung des Fürsorgearztes durch besonders ausgebildete Fürsorgerinnen alle jene Maßnahmen getroffen werden, welche die Uebertragung der Krankheit vom Kranken auf die Gesunden, ihre weitere Ausbreitung verhüten sollen. Mit Rat und Tat, mit Belehrung und werktätiger Hilfe soll den Kranken und ihren Familien beigegeben werden, um im Kampfe gegen die Tuberkulose Sieger zu bleiben. Mit dieser Aufgabe reicht die Fürsorgetätigkeit weit hinaus über die engen Räume der Fürsorgestelle, sie tastet an den großen Problemen der sozialen Fürsorge überhaupt, sie soll und will soziale Arbeit leisten. Die Fürsorgestellen für Lungenkranke sind keine Wohltätigkeits-Institute. Sie bilden Bollwerke im Kampfe gegen die verheerendste der Volkseuchen und sind als solche im Dienste der Allgemeinheit stehende Sanitätsanstalten. Sie werden aber auch ihrer großen Aufgabe nur dann gerecht werden können, wenn sie die Unterstützung und Mitarbeit der Allgemeinheit im vollsten Maße finden. Der Hilfsverein für Lungenkranke, welcher den Betrieb dieser Fürsorgestelle übernehmen wird, führt den Namen „Viribus unitis“. Möge dieser Name ein günstiges Omen für die Tätigkeit der Fürsorgestelle bilden. Die Tuberkulose ist eine heilbare Krankheit, ihre Weiterverbreitung, die Uebertragung vom Kranken auf die Gesunden ist vermeidbar, Möge der rastlosen Arbeit der Fürsorgestelle, welche heute die kirchliche Weihe empfangen hat, der Erfolg beschieden sein, hiefür neuerlich in weitestem Umfange den Beweis zu erbringen.

Professor Dr. Schlesinger dankte im Namen des Hilfsvereines „Viribus unitis“ der Gemeindevertretung, durch deren Manifizenz eine Anstalt er-

richtet wurde, welche den weitestgehenden und rigorosesten Ansprüchen Genüge leistet. Die Gemeinde Wien habe damit bekundet, daß sie die Wichtigkeit der Tuberkulosebekämpfung erfaßt hat und mit aller Energie und mit großen materiellen Opfern an die Durchführung schreitet.

Zentralinspektor Dr. Reuß weist darauf hin, daß die Gemeinde für die palliative Bekämpfung der Tuberkulose schon durch die Erbauung von Wohnhäusern für die städt. Straßenbahnbediensteten Vorbildliches geschaffen hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte dem Pfarrer für die Vornahme der Weihe, den Beamten, welche an der Einrichtung der Anstalt mitgewirkt haben und dem Verein „Viribus unitis“, welcher den Betrieb der Fürsorgestelle für die Bevölkerung übernommen hat. Das Zusammenwirken der Vereine und der privaten Initiative mit der öffentlichen Verwaltung werde im Interesse der Gesamtheit die besten Früchte zeitigen. Er dankte schließlich dem Oberstadtphysikus Dr. Böhm, welcher zielbewußt alle jene Vorsorgetreffe, welche notwendig sind, die dem Stadtphysikat obliegenden Aufgaben im Einvernehmen mit den Aerzteorganisationen in befriedigender Weise zu lösen. Der Bürgermeister wies darauf hin, daß durch die Schaffung von geräumigen und hygienisch einwandfreien Wohnungen für Gemeindebedienstete und durch die Herstellung von großen Tagesheimstätten für die Kinder bereits präventive Maßnahmen getroffen wurden; in dieser Stelle soll die repressive Tätigkeit zur Bekämpfung der Tuberkulose sich entfalten. Die Gemeinde werde auch weiterhin sich bestreben, in gemeinsamer Arbeit alles aufzubieten, um die Leiden des Krieges zu heilen. Gebe es doch für die Gemeindevertretung keine schönere Aufgabe, als in fürsorglicher Arbeit zu trachten, das neue Geschlecht zu stärken. Nur eine an Körper und Geist gesunde Generation werde in der Lage sein, die schweren Aufgaben nach Kriegesende zu lösen. Wenn alle Faktoren einig zusammenwirken, werde dieses schöne Ziel sicher erreicht werden.

Mit der Besichtigung der Fürsorgestelle, über deren praktische Anlage und Einrichtung sich alle Besucher mit Worten vollsten Lobes aussprachen, schloß die Feier.

Statthalter Graf Kielmansegg. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Statthalter a.D. Erich Graf Kielmansegg nachstehendes Schreiben gerichtet: „Es ist mir ein herzliches Bedürfnis, Euer Exzellenz zu Ihrem 70. Geburtsfeste meine aufrichtigen Glückwünsche zum Ausdruck zu bringen und hiebei der Hoffnung Raum zu geben, daß es Euer Exzellenz beschieden sein möge, noch recht viele Jahre bei ungestörter Kraft und Gesundheit verbringen zu dürfen. Mit Genugtuung werden Euer Exzellenz an diesem Gedenktage sich an Ihre mühevollen Lebensarbeit erinnern, die insbesondere dem Stammlande Niederösterreich gewidmet war; die in gemeinsamem Wirken auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete erzielten Erfolge der staatlichen und autonomen Verwaltungen unseres Kronlandes haben in hohem Maße dazu beigetragen, daß das Land und die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien gerüstet war, die schwere Kriegszeit zu überwinden. Möge Euer Exzellenz das Bewußtsein, an der Vorbereitung dieser erhebenden Bereitschaft hervorragend mitgewirkt zu haben, den Eintritt in Ihr 70. Lebensjahr erhellen und verschönern!“

69

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, Dienstag, 20. Februar 1917. Nr. 69.

Obmännerkonferenz. Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der Vizebürgermeister Hierhammer und Hoß fand heute eine Sitzung der Obmänner der Gemeinderats-Parteien statt, in welcher der Bürgermeister über das Anbot des Wiener Bankenkonsortiums wegen Begebung eines 4  $\frac{1}{2}$  %igen 60 Jahre laufenden Anlehens im Nominalbetrage von 250 Millionen Kronen berichtete. Dieses Anlehen soll einerseits dazu benützt werden, um die im Vorjahre emittierten 5  $\frac{1}{2}$  %igen Kassenscheine der Gemeinde zurückzuzahlen, andererseits um für die Zeit nach Kriegsschluß entsprechende Mittel zur Durchführung eines großen Investitionsprogrammes bereitzuhalten. Das Investitionsprogramm bewegt sich selbstverständlich im Rahmen des Landesgesetzes vom Juni 18. Jänner 1914 Nr. 97 L.G.Bl., es müssen aber jene Zwecke, welche voraussichtlich nach Kriegsschluß als besonders dringlich sich erweisen werden, vorangestellt werden. In dieser Beziehung wird Bürgermeister Dr. Weiskirchner bei seinem Berichte im Plenum des Gemeinderates die erforderlichen Ausführungen geben. Die Obmänner der 3 Gemeinderatsparteien nahmen den Bericht zur Kenntnis und behielten sich vor, ihren Klubs Mitteilung zu machen. Die Notwendigkeit eines großen Investitionsprogrammes und die Bereitstellung der Mittel zu dessen Ausführung wurde einmütig anerkannt.

Weiters berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Kohlenanlieferungen, welche er als immer noch unbefriedigend bezeichnete. Noch immer müssen die Gaswerke aus ihren Vorräten Kohle an die Elektrizitätswerke abgeben und noch immer können 3 von vier Gemeinde neu errichtete Kohlenverkaufsplätze wegen Mangels an Kohle nicht eröffnet werden. Der Bürgermeister verlas die von ihm an den Ministerpräsidenten gerichteten Telegramme, und gab der Erwartung Ausdruck, daß hoffentlich in den nächsten Tagen eine Besserung der Verhältnisse eintreten werde. Von einer Rücknahme der Ersparungsmaßnahmen könne aber derzeit absolut keine Rede sein.

Ueber die Approvisionierungsverhältnisse und insbesondere über die am Sonntag in Kraft getretene Brot- und Milchrayonierung entwickelte sich eine sehr lebhaft Debatté, an welcher die Gemeinderäte Dr. Schwarz-Hiller, Reumann, Emmerling, Leitner und Dr. Hein sich beteiligten. Bürgermeister Dr. Weiskirchner beauftragte den Magistrat, das Ergebnis der ersten

Rayonierungswoche in einem Berichte zusammenzufassen, und der nächsten Obmännerkonferenz vorzulegen. Im allgemeinen wurde konstatiert, daß die Brotrayonierung geklappt habe, während bei der Milchrayonierung Schwierigkeiten noch zu beseitigen sein werden. Magistratssekretär Dr. Roskopf berichtete über die Mohlversorgung, Magistratsrat Dr. Ehrenberg über die Kartoffelfrage.

Die nächste Gemeinderatssitzung. Der Gemeinderat tritt diesen Freitag um 4 Uhr nachmittags (nicht wie bisher um 5 Uhr) zu einer Sitzung zusammen, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner über das neue Anlehen Bericht erstatten wird. Ebenso wird der Bürgermeister einleitend dem Gemeinderate die Abänderung seines Beschlusses hinsichtlich Einschränkungen des Straßenbahnverkehrs zur genehmigenden Kenntnis unterbreiten. Außerdem befinden sich auf der Tagesordnung dieser Sitzung eine Reihe von kurrenten Geschäftsstücken.

70

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien,  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 21. Februar 1917. Nr. 70.

Neue Bürger. Der gemeinderätliche Heimats- und Bürgerrechtsausschuß hat in seiner letzten Sitzung nachstehenden Personen das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Innere Stadt: Albert Casoli, Rauchfangkehrer; Rudolf Faust, Kaufmann; Ferdinand Mittelbach, Apotheker; Johann Kimmel, Gemischtwarenverschleißer; Franz Binder, Kaffeesieder, Georg Bittner, Schuhmacher (Berichterstatter Gemeinderat Heindl).

Leopoldstadt: Karl Kolbeck, Gastwirt (Berichterstatter Gemeinderat Kurz), Josef Friehs, Elektrotechniker, Ubaldo Simon, Konfektionsgeschäfts-Inhaber, Franz Froher, Gastwirt, Anton Schlegl, Schneider (Berichterstatter Gemeinderat Rotter).

Landstraße: Heinrich Strauß, Gastwirt; Konrad Cahak, Tischler; Alexius Leopold rekte Ornig, Anstreicher; Franz Schindler, Handelsgesellschafter (Berichterstatter Gemeinderat Heindl.)

Wieden: Franz Vejvoda, Schneider; Robert Scholz, Buchhalter; Stefan Sammer, Gemischtwaren-Verschleißer; Karl Pieber, Kleinfuhrwerksbesitzer; Albert Ziegler, Kohlenhändler; Rudolf Tischler, Gemischtwarenverschleißer (Berichterstatter Gemeinderat Breuer).

Margareten: Thomas Weber, Buchdruckereibesitzer; Leopold Weiguni, Gemischtwarenverschleißer; Karl Hofstätter, Gemischtwarenverschleißer; Franz Makowetz, Tischler; Johann Santner, Privatbeamter; Josef Flandera, Buchbinder; Karl Schreiner, Hausbesitzer; Emanuel Mickl, Bäcker (Berichterstatter Gemeinderat Roth); Julius Meister, Firmeninhaber; Eduard Franz, Metallackierer; Gustav Maximilian, Schlosser (Berichterstatter Gemeinderat Aichhorn).

Mariahilf: Peter Mayer, Kleidermacher; Ludwig Tauer, Hutmacher; Leopold Rosenmayer, Lederhändler; Isidor Roggenbauer, Gemischtwarenverschleißer; Franz Hainisch, Gastwirt; Leopold Rauch, Klaviertischler; Johann Hainisch, Gemischtwarenhändler; Hermann Holzler, Reisevertreter (Berichterstatter Gemeinderat Paulitschke).

Josefstadt: Alois Robl, Baumeister; Albert Herfort, Privatbeamter; Friedrich Leitner, Bücherrevisor; Anton Heuer, Fleischhauer; Raimund Geschka, Elektrotechniker (Berichterstatter Gemeinderat Rotter).

Alsergrund: Karl Dungal, Bäcker; Johann Gastberger, Gemischtwarenverschleißer; Johann Diener, Schneider; Rudolf Buder, Gastwirt; Heinrich Philipp, Uhrmacher; Franz Novacek, Schuhmacher; Ferdinand Spioka, Schuhmacher (Berichterstatter Gemeinderat Partik).

Favoriten: Petrus Hübl, Gemischtwarenverschleißer; Leopold Mühlbauer, Franz Wiesinger, Adalbert Strnad, Gastwirte; Ludwig Holzer, Fleischhauer; Wenzel Tichy, Fuhrwerksbesitzer; Josef Kienauer, Hausbesitzer (Berichterstatter Gemeinderat Höck); Johann Fischer, Sauerkräutler (Berichterstatter Gemeinderat Breuer).

Meidling: Johann Pihls, Schuhmacher; Ferdinand Klein, Strickereibesitzer; Johann Hruska, Tischler (Berichterstatter Gemeinderat Partik); Josef Hellar, Fouragehändler; Josef Tyrol, Tischler; Heinrich Krapfenbauer, Anton Tillian, Gemischtwarenverschleißer; Eduard Tomaschek, Kleinfuhrwerksbesitzer; Moritz Kleinitzer, Kaufmann. (Berichterstatter Gemeinderat Breuer).

Hietzing: Franz Vechet, Tischler; Josef Widtner, Hausbesitzer; Johann Eder, Gastwirt (Berichterstatter Gemeinderat Partik), Ludwig

Seidl, Alois Brusatti, Johann Brandstätter, Gastwirte; Franz Payer, Leichenbestattungs-Unternehmer; Josef John, Georg Stingl, Hausbesitzer; Karl Gottlieb Schill, Deichgräber; Josef Haasel, Hutmacher (Berichterstatter Gemeinderat Dechant); Adolf Wenger, Hausbesitzer (Berichterstatter Gemeinderat Wiesinger).

Rudolfsheim: Franz Keilberth, Tabak-Trafikant; Josef Wach, Spengler; Franz Zäumer, Holz- und Kohlenhändler; Franz Baumann, Fleischverschleißer; Karl Kraus, Fleischhauer (Berichterstatter Gemeinderat Wiesinger).

Fünfhaus: Friedrich Josef Gutt, Friseurgeschäftsinhaber; Alexander Löffler, Gemischtwarenverschleißer; Josef Mallauschek, Schuhmacher; Raimund Kaindl, Milchmeier (Berichterstatter Gemeinderat Wimberger).

Ottakring: Rudolf Pfundner, Hausbesitzer; Matthias Bader, Gemischtwarenverschleißer; Heinrich Novacek, Masseur; Guido Rolinek Schneider (Berichterstatter Gemeinderat Heffenmayer); Josef Weiland, Gemischtwarenverschleißer; Stephan Sokol, Tischler; August Kipp, Gold- und Silberwarenhändler; Alois Perschl, Kunststicker; Josef Haselmayer, Fleischhauer; Franz Gnapp, Sauerkräutler; August Plahna, Wäschereibesitzer; Augustin Smrcka, Spengler; Rudolf Kober, Dachdecker; Konrad Polzer, Uhrmacher (Berichterstatter Gemeinderat Hötzel); Alois Geriheuser, Wildprethändler (Berichterstatter Gemeinderat Dechant).

Hernals: Alois Knell, Hausbesitzer; Josef Mikech, Gemischtwarenverschleißer; Anton Meißner, Platzvertreter; Franz Moser, Franz Urban, Hausbesitzer (Berichterstatter Gemeinderat Rykl).

Währing: Franz Kapelle, Privatier; Karl Anton Zartner, Geschäftsführer; Josef Eppl, Friseur (Berichterstatter Gemeinderat Dechant); Anton Nahodi, Schuhmacher; Josef Gruner, Obergärtner; Johann Vanda, Schlosser (Berichterstatter Gemeinderat Brenta).

Döbling: Franz Stöger, Gemischtwarenverschleißer (Berichterstatter Gemeinderat Brenta); Ignaz Söllner, Weinbauer; Martin Rosmann, Schuhmacher; Eduard Triebenbacher, Bürovorstand (Berichterstatter Gemeinderat Rotter); Josef Friedrich, Viktualien-Verschleißer (Berichterstatter Gemeinderat Rykl); Franz Trefny, Zimmermaler (Berichterstatter Gemeinderat Breuer).

Brigittenau: Alois Simona, Baumeister; Gregor Göller, Schuhmacher; Jakob Schmidt, Ignaz Fuchs und Ferdinand Steinhauer, Gemischtwarenverschleißer (Berichterstatter Gemeinderat Sadilek).

Floridsdorf: Johann Döllner, Gärtner; Georg Taschler, Fleischhauer (Berichterstatter Gemeinderat Knoll).

Ferner wurde einer größeren Anzahl von Personen die Zuständigkeit bzw. die Zusage der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband verliehen.

Erhöhung der Erhaltungsbeiträge für Arme. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Dr. Haas die Höchstgrenze der Erhaltungsbeiträge für Arme, die nicht Bürger sind, von 34 K monatlich auf 38 K monatlich zu erhöhen. Ein ziffernmäßiger Vergleich über den Stand der Erhaltungsbeiträge ergibt, daß die Beträge in der Höhe von 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20, 24 und 28 K sich vermindert, dagegen jene in einer Höhe von 22, 26, 30, 32 und 34 Kronen sich bedeutend erhöht haben, so daß die Zahl der Pfründner in den obersten Stufen (26 bis 34 Kronen) um 2544 Köpfe zugenommen, in den unteren Stufen (6 bis 24 Kronen monatlich) dagegen um 4159 Köpfe abgenommen hat. Diese Ziffern beweisen, daß die durchschnittlichen Bezüge der Pfründner den Preisverhältnissen entsprechend angepaßt worden sind. Dazu kommt noch, daß viele Pfründner im Genusse eines staatlichen Unterhaltsbeitrages stehen, daß sehr viele von ihnen an der allgemeinen Ausspeisung, die ihnen ohne weiters zugänglich ist, teilnehmen und daß unter den außerordentlich vielen Mietzinsaushilfen, die in der letzten Zeit gewährt wurden, eine beträchtliche Zahl an Pfründner bewilligt worden ist. - In kürzester Zeit wird auch an eine Erhöhung der Erhaltungsbeiträge für Bürger geschritten werden.

Der heutigen Korrespondenz liegt die Gemeinderats-Vorlage über das Anlehen der Stadt bei.

71

Uebelstände bei der Schneesäuberung. Die vielfachen aber unter den obwaltenden Umständen zwecklosen Beschwerden aus der Bevölkerung über die mangelnde Schneesäuberung lassen es wünschenswert erscheinen, die Schwierigkeiten, mit denen die berufenen Stellen zu kämpfen haben, öffentlich darzulegen.

Vor allem fehlt es an Hilfskräften. Trotz der Erhöhung der Vergütung für die Schneearbeit finden sich viel zu wenig Leute ein, die sich zu dieser Arbeit verstehen wollen; die überwiegende Mehrzahl derer, die sich melden, besteht aus halbwüchsigen Leuten und Frauen, die der immerhin anstrengenden Arbeit nicht genügend gewachsen sind. Die Jugend der Mittel- und Bürgerschulen, die sich mit dankbar zu begrüßenden Eifer und löblicher Opferwilligkeit in den Dienst der Öffentlichkeit gestellt hat, reicht an Zahl nicht aus, die Tausende zu ersetzen, die in ruhigen Zeiten diese Arbeit geleistet haben. Auch hat Unverstand wieder viele schon geleistete Arbeit zunicht gemacht. So wird vielfach in die Rinnsale, nachdem sie eben erst freigelegt worden waren, der Schnee der Gehsteige wieder hineingekehrt. Die Reinigung der letzteren läßt viel zu wünschen übrig und eine schärfere Handhabung der bezüglichen Vorschriften muß platzgreifen, um den Belästigungen, denen der Fußgängerverkehr ausgesetzt ist, wenigstens in der Hauptsache abzuhelfen. - Der Magistrat hofft, das es schon in nächsterzeit gelingen wird, dem Mangel an Fuhrwerk abzuhelfen, der bisher eine Abfuhr der zahllosen Schneehaufen verhinderte. Versuche, Militärmannschaft für die Schneesäuberung zugewiesen zu erhalten, hatten leider unter den heutigen Umständen keinen Erfolg.

Die Magistrats-Abteilung 6 hat nachstehenden Bericht dem Bürgermeister erstattet: Da die Betriebsmittel des städtischen Fuhrwerksbetriebes sehr eingeschränkt sind, das Kohlenfuhrwerk, das er beistellt, ebensowenig verringert werden darf, wie das ohnehin schon unzulängliche Hauskehrfuhrwerk, so muß <sup>um</sup> einen sichtbaren Arbeitseffekt zu erzielen, das für die Straßensäuberung in Betracht kommende Fuhrwerk zur Gänze zur Abfuhr der Schneehaufen herangezogen werden. Die Arbeit der Schneepflüge ist wenigstens in den wichtigsten Straßenzügen, die ja unbedingt zuerst in Ordnung gebracht werden müssen, der Hauptsache nach geleistet, die

Kehrmaschinenarbeit setzt eine günstigere Temperatur voraus, die ein gründliches Waschen der Straße ermöglicht, und so ist es denn das zweckmäßigste, vor allem die Schneehaufen so rasch als möglich wegzuschaffen, die abgesehen von dem häßlichen das Straßenbild entstellenden Aussehen eine sanitäre Gefahr werden können, aber auch den Effekt jeder Säuberungsarbeit illusorisch machen, da das von ihnen abtauwende Schmutzwasser die Fahrbahn fortgesetzt verunreinigt.

In diesem Sinne wurde die Betriebsleitung bereits beauftragt.

Dem Mangel an Hilfskräften dürfte kaum in anderer Weise abzuhelfen sein als durch Erhöhung der täglichen Entlohnung auf fünf Kronen. Eine Akkordarbeit läßt sich wohl mit einem Unternehmer aber kaum mit einer Anzahl von einander unabhängiger Arbeiter vereinbaren. Eine entsprechende Aufsicht wird auch bei Taglohn die Ausnützung der Arbeitskraft sichern, bei unzulänglicher Aufsicht ist auch eine Akkordvereinbarung zwecklos.

Da militärische Hilfskräfte nicht zu erhalten sind, das Versorgungsheim die spärliche Anzahl geeigneter (ärztlich untersuchter) Pflüglinge zum Säubern im Innern des Anstaltsterritoriums des Versorgungsheims und Jubiläumspitals voll auf benötigt, das Arbeitsvermittlungsamts ebensowenig wie das Asyl- und Werkhaus auch nur halbwegs genügende Hilfskräfte in Aussicht stellt, wäre eine rasche öffentliche Veranbarung der Fünf-Kronen-Entlohnung das einzige Auskunftsmittel.

Gemäß diesem Berichte hat der Bürgermeister gegen nachträgliche Genehmigung des Stadtrates für die Arbeitsleistung bei der Schneebeseitigung ausnahmsweise und vorübergehend eine Entlohnung von fünf Kronen täglich verfügt.

72

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michien,  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Donnerstag, 22. Februar 1917. Nr. 72.

Neue Armenräte. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Wessely die Wahl des Leopold Böhm, Adolf Günther, Josef Haas, Hochwürden Karl Don Hollick, Leopold Kurzmayer, Ludwig Legat und Leopold Theimer zu Armenräten des 6. Bezirkes, nach einem Antrage des StR. Fraß die Wahl des Franz Lammel zum Armenrat des 7. Bezirkes und nach einem Antrage des StR. Zatzka die Wahl des Karl Hilscher zum Armenrat des 12. Bezirkes bestätigt. - Ferner wurde nach einem Antrage des StR. Angermayer die Wahl des Rudolf Doschek zum Obmann-Stellvertreter, des Rudolf Dürauer zum Schriftführer und des Norbert Mylius zum Schriftführer-Stellvertreter der 7. Sektion des Armeninstitutes Margareten bestätigt.

Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des VB. Hoß die Akzessisten des Zentral Wahl- und Steuerkatasters Josef Stöhr und Paul Wuketich zu Offizialen ernannt.

Lehrer-Ernennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola den Volksschullehrer 1. Klasse August Wunderlich zum Bürgerschullehrer, die Volksschullehrerin 2. Klasse Marie Sailer zur Volksschullehrerin 1. Klasse, den prov. Lehrer 2. Klasse Richard Wagner zum Volksschullehrer 2. Klasse und die prov. Lehrerin 2. Klasse Marie Baar zur Volksschullehrerin 2. Klasse ernannt.

Höchstpreise für Petroleum. Der Magistrat hat auf Grund des Statthaltereierlasses vom 19. Februar 1917 den Höchstpreis für Petroleum bei Absatz von Mengen bis einschließlich 10 kg oder 12 Liter Netto mit 61 h per kg und mit 50 h per Liter, bei Absatz von Mengen über 10 kg oder 12 l mit 54 h per kg und mit 45 h per Liter festgesetzt. Diese Preise gelten für den Verkauf im Laden ohne Zustellung. Die Verordnung tritt heute in Kraft.

Teuerungszulagen zu den Erhaltungsbeiträgen für arme Bürger. Die Wiener Bürgervereinigung ist an den Bürgermeister um eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Bürger-Erhaltungsbeiträge herangetreten. Im Stadtrate berichtete heute Vizebürgermeister Rain über diese Angelegenheit und es wurde beschlossen, vom 1. März angefangen, folgenden Teuerungszuschlag zu gewähren: Zu den Erhaltungsbeiträgen von 16 und 20 K je 4 Kronen, zu jenen von 24 K 5 Kronen, von 30 K 6 Kronen, von 36 K 7 Kronen und zu den Beiträgen von 40 K einen Zuschlag von 8 Kronen. Namens der Bürgervereinigung sprach Stadtrat Brauneiß dem Referenten den besten Dank dafür aus, daß diese Angelegenheit so rasch dem Stadtrate vorgelegt wurde.

Der heutigen Korrespondenz liegt die 30. Folge „Wien während des Krieges“ und das Verzeichnis Nr. 3 der Strafenkenntnisse bei.

Verteilung des Volksrindfleisches. Die Verteilung des Volksrindfleisches an die Mitglieder der Wiener Fleischhauer-Genossenschaft findet morgen (Freitag) in der Großmarkthalle in folgender Weise statt: in der Zeit von 9 bis 11 Uhr an die Nummern 201 bis 300, von 12 bis 2 Uhr an die Nummern 1 bis 100, von 2 bis 4 Uhr an die Nummern 101 bis 200.

Aus dem Bürgerklub. Unter dem Vorsitze des Regierungsrates Gh. Schmid fand heute eine Sitzung des gemeinderätlichen Bürgerklubs statt, in welcher Bürgermeister Dr. Weiskirchner über aktuelle Angelegenheiten und über die auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung stehenden Angelegenheiten berichtete. Einen breiten Raum des Berichtes nahm die Vorlage über die neue städtische Anleihe ein. An der Debatte beteiligten sich die Gemeinderäte Eglauer, Komrowsky, Wettengel, Dobek, Vizebürgermeister Hain, Gemeinderat Rotter und Gemeinderat Partik. Bericht und Antrag des Bürgermeisters wurden einstimmig zur Kenntnis genommen und dem Bürgermeister der Dank des Bürgerklubs für sein tatkräftiges Eintreten in der in Rede stehenden Angelegenheit ausgesprochen. Hieran anschließend wurden verschiedene Gemeindeangelegenheiten zur Sprache gebracht; an der Debatte hierüber nahmen die Gemeinderäte Goldeband, Schimek, Spalowsky, Kunschak, Wettengel, Hötzel, Illreich, Eigner, Körber, Partik und Wolny teil.

Vom freiheitlichen Verband. In der heute unter dem Vorsitze des Gemeinderates Dr. Hein abgehaltenen Sitzung des Verbandes der bürgerlich freiheitlichen Parteien erstattete der Vorsitzende zunächst einen Bericht über die in den letzten Obmannerkonferenzen abgehaltenen Beratungen. Dann teilte der Obmann Gemeinderat Dr. Hein mit, daß er namens des Verbandes aus Anlaß des 70. Geburtstages des Grafen Kielsmanegg an diesen ein Glückwunschsreiben gerichtet habe, in welchem er dessen große Verdienste um die Stadt Wien insbesondere um die Schaffung und Ausgestaltung von Großwien dankend hervorhob.

Ueber die Anlehensvorlage entwickelte sich eine lebhaftere Diskussion, an welcher sich die Gemeinderäte Dr. Granitsch, Dr. Mittler, Hohensinner, Neustädtl und Bezirksvorsteher Dr. Blassel beteiligten. Die Notwendigkeit der Beschaffung von Mitteln für die während und nach Schluß des Krieges erforderlichen Investitionen wurde allseitig anerkannt. Nach Besprechung von Approvisionierungsfragen und nach Erörterung der auf der Tagesordnung stehenden Referate wurde die Sitzung geschlossen.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, 1., Neues Rathaus.

74

27. Jahrg. Wien, Freitag, 23. Februar 1917. Nr. 74.

-----  
Aus dem Stadtrate. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Braun den Ankauf von Gründen in Simmering E.Z. 567 im Ausmaße von 5276 m<sup>2</sup> zum Einheitspreise von 3 K per m<sup>2</sup> genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schmid wurde zur Anschaffung eines staubfreien Luftfilters für die 4. Dampfturbine des Ueberlandkraftwerkes Ebenfurth ein Betrag von 12.673 Mark und für die Anschaffung von 160 Stück Reservetüchern ein Betrag von 6590 Mark bewilligt. Die Bestellung von 16 Selbstentladewagen für die Bahn Neufeld-Ebenfurth wurde genehmigt. - StR. Schwer beantragte die Anschaffung eines leichten Lastkraftwagens für die städt. Feuerwehr mit den Kosten von 21.780 K. (Ang.) Nach einem Antrage des StR. Tomola wurde der Ankauf des Buches „Kindergarten, Schüler- und Lehrlingshorte“ von Josef Langhammer für die Volks- und Bürgerschulen und Kindergärten genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Zatzka wurde beschlossen, die Marienfigur am Maria Immaculata=denkmal in Hietzing am Platz nach erfolgter Reinigung und Ausbesserung wieder aufzustellen. - Nach einem Antrage des StR. Grünbeck wurde die Versetzung der Einplankung des Hernalser Friedhofes anlässlich dessen Erweiterung mit einem Kostenbetrage von 4420 K genehmigt.

-----  
Reinigung der Gehwege von Schnee und Eis. Der Magistrat hat folgende Kundmachung erlassen:

1. In den Bezirken 1 und 3 bis 9 sowie in den verbauten Teilen der Bezirke 2 und 10 bis 21 sind nach jedem Schneefalle innerhalb der Zeit von 7 Uhr morgens bis 10 Uhr nachts die dem öffentlichen Verkehre dienenden Gehwege vor Häusern und Grundstücken, und zwar die gepflasterten bis zu einer Breite von 2 Metern, die anderen bis zu einer Breite von 1  $\frac{1}{4}$  Meter, von dem Eigentümer oder Verwalter des Hauses oder Grundstückes vom Schnee gründlich säubern und sofort ausgiebig mit Sand (ohne Steine) oder Asche bestreuen zu lassen. Ebenso sind die Gehwege bei Glatteisbildung zu bestreuen. Die nach 10 Uhr nachts entstandenen Schneedecken oder Eiskrusten sind bis 7 Uhr morgens vollständig, ohne daß Höcker hinterbleiben dürfen, zu beseitigen; bei Gefriertemperatur sind die Gehwege hierauf sogleich ordnungsmäßig zu bestreuen.

2. Es ist strengstens verboten, den Schnee oder die weggehackten Schnee- und Eiskrusten in die Rinnsale der Straßen zu kehren oder die Rinnsale auf irgend eine andere Weise zu verlegen.

3. Von den Dächern darf Schnee nur in den Zeiten geringen Verkehrs und nach vorheriger Abschränkung des Gehweges herabgeworfen werden; hiebei ist jede Beschädigung von Leitungsdrähten und öffentlichen Beleuchtungseinrichtungen zu vermeiden. Auf öffentlichen Verkehrsflächen darf Schnee von Dächern, aus Häusern und von Grundstücken nur mit Genehmigung der Gemeinde abgelagert werden.

4. Uebertretungen dieser Kundmachung werden mit Geldstrafen bis zu 400 K oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet.

Die k.k. Sicherheitswache und die städt. Straßen-Aufsichtsorgane sind beauftragt, die zur Reinigung der Gehwege Verpflichteten durch Läuten an der Hausglocke oder auf eine andere Art an die Befolgung dieser Kundmachung zu erinnern und Zuwiderhandelnde anzuzeigen.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michl  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Freitag, 23. Februar 1917. Nr. 75.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung vom 23. Februar.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner

macht folgende Mitteilungen:

Ueber meine Bitte hat Seine Majestät der Kaiser von Schreibtisch des verstorbenen Kaisers Franz Josef I. für das städtische Museum gewidmet.

Die Versammlung spricht hiefür den ehrfurchtsvollsten Dank aus. Feldmarschall Erzherzog Friedrich und Gemahlin haben den Gesamterlös aus dem Wildverkauf und den Jagdpachtgeldern ihrer österreichischen und ungarischen Herrschaften zu Gunsten der Kriegsfürsorge und für die notleidende Bevölkerung sowie für Wohlfahrtsinstitutionen gewidmet. Der Kammervorsteher der Erzherzogin Isabella macht hievon dem Bürgermeister Mitteilung und übermittelt den Betrag von 25.000 Kronen. In dem Schreiben wird gleichzeitig mitgeteilt, daß dem Vorschlag des Bürgermeisters, für die öffentliche Armenauspeisung 15.000 Kronen und für die Aktionen „Erststück für arme Schulkinder“, und „Wiener Kinder aufs Land“ je 5000 Kronen zu verwenden, zugestimmt wurde. — Die Versammlung drückt den ehrerbietigsten Dank aus.

Der Dichter Alfons Petzold richtet folgendes Schreiben an den Bürgermeister: „Alle Phrasen klingen einem schal und leer, wenn man das Herz voll des heißesten und ehrlichsten Dankes hat. So will ich hier nur mit wenigen, aber umso innigeren Worten Ihnen, hochverehrter Herr Bürgermeister und den Herren Stadt- und Gemeinderäten, für die gütige Verleihung der Ehrengabe danken. Sie legt mir neue, erhöhte künstlerische Pflichten gegenüber meiner Heimatstadt auf. Möge mein körperliches und geistiges Können an ihrem Erfüllen nicht versagen. Im Willen, das Letzte und Höchste meines Könnens zu erreichen, soll mein tiefster Dank liegen.“

Der Bürgermeister macht ferner Mitteilung von dem hochherzigen Vermächtnis der Hausbesitzerin Anna Bischof, welche ihr Vermögen im Werte etwa einer halben Million Kronen wohltätigen Zwecken gewidmet hat.

Gespendet haben:

Die Firma A. Gerngroß A.G. 25.000 K für die Armen Wiens;

Herr Josef Franz anlässlich seiner Ziviltrauung 100 K für die Armen Wiens;

Dr. Alfred Barber anlässlich seiner Ziviltrauung 50 K für die Armen Wiens;

Ein Ungenannteseinwillender anlässlich seiner Ziviltrauung 20 K für die Armen Wiens;

Gemeinderat Dr. Alfred Mittler 100 K für die Armen des 20. Bezirkes;

Generalrat Bernhard Wetzler 400 K, ein ungenannteseinwillender Wohltäter 150 K, Marie Grießler 80 K, Josef Mattl 50 K, Josefine Zettel 10 K für die Armen des 17. Bezirkes.

Der verstorbene Zentraldirektor Daniel Wälder hat der Bezirksvertretung für den 3. Bezirk zugunsten der Armen dieses Bezirkes einen Betrag von 4000 K testamentarisch vermacht.

Die I. österr. Donausand-Baggerungs-A.G. hat der städtischen Feuerwehr anlässlich der Hilfeleistung bei der Hebung des im Donaukanal gesunkenen Dampfers „Viktoria“ eine Spende von 300 K übermigt.

Kaiserlicher Rat Karl Heilingger hat auch heuer wieder zur Förderung des Kriegsgemüsebauers 3 Waggons Kunstdünger gespendet.

Der Bürgermeister erstattet folgenden Bericht:

Der Gemeinderat hat in der am Montag, den 12. Februar l.J. stattgefundenen Sitzung folgenden Beschluss gefasst: „Der Betrieb der städtischen Strassenbahnen ist bis zum Wiedereintritte normaler Kohlenversorgungsverhältnisse in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, sowie nach halb 9 Uhr abends gänzlich einzustellen. Nach dieser Zeit ist bei Bedarf ein Rundverkehr zur Verbindung der Vollbahnhöfe bis spätestens 12½ Uhr nachts vorzusehen. Der Stadtrats-Beschluss vom 10. Februar l.J. tritt nicht morgen Dienstag, sondern Donnerstag, den 15. Februar 1917 früh in Wirksamkeit.“ Im Sinne der von mir gegebenen Zusage haben nun Verhandlungen mit der Regierung stattgefunden. Sie begannen beim Arbeitsminister, bei welchem ich mit den Mitgliedern der Obmänner-Konferenz, den Gemeinderäten von Steiner, Dr. Hein und Reumann und dem Direktor der städtischen Elektrizitätswerke intervenierte. Ich wies auf die Bemühungen der Gemeinde bei den massgebenden Stellen hin, die Kohlenzufuhren zu den städtischen Elektrizitätswerken, sowie auch die Zufuhr der Hausbrandkohle zu erhöhen, deren Resultatlosigkeit die Gemeinde nunmehr nötige Massregeln wie die teilweise Einstellung des Strassenbahnverkehrs, sowie die Einstellung der gewerblichen und Industriebetriebe zur Nachtzeit durchzuführen, welche die Bevölkerung schwer treffen und in das gesamte Verkehrs- und Wirtschaftsleben bisher alle Entbehrungen und Unbilden des Krieges mit einem bewunderungswürdigen Patriotismus ertragen. Die neuerliche Belastungsprobe sei jedoch eine derart harte, dass doch Mittel und Wege gefunden werden müssten, diesem äussersten Schritt der Gemeinde im Interesse der Fortführung des Krieges und des Durchhaltens im Hinterlande zu vermeiden. Der Herr Arbeitsminister stellte seine weitgehendste Unterstützung der Förderung der Gemeinde in Aussicht, wies aber darauf hin, dass die Kohlenversorgungsfrage in erster Linie eine Kohlentransportfrage geworden sei, denn Kohle wäre hinreichend vorhanden, nur könne sie nicht zugeführt werden. In der Transportfrage sei aber einzig und allein das Kriegsministerium, beziehungsweise die Zentral-Transportleitung massgebend, weshalb eine Aussprache mit dem Kriegsminister unbedingt zu empfehlen wäre; er sei bereit, die Deputation zu Seiner Exzellenz, dem Herrn Kriegsminister zu führen. Dies geschah auch tatsächlich und ich fand mit den Mitgliedern der Deputation Gelegenheit, auch dem Herrn Kriegsminister den Standpunkt der Gemeinde zu betonen und in der entschiedensten Weise Abhilfe durch entsprechende Wagenbeistellung zu verlangen. Insbesondere stellte die Deputation die Forderung auf, dass mit Rücksicht auf den Umstand, als nicht mit Sicherheit auf eine Belieferung der Elektrizitätswerke aus Oberschlesien zu rechnen sei, Vorsorge getroffen werde, dass die Elektrizitätswerke ihren ganzen Kohlenbedarf der gegenwärtig etwa 1100 Tonen täglich betrage und darüber hinaus behufs Bevorrätigung noch ein Quantum von weiteren 80 Tonnen täglich mit Sicherheit aus dem Inlande erhalten. Wir baten daher den Kriegsminister um eine entsprechende Vorsorge wegen zuverlässlicher voller Wagenbeistellung und den Arbeitsminister um die Zuweisung der erforderlichen Kohlenmengen.

Von den beiden Ministern wurde das Entgegenkommen der bezüglichen Ministerien zugesagt, desgleichen auch vom Minister des Innern, zu welchem ich um die Mittagszeit telefonisch beschieden wurde und der zur Kenntnis brachte, dass Seine Majestät der Kaiser der Angelegenheit sein volles Interesse und seine Fürsorge zu widmen beabsichtige und bis 5 Uhr abends telefonisch Nachricht über den Stand der Angelegenheit verlangen habe. Noch am selben Nachmittage fand über Anordnung des Herrn Arbeitsministers eine Sitzung der Kohlenkommission statt, bei welcher den Anforderungen der Gemeinde Wien Rechnung getragen wurde.

Es erfolgte im Anforderungswege auf Grund des § 2 der Verordnung des Gesamtministeriums vom 11. November 1914 die Zuweisung von täglich 517 t Schwarzkohle aus dem Ostrau-Karwiner Reviere und 664 Tonnen Schwarzkohle aus dem nordwestböhmischem Reviere, zusammen von 1181 Tonnen fördertäglich, wobei angenommen wurde, dass fördertäglich 195 Tonnen Kohle aus Oberschlesien angeliefert werden. Dies ergibt zusammen 1376 Tonnen fördertäglich, welches Quantum einer kalendertäglichen Lieferung von 1180 t, wie sie die Gemeinde gefordert hat, entspricht. Für den Fall, als, was nicht anzunehmen sei, die Lieferung aus dem oberschlesischen Reviere eine geringere sein sollte, wäre das Fehlquantum allmonatlich seitens der Direktion der Elektrizitätswerke beim Arbeitsministerium anzusprechen. Der anwesende Vertreter des Kriegsministeriums machte die Eröffnung, dass, was die Wagenbeistellung anlangt, der Kriegsminister angeprönet habe, dass die städtischen Elektrizitätswerke im Ostrau-Karwiner Reviere bis auf weiteres vorfallen anderen zu beliefern sind und sich daher folgende Rangordnung ergebe: 1. Städtische Elektrizitätswerke Wien (Bravo), 2. Gaswerke Budapest, 3. Eisenbahnen- und Schifffahrts-Gesellschaften, 4. Pulver- und Munitionsindustrie, u.s.w.

Bezüglich des nordwestböhmischem Reviers hätte die Wagenbeistellung für die städtischen Elektrizitätswerke nach den Bestimmungen der Bezugsklasse Ia unbedingt voll zu erfolgen. Im Verfolge dieser Angelegenheit hat auch der Arbeitsminister 2 Beamte in das nordwestböhmisches Revier entsendet, um die Abfuhr der Kohle an die städtischen Elektrizitätswerke zu überwachen. In Anhoffnung einer entsprechenden Wirkung der von der Regierung ergriffenen Massnahmen hat der Stadtrat folgende Beschlüsse gefasst: Der Vollzug des Beschlusses des Wiener Gemeinderates vom 12. Februar l.J. betreffend die Betriebseinstellung auf den städtischen Strassenbahnen in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, wird bis auf weiteres aufgeschoben. Der frühere Betriebsschluss um halb 9 Uhr abends bleibt aufrecht; ebenso wird die Direktion der städtischen Strassenbahnen ermächtigt, in der verkehrsschwachen Tageszeit grössere Intervalle einzuführen.

Ich bitte diesen Bericht genehmigend zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafte Beifall).

Nun einige Worte über die trostlosen Zustände bei der Strassenüberung: Der Grund hiefür ist darin zu finden, dass die zur Säuberung der Strassen notwendigen Arbeitskräfte zum grössten Teile zur militärischen Dienstleistung einberufen sind. Wie gross die Schwierigkeiten sind, ergibt sich schon daraus, dass ich heute von 25 Kontrolloren nur 1 habe, und von 493 Kutschern stehen mir nur mehr 186 zur Verfügung. Allerdings hat mir das Militär vorübergehende 120 Kutscher zur Verfügung gestellt, allein unter Bedingungen, die den Wert dieses Angebotes bedeutend herabsetzen. Ich bekomme auch heute keine starken Männer mehr, sondern nur Greise, Frauen und unmündige Kinder. Die Erhöhung der Entlohnung hat auch gar keinen Effekt gehabt, denn einst war das Schneeschuafeln das Brot der Arbeitslosen, heute aber haben diese Gelegenheit, in geheizten Räumen zu sein und wer wird da auf die Strasse hinausgehen zum Schneeschuafeln? Es gibt zwar ausserordentlich tüchtige Fachmänner, die in den verschiedenen Tageszeiten ihre Meinung äussern, ich würde sie aber doch bitten, sich in meine Stellung zu versetzen und dann würden ihnen erst die Schwierigkeiten aufdämmern, die dieses Geschäft im Gefolge hat. Zu Beginn der Schneefälle haben wir noch 1000 Mann Militär erhalten, meine weiteren Bitten sind aber erfolglos geblieben aus Gründen, die ich hier nicht anführen kann. Was sich heute zur Arbeit meldet, ist minder geeignet, auch unterernährt und ich habe auch beinahe keine Aufseher mehr. Im 19. Bezirk ist nurmehr 1 Aufseher und der weiss nicht, wo er überall zuerst sein soll. Ein zweiter Uebelstand ist der, dass ich nichtmehr das nötige Fuhrwerk zur Verfügung habe, zum Schneehaufen abführen. Auch hier hat das Militär teilweise geholfen. Die Strassenbahn arbeitet Nacht für Nacht um einigermaßen auszu-

2  
elfen. Seit 31. Jänner hat die Strassenbahn in 14 Nächten rund 4000m<sup>3</sup> Schnee abgeführt. Sie wissen aber, dass wir nicht viele Strassenbahnwagen haben, auch brauchen wir sie zur Kohler Zuführung. Die Strassenbahn hat auch sehr grosse Schwierigkeiten um den gefrorenen Schnee wegzubringen. Wenn das Wetter wieder milder wird, wird sie gewiss auch dazu beitragen, die auch mir sehr peinlichen Uebelstände womöglich zu beseitigen, aber es sollten doch endlich einmal 30 Monate Krieg die Bevölkerung gelehrt haben, dass wir unter Verhältnissen leben, wie sie noch nicht da waren und unter Schwierigkeiten, die eben nicht bewältigt werden können (Lebhafte Zustimmung).

Schriftführer Gemeinderat Stangelberger verliest den Einlauf.

GR. Kunschak stellt folgende Anfrage: Die Einschränkungen im Verkehr der städtischen Strassenbahn haben zu einem Personalüberstand geführt, welchen Umstand die Direktion der städtischen Strassenbahn nun dazu benützt, die seit vielen Monaten aufgesammelten strafweisen Suspendierungen vom Dienste durchzuführen. Nachdem diese Suspendierungen einen immerhin beträchtlichen Teil der Bediensteten betreffen, hat sich das Strassenbahnpersonales eine lebhaftere Beunruhigung bemächtigt, die umso unliebsamer empfunden werden muss, als ja das Personal der Strassenbahn an den zahlreichen, durch den Krieg verursachten Sorgen ohnehin schwer genug zu tragen hat. Damit ist auch wiederum die Frage der Reform des bei der städtischen Strassenbahn eingeführten Strafsystems und der Strafvollzugspraxis in den Vordergrund getreten. Nach der geltenden Dienstordnung bestehen die Ordnungsstrafen in der Suspendierung vom Dienste im Ausmasse von einem bis zu dreiltagen, die Disziplinarstrafe im Ausmasse von 3 bis 8 Tagen. Der Antragsteller hat schon wiederholt im Wiener Gemeinderate auf die Unzweckmässigkeit und die Härten dieses Strafsystems hingewiesen. Zunächst wirkt die Suspendierung über das Mass empfindlich, weil sie mit einem fühlbaren Lohnentgang verbunden ist, wie er in gleicher Höhe bei Anwendung reiner Geldstrafen nie eintreten könnte. Ausserdem wirkt die Suspendierung sehr ungleichmässig, sie trifft den älteren Bediensteten mit dem höheren Lohne ungleich schwerer als den jüngeren Bediensteten, dessen Lohnausfall weit geringer sich darstellt. Was die Vollzugspraxis anlangt, so äussert sich diese darin, dass die Suspendierung nicht in kurzer Folge nach dem Urteilsspruche durchgeführt wird. Die Direktion sammelt die Strafen durch Monate hindurch auf und bringt sie dann in der verkehrsschwächeren Zeit, die fast regelmässig mit der für die Bediensteten wirtschaftlich ungünstigsten Zeit zusammenfällt, in rascher Aufeinanderfolge zur Durchführung. Durch diesen Vorgang wird die Strafe um ihre eigentliche erziehlige Wirkung gebracht, die doch darin bestehen soll, dass dem Bestraften Verschulden und Folge desselben sofort fühlbar werde. Andererseits wird die materielle Wirkung der Strafe in den meisten Fällen unberechtigterweise dadurch verschärft, dass den Bediensteten in einem kurzen Zeitraume ein Lohn- und Nebenverdienstentgang trifft, den sein Haushalt- das gilt besonders von der jetzigen Zeit- nicht zu ertragen vermag. Es wird gefragt: Ist der Herr Bürgermeister bereit, die Direktion der städtischen Strassenbahnen zu beauftragen:

1. Die Durchführung der Suspendierungen sofort auf ein erträgliches, nach der Ursache der Strafverhängung unbedingt erforderliches Mindestmass zu beschränken;
2. dem Gemeinderate in absehbarer Zeit eine, den Grundsätzen moderner und humaner Rechtsprechung angepasste Strafordnung zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich halte den Inhalt der Interpellation für sehr gerechtfertigt und hoffe, daß es gelingt, bei der Strassenbahn endlich eine moderne Form des Strafwesens einzuführen. Von dieser meiner Hoffnung haben aber diejenigen nichts, die jetzt unter dem „Sus“ leiden. Ich glaube daher der Zustimmung Aller sicher zu sein,

wenn wir eine Amnestie erlassen. (Lebhafte Zustimmung.) Erstens die am 23. Februar 1917 verhängten und an diesem Tage noch nicht zur Durchführung gebrachten Strafen der Suspendierung von Diensten werden a) bis zum Ausmasse von einem Tage nachgesehen, b) bei einem Ausmasse von mehr als einem Tage auf das halbe Ausmasse herabgesetzt. Der Vollzug der noch verbleibenden Strafen hat derart zu erfolgen, daß auf je 4 Wochen nur 1 Tag Suspendierung erfolgt. 2.) Ich weise die Direktion der städtischen Strassenbahnen an, darüber zu berichten, ob nicht den Bediensteten in erster Linie den Fahrern zwei Rasttage gewährt werden könnten, solange infolge der Betriebseinschränkungen, Personalüberstand besteht. Diese Rasttage wären als Urlaubstage im Sinne der Dienstordnung anzusehen und tunlichst im Anschlusse an den freien Tag zu gewähren. Ich hoffe, daß die Herren mit dieser meiner Verfügung einverstanden sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller stellt folgende Anfrage:

Es ist außer Zweifel, daß nach Kriegsende und sofort nach Beginn der Demobilisierung in Wien mit Rücksicht auf den langen Stillstand jeglicher Bautätigkeit eine außerordentliche Not an Kleinwohnungen sowie an entsprechenden Unterkünften für Einzelpersonen gegeben sein wird. Durch die Rückkehr vieler Tausender aus dem Militärdienste, sowie durch die Rückkehr zahlloser Familien, welche während der Kriegszeit Wien verlassen haben, wird die Nachfrage insbesondere nach Kleinwohnungen plötzlich außerordentlich steigen und wenn nicht rechtzeitig Vorsorge getroffen wird, können sich hieraus eine ganze Reihe größerer Nachteile für die Oeffentlichkeit sowie Schädigungen der Volkswirtschaft ergeben. Ich bin daher der Anschauung, daß auch die Gemeinde Wien im Rahmen des von ihr für die Friedenszeit doch zweifellos beabsichtigten großzügigen Wohnungsreformprogrammes bereits heute schon gewisse Vorbereitungen zur Linderung des von mir angedeuteten Notstandes treffen sollte, Ich gestatte mir nun darauf aufmerksam zu machen, daß es gegenwärtig in Wien eine ziemliche Anzahl von größeren und kleineren Kleinwohnungsbauten gibt, welche entweder ganz oder teilweise leer stehen oder von Behörden und Aemtern belegt sind, welche nur für Kriegsdauer amtieren oder welche für Kriegsdauer von den verschiedenartigsten Kriegsfürsorgeunternehmungen in Anspruch genommen sind. Ich würde es für empfehlenswert erachten, wenn die Gemeinde Wien die Frage in Erwägung ziehen würde, derartige Häuser in geeigneter Weise entweder selbst zu erwerben oder durch eine gemeinnützige Gesellschaft und zwar entweder durch eine erst zu gründende oder unter Benützung der bereits bestehenden ankaufen zu lassen, damit von Seiten der Gemeinde Alles Mögliche getan ist, um nach Kriegsende dem zu erwartenden ersten Ansturm möglichst gerüstet gegenüberzustehen und die zweifellos einsetzende Privatspekulation von vorneherein auszuschließen. Ich würde es ganz besonders empfehlen, wenn sich die Gemeinde Wien auch mit der Staatsverwaltung und jenen Fürsorgeanstalten in Verbindung setzen würde, welche gegenwärtig derartige Gebäude für Fürsorgezwecke benützen, wobei durch Uebernahme von Adaptierungen und Einrichtungsgegenständen gewiß bedeutende Ersparnisse erzielt werden könnten. Insbesondere kämen jene Gebäude, welche gegenwärtig Fürsorgezwecken dienen, bei Errichtung von ledigen Heimen sowie von Familienhäusern mit Gemeinschaftsküchen besonders in Betracht. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, durch den Magistrat in der angedeuteten Richtung mit größter Beschleunigung Erhebungen pflegen zu lassen und allenfalls nach deren Durchführung dem Gemeinderate entsprechende Anträge zu unterbreiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Anfrage verdient eine weitergehende und tiefere Behandlung, ich werde sie deshalb als Antrag behandeln und an den Stadtrat leiten.

GR. Herold stellt folgende Anfrage:

Es dürfte gerade jetzt sich die günstigste Gelegenheit darbieten, um die lang umstrittene BAU-ORDNUNG endlich zur Erledigung zu bringen, da die private Bautätigkeit und der Verkehr in Baugründen gänzlich ruht und der Uebergang in die neue Ordnung sich gänzlich ohne Erschütterung als später vollziehen könnte. Exzellenz hatten bereits schon voriges Jahr die Absicht, aus dem Gemeinderat einen Ausschuss zur Beschleunigung der neuen Bauordnung zu bilden. Es wird gefragt: Ob der Bürgermeister gewillt ist, den projektierten Ausschuss jetzt zu bilden und dessen Wahl im Gemeinderat damit zu verwirklichen?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich habe schon wiederholt im Gemeinderate erklärt, daß der Entwurf der Bauordnung im Arbeitsministerium liegt, da ich die Stellungnahme der Regierung kennen muß, bevor ich die Bauordnung hier im Gemeinderate behandeln lasse. Unter den heutigen Verhältnissen, da nämlich zu deren Gesetzwerdung ein kaiserliches Patent erwirkt werden muß, ist es unbedingt notwendig, die Stellungnahme der Regierung kennen zu lernen. Ich werde die Anfrage zum Anlaß nehmen, um im Arbeitsministerium die Stellungnahme der Regierung zu erwirken.

Gemeinderat Herold stellt folgende Anfrage: Die Polizeidirektion hat bereits vor Ausbruch des Krieges eine Gehordnung für Wien erlassen und eine Zeitlang deren Einhaltung durch das Publikum recht energisch durch ihre Organe verfolgt. Seit Kriegsausbruch ist jedoch wohl infolge Mangels an Wachpersonal von einer Verfolgung der bereits mit Erfolg ergriffenen Maßregel, Ordnung in unseren Straßenverkehr zu bringen, nicht mehr viel zu bemerken. Durch den Mangel an Fuhrwerk und die Verkehrseinschränkungen sind viele Personen gezwungen zu Fuß zu gehen, woraus sich der starke Passantenverkehr in den auch in normalen Zeiten frequenten Straßen erklärt. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister sich mit dem Polizeipräsidenten ins Einvernehmen setzen wolle, damit durch die Sicherheitswache das Publikum durch die Rufe: Links gehen! auf die Gehordnung aufmerksam gemacht werde. Auch könnte im Wege eines öffentlichen Appells das Publikum ersucht werden, an sehr frequenten Plätzen und Straßen durch die Rufe: Links gehen! die Polizeiorgane zu unterstützen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich glaube, daß ich nichts anderes tun kann, als diese Anfrage dem Polizeipräsidenten zur Kenntnis zu bringen.

Gemeinderat Eglauer stellt folgende Anfrage: Laut einer Verlautbarung im Frauenblatt der Montagszeitung „Der Morgen“ vom 19. Februar d.J. beabsichtigt die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs die Gründung einer auf Gegenseitigkeit beruhenden Krankenversicherungsanstalt und ladet die bürgerlichen Hausfrauen Oesterreichs zum Beitritt ein. Die „ROHOE“ stellt in diesem Aufruf gegen Entrichtung eines in drei Klassen abgestuften Monatsbeitrages von 3 bis 8 Kronen nach einer gewissen Karenzzeit für den Erkrankungsfall ein tägliches Krankengeld von 3.60 Kronen bis 6 Kronen, eventuell einen Operationsbeitrag von 200 K bis 400 K und für den Todesfall einen Beerdigungsbeitrag von 200 bis 400 K in Aussicht. Da hiernach die Notwendigkeit einer Krankenversicherungsanstalt für den selbständigen Bürgerstand vorliegt, private Versicherungsanstalten aber einigen Bedenken unterliegen dürften, es übrigens eine sozialpolitische Aufgabe des Gemeinwesens ist, hier fürsorglich einzugreifen und da namentlich die Gemeinde im Hinblick auf die Armenpflege ein besondere Interesse daran hat, wird der Bürgermeister gefragt: Ob er, um dem tatsächlichen Bedürfnisse an einer freiwilligen Krankenversicherung für den Wiener Mittelstand entgegenzukommen, geneigt sei, der Errichtung einer städtischen Krankenversicherungsanstalt für alle nicht versicherungspflichtigen Personen, vielleicht im Anschlusse an die bestehende städtische Leichenbestattungsversicherung näher zu treten.

Bgm. Dr. Weiskirchner : In der von dem Interpellanten an-  
geregten Sache haben schon vor Kriegsausbruch weitgehende Verhand-  
lungen stattgefunden, sind aber durch den Krieg unterbrochen worden.  
Sie werden bei Kriegsschluß wieder in Angriff genommen werden.

Gemeinderat Kunschak stellt folgende Anfrage: Der Krieg mit  
seinen gewaltigen Bedürfnissen, stellt auch an die Staatsfinanzen  
die schwersten Anforderungen. Es kann daher nicht überraschen, wenn  
die Staatsverwaltung die Bürger zu weitgehenden Steuermehrleistungen  
heranzieht. Die patriotische Einsicht und Opferfreudigkeit, welche  
die Wiener stets in hohem Maße betätigt haben, nimmt auch in diesen  
schweren Zeiten ohne Widerspruch die durch den Krieg bedingten  
Steuerlasten auf sich. Diese Tatsache sollte von der Finanzverwal-  
tung und deren Organen anerkannt und gewürdigt werden. Statt dessen  
wird aber, insbesondere im 13. Wiener Gemeindebezirke, eine Praxis  
geübt, die tiefes Unbehagen und allseitige Beunruhigung in der steuer-  
zahlenden Bevölkerung hervorgerufen hat. Die Fälle, in welchen Steuer-  
vorschreibungen erfolgen, die in den tatsächlichen Einkommensverhält-  
nissen keinerlei Begründung besitzen, mehren sich mit jedem Tag. Es  
erfolgen Einkommenseinschätzungen, welche nur als Kinder einer über-  
hitzten Phantasie bezeichnet werden können. Da ein solches Vorgehen  
der Steuerbehörden nicht nur, gerade jetzt zu vermeidende, Beunruhigung  
unter die Bevölkerung trägt, sondern auch in hohem Grade geeignet ist,  
das Vertrauen in die Behörden zu erschüttern und die Steuermoral zu  
untergraben, wird gefragt: 1. Ist der Bürgermeister bereit, die k.k.  
Finanz-Landesdirektion auf das oben geschilderte Vorgehen der Steuer-  
administrationen für den 12. und 13. Bezirk aufmerksam zu machen?  
2. Ist der Bürgermeister bereit, mit seinem Einflusse auf die Abstel-  
lung der gerügten Uebelstände hinzuwirken?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich werde diese Anfrage an die  
zuständige Stelle leiten. Es wäre sehr erwünscht, wenn bestimmte  
Fälle einer Uebersteuerung bekannt gegeben werden, damit eine Unter-  
suchung eingeleitet werden kann und Abhilfe geschaffen wird.

Gemeinderat Reumann stellt folgende Anfrage: Ist dem Herrn  
Bürgermeister bekannt, daß auch jetzt in der Zeit einer furchtbaren  
Teuerung aller notwendigen Bedarfsartikel die Direktion der städti-  
schen Straßenbahnen Suspendierungen vom Dienst über die Bediensteten  
verhängt, die eine empfindliche Kürzung ihrer gegenwärtig ganz unzu-  
reichenden Löhne bedeutet? Will der Herr Bürgermeister Kenntnis neh-  
men von einer Zuschrift eines Bediensteten der Straßenbahnen an die  
„A.Z. am Abend“ (veröffentlicht am 20. Februar d.J.), welcher von  
einer Suspendierung betroffen wurde, in der es wörtlich heißt:  
„Ich bin Vater von vier Kindern und mein Weib liegt seit fünf Wochen  
mit Magenleiden und hochgradiger Körperschwäche im Spital. Ich habe  
nun in kurzer Zeit schon zwei Tage Suspendierung, die schon über ein  
Jahr zurückdatieren und jedenfalls für die „große Zeit“, das heißt,  
für die Zeit der Not aufbewahrt wurden. Das macht am Zahlungstage bei  
ohnehin nur 28 Monatstagen einen Sonderabzug von 7 K 90 Heller. Was  
soll ich nun tun? Von meiner knappen Haushaltsrechnung gibt's keine  
Anstriche mehr, Reservefonds gibt's auch keinen; ich könnte daher nur  
die Kinder einmal des Nachts vor die Paläste der Reichen setzen!“ -

Will der Herr Bürgermeister endlich dahin wirken, daß die Härten,  
die in der Suspendierung liegen, während des Krieges wenigstens vermie-  
den und bereits ausgesprochene Suspendierungen über Ansuchen gänzlich  
aufgehoben werden?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Anfrage ist durch meine Beantwortung  
der Interpellation Kunschak erledigt. Ich konstatiere, daß mir die  
Anfrage Kunschak gestern 6 Uhr abends von ihm überreicht wurde, während  
ich die Anfrage des Herrn Gemeinderates Reumann erst heute erhielt.

Gemeinderat Reumann: Ich bin ganz damit zufrieden.

Gemeinderat Schlechter stellt folgende Anfrage: Offenbar durch  
die Einrückungen von Beamten der k.k. Steuer-Administrationen und von  
den städtischen Steueramts-Abteilungen sind die Vorschreibungen und  
die Zahlungsaufträge für die verschiedenen Steuergattungen schon im  
Jahre 1916 so im Rückstande geblieben, daß selbe erst gegen Ende des  
Jahres, ja manche erst Anfangs 1917 in die Hände der betreffenden  
Steuerträger gelangten. Es besteht nun allerdings die Vorschrift, daß  
so lange keine definitive Steuervorschreibung zugestellt wird, die  
Steuerraten nach der Gebühr des Vorjahres zu entrichten sind und  
werden daher bei solchen Zahlungen entweder Amtsquittungen und Ein-  
lagsbogen ausgestellt oder auf einem früheren Zahlungsauftrag bestä-  
tigt. Hierzu ist noch gekommen, daß die Kriegszuschläge erst im Laufe  
des Jahres 1916 eingeführt worden sind und daher unter solchen Ver-  
hältnissen für den Steuertrüge jede ordentliche Uebersichtlichkeit  
seiner Steuerpflichtung illusorisch wird. Bei diesen Umständen  
wird der Bürgermeister gefragt, ob er nicht geneigt wäre, an die  
k.k. Finanzlandesdirektion das Ersuchen zu richten, es möge im Jahre  
1917 möglichst Sorge getragen werden, daß die Zahlungsaufträge recht-  
zeitig zur Zustellung gelangen können.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die von dem Interpellanten gerügten Uebel-  
stände sind hauptsächlich auf den auch bei den Steuerbemessungsbe-  
hörden bestehenden Personalmangel zurückzuführen; auf Grund des mit  
der Finanz-Landes-Direktion in kurzem Wege gepflogenen Einvernehmens  
kann ich jedoch mitteilen, dass Vorkehrungen getroffen werden, die  
es ermöglichen, dass die Steuerträger in Zukunft ahetunlichst  
in den Besitz der Zahlungsaufträge gelangen; ob aber eine wesent-  
liche Besserung bei der Andauer des Personalmangels eintreten wird,  
kann wohl <sup>Kann</sup> mit Bestimmtheit behauptet werden. Jedenfalls werde ich  
die vorliegende Interpellation dem Präsidenten der Finanz-Landes-Direk-  
tion zur Kenntnis bringen.

H. Dr. Mittler stellt folgenden Antrag: In der öffentlichen Gemein-  
de-rats-sitzung vom 16. Juni 1916 habe ich an den Herrn Bürgermeister ge-  
stutzt auf die §§ 29 und 36 des Statuts für die k.k. Reichshaupt- und  
Residenzstadt Wien die Anfrage gerichtet, ob derselbe die Ergänzung-  
wahlen für den Stadtrat ohne weiteren Verzug vornehmen lassen wolle.  
Diese meine Anfrage wurde in einer völlig unachtlichen und unbefriedi-  
genden Weise beantwortet und ist auch heute, nach Verlauf von mehr als  
3 Monaten seit der gegenständlichen Interpellationsbeantwortung die  
Ergänzungswahlen für den Stadtrat, welcher inzwischen zwei weitere  
Mitglieder durch den Tod verloren hat, noch immer nicht vorgenommen.  
Es kann nicht genug bedauert werden, dass der Herr Bürgermeister unge-  
achtet, der ihm zweifellos obliegenden, von ihm beschworenen Verpflich-  
tung die Gesetze und insbesondere das Gemeindestatut genau und gewissen-  
haft zu beobachten, es seit Jahr und Tag geflissentlich unterlässt,  
die klare Vorschrift des Gemeindestatuts, wonach zweifellos die Ergänzung-  
wahlen für den Stadtrat jeweilig nach Eintritt einer Apertur sofort  
vorzunehmen sind, einzuhalten. Der Herr Bürgermeister hätte dafür zu  
sorgen, dass der Stadtrat stets aus 27 gewählten Mitgliedern bestehe  
und ist auch in früherer Zeit sowohl unter den liberalen als auch unter  
den christlich-sozialen Regime stets nach Ausscheiden eines Mitgliedes  
des Stadtrates die Ergänzungswahl ohne unnötigen Verzug vorgenommen  
worden. Der vom Herrn Bürgermeister in seiner Anfragebeantwortung be-  
rührte Umstand, dass der Gemeinderat vom September 1914 bis Februar 1916  
keine Sitzungen abgehalten habe, kann, wenn überhaupt, so doch nur für  
die Zeit bis Februar 1916 als Entschuldigung dienen. Seit dem über Be-  
treiben der Minorität im Februar 1916 erfolgten Zusammenritt des Wie-  
ner Gemeinderates ist mehr als ein Jahr vergangen und hat sich seither  
lediglich ereignet, dass zwei weitere Mitglieder des Stadtrates mit Tod  
abgegangen sind, sodass jetzt 6 Stadtratsmandate unbesetzt sind. Dieser

Zustand ist ein gesetzlich vollständig unzulässiger, die jeweilige Be-  
schlussfähigkeit des Stadtrates, ja die Gesetzlichkeit seiner Beschlüsse  
geradezu gefährdender. Der in der Gemeinderatssitzung vom 19. Dezember  
1916 gefasste Beschluss betreffend Vermehrung der Mitgliederzahl des  
Stadtrates auf 30, welcher bis heute nach Verlauf von mehr als zwei Mo-  
naten die erwartete Genehmigung der Regierung noch nicht gefunden hat,  
hat mit der von mir angeschnittenen Frage nicht das geringste zu tun  
und kann unmöglich zu einer weiteren Verschleppung des unaufschiebbaren  
Gegenstandes herangezogen werden. Ich stelle im Auftrage meiner Partei-  
genossen an den Herrn Bürgermeister die Anfrage: Ist der Herr Bürgermei-  
ster geneigt, die Wahl von sechs Mitgliedern des Stadtrates auf die Ta-  
gesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung zu stellen?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich glaube nach meiner innersten Ueberzeugung  
keine Ungesetzlichkeit zu begehen. Das Statut schreibt für die Vornahme  
von Stadtratswahlen keinerlei Termin vor. Ich berichtige übrigens, daß  
nicht sechs, sondern bereits 7 Stadtratsmandate erledigt sind und die  
Herren von der Majorität können die Erledigung schon erwarten. Wenn aber  
die Herren von der Minorität so drängen, daß die Stadtratsmandate be-  
setzt werden, bevor die Regierung unseren Beschluß sanktioniert hat,  
so werde ich bis zur nächsten Sitzung die Majorität des Gemeinderates be-  
fragen, was sie zu tun beabsichtigt und werde diesen Beschluß durchfüh-  
ren.

Gemeinderat Dr. Mittler: Die Majorität hat ja gar nichts drein-  
zureden. (Widerspruch bei der Mehrheit.)

Gemeinderat Solterer stellt folgende Antrag: Durch Jahre ist  
es bereits das Bemühen der städtischen Straßenarbeiter, eine Regelung  
ihrer Dienst- und Lohnverhältnisse zu erlangen, die für sie eine den  
Zeitbedürfnissen entsprechende Erleichterung in der Arbeitszeit bedeu-  
ten würde. Die mit Gemeinderatsbeschluss vom 18. Februar 1913 in Kraft  
getretene Regelung der Dienstverhältnisse des Straßensäuberpersona-  
les hat zwar auch eine tägliche Arbeitszeit festgesetzt, jedoch ent-  
spricht dieselbe nicht den Wünschen der Arbeiterschaft. Diese Arbeits-  
ordnung stellt nämlich fest, dass in der Zeit vom 16. März bis 14.  
Oktober die Arbeitszeit der Tagarbeiter um 6 Uhr früh zu beginnen  
und mit einer halbtündigen Ruhezeit in der Früh und nachmittags  
sowie einer Stunde Ruhepause zu Mittag um 6 Uhr abends zu enden habe.

Die hiemit festgelegte tägliche Arbeitszeit weicht von der in wieder-  
holten Petitionen erbetenen Arbeitszeit der Straßenarbeiter insoferne  
ab, als in allen diesen Petitionen die Arbeiter um die Festlegung der  
Sommerzeit mit 1. April bis 31. Oktober und um den Arbeitsbeginn um  
7 Uhr, bzw. falls dieser unthunlich wäre, um halb 7 Uhr früh bittlich  
wurden. Die erwähnte Arbeitsordnung hatte für die Arbeiter mehrerer  
Bezirke sogar eine Schlechterstellung in der bisherigen Arbeitszeit  
gebracht, indem der Arbeitsschluß an Samstagen in Winter um 4 Uhr, in  
Sommer dagegen um 5 Uhr nachmittags festgelegt wurde, während in den  
Bezirken an Samstagen durch das ganze Jahr die Arbeitszeit um 4 Uhr  
endete, andererseits indem an Sonn- und Feiertagen gegenüber dem bis-  
herigen Arbeitsschlusse um 12 Uhr bzw. längstens 1 Uhr mittags der  
Arbeitsschluß mit 2 Uhr nachmittags festgelegt wurde.

Die Arbeiterschaft war zwar bemüht, durch weitere Bitten und  
Vorsprachen an maßgebenden Stellen der Gemeindevertretung und des  
Magistrates eine Beseitigung der genannten Unvollkommenheiten der  
neuaufgestellten Arbeitsordnung zu erzielen, leider haben diese Be-  
mühungen bisher zu keinem Erfolge geführt. Es ist nun klar, daß die  
durch den jetzigen Krieg verursachte Verminderung des Arbeitsperso-  
nals eine Erhöhung der Arbeitsleistung jedes einzelnen Arbeiters zur  
Folge hatte. Andererseits ist aber auch durch den furchtbaren Mangel an  
Lebensmitteln und durch die bei dem ohnehin geringen Lohne eines Stra-  
ßenarbeiters unerschwingliche Teuerung und dadurch eingetretene Unter-

4  
ermäßigung der Arbeiter die Leistungsfähigkeit derselben derzeit so herabgesetzt, daß sie einer Arbeitszeit von 6 Uhr früh bis 6 Uhr abends, wozu für viele infolge der weiten Entfernung von ihrem Wohnorte nicht unbedeutende Märsche zum und vom Arbeitsorte kommen, nicht gewachsen sind. Schon das alleinige Bestreben, die Arbeiter bei dem geringen Lohne und der schmalen Kost und der erhöhten Arbeit zuteilung arbeitskräftig zu erhalten, verlangt Beschränkungen in der Arbeitszeit. Wie bei den Straßenarbeitern so liegen ähnlich die Verhältnisse bei den Gartenarbeitern. Mit Rücksicht auf diese Umstände wird der Antrag gestellt, die Sommerzeit für die tägliche Arbeitszeit bei Garten- und Straßenarbeitern mit 1. April bis 14. Oktober und die tägliche Arbeitszeit in diesem Jahresabschnitte mit 7 Uhr früh bis 6 Uhr abends, innerhalb welcher Zeit wenigstens 1 Stunde auf den Mittag zu entfallen habe, festzulegen. Hierbei wird noch erwähnt, daß die Festlegung des Frühbeginnes mit 7 Uhr umso leichter geschehen könnte, als ja nach der bestehenden Arbeitsordnung die Arbeitszeit der Nachtarbeiter um 7 Uhr früh endet, deshalb dringliche Straßensäuberungsarbeiten vor der erbetenen 7 Uhr-Stunde von den Nachtarbeitern vollzogen werden könnten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen. Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vize-Bürgermeister Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtet hierauf über die Aufnahme des 250 Millionen-Anlehens der Stadt Wien auf Grund des Landesgesetzes vom 15. Juli 1914. Es ist vielleicht eine günstige Fügung, dass wir noch eine Woche vor Ausbruch des Krieges die Sanktion für das Gesetz erlangt haben. Natürlich unterbrach der Ausbruch des Krieges die Möglichkeit der sofortigen Durchführung. Um aber für eine solche rechtzeitig gerüstet zu sein, erbat ich damals von der Regierung die Mündelsicherheit. Die Jahre 1914 und 1915 vergingen, ohne dass sich für uns die Möglichkeit bot, von der Ermächtigung Gebrauch zu machen. Im März des Jahres 1916 glaubten wir alle, dass doch endlich die Friedenshoffnung in absehbarer Zeit sich erfüllen werde, mit der wir die nötigen Mittel beschaffen wollten, um nach Friedensschluss mit jenen Arbeiten einzusetzen. Damals ist es trotz aller Bemühung nicht möglich gewesen eine fundierte Schuld zu erhalten. Ich konstatiere schon an dieser Stelle, dass die Kriegsanleihen von der ersten bis zur fünften alle 5½ % Zinsen haben und die Laufzeit derselben verschieden ist. Aber wenn ich denke, dass in den Jahren 1920, 1922, 1923, 1925 und 1930 sukzessive die Milliarden fällig sein werden, dann mag es wohl auf der Brust des Finanzministers wie ein Alpdruck erscheinen, ob er das alles wird zurückzahlen können. Aber auch für mich waren diese 100 Millionen Kronen Kassenscheine ein Alpdruck und auch ich war mir meiner Pflicht bewusst, sobald es nur die Zeitverhältnisse erlauben, dafür zu sorgen, dass wir sie in einer längerdauernden fundierten Schuld umwandeln können.

Die Verhandlungen hierüber gestalteten sich allerdings nicht so, wie die gestrige Arbeiterzeitung unter der Ueberschrift: „Die neue Anleihe von 250 Millionen“ schreibt: Am 19. Februar sei eine Sitzung gewesen, in der 3 Magistratsbeamte und der Länderbankdirektor Rotter als Vertreter aller Wiener Banken teilgenommen habe. Dieser habe namens seines Konsortiums einen Antrag gestellt und weiter sei nichts mehr gesprochen worden. Diesen Antrag des Bankdirektors empfiehlt der Bürgermeister zur Annahme. Jedenfalls ist es eine merkwürdige Art der Verhandlungen, der Bankdirektor macht ein Angebot und die Gemeinde schweigt dazu.“ Nun ich will die Notiz der Arbeiterzeitung nicht als einen Ausfluss der im Schatten des Burgfriedens blühenden Gehässigkeit nennen, sondern als einen Ausfluss von kindlicher Naivität bezeichnen, die sich der Herr Schriftleiter der Arbeiterzeitung über ein 250 Millionen Anleihen vorstellt. Nein, bereits im November vorigen Jahres habe ich die Verhandlungen mit der Länderbank begonnen, im Jänner 1. J. konkretisierten sich die Vorschläge, welche ich mit dem Vize-Bürgermeister Hierhammer, dem Ma-

gistratsrat Mayr eingehend beratschlagte und mir auch im Stadtrate eine prinzipielle Gatheissung holte. Dann folgten Verhandlungen mit der Regierung, welche sich anfänglich schwierig gestalteten, die aber dank dem Entgegenkommen des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Clam-Martinic und des Herrn Finanzministers Dr. von Spitzmüller zu einem befriedigendem Ergebnis führten. Ich spreche der hohen Regierung für dieses der Stadt Wien betätigte Entgegenkommen meinen herzlichsten Dank aus. Es ist begreiflich, dass ich nicht nur eine Konvertierung anstrebte, sondern auch eine höhere Anleihe zu erlangen versuchte.

Durch den so lange andauernden Krieg haben sich die Verhältnisse nämlich wesentlich geändert und können einerseits die Ziffern, welche dem Präliminare der Verwendungszwecke im Jahre 1914 zu Grunde gelegt waren, nicht mehr Stand halten, sie müssen erhöht werden, andererseits hat eben diese Länge des Krieges so viele Investitionen durch bald drei Jahre gehindert und neue Rekonstruktions- und Investitionsarbeiten nötig gemacht. Es ist daher notwendig im gesetzlichen Rahmen des Verwendungszweckes jene Arbeiten hervorzuheben, die nach der heutigen Voraussicht unmittelbar nach Kriegsschluss gebieterisch schleunige Erfüllung erheischen werden. Als erste und vorzüglichste Sorge der Gemeindeverwaltung wird die Instandsetzung unserer Strassen und Plätze gelten, welche im Laufe des Krieges furchtbar gelitten haben. Als erste Arbeit der Friedenszeit wird in Betracht kommen, die Kriegsschäden der Strassenkörper zu beseitigen, um dann auf die Erfüllung eines grossen weitausgreifenden Programmes für Strassenherstellung überzugehen, welches sich logisch und organisch an die Vorarbeiten anzuschliessen hat.

Für das grosse Programm rechnet der Stadtbaudirektor mit einem Betrage von 100 Millionen Kronen, der sich allerdings auf eine Reihe von Jahren verteilen wird. Wir müssen für die Baufortschritte bei der Aspang- und Brigittabrücke sorgen, der Umbau der Sofienbrücke steht bevor, die Erweiterung der Kronprinz Rudolfsbrücke und der Bau der dritten Marchfeldbrücke ist anzustreben. Notwendige Kanalisierungen können nicht mehr aufgeschoben werden. Es wird sowohl in diesem Belange wie auch in den anderen Verwaltungszweigen meine Pflicht sein die Aemter aufzufordern, die einschlägigen Projekte sobald als möglich fertig zu stellen, damit ich in die Lage komme, sie dem Stadt- und Gemeinderate zur prinzipiellen Genehmigung vorzulegen. Wir müssen sozusagen „auf Lager“ arbeiten.

Der Gemeinderat wird dann die Reihenfolge für die Ausführung der genehmigten Projekte bestimmen, wenn die Zeitverhältnisse die Ermöglichung ihrer Ausführung geschaffen haben.

Wir sind eben dann nicht weiter aufgehalten, die Arbeiten können sofort vergeben werden.

Bevor ich nun auf unsere Industrieunternehmung übergehe, muss ich noch betonen, dass wir auch auf dem Gebiete der Jugendfürsorge und der Tuberkulose-Bekämpfung, bezüglich letzterer ja schon im Stadtrate die Schaffung eines „Kaiser Karl-Tuberkulosen-Heims“ beschlossen wurde, Geldmittel zur Verfügung haben müssen.

Wenn ich nun auf die Industrieunternehmungen der Gemeinde übergehe, möchte ich darauf hinweisen, dass die Elektrizitätswerke eine weitestgehende Ausnützung der Maschinen auf sich genommen haben und dass sich Zillingdorf ausserordentlich bewährt hat. Wir werden nach dem Kriege bedeutende Investitionen vornehmen müssen, es wird aber auch unsere Pflicht sein, die Ueberlandzentrale Ebenfurt <sup>und</sup> Zillingdorf weitgehend auszugestalten. Wenn nicht, Mangel an Leuten in Zillingdorf geherrscht hätte, so könnte die Kohlennot in Wien nicht die scharfen Formen annehmen, weil wir aus Zillingdorf beziehen könnten. Das wird uns zwingen, die Gelegenheit zu benützen, beide <sup>auszu-</sup>gestalten, um von der Kohlenzufuhr unabhängig zu werden. Auch bei dem Wasserkräften wird es unsere Pflicht sein, dass die Enns- und Drauwirke einer Erledigung zugeführt werden. Es wird in der Zukunft nötig sein, mit der Kohle zu sparen und alles was in ihr an Energie oder an <sup>Wärme</sup> nützlichem enthalten ist,

Eine grosse Reihe von Investitionen wird auch bei dem Ausbau des Gaswerkes in Leopoldau auf 500.000 m<sup>3</sup> in 24 Stunden notwendig sein. Wir werden uns bemühen das Werk technisch auszugestalten.

Ich habe schon unlängst erwähnt, welche neue grosse Regiespesen uns die neuen Erhöhungen der Frachttarife für unsere Unternehmungen geschaffen haben.

Besonders notwendig muss für eine ausgiebige Erhöhung des Wagenparkes der Strassenbahnen gesorgt werden, um mit der grossen Ueberfüllung der Wagen zu brechen, welche den Fahrgästen die grössten Beschwerden und Unbequemlichkeiten, den Bediensteten einen sehr erschwerten Dienst und dem Unternehmen durch die Ueberlastung der Wagen grossen Schaden bereitet. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass unsere Strassenbahn eine <sup>weitere</sup> andere Funktion erhalten wird, nämlich, dass sie <sup>(in einem noch ausgedehnteren Masse wie bisher)</sup> die Lastenzufuhr <sup>(in gesetzlich zulässiger Weise)</sup> besorgen müssen. Das ist eine neue Seite des Strassenbahnbetriebes, die ausgestellt werden muss. Es wird eine Organisation geschaffen werden müssen, damit die Zustreifung von Bedarfsartikeln <sup>(ausgeführt)</sup> werden kann. Ich habe auch schon darauf aufmerksam gemacht, dass mit den schlimmen Schäden der Strassen auch der Bahnkörper gelitten hat. Dafür wird eine ausserordentlich grosse Investitionsanlage notwendig sein.

Das Investitionsprogramm vom Jahre 1914 hat auch schon die Ermächtigung für den Bau von Untergrundbahnen enthalten. Der Bau von Untergrundbahnen wird eine Notwendigkeit sein, insbesondere in Verbindung mit der Wohnungspolitik, denn wenn wir billiges Baugelände für Verfügung stellen wollen, müssen wir auch dafür sorgen, dass die Bewohner mit grösster Raschheit in den Kern der Stadt gelangen können. Im Jahre 1914 haben wir auf die Notwendigkeit dieser Neuschaffung hingewiesen, heute kann ich bereits dem Gemeinderate berichten, dass die Frage der Untergrundbahnen in ein akutes Stadium getreten ist. Das Berliner Konsortium unter der Führung der Firma Siemens & Halske hat bereits Pläne überreicht und diese werden in einem besonderen Büro des Stadtbaudirektors geprüft. Es ist auch notwendig, diese Arbeiten durchzuführen, weil eine ganze Reihe von Anlagen, die den Strassenkörper belasten, wie die <sup>Umlage</sup> von Kanälen und Kabelleitungen, heute schon so eingerichtet werden sollen, dass auch Platz für den Tunnel der Untergrundbahnen bleibt. Man spricht viel über die Rentabilität der Untergrundbahnen. Es ist aber zweifellos, dass eine <sup>zwei</sup> Millionen-Stadt dieses Verkehrsmittel nicht entbehren kann. Ich bin der Ueberzeugung, dass eine <sup>keine</sup> Betätigung an der Peripherie der Stadt einsetzen wird und es ist deshalb Pflicht der Gemeinde, dafür vorzusorgen, dass in absehbarer Zeit auch ein neues Verkehrsmittel geschaffen wird, um die Benützung der billigen Wohnungen an den Grenzen der Stadt zu ermöglichen. Ich bin mir dessen bewusst, dass ich nur eine Skizze über die Aufgaben gegeben habe, welche der Gemeindeverwaltung nach Friedensschluss bevorsteht. Das was ich vorausschauend skizziert habe, kann keine erschöpfende Darstellung sein, es kann aber auch keine Bindung sein, dann keiner von uns weiss es, wann der Krieg zu Ende sein wird und wie die Verhältnisse dann sein werden. Möglicherweise haben wir dann eine andere Auffassung über die Notwendigkeit und Dringlichkeit. Unsere ganze vorausschauende Politik hängt ja davon ab, wie die Demobilisierung durchgeführt werden wird, denn die Demobilisierung ist nicht wie es den Anschein hat, nur eine rein militärische Angelegenheit, sie ist eine wirtschaftliche Angelegenheit, weil ihre Wirkungen tief in das wirtschaftliche Leben eingreifen. Was nützen mir alle Projekte, wenn ich nicht die Arbeiter habe, die diese zur Durchführung bringen und in dieser Beziehung wird es Pflicht des Wiener Gemeinderates sein, zu achten, dass durch die Demobilisierung das wirtschaftliche Leben in Wien nicht geradezu gefährdet oder geschädigt werde.

Ich habe Ihnen hier offen den Standpunkt des Stadtrates dargelegt, erfüllen wir die Aufgabe einer vorausschauenden Stadtverwaltung und beschaffen wir rechtzeitig die Mittel, welche zur Durchführung unserer

Aufgaben nötig sind. Die Bedingungen des Anlehens erkläre ich für günstig und ich hoffe, daß auch Sie mit mir dieser Meinung sind. Scheuen wir nicht zurück diese Mittel zu beschaffen, denn wir wissen nicht, wie sich auf dem Finanzmarkte die Verhältnisse gestalten werden. Haben wir unser Haus bestellt, so können wir mit ruhigem Gewissen der Zukunft entgegensehen. (Lebhafter Beifall.)

GR. Dr. Granitsch Ich habe mich zur Anleihe kontra gemeldet, nicht, weil wir die Absicht haben, gegen die Aufnahme dieser Anleihe zu stimmen. Wir gehen von der Voraussetzung aus, dass die Gemeinde zu einem gewissen Zeitpunkt die Mittel beschaffen muss und wir wollen anerkennen, dass dieser Zeitpunkt jetzt gekommen sein mag. Freilich dürfen sie diesen Beschluss unsererseits nicht als ein Vertrauensvotum entgegen nehmen, was sie ja von uns auch gar nicht verlangen. Es wird sehr häufig das Wort vom Burgfriedens gebraucht. Ich glaube, dass gerade wir hinsichtlich des Burgfriedens sehr viel geleistet haben und wir erklären für die Aufnahme eine zweihundertfünzigmillionen Anlehens zu stimmen, obwohl der Stillstand noch immer kontrollos ist. Wohl haben wir von Ihnen einen Antrag bekommen und sie haben unsin Ansicht gestellt, dass wenigstens teilweise das berechtigte Verlangen der Opposition nach Vertretung im Stadtrate berücksichtigt werden soll. Ich bin überzeugt, dass Sie sich über die Verwirklichbarkeit dieser Zusage auch vergewissert haben, aber es ist merkwürdig, dass die Zustimmung noch immer nicht erreicht worden ist.

Bgm. Dr. Weisskirchner: Aber, d r dritte Ministerpräsident!

GR. Dr. Granitsch: Sie haben ja eben dem Ministerpräsidenten gedankt! Sie sind ja sehr gut mit ihm! Wenn sie Grund haben ihm zu danken, so sagen Sie ihm doch auch: Exzellenz, wir haben unser Wort gegeben, wir verlangen von Ihnen, dass Sie uns die Einlösung dieses Wortes ermöglichen. Ich bin ein ausserordentlich vertrauensseliger Mensch, ich habe für Sie alle eine ungemessene Hochachtung und Verehrung (Lebhafte Heiterkeit) aber es ist mir aufgefallen, dass Sie in dem Augenblicke, wo wir den Herrn Kollegen Hohensinner als Stadtratskandidaten genannt haben, einseitig gegen die Person Einwendungen erhoben haben und dass andererseits von diesem Moment ab, die Einlösung der Zusage, obwohl Ihnen der Ministerpräsident in gewisser Richtung sehr entgegenkommend ist, so schrecklich lange verzögert wird. Deshalb möchte ich von Ihnen auch anerkannt wissen, dass wir eine sehr energische Betätigung des Burgfriedens zeigen, wenn wir sagen, wir stimmen dieser Anleihe zu, obwohl wir wissen, dass sie so wie bisher in camera caritatis Ihre Angelegenheiten durchführen werden.

Auf die Einzelheiten der Anleihe übergehend führt der Redner aus; Die Frage der Rückkehr der Eingezogenen ist für die Gemeindeverwaltung von ausserordentlicher Wichtigkeit. Es werden sehr viele Menschen nach Wien fluten und ich bin überzeugt, dass auch ein Grossteil landwirtschaftlicher Arbeiter von der Front in die Grossstadt zurückkehren wird. Gerade diese Idee aber bestimmt mich, dass es vielleicht wirklich jetzt mitwendig ist, sich eine grosse Geldsumme bereit zu halten, um damit im entscheidenden Augenblicke einzugreifen. Die Ueberfüllung der Grossstadt, die geringe Bütätigkeit in den letzten Jahren bedingen, dass wir unser Augenmerk darauf richten, Unterkünfte zu schaffen und eine erfolgreiche Wohnungspolitik zu treiben. Ueber die Strassenbahn will ich keine Kritik üben, aber die derzeitigen Verhältnisse erinnern an die schlimmsten Zeiten der Vergangenheit. Unsere Strassenbahn kann heute allein den Verkehr nicht mehr bewältigen, die Stadtbahn ist leider verhaat, und darum ist das allerwichtigste, wenn man die Entwicklung der Stadt nicht auf Jahrzehnte hinaus hemmen will, die Vorbereitung der Schnellbahn. Wir wollen hoffen, dass sich diese Schnellbahnen rentieren werden, aber selbst wenn sie sich nicht rentieren würden, müssten sie doch gebaut und mit der Strassenbahn verbunden werden. Gewiss ist auch die Einrich-

tung von Autobuslinien eine Notwendigkeit, aber Autobusse sind kein Massentransportmittel. Was die Auslagen für die Strassen betrifft, so möchte ich in Verbindung damit eine Lieblingsanregung von mir vorbringen. Ich habe schon so viele Jahre, so lange ich notdürftig geduldet unter Ihnen bin, immer darauf hingewiesen, dass die Abschaffung des Mistbauers eine Notwendigkeit ist. Es geht mir so, wie dem seeligen Dr. Roser bei der Abschaffung des Lottos. Ich bin aber in der Lage auf eine Zusage des Bürgermeisters zu verweisen, leider ist der Krieg gekommen und der Mistbauer ist noch immer da.

Ich möchte mir erlauben, noch einen Punkt zu berühren. Am Schlusse des Berichtes steht, dass die Mehrbelastung der Gemeinde vorläufig keine allzudrückende ist, späterhin aber eine finanzielle Neuordnung auch im Gemeindehaushalte nicht wird vermieden werden können. Dieser Satz ist eine Ankündigung, dass auch für die Bedürfnisse der Gemeinde der Säckel der Bewohner stark in Angriff genommen werden wird. Auch wir Oppositionelle sind nicht so begriffstüchtig, um nicht einzusehen, dass diese Ankündigung einer gerechtfertigten Notwendigkeit entspringt. Ich hoffe nur, Sie werden sich mit uns vereinigen .....

GR. Rotter : Kriegesgewinner heraus !

GR. Dr. Granitsch : ~~Neuen~~ <sup>Neuen</sup> Lasten auf die Schultern jener zu laden, welche sie leichter ertragen können.

GR. Rotter : Was werden Ihre Wähler dazu sagen ?

GR. Dr. Granitsch : Wenn Sie die Wähler der Inneren Stadt dabei kräftig anfassen, werde ich gewiss auch dafür sein und kein einziger wird mir deswegen eine Stimme versagen, weil sie die Notwendigkeit einsehen werden. Schliesslich möchte ich mir erlauben, noch einen Wunsch recht energisch zum Ausdruck zu bringen. Die Bevölkerung trägt mit einer beispiellosen Opfermut alle Folgen der Kriegszeit, sie erfüllt ihre Pflichten voll und ganz und da muss denn doch gesagt werden, dass die Rechte dieser Bevölkerung nicht in gleicher Weise berücksichtigt werden. Wir im Gemeinderate tagen seit einem Jahr und die Debatten haben sich gerade seither in einer so würdigen Form abgespielt, dass jeder von uns stolz darauf sein kann. Das Recht des Volkes aber auf seine Staatsgrundgesetze, das Recht auf das Parlament wird trotz aller Versprechungen der Regierung noch immer vorenthalten. Wir haben kein Recht, in all den grossen Fragen mitzubeschliessen und deswegen möchte ich diesen Anlass benützen, um hier dagegen kräftigt zu protestieren; wenn ich auch weiss, dass morgen an Stelle dieser paar Worte wieder ein schön geputzter weisser Fleck in den Zeitungen stehen wird. Wir stimmen für die Anleihe nicht als Vertrauensvotum für Sie, sondern als Huldigung für die Bedürfnisse unserer geliebten Vaterstadt und ich schliesse mit dem Wunsche, dass Sie das Darlehen mit Verstand und in ernstester Absicht für das allgemeine Wohl verwenden.

GR. Regierungsrat Schmid : Ich gebe hier namens des Bürgerklubs die Erklärung ab, dass wir einhellig für die Anträge des Bürgermeisters stimmen werden und mit der Begründung der vorliegenden Anträge vollinhaltlich einverstanden sind. Kein Mensch kann wissen, wie sich die Verhältnisse am Geldmarkte nach Kriegsschluss gestalten werden, denn nicht nur der Staat sondern auch die Länder und Gemeinden werden kolossale Aufwendungen machen müssen, um die Kriegsschäden zu beheben. Wenn wir auf die Zeit bis 1921 zur Rückzahlung der Kassenscheine gewartet hätten, würden wir vielleicht auf Gnade und Ungnade den Finanzmächten ausgeliefert gewesen sein. Wenn wir statt dessen jetzt ein langfristiges Anlehen bewilligen, müssen wir dies schon darum als gerechtfertigt bezeichnen, weil wir dafür Investitionen schaffen, die auch für die künftigen Generationen nutzbar sein werden und man billiger Weise verlangen kann, dass auch die Kinder und Enkel an der Verzinsung und Tilgung dieses Anlehens teilnehmen. Schliesslich müssen wir ja nach Kriegesschluss nicht bloe für Investitionen, sondern auch für Arbeits-

gelegenheiten für Hunderttausende heimkehrender Krieger sorgen, für die der Staat allein nicht aufkommen kann. Der Redner bespricht dann, die einzelnen Punkte des Investitionsprogrammes und sagt über das Anlehen selbst, wir begrüssen dieses Uebereinkommen auch aus dem Grunde, weil es uns sehr günstige Bedingungen bietet.

Der 4 1/2 %ige Zinsfuss, den wir erzielt haben, ist ein Erfolg, den noch vor kurzer Zeit niemand für möglich gehalten hätte. Wir verdanken dieses günstige Ergebnis gewiss der grossen Geldflüssigkeit, nicht minder aber der grossen Kreditfähigkeit der Stadt Wien. (Lebhafter Beifall) Nicht bloe weil die Gemeinde Wien über grosse Vermögenswerte verfügt, sondern auch weil sie eine treffliche Verwaltung hat (neuerlicher Beifall), wird ihr grosses Vertrauen entgegengebracht. An die Spitze der Gemeindevertretung steht ein ausgezeichnete Mann und er wird die Beschlüsse, die heute gefasst werden sollen, so durchführen, dass die Kriegsschäden geheilt und die Entwicklung der Stadt Wien in jeder Beziehung in zufriedenstellender Weise vorbereitet wird. (Lebhafter Beifall)

GR. Ignatz Fischer spricht über die Verwendung der aufzunehmenden Gelder und behandelt zunächst den Bau der Untergrundbahnen, Ueber deren Trasse den Ausgangs- und Endpunkt der Linien, sowie über deren Führung sei nichts bekanntgeworden. Es sei zu befürchten, dass der zweite Bezirk, der schon bei dem Bau der Stadtbahn so stiefmütterlich bedacht wurde, wiederum zu wenig berücksichtigt werde. Es wäre also die Trasse der Untergrundbahnen im Einvernehmen mit den Bezirken festzusetzen. Im Allgemeinen wäre zu fordern, dass die Untergrundbahnen überall Anschluss an die Vollbahnen haben. Redner bespricht dann in ausführlicher Weise den geplanten Bau des Westbahnhofes, wünscht die Umwandlung des Süd- und Ostbahnhofes in einen modernen Zentralbahnhof und bespricht sodann die unzulängliche Anlage der Güterbahnhöfe.

VBGM. Hierhammer : Ich bitte den Herrn Gemeinderat doch zur Sache zu sprechen.

GR. Ig. Fischer weist darauf hin, dass ihm über das Thema zu sprechen Herzenssache gewesen sei.

GR. Eglauer findet, in der Tatsache des Angebotes von 250 Millionen Kronen im gegenwärtigen Zeitpunkte ein Zeichen vollen Vertrauens auf die finanzielle Wirtschaft und ein Zeichen ungeschmälerter Vertrauens in die Finanzkraft der Gemeinde Wien. Das Bankkonsortium habe das Anbot nicht aus Lokalpatriotismus gestellt. Die Gemeindeverwaltung handle klug, wenn sie das Anbot annimmt, denn es seien offenbar disponible Gelder, die da angeboten werden. Wenn es sich darum handelt, Investitionen zu schaffen, so ist es klar, dass diese nicht nur uns, sondern auch unseren Nachkommen zu Gute kommen. Die Gemeindeverwaltung tut klug, wenn sie das Anbot annimmt und es gebührt dem geehrten Herrn Bürgermeister Dank und Anerkennung, dass er es mitten im Kriege verstanden hat, ein kurzfristiges 5 1/2 %iges Anlehen nicht allein zu fundieren, sondern auch zu konvertieren. Redner sieht darin einen Uebergang zur Friedenswirtschaft und glaubt keine Fehlbitte zu tun, wenn er die verehrten Herrn Kollegen bittet, für die Anträge des Stadtrates einzutreten und dem Bürgermeister die Anerkennung auszusprechen.

GR. Melcher betont in seinen Ausführungen, dass der Betrag, der für Neu- und Umpflasterungen der Strassen eingesetzt sei, zu niedrig bemessen sei, wohl deswegen, weil die Mittel auch für andere Zwecke zur Verfügung stehen müssen. Redner erwähnt die in der Vorlage enthaltenen Ankäufe von Schotter und Steinbrüchen und gibt seiner Meinung Ausdruck, davon abzusehen.

Der Redner äussert zum Schlusse verschiedene Wünsche und begrüsst es, dass aus der Anleihe auch 8 Millionen Kronen der Jugendfürsorge zugewendet werden sollen.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Bez. Verst. Dr. Blasel hat sich zum Worte gemeldet, ich bin aber leider nicht in der Lage ihm das Wort zu teilen, nachdem im Sinne des § 91 G.O. in dieser Angelegenheit Bez.-Vorsteher nicht zum Worte gelangen können.

B.V. Dr. Blasel: Das ist eine Gesetzesverletzung und gegen diese Gesetzesverletzung werde ich auch die Beschwerde an die Statthalterei erheben. (Zwischenrufe bei den Fortschrittlichen). Sie haben schon einmal eine Gesetzesverletzung begangen, indem Sie mir den Eintritt in den Saal verweigert haben. Sie haben auch damals den Kürzeren gezogen. Das ist eine Gesetzesverletzung und Vergewaltigung, die ich mir nicht bieten lasse. (Lärm und zahlreiche Zwischenrufe).

Bez. v. Dr. Blasel: Das schaut ja ganz so aus, als ob Sie Angst hätten. Jawohl eine Angst haben Sie.

GR. Hohensinner: Das ist der Burgfriede!

V.-Bgm. Hierhammer: Ich bitte um Ruhe, ein solches Vorgehen ist mit der Würde des Gemeinderates unvereinbar. (Anhaltender Lärm und zahlreiche Zwischenrufe).

GR. Hohensinner: Wie soll man denn beraten, wenn man nicht reden darf.

GR. Stein: Das ist unerhört! Seit Jahren schneiden Sie den Oppositionen das Wort ab.

GR. Hohensinner: das ist der Burgfriede, unerhört!

Vize-Bgm. Hierhammer: gibt wiederholt das Glockenzeichen und ruft schliesslich den GR. Hohensinner zur Ordnung.

(Andauernder Lärm und Zwischenrufe).

GR. Hohensinner: Das ist unglaublich!

(Neuerlicher Lärm).

Unterdessen hat GR. Rykl den Antrag auf Schluss der Debatte gestellt über den auch abgestimmt wird und der zur Annahme gelangt.

B.V. Dr. Blasel: Abstimmungsmaschine! (Rufe bei der Mehrheit: Schweiger Sie!).

B.V. Dr. Blasel: Das ist eine Vergewaltigung!

GR. Müller: Was reden denn Sie da! Sie haben gar nichts zu reden.

B.V. Dr. Blasel: Ich habe das Recht hier zu sein.

GR. Stein: Nehmen Sie sich in acht!

GR. Dr. Granitsch verliert im Lärme den § 91 der G.O.

Vize-Bgm. Hierhammer: Behalten Sie Ihre Weisheit für sich!

GR. Dr. Granitsch: Ich weiss es ja, aber Sie wissen es nicht!

GR. Hohensinner: Sie fürchten sich vor Dr. Blasel! Hoch der Burgfriede!

Vize-Bgm. Hierhammer ruft nacheinander die GR. Stein, Hohensinner, den B.V. Dr. Blasel und den GR. Hötzl, der ebenfalls zahlreiche Zwischenrufe macht, die aber im Lärm unverständlich bleiben, zur Ordnung.

GR. Hohensinner: So behandelt man einen Mann, der von der Front kommt.

Mitten im Lärm hat GR. Angermayer, um den sich die Majorität schart, das Wort ergriffen, langsam legt sich auch der Lärm und die Erregung im Saale und GR. Angermayer kann seine Ausführungen fortsetzen.

Er führt aus, dass die Vorlage des Stadtrates in 2 getrennte Teile zerfalle, in ein Umtauschgeschäft und in ein neues Investitionsanlehen. Redner bespricht eingehend beide Teile.

Die Aufnahme des Anlehens hat auch eine sozialpolitische Bedeutung. Durch rechtzeitige Beschaffung der notwendigen Geldmittel gewinnt das ganze Investitionsanlehen Körper und es wird der praktischen Durchführung zugeführt. Es wird bewiesen, dass Wien vor und während des Krieges eine grosszügige weitausschauende Sozialpolitik getrieben hat, die insbesondere durch die Beschaffung der Mittel für die Zukunft gekrönt wird. An allen in Betracht kommenden hochwichtigen Fragen hat die Gemeindeverwaltung ruhig und rastlos gearbeitet. Es muss gesagt werden, dass die Lösung dieser

Fragen fortschreitet und die Durchführung, wenn der Krieg sein Ende hat in Angriff genommen werden kann. Dadurch kommt die Gemeinde Wien auch in die Lage Arbeit und Verdienst zu schaffen. Die Gemeinde Wien hat einen Beweis geliefert, dass die Autonomie zum Heil und Segen der Bevölkerung ausgenützt wurde. Diese Autonomie will man beschneiden. Es sind Mächte schon lange am Werke, die Autonomie der Gemeinde und Länder zu gefährden. Redner betont, dass alle wie ein Mann hinter dem Bürgermeister stehen werden und dass die der Gemeinde zuerkannenden Rechte, von welcher Seite immer gegen dieselben Anspruch erhoben werde, mit der zu Gebote stehenden Kraft zu verteidigen seien. Das Vertrauen dem Bürgermeister auszusprechen sei heute nicht mehr notwendig, aber sagen müssen wir dem Bürgermeister, „Herr Bürgermeister, harren Sie aus im Kampfe um die Autonomie der Gemeinde“. Die Gemeinde wird jederzeit wie ein Mann hinter Ihnen stehen“.

GR. Emmerling bespricht zunächst das Vorgehen des Präsidiums, dem Bezirksvorsteher Dr. Blasel das Wort nicht zu erteilen. Nach der Geschäftsordnung hätte er das Recht zu sprechen und selbst bei der engherzigen Auslegung, dass ein Bezirksvorsteher nur über Bezirksangelegenheiten sprechen dürfe, hätte der Vorsitzende abwarten sollen, worüber Dr. Blasel sprechen wird. Die Scene war jedenfalls nicht schön und sie zu vermeiden wäre Pflicht des Präsidiums gewesen.

Der Redner wendet sich dann mit scharfen Worten dagegen, dass bei jeder Gelegenheit einem Einzelnen der Dank ausgesprochen werde, sowie es heute schon mehrmals der Fall war. Es habe dies für den Bürgermeister selbst den Nachteil, dass er auch dann, wenn irgendwo Uebelstände sind, allein verantwortlich überall betrachtet wird. In der jetzigen Zeit, in welcher alle arbeiten und sich mühen, wären diese Danksagungen in manchen Belangen geradezu lächerlich. Wir haben uns in der Vorwoche bemüht, hier im Gemeinderate eine Lösung der Strassenbahn-schwierigkeiten zu finden, es wurde der Dank dem Bürgermeister, dem Arbeitsminister, den Direktoren ausgesprochen und nach einigen Tagen hören wir, dass in der Sache eigentlich gar keine Besserung eingetreten ist. Heben wir uns die Danksagungen auf, bis die Arbeiten abgeschlossen sind. Erst dann soll jedem sein Verdienst bemessen werden. (Beifall bei der Minderheit)

Zur Sache übergehend bemängelt der Redner, dass heute, 8 Monate nach Schluss des Verwaltungsjahres 1915/16 uns über das Ergebnis des zweiten Kriegesjahres nicht eine einzige Ziffer bekannt ist. Wir wissen auch nichts über die Verwendung der im Betrage von 100 Millionen aufgenommenen Kassenscheine.

Ich glaube, dass auch die Finanzlage der Gemeinde Wien Mitanlass ist zur Begebung der Anleihe, weil sie eine Reihe von Ausgaben, die in die ordentliche Gebarung gehören und durch die ordentlichen Einnahmen gedeckt werden sollen, aus Investitionen bestreiten. Sie machen das schon seit Jahren und jetzt im Kriege sind sie vielleicht noch mehr dazu gezwungen. Der Abschluss 1914/1915, der nur einige Kriegsmonate umfasst, weist schon eine Mindereinnahme bei der ordentlichen Gebarung von 3.2 Millionen, bei der ausserordentlichen Gebarung 20.6 Millionen Kronen, zusammen also 23.8 Millionen Kronen gegenüber dem Vorjahre aus. Wie wird sich da erst der Abschluss 1915/1916 stellen, der vollständig vom Kriege erfasst ist und wo die Kriegsfolgen schon so arge geworden sind. Wir wissen auch gar nicht, wie die 100 Mill. Kronen Kassenscheine verwendet worden sind und weil ich annehme, dass der Rechnungsabschluss noch lange auf sich warten lassen wird, so erlaube ich mir den Antrag zu unterbreiten: Dem Gemeinderate ist in der nächsten Sitzung sowohl der Ausweis über die Verwendung der 100 Mill. Kronen Kassenscheine als auch über die Kosten des Anleihendienstes vorzulegen. Die Neuordnung der Dinge nach dem Kriege bedingt es wohl, dass Sie mit der alten Art derartige Dinge durchzuführen brechen und endlich einmal allen Parteien des Gemeinderates die

Möglichkeit geben, an den Geschäften des Gemeindehaushaltes teilzunehmen. Allerdings ist die Hoffnung hierauf gering, denn es hat sich ja heute wieder gezeigt, dass Sie sofort zu Ihrer alten Erregtheit zurückkehren, wenn irgend Jemand ein schärferes Wort zum Ausdruck bringt. Redner erwidert auf die vom Herrn Bürgermeister über die Notiz in der Arbeiterzeitung erwähnte Kritik und bemängelt einige Sätze in der Vorlage des Stadtrats in stilistischer Beziehung. Des weiteren widerspricht er dem GR. Angermayer bezüglich seiner Ausführungen über die günstige Verzinsung. Auch auf die Gefahren der Demobilisierung und die verschiedenen Ansichten über die Durchführung derselben weist der Redner hin. Am Schlusse seiner Ausführungen bittet Redner nicht so vorzugehen, dass die Herren sagen „wir haben das gemacht“, sondern man solle die Arbeiten auch dem Gemeinderate vorlegen. Redner betont, dass er nicht gegen die Vorlage stimmen werde trotzdem seiner Partei die praktische Mitarbeit an der Vorlage nicht gewährt habe, weil er der Meinung ist, dass man alles tun müsse, um es den Wienern zu ermöglichen, ein möglichst erträgliches und menschliches Dasein nach dem Kriege zu führen.

BGM. Dr. Weiskirchner zum Schlussworte: Mit Rücksicht auf den vorzeitigen Betriebschluss der Strassenbahnen und um den Kollegen noch die Heimfahrt zu ermöglichen, will ich mich nur ganz kurz fassen. Bezüglich der Ausführungen des Gemeinderates Dr. Granitsch will ich folgendes sagen; „Graf Stürkh hat mir versprochen den Gemeinderatsbeschluss wegen Vermehrung der Stadtratsmandate dem Kaiser vorzulegen. Es kam dann Minister Dr. von Körber, welcher Bedenken vorbrachte und dann Graf Clam-Martiniz, dessen Anschauungen mir in dieser Sache noch nicht bekannt sind. Es ist ein Unterschied ob in diesem Falle von der Regierung eine förmliche Genehmigung auf Grund eines Landesgesetzes erfolgt, oder aber ob ein kaiserliches Patent praeter legem erfließt. Bei den wechselnden Ministerpräsidentenschaften kann ich nichts dafür, wenn da verschiedene Anschauungen herrschen.

In der Obmännerkonferenz hat Gemeinderat Reumann den Wunsch geäußert, ich möge hier im Gemeinderate ein den kommenden Verhältnissen angepasstes Programm im Rahmen der gesetzlichen Grundlage vorbringen. Seinen Parteigenossen Herrn GR. Emmerling war das wiederum nicht recht. Ich kann nur neuerlich betonen, dass nur das ausgeführt werden wird, was im Landesgesetz begründet wird und dass jedes Projekt separat dem Gemeinderat vorgelegt werden wird. Kein Mensch ist heute im Stande die Reihenfolge und deren Dringlichkeit zu bestimmen, wir können kein starres Programm dafür aufstellen was wir nach Friedensschluss alles vorsehen müssen. Dem GR. Melcher möchte ich erwidern, dass wir immer das Prinzip hatten die private Initiative in der Bautätigkeit möglichst zu fördern. Die Gemeinde darf nur dann eintreten wenn sie entweder beispielgebend sein soll, oder wenn sie aus ihrer Reserve hervortreten muss, weil die private Bautätigkeit nicht im Stande ist jene Aufgaben zu erfüllen, welche im Interesse der Wohnungsfürsorge notwendig sind. Gleich nach Kriegesschluss wird die Bautätigkeit nicht voll einsetzen können, denn es wird an jeglichem Material fehlen. Man wird jedoch nicht zurückkehren dürfen einen Lieferungs-zwang zu verlangen.

Mit dem Apell des Herrn Dr. Granitsch wegen Einberufung des Parlamentes bin ich selbstverständlich einverstanden und ich war ja als Bürgermeister der erste, der den Ruf erhoben hat, dass wir das Parlament brauchen. Ich will mich jetzt nicht in die Frage der Kehrrihtabfuhr einlassen und möchte nur wünschen, dass wir noch viele Jahre ohne Mistbauer in dieser Stadt glücklich verbringen können. Den Herrn Kollegen Fischer kann ich leider keine Auskunft geben, die Gemeinde Wien muss das Bauland für die Untergrundbahnen durch Optionen gesichert haben, dann reden wir über die Strassen. (Lebhafte Zustimmung). Wenn Kollege Melcher sich teilnahmsvoll um das Schicksal der Ausschüsse des Gemeinderates erkundigt hat, so möchte ich ihm nur sagen, dass es gerade seine Partei war, welche die Legalität dieser Ausschüsse bekämpft hat und dass es Herr Dr. Granitsch war, welcher mit grossem Triumph seinen Erfolg beim Verwaltungsgerichtshof

Wenn Sie heute für die Anträge stimmen, so stützen Sie nicht für das Werk eines einzelnen Mannes, sondern es wird ein Werk des gesamten Gemeinderates sein, welcher sich unter allen deutschen Städten Oesterreichs als erster das Verdienst erworben hat, voraussehend Vorsorge getroffen zu haben, das im gegebenen Momente die notwendigen Mittel zur Verfügung stehen.

Die Anträge des Bürgermeisters werden sodann unter lebhaften Beifalle einstimmig angenommen.

Der Antrag Emmerling wird genügend unterstützt der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Vizebürgermeister Hierhammer bricht sodann die Sitzung ab.

gefeiert hat. Nach dem Gemeindestatut gibt es nur 2 gesetzliche Ausschüsse die übrigen sind alle ad hoc zusammengelerufen.

GR. Dr. Granitsch: Das was ich beim Verwaltungsgerichtshof durchgesetzt habe, bekämpft auch Kollege Melcher nicht!

Bgm. Dr. Weiskirchner: Das was hier notwendig wäre, ist eine Neuorganisation des Gemeindestatutes und die Schaffung von gesetzlichen Ausschüssen. Kollege Melcher merkt noch gar nicht, dass wir schon am Wege sind, die Reorganisation des Magistrats durchzuführen. Ich verweise darauf, dass wir losgelöst das Jugendamt, das Wohnungsamt geschaffen haben und in der nächsten Sitzung wird dem Gemeinderate eine Vorlage über ein Arbeiterfürsorgeamt zugehen. Darin liegen wohl die Richtlinien für eine solche Reorganisation.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I. Neues Rathaus.

76

27. Jahrg. Wien, Samstag, 23. Februar 1917. Nr. 76.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Tomola ernannt: Melanie Hauser zur Volksschullehrerin 1. Klasse, Martha Strasser, Irma Beck, Anna Bischof, Elisabeth Veigl zu Volksschullehrerinnen 2. Klasse, Friedrich Gadringer und Rudolf Vobruba zu Volksschullehrern 2. Klasse.

Die Amtsstunden in den städtischen Dienstvermittlungsstellen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Fraß die Amtsstunden in den städtischen Dienstvermittlungsstellen wie folgt festgesetzt:

In jenen Dienstvermittlungsstellen, denen mindestens zwei Angestellte zugewiesen sind (darunter auch in den Dienstvermittlungsstellen, die den Wohnungsnachweis besorgen) an Werktagen von 8 Uhr früh bis 6 Uhr abends; in den übrigen Dienstvermittlungsstellen nach Bedarf entweder von 8 bis 12 Uhr vormittags und von 2 bis 6 Uhr nachmittags oder von 8 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags.

Straßenbenennungen. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des Stadtrates Baron die Gaswerkergasse im 19. Bezirk in „Exportakademiestraße“ umbenannt. Der neue Straßenzug zwischen der Gymnasialstraße und Billrothstraße wurde, nachdem er die beiläufige Verlängerung der Felix Mottlstraße darstellt, vorläufig in die Bezeichnung Felix Mottlstraße einbezogen und zwar unter Vermeidung der Neunummerierung durch Unternummerierung der neuentstehenden Häuser 1a, 1b, 1c, 2a, 2b, 2c u. s. w.

Genossenschaft der bildenden Künstler. Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Schwer einen Preis von 1000 K für die Frühjahrsausstellung der Genossenschaft der bildenden Künstler bewilligt.

Die Bezirksvertretung Währing hält Freitag, den 2. März 5 Uhr nachmittags eine Sitzung ab.

MM  
77

Abgabe von städtischem Sauerkraut. Zur Regelung der Abgabe des städtischen Sauerkrautes wurde in jedem Bezirke eine Anzahl von Abgabestellen errichtet, bei denen das Kraut verkauft wird. Die Abgabestellen werden im Laufe der nächsten Woche ihre Tätigkeit beginnen. Sie sind durch eine grüne Tafel mit der Aufschrift „Abgabestelle für städtisches Sauerkraut“ gekennzeichnet. Städtisches Sauerkraut zum Wiederverkauf wird nunmehr ausschließlich an Inhaber der Verschleißstellen abgegeben.

-----

Die Kriegswurst. Die Verhandlungen zwischen dem k. k. Amt für Volksernährung und der Gemeinde Wien wegen Vertriebes der sogenannten Kriegswurst sind zum Abschlusse gekommen. Die gleichfalls erzeugte Blutwurst wird von der Zentralstelle für Kriegsfürsorge gekauft und bei der öffentlichen und unentgeltlichen Ausspeisung verwendet werden. Die Kriegswurst (Fleischwurst) zum voraussichtlichen Preise von 6 K 40 h per kg wird sowohl in den Ständen der Großschlächtereien wie auch in den Markthallen und in einer Reihe von Abgabestellen den Verbrauchern zugeführt werden. Die erste Ausgabe dieser neuen Wurst dürfte voraussichtlich Samstag den 3. März beginnen.

-----

Die Errichtung von Mietämtern.  
-----

In Durchführung der Verordnung über den Mieterschutz wurden in Wien in sämtlichen Bezirken Mietämter errichtet und heute vormittags haben die Mitglieder der Mietämter sich im Gemeinderatssitzungssaal versammelt, um die vorgeschriebene Angelobung zu leisten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hielt hiebei folgende Ansprache: Die außerordentlichen Kriegsverhältnisse haben es mit sich gebracht, daß auch außerordentliche Maßnahmen auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verhältnisse getroffen werden müssen. Aus diesen Erwägungen hat die Regierung eine Verordnung betreffend den Schutz der Mieter erlassen, diese Verordnung beinhaltet aber auch einen Schutz für die Vermieter. Im Sinne der Verordnung war es meine Pflicht, in sämtlichen Wiener Gemeindebezirken Mietsenate zu errichten, welche berufen sind, in Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern die Entscheidung zu fällen.

Ich rechne darauf, daß Sie, meine Herren, Ihre schwierige und verantwortungsvolle Aufgabe mit voller Objektivität erfüllen und sich bemühen werden, auf einem wichtigen Gebiete sozialer Tätigkeit unterstützend und helfend einzugreifen. Sie werden geloben, daß Sie Ihr Amt gewissenhaft und unparteiisch ausüben werden und daß Sie über jene Angelegenheiten, welche nicht in öffentlichen Verhandlungen zur Sprache kommen, Amtsverschwiegenheit bewahren werden.

Seit Beginn des Krieges hat das wirtschaftliche Hilfsbüro der Gemeinde Wien in vielen Fällen des Mietverhältnisses eingegriffen und hat im Gegensatz zu deutschen Städten oft eine Besserung herbeigeführt. Die Tätigkeit des wirtschaftlichen Hilfsbüros wird durch Ihre Tätigkeit nicht berührt. Dort handelt es sich zumeist um einen Ausgleich zwischen Mietern und Vermietern durch Zahlung eines gewissen Teiles der Miete, Ihnen jedoch obliegt es, Entscheidungen zu fällen. Es wird sich darum handeln, daß die Judikatur der einzelnen Mietsenate nicht zu stark von einander abweicht und es muß getrachtet werden, daß eine möglichst gleichförmige Rechtsprechung eintrete und die einzelnen Mietsenate von der gleichen Auffassung erfüllt sind. Ich danke den Herren, daß Sie sich bereitgefunden haben, das Amt zu übernehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm sodann die Angelobung der Vorsitzenden, Vorsitzenden-Stellvertreter und der übrigen Mitglieder der Mietsenate mittels Handschlag entgegen.

Der Vorstand des Wohnungsamtes der Stadt Wien Magistratsrat Dr. Sagmeister hielt sodann einen kurzen Vortrag, in welchem er die Herren über verschiedene Detailfragen aufklärte.

Die Mietämter, welche in den einzelnen Bezirken den magistratischen Bezirksämtern angegliedert sind, nehmen morgen Dienstag ihre Tätigkeit auf.

-----  
Schuhe für die Jugend. Das Kriegsministerium hat der Aktion „Jung Oesterreich“ 16.000 Paar Holzsohlen-Lederschuhe zum Preise von je 13 K 50 h und 500 Paar militärische Ledersohlenschuhe zum Preise von je 42 K zur Verfügung gestellt. Diese Schuhe sind in erster Linie für jene Jugendliche und deren Führer (das sind die im Freien praktisch tätigen Übungsleiter) bestimmt, die sich im Sinne der „Jung-

Oesterreich“-Bewegung einer körperlichen Ertüchtigung unterziehen und Teilnehmer der militärischen Jugendvorbereitung sind; doch werden die Schuhe, soweit der Vorrat reicht, auch an minderbemittelte Jugendliche ausgefolgt. Die Vermittlung des Schuhbezuges hat die Verwaltung der Zeitschrift „Jung-Oesterreich“ 7. Bezirk Neustiftgasse 54 übernommen. Die Art und Weise der Bestellung wie auch die Kaufbedingungen sind aus dem Sonderabdruck der Zeitschrift ersichtlich; erforderliche nähere Auskünfte werden daselbst erteilt.

-----  
Die Gesundheitsverhältnisse Wiens. In der letzten Sitzung der städt. Amts- und Anstaltsärzte erstattete Oberstadtphysikus Dr. Böhm den Sanitätshauptbericht für den Monat Jänner 1. J. Der Krankenstand und die Sterblichkeit waren der Jahreszeit entsprechend hoch, aber immer noch niedriger als in den letzten zwei Jahren. In die armenärztliche Behandlung sind 11.884 Fälle gegen 10.318 im Vormonate und 12.532 im Jänner des Vorjahres zugewachsen. Auf die entzündlichen Krankheiten der Atmungsorgane entfielen 3694, auf jene der Verdauungsorgane 1629, auf Lungentuberkulose und Skrophulose 823 Fälle. Der Stand der Infektionskrankheiten war wegen der sehr geringen Verbreitung des Scharlachs und der Diphtherie verhältnismäßig sehr niedrig. Insgesamt wurden aus der Zivilbevölkerung 1131 Anzeigen gegen 1207 im Vormonate und 1871 im Jänner des Vorjahres erstattet. Ueber Infektionskrankheiten bei Militärpersonen liefen 50 Anzeigen ein. Im Berichtmonate starben 3078 Zivil- und 371 Militärpersonen, zusammen 3449 gegen 2935 im Vormonate und 3344 Personen im Jänner des Vorjahres. Im vorigen Monate wurden 36 gerichtliche und 145 sanitätspolizeiliche Obduktionen vorgenommen. Zum Schlusse der Sitzung gab der Vorsitzende einen Ueberblick über den derzeitigen Stand der hochvirulenten Infektionskrankheiten in Oesterreich und hob die im Monate Februar aufgetretene Influenza-Epidemie hervor, sowie die auffallend große Zahl von plötzlichen Todesfällen, wobei die Obduktion meist nur kleine, pneumonische Herde nachzuweisen vermochte.

79

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, 26. Februar 1917. Abends. Nr. 79.

-----  
Verteilung des Volkerindfleisches. Die Verteilung des Volks-  
rindfleisches an die Mitglieder der Wiener Fleischhauer-Genos-  
senschaft finden morgen (Dienstag) in der Großmarkthalle ~~xxx~~  
ab 11 Uhr an die Nummern von 325 abwärts bis 101 und am Mitt-  
woch, den 28. d.M. an die Nummern von 100 bis 1 statt.

-----  
Abgabe von städtischem Sauerkraut. Zur Regelung der Abgabe des  
städtischen Sauerkrautes wurde in jedem Bezirke eine Anzahl von  
Abgabestellen errichtet, bei denen das Kraut verkauft wird. Die  
Abgabestellen werden im Laufe der nächsten Woche ihre Tätigkeit  
beginnen. Sie sind durch eine grüne Tafel mit der Aufschrift  
„Abgabestelle für städtisches Sauerkraut“ gekennzeichnet. Städti-  
sches Sauerkraut zum Wiederverkauf wird nunmehr ausschließlich  
an Inhaber der Verschleißstellen abgegeben.

-----

# Wiener Rathaus Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Mücke.

Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Dienstag, 27. Februar 1917. Nr. 80

Der Haupttreffer der Armenlotterie. Heute vormittags wurde im Büro der städtischen Armenlotterie im Rathause der Haupttreffer im Betrage von 20.000 Kronen durch eine Bank behoben. Der unbekante Gewinner ließ je 200 K für die beiden Waisenmädchen, welche bei der Ziehung intervenierten und weitere 200 K für die Armen der Stadt Wien erlegen.

Der 80. Geburtstag Josef Schneiderhans. Heute feiert der Altbürgermeister der ehemaligen Gemeinde Unter-Meidling und gewesene Gemeinde- und Stadtrat von Wien Josef Schneiderhan seinen 80. Geburtstag. Aus diesem Anlasse hat Bürgermeister Dr. Weiskirchner an ihn nachstehendes Schreiben gerichtet: „Es ist mir ein herzliches Bedürfnis, Euer Hochwohlgeboren anlässlich Ihres 80. Geburtsfestes meine herzlichsten Glückwünsche zu übermitteln. Wenn Sie an diesem Gedenktage Rückblick halten auf Ihr Leben und Schaffen, so dürfen Sie mit Genugtuung erfüllt sein durch das Bewußtsein, Ihre Lebensarbeit mit Treue und Hingebung erfüllt zu haben und Ihren Mitbürgern während Ihrer öffentlichen Wirksamkeit ein opferwilliger und erfolgreicher Berater gewesen zu sein. Mit Dankbarkeit kann ich an Ihrem 80. Geburtstage wiederholen, daß die Gemeinde Wien Ihre Verdienste, die Sie sich als letzter Bürgermeister der Gemeinde Unter-Meidling und dann als Wiener Stadtrat erworben haben, zu schätzen weiß und daß Ihr Wirken in den Annalen unserer Stadt stets in ehrender Weise verzeichnet bleiben wird. Mögen Sie sich der Anerkennung Ihrer Vaterstadt, die vor fast 10 Jahren durch die Verleihung der großen goldenen Salvatormedaille sichtbaren Ausdruck fand, noch recht viele Jahre erfreuen und möge Gesundheit und Kraft an Ihrem Lebensabend Sie begleiten, so lange sie Menschen nur immer beschieden sein können!“

Eine neue Kriegsküche. Morgen (Mittwoch) gelangt die 35. Kriegsküche im 18. Bezirk Währinger Straße 173 (Schloß Czartoryski) unter der Leitung der Frau Josefine Kurzbauer zur Eröffnung.

Pferdeklassifikation. Die Anzeige und Klassifikation der Pferde und die Anzeige der Fuhrwerke sowie die Ausgabe der Evidenzblätter findet in der Zeit vom 1. März bis einschließlich 28. April im 5., 11., 13., 17., 20. und 21. Bezirk statt. Die Amtshandlung beginnt täglich um halb 8 Uhr früh. Die Pferdebesitzer erhalten zur Vorführung ihrer Pferde Vorladungen, aus welchen Tag, Stunde und Ort der Klassifikation zu entnehmen ist. Die Vorladungen sind auf den Klassifikationsplatz mitzubringen; Vorführungstag und Stunde sind genau einzuhalten. Sollte ein Pferdebesitzer keine Vorladung erhalten, so sind die Pferde trotzdem vorzuführen. Von der Vorführung sind Pferde für die Post, für Polizei- und Sanitätszwecke, Zucht- und Rennpferde, offenbar unbrauchbare und schon früher gänzlich untauglich klassifizierte Pferde befreit.

Der staatliche Unterhaltsbeitrag. Die Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes in Angelegenheiten des staatlichen Unterhaltsbeitrages hat im Laufe des gegenwärtigen Krieges einen derartigen Umfang erreicht daß der Ueberblick der aus den einzelnen Erkenntnissen hervorgehenden Rechtsanschauungen erheblich erschwert ist. Das Bedürfnis nach einer zusammenfassenden Darstellung der wichtigeren Aussprüche dieser Art durch auszugsweise Wiedergabe der in den Entscheidungsgründen enthaltenen Rechtssätze hatsich mehrfach geltend gemacht und die Leitung des wirtschaftlichen Hilfsbüros der Gemeinde Wien veranlaßt, eine Zusammenstellung zu veröffentlichen, welche unter dem Titel „Rechtssätze aus den Entscheidungsgründen von Erkenntnissen des Verwaltungsgerichtshofes in Sachen des staatlichen Unterhaltsbeitrages“ in der Manz'schen Hof-, Verlags- und Universitätsbuchhandlung erschienen ist. Den Verfassern Geheimer Rat Dr. Heinrich Friedrich v. Wittek und Dr. Friedrich Frey, Obmann, bezw. Obmann-Stellvertreter des wirtschaftlichen Hilfsbüros der Gemeinde Wien für Privatangelegenheiten der Einberufenen ist es gelungen, die einzelnen Entscheidungen nach ihrer Zusammengehörigkeit in übersichtlicher Anordnung zu gruppieren. Die Sammlung gibt, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu erheben, die für die Praxis belangvollsten Rechtsätze in möglichster Kürze wieder und läßt mehrfach aus späteren Parallelentscheidungen die Kontinuität der Rechtsprechung erkennen. Sie gewährt vollen Einblick in die von einer wahrhaft humanen und sozialen Gesamtauffassung geleitete Judikatur unseren höchsten Verwaltungstribunals, dessen Spruchpraxis in überaus anerkannter Weise dahin gewirkt hat, manche Lücken des Gesetzes, das ursprünglich wohl nur für kurze Unterbrechungen der bürgerlichen Erwerbstätigkeit der Mobilisierten gedacht war, auszufüllen und die infolge der langen Dauer des Krieges hervortretenden Härten nach Möglichkeit zu lindern.

81

WIENER RATHAUS KORRESPONDENZ.  
Wien, Dienstag, 27. Februar 1917. Abends. Nr. 81.

-----  
Milchversorgung. In der Sitzung der Milchversorgungsstelle vom 26. Februar d.J. machte der Leiter Obermagistratsrat Pawelka über die Beschickung des Wiener Milchmarktes in der letzten Woche, die im Durchschnitte täglich 348.200 Liter betragen habe und gegenüber der Vorwoche um 5.200 Liter täglich zurückgeblieben sei, sowie über die zur Hebung der Anlieferung unternommenen Schritte Mitteilung. Sodann wurde die Milchrayonierung eingehend besprochen. Hierbei wurde einmütig der Anschauung Ausdruck gegeben, daß die zu Tage getretenen Schwierigkeiten nicht auf das System oder einen Mangel in der Organisation zurückzuführen seien; abgesehen von den täglichen großen Schwankungen in der Anlieferung sei auch eine der Hauptursachen dieser Schwierigkeiten darin zu erblicken, daß ein großer Teil der Bevölkerung anscheinend ganz in Unkenntnis der bevorstehenden Bezugsregelung gewesen sei und die Eintragung in die Kundenliste erst nach Inkrafttreten derselben bewirkt habe. Täglich nehmen noch Tausende solche Eintragungen vor. Die zur Abhilfe getroffenen Maßnahmen konnten oft auch nicht sofort sondern nur allmählich wirksam werden. Allseitig wurde auch die Notwendigkeit betont, die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß die Milcheinverkaufskarte ebensowenig wie die Mehlkarte - ja noch weniger als diese - einen unbedingten Anspruch und zwar auch nicht auf die bis auf weiteres bestimmte Tagesmenge von 1/8 Liter für die Person gebe und bei den großen Schwankungen in der Anlieferung auch gar nicht geben könne. Kürzungen, ja auch zuweilen gänzliche Nichtbefriedigung seien unvermeidlich. Von allen Seiten wurde schließlich darauf hingewiesen, daß für eine erfolgreiche Durchführung der Verkehrsregelung es unbedingt notwendig sei, daß die von der Milchversorgungsstelle bei den staatlichen Behörden beantragten Maßnahmen zur Erhöhung der Milchlieferung nach Wien, insbesondere aber die bereits seit längerem geplante Milchbezugsregelung auf dem flachen Lande sofort in Wirksamkeit treten.

-----

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michen.  
Wien. I., Neues Rathaus.

82

27. Jahrg. Wien, Mittwoch, 28. Februar 1917. Nr. 82.

Kriegerdenkmale und Kriegerehrungen. Die Statthalterei hat an die Wiener Gemeindeverwaltung eine Zuschrift gerichtet, in der es heißt: Der Größe des Heldentumes, das unsere Krieger auf allen Kampfgebieten erwiesen haben, entspricht die Größe und Tiefe der Dankbarkeit, welche die Heimat ihren tapferen Söhnen entgegenbringt und die in tausendfältiger Form von Kriegerehrungen aller Art nach Ausdruck ringt. Schon die hohe sittliche Bedeutung dieser immer häufiger werdenden Äußerungen des allgemeinen Volksempfindens erheischt die allgemeine Aufmerksamkeit. Umsomehr ist es aber notwendig, daß sich auch die Behörden mit dem machtvollen Werke der Volksdankbarkeit beschäftigen, wenn man bedenkt, daß man einst in der kommenden Zeit an der Gesamtheit der mannigfaltigen Denkmäler einen Maßstab für das künstlerische Empfinden unserer Epoche finden wird. Die Fülle von Ergüssen aus dem überschwenglichen Dankbarkeitsdrange des Volkes heraus wird es mit sich bringen, daß neben Plänen und Ideen von hohem künstlerischen und originellem Werte auch solche entstehen werden, die deutlich den Stempel der Laienhand an sich tragen und nicht das erforderliche Maß von Würde und eindrucksvoller Wirkung erzielen. Vielleicht auch würde der Aufwand in zahlreichen Fällen viel zu kostspielig und unvereinbar mit dem Ernste der Zeit werden, die doch mehr Widmungen für rein charitative Zwecke als für prunkvolle Denkmäler erfordert.

Das Kriegsministerium hat bereits in Würdigung dieser wichtigen künstlerischen Interessen für seine „Kriegsgräber-Abteilung“ einen Beirat berufen, der aus Fachmännern auf dem Gebiete der Architektur, Bildhauerei, kirchlichen Kunst, des Kunstgewerbes, Gartenbaues und Heimatschutzes besteht und in allen Fragen künstlerischer Natur zu entscheiden hat. In ähnlicher Weise wurden für viele Kronländer Beratungs-Ausschüsse für Kriegerdenkmale eingesetzt. In Niederösterreich ist es der Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz mit dem Sitze in Wien 9. Bezirk Severingasse 9, der die Aufgabe übernommen hat, seine Tätigkeit in den Dienst dieser Sache zu stellen. Im Interesse einer entsprechenden Durchführung werden sich daher alle Projektanten von Kriegerehrungen behufs Erlangung von fachmännischen Ratschlägen und Auskünften an diese von oben genannten Vereine ins Leben gerufene Beratungsstelle für die Kriegerehrungen zu wenden haben.

Kartoffelhöchstpreis. Nach der Ministerialverordnung vom 12. August 1916 erhöhen sich vom 1. März 1917 an die Höchstpreise, die der Erzeuger beim Verkaufe von Kartoffeln verlangen darf, um 2 Kronen für den Meterzentner. Daher stellt sich nach der Statthaltereiverordnung vom 31. August 1916 der Kartoffelhöchstpreis beim Kleinverkaufe, das ist beim Verkaufe in Mengen unter einem Meterzentner an den Verbraucher vom 1. März d.J. an auf 20 Heller für das Kilogramm. Dieser Preis gilt nicht für Kipflerkartoffeln.

Verbandstoffstelle. Der Stadtrat beschloß nach einem Antrage des StR. Dr. Haas die Errichtung einer Verbandstoffstelle im Kaiser Jubiläums-Spitale der Stadt Wien für die Gemeindeämter und Anstalten.

83

Verkauf von Kriegswurst. Das Volksernährungsamt läßt durch die Großschlächtereien und durch ein Konsortium größerer Selcher Wiens zwei Arten von Kriegswurst und zwar eine Dauerwurst und eine Blutwurst herstellen. Die Blutwurst wird ausschließlich von der Gemeinde Wien für öffentliche Ausspeisung verwendet werden. Die Dauerwurst nach Art der Oderberger wird auf Grund einer Statthalterei-Verordnung ebenfalls von der Gemeinde und zwar bei gewissen Ständen der Großschlächtereien, sonst aber ausschließlich auf den Märkten durch hierzu eigens bestellte Stände-Besitzer, welche anderes Wurstzeug nicht verkaufen dürfen, in den Verkehr gebracht werden. Der Preis dieser Dauerwurst beträgt 64 h für je 10 dkg. Bezogen kann die Wurst nur gegen Vorweisung der Brotbezugskarte werden und zwar in der Art, daß ein Käufer so oft mal 10 dkg Wurst abgegeben werden dürfen, als nach der vorgewiesenen Brotbezugskarte in den betreffenden Haushaltungen Personen verköstigt werden. Jeder Bezugsberechtigte kann an einem Verkaufstag nur einmal Kriegswurst beziehen. Es wurden daher die Verkäufer verpflichtet, den Verkauf der Wurst durch Durchlochung der an der Brotbezugskarte angebrachten Buchstaben kenntlich zu machen. Zum 1. Male wird diese Wurst am Samstag dieser Woche verkauft werden. An diesem Tage ist der Buchstabe A der Brotbezugskarte vom Verkäufer zu durchlöcheren. Für die kommenden Wochen wurden bis auf weiteres je 2 Verkaufstage und zwar vorläufig Dienstag und Samstag jeder Woche festgesetzt. An den beiden Verkaufstagen der nächsten Woche wird Kriegswurst nur gegen Durchlochung der Buchstaben B, bzw. C der Brotbezugskarte abgegeben werden können.

Die bestellten Verkäufer sind verpflichtet, Kriegswurst im vorgeschriebenen Ausmaße gegen Vorweisung der Brotbezugskarte solange zu verabfolgen, als ihr Vorrat reicht. Ein Anspruch auf die Ausfolgung von Kriegswurst gegen Vorweisung der Brotbezugskarte besteht aber ebensowenig als z.B. ein Recht auf den Milchbezug gegen Vorweisung der Milch-Einkaufskarte. Andererseits darf jedoch der Verkäufer so lange sein Vorrat reicht und ihm eine nichtdurchlochte Brotbezugskarte vorgewiesen wird, die Abgabe der bezeichneten Menge von Dauerwurst bei sonstiger strenger Bestrafung nicht verweigern.

Das Markt<sup>amt</sup> ist beauftragt, die Durchführung des Verkaufes dieser Wurst auf den Märkten und in den Ständen der Groß-

schlächtereien auf das schärfste zu überwachen. Um die Dauerwurst vor allem den minderbemittelten Bevölkerungsschichten zuzuführen, wurden Verkaufsstellen hauptsächlich in den äußeren Bezirken errichtet. Die Stände der Großschlächtereien und jene derbestellten Marktparteien, welche Kriegswurst verkaufen, sind durch eine deutlich lesbare Tafel mit der Aufschrift „Verkauf von Kriegswurst“ bezeichnet.

Die Dauerwurst gelangt bei den nachstehend genannten Fleischhauern, Fleischselcher, resp. Verschleißern der folgenden Märkte zum Verkauf: 2. Bezirk Markt Im Werd bei Karl Stefan, 3. Bezirk Großmarkthalle bei Johann Kiselak, 4. Bezirk Maschmarkt bei Luxie Schiessling; 5. Bezirk Markt Am Hundsturm bei Anna Lau<sup>c</sup>sch; 9. Bezirk Detailmarkthalle bei Ludwig Listansky; 10. Bezirk Eugenplatz bei Marie Els, Kolonusplatz bei Franz Habek; 11. Bezirk Enkplatz bei Franziska Geslitz; 12. Bezirk Niederhofstraße bei Ferdinand Breyer und Johann Kassal, 14. Bezirk Schwendergasse bei Leopoldine Nowak; Meiselstraße bei Ignaz Walzer; 15. Bezirk Robert Hamerlinggasse bei Marie Heldenmuth; Reithofferplatz bei Alois Schneider; 16. Bezirk Brunnengasse bei Vinzenz Holik; Johann Nepomuk Bergerplatz bei Rudolf Wikus; 17. Bezirk Dörnerplatz bei Katharina Kraus; 18. Bezirk Kutschkergasse bei<sup>Rosa</sup> Thomann; 20. Bezirk Hannoverplatz bei Katharina Rieder und Johann Cizek; 21. Bezirk Am Spitz bei Aloisia Bauer.

Die Verkaufsstellen der Großschlächtereien werden abgesondert verlaublich.